

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

40. Sitzung vom 24. und 25. Juni 2013
(1. Sitzungstag vom 24. Juni 2013)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales	
2. Nachruf auf den Ehrenbürger der Stadt Wien, Präsident des Nationalrates aD und Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs iR Rudolf Pöder	S. 3	Rednerinnen bzw Redner:	
3. Mitteilung des Einlaufs	S. 3	GRin Ingrid Korosec	S. 52
4. 01803-2013/0001-GFW; MA 5, P 1: Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien 2012		GRin Birgit Hebein	S. 53
Berichterstatlerin		StR David Lasar	S. 55
VBgmin Mag Renate Brauner	S. 3	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 56
Allgemeine Beratung des Rechnungsabschlusses 2012		GRin Mag Sonja Ramskogler	S. 57
Redner:		GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 60
StR Mag Manfred Juraczka	S. 11	GRin Dr Jennifer Kickert	S. 61
GR David Ellensohn	S. 12	GR Ing Mag Bernhard Dworak (tatsächliche Berichtigung)	S. 63
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 16	GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 63
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 18	GRin Marianne Klicka	S. 64
GR Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 19	GR Wolfgang Seidl	S. 66
GR Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 22	GR Ing Bernhard Rösch	S. 66
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 24	Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely	S. 67
StR DDr Eduard Schock	S. 26	Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt	
GR Friedrich Strobl	S. 28	Rednerinnen bzw Redner:	
GR Johann Herzog	S. 29	GRin Mag Karin Holdhaus	S. 69
Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke		GR Mag Rüdiger Maresch	S. 71
Rednerinnen bzw Redner:		GR Ing Udo Guggenbichler	S. 73
GR Mag Alexander Neuhuber	S. 31	GR Mag Gerhard Spitzer	S. 76
GRin Dr Monika Vana	S. 33	GR Norbert Walter, MAS	S. 78
GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 36	GR Mag Rüdiger Maresch (tatsächliche Berichtigung)	S. 80
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 38	GR Christian Unger	S. 80
GRin Nurten Yilmaz	S. 39	GR Heinz Hufnagl	S. 82
GR Dr Wolfgang Ulm	S. 41	GR Ing Udo Guggenbichler (tatsächliche Berichtigung)	S. 85
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 43	Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 85
GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 45	Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung	
GR Siegi Lindenmayr	S. 46	Rednerinnen bzw Redner:	
GR Johann Herzog		GR Martin Flicker	S. 86
(tatsächliche Berichtigung)	S. 48	GR Mag Christoph Chorherr	S. 87
GR Mag Wolfgang Jung	S. 48	GR Mag Günter Kasal	S. 89
VBgmin Mag Renate Brauner	S. 49	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 90
		GR Peter Florianschütz	S. 91
		GR Norbert Walter, MAS	S. 93
		GRin Birgit Hebein	S. 95
		GR Manfred Hofbauer, MAS	S. 95
		GRin Eva-Maria Hatzl	S. 96
		GRin Henriette Frank	S. 98
		Amtsf StR Dr Michael Ludwig	S. 100

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Ich eröffne die 40. Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Entschuldigt sind GRin Mag Berger-Krotsch, GRin Dr Laschan, GRin Matzka-Dojder, GRin Prof Dr Vitouch, GR Woller, GRin Mag Wurzer und GR Mag Wutzlhofer.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen, ersuche ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates!

Am Sonntag, dem 9. Juni 2013, ist Rudolf Pöder im 89. Lebensjahr verstorben. Er war eine Persönlichkeit, die in der Zweiten Republik wesentlich zur Gestaltung Österreichs und Wiens beigetragen hat.

Rudolf Pöder hat das Handwerk des Flugmotorenmechanikers in den Wiener Flugmotorenwerken in Floridsdorf erlernt. Kaum fertig mit der Ausbildung, wurde er 1943 zur Wehrmacht einberufen und ein paar Monate später in Frankreich schwer verletzt.

1947 trat Rudolf Pöder in den Dienst der Stadt Wien ein und wurde sehr bald, nämlich 1950, auch Dienststellenvertrauensmann. Dieser damalige Kontakt zur Gewerkschaft der Gemeindebediensteten sollte sein Leben auch besonders nachhaltig prägen. Er wurde 1975 in seiner Gewerkschaft auch zum Vorsitzenden gewählt und übte diese Funktion bis 1991 aus.

Von 1979 bis 1991 war er auch Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Von 1973 bis 1987 war Rudolf Pöder Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei im 9. Bezirk, und von 1969 bis 1983 war er als Mitglied des Wiener Landtages und des Gemeinderates hier in diesen Räumen tätig, wobei er von 1978 bis 1983 die Funktion des Ersten Vorsitzenden im Wiener Gemeinderat ausübte.

1983 wurde Rudolf Pöder in den Österreichischen Nationalrat berufen, wo er vom 28. Februar 1989 bis 5. November 1990 die Funktion des Parlamentspräsidenten ausübte.

Nach seinem Ausscheiden war er von 1991 bis 1999 Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs.

Für seine besonderen Verdienste um die Republik Österreich und das Land Wien wurde er mit höchsten Auszeichnungen geehrt. So erhielt er zum Beispiel das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, und über Beschluss des Gemeinderates vom 29.10.1990 wurde er zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernannt.

Anlässlich seines 80. Geburtstages sagte er selbst bei einer Festveranstaltung im Parlament, dass er als junger Menschen aus dem Krieg zurückgekommen sei, zwar um einen Fuß kürzer – er verlor den rechten Fußunterschenkel bei dieser schweren Verletzung –, aber ungebrochen in der Seele und mit einem großen Lebenswillen ausgestattet. Er war immer ein – jetzt Zitat – „fleißiger und mundflinker Bursche“, aber er habe sich nicht vorstellen können, einmal so hohe Positionen zu erreichen.

Sein Credo sei es immer gewesen, dass das Maß mächtiger sei als die Macht. Während seiner ganzen politischen Tätigkeit habe er versucht, diesem Prinzip zu entsprechen und mit dem richtigen Augenmaß an die Politik heranzugehen.

Rudolf Pöder war nicht nur Gewerkschafter, Sozialpartner und Demokrat aus Überzeugung, er war auch ein Vorbild ob seines Wirkens und seiner sehr großen Handschlagqualität für viele Funktionäre. – Ein erfülltes und enorm engagiertes Leben ging zu Ende.

Wir können heute lediglich in großer Dankbarkeit versichern, ihm stets ein ehrendes Andenken zu bewahren. Unser Mitgefühl gilt besonders seiner Familie. Die Trauerfeier für Rudolf Pöder findet heute um 14 Uhr auf dem Friedhof Hernals statt.

Ich danke für die Kundgebung.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen vom Klub der ÖVP der Bundeshauptstadt Wien eine eingelangt ist.

Von der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus wurde ein Antrag betreffend Umgestaltung der Wasserwelt eingebracht. Diesen Antrag weise ich den amtsführenden Stadträtinnen der Geschäftsgruppen Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung sowie Umwelt zu.

Die Postnummer 1 der Tagesordnung betrifft den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2012. Für die Beratung und Erledigung des Rechnungsabschlusses schlage ich folgende Vorgangsweise vor: Nach einem einleitenden Referat von Frau VBgmin Mag Renate Brauner folgt die allgemeine Beratung des Rechnungsabschlusses und im Anschluss daran die Debatte über die Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Voraussichtlich am Dienstag dieser Woche wird nach dem Schlusswort der Berichterstatterin über die Anträge zum Rechnungsabschluss und zum Inventar abgestimmt werden.

Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? – Dies ist nicht der Fall.

Ich bitte daher die Berichterstatterin, Frau VBgmin Mag Renate Brauner, die Verhandlung über die Postnummer 1, den Rechnungsabschluss 2012, einzuleiten. An Redezeit stehen maximal 60 Minuten zur Verfügung.

Berichterstatterin VBgmin Mag Renate **Brauner**: Einen schönen guten Morgen! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Ich darf Ihnen heute im Namen der Wiener Stadtregierung den Rechnungsabschluss für das Jahr 2012 vorlegen.

In dieser roten Mappe steht auf 365 Seiten schwarz auf weiß, wie wir die Ideen, Pläne, Ziele, die wir uns das letzte Jahr gesteckt haben, verwirklicht und budgetär umgesetzt haben.

Gleich vorweg: Der Rechnungsabschluss ist mit allen Informationen auch für jedermann und für jede Frau im Internet abrufbar. Wir sind völlig transparent, jeder und jede können sich ganz genau selbst davon überzeugen, wofür und wie das Geld ausgegeben wurde.

Die heutige Debatte, sehr geehrte Damen und Herren, ist ein zentraler Punkt in der Politik eines Jahres, und ich denke, dass das nicht nur für mich als zuständige Finanzstadträtin gilt, sondern für uns alle. In den nächsten Tagen werden wir in der Debatte ausführlich darüber sprechen, wie Wien im letzten Jahr die Mittel eingesetzt hat, um die Stadt und die Menschen zu versorgen, sie in die Zukunft zu bringen und damit gut durch die anhaltende Wirtschaftskrise zu steuern. Der Rechnungsabschluss zeigt aber auch, wie wir sorgsam gewirtschaftet haben, um den Pfad der Konsolidierung, den wir beschritten haben, auch konsequent weitergehen zu können. – Ich freue mich auf eine intensive Auseinandersetzung und hoffe einmal mehr auf den Austausch sachlicher Argumente.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Rechnungsabschluss zeigt in Wien Jahr für Jahr auf, wie die Stadt gewirtschaftet hat. Er zeigt nicht nur, nach welchen Schwerpunkten wir unser Budget gemacht haben, welche Akzente wir gesetzt haben und wie wir den Menschen in sehr schwierigen Zeiten geholfen haben, sondern der Rechnungsabschluss zeigt auch, wie wir die Mittel sorgsam verwendet haben, wie wir gewirtschaftet und in dem von uns gesteckten Rahmen dafür gesorgt haben, dass Wien gemäß sämtlicher Wirtschaftszahlen gut dasteht.

Das Bruttoregionalprodukt Wiens beträgt derzeit rund 77 Milliarden EUR. Die Einnahmen und Ausgaben der Stadt haben zum ersten Mal die 12-Milliarden-EUR-Grenze überschritten.

Der Schuldenstand Wiens beträgt 5,3 Prozent des Bruttoregionalproduktes. 60 Prozent, sehr geehrte Damen und Herren, also mehr als das 10-Fache, wären laut EU die kritische Grenze, ab welcher Gebietskörperschaften Maßnahmen setzen müssen. Wien steht mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 2 500 EUR gut da und liegt damit deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt der Länder und Gemeinden von 2 900 EUR.

Dies möchte ich der Debatte vorausschicken: Wien steht gut da. Wien ist wirtschaftlich gesund. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache.

Sehr geehrte Damen und Herren! Aber natürlich ist Wien keine Insel der Seligen. Auch unsere Stadt, unsere Unternehmer und Unternehmerinnen, die Bewohner und Bewohnerinnen sind von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen. Die Rahmenbedingungen können wir allein nicht ändern, da brauchen wir uns keine Illusionen zu machen, auch wenn aus einem bestimmten Eck immer wieder allzu einfach scheinende Lösungen zu hören sind, Stichwort: Austritt aus der EU. – Das ist einfach, primitiv und falsch!

Sehr geehrte Damen und Herren! 2012 war natürlich kein leichtes Jahr. Das hat sich schon im letzten Quartal 2011 angedeutet. Ich erinnere an die Diskussionen. Manche haben gesagt, die große Krise ist längst vorbei. Andere, und zu denen habe ich gehört, haben vor den Wolken am Horizont gewarnt. Und die kritischen Voraussagen haben leider recht behalten. Die Entwicklung auf Grund der internationalen Rahmenbedingungen ist erheblich problematischer gewesen. Das zeigt sich auch

darin, dass die prognostizierten Wirtschaftsdaten immer wieder nach unten korrigiert werden mussten. Die endgültigen Zahlen gehen von 0,3 Prozent Wirtschaftswachstum aus. Das zeigt, mit welchen schwierigen Rahmenbedingungen und was für einer volatilen Situation wir nach wie vor zu kämpfen haben. Alle EU-Nachbarstaaten Österreichs, außer Deutschland und der Slowakei, sowie der gesamte Euroraum wiesen 2012 negative Wirtschaftswachstumsraten aus, also Minuszahlen. Das hat natürlich Auswirkungen gerade auf eine so internationale Stadt, wie Wien es ist.

Auch für 2013 sind die Wirtschaftsprognosen alles andere als rosig. Ein prognostiziertes Wachstum von 0,8 Prozent macht natürlich weitere Investitionen gegen die Auswirkungen der Krise notwendig, zumal sogar diese Prognosen mit erheblichen Unsicherheiten verbunden sind und wir vor allem wissen, dass Arbeitsmarktdaten sich erst ab einem Wirtschaftswachstum von 2 Prozent verbessern, und davon sind wir leider weit entfernt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn sich jetzt auch noch die öffentliche Hand zurückziehen würde, hätte das dramatische Folgen für die Wirtschaft und damit für die Arbeitsplätze. Das werden wir sicherlich nicht tun! Wien wird auch weiterhin aktiv gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ankämpfen. Wir werden kein radikales Sparpaket zu Lasten der Wirtschaft und der Menschen schnüren. Was wir brauchen, sind Investitionen in Zukunftsprojekte und Schwerpunkte, und wir brauchen Reformen, um noch effizienter und damit sparsamer zu werden.

Deshalb gelten für die Wiener Finanzpolitik – und das lässt sich ganz klar im Rechnungsabschluss 2012 nachlesen – drei Grundsätze. Erstens: Der stete Kampf gegen die Auswirkungen der Finanzkrise wird und muss auch weiterhin erfolgen. Zweitens: Wir müssen auf Konsolidierungskurs bleiben, um den Haushalt weiterhin in Ordnung zu halten. Wir brauchen also weitere Reformen, um noch effizienter zu werden. Und drittens – die oberste Prämisse: Wir müssen mit unseren Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir müssen nach wie vor mit unserer Nachfrage den Wirtschaftsmotor am Laufen halten und unsere Investitionen in die wachsende Stadt tätigen, damit wir für die Zwei-Millionen-EinwohnerInnenengrenze, die wir 2030 überschreiten werden, entsprechend gerüstet sind. Mit dieser Meinung – das dürfte sich mittlerweile wohl auch bis in die hintersten Ecken der Opposition herumgesprochen haben – stehen wir nicht alleine da.

Im Gegenteil: Wirtschaftsnobelpreisträger Prof. Paul Krugman hat sich aktuell zum Thema Schuldenpolitik und aktuelle Investitionen geäußert und schreibt in der „New York Times“ vom 28. April 2013 – ich zitiere: „Um es ganz deutlich zu sagen: Dies ist kein Plädoyer für höhere Staatsausgaben und größere Haushaltsdefizite unter allen Umständen. Und die Behauptung, Leute wie ich wünschten sich immer größere Defizite, ist einfach falsch. Der Wirtschaft geht es nämlich nicht immer so wie jetzt. Tatsächlich sind Situationen wie die derzeitige ziemlich selten. Unbedingt sollten wir versuchen, die

Defizite zu verringern und die Staatsverschuldung zu senken, sobald wir wieder normale Bedingungen haben und die Wirtschaft nicht mehr so flau ist. Jetzt aber haben wir es noch mit den Folgen einer Finanzkrise zu tun, wie es sie nur ein Mal in drei Generationen gibt. Dies ist nicht die Zeit für Austerität.“ – Zitat Ende.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann Prof Krugman nur aus tiefstem Herzen beipflichten! Ich habe keine Freude mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aber ich bekenne mich zur maßvollen Aufnahme von Schulden für sinnvolle Zukunftsprojekte, um die Wirtschaft anzukurbeln und damit Wien gut durch die Krise zu steuern, um in Zukunftsprojekte wie Gesundheit, Bildung und Wohnen zu investieren, um die Menschen in dieser schwierigen Zeit zu unterstützen und ihnen zu helfen.

Gerade, gerade weil wir in Zukunft Schulden zurückzahlen müssen und wollen, brauchen wir jetzt Investitionen. Denn mit den Investitionen in die Wirtschaft können wir Betriebe unterstützen, damit sie wirtschaftlich gesund bleiben, wenn Aufträge ausbleiben, und damit Arbeitsplätze sichern. Wer keine Betriebe mehr hat und damit auch keine Arbeitsplätze, wird auch keine Steuern mehr bekommen. Nur durch gesunde Unternehmen, die Aufträge haben und Menschen beschäftigen, und Menschen, die diese Arbeit durch ihre Qualifikation auch annehmen können, kommen wieder Steuereinnahmen zurück, und die öffentliche Hand kann Schulden wieder zurückbezahlen. Das negative Beispiel sehen wir im Süden. Das zeigt, dass dies der falsche Weg ist. Der Weg, jetzt in die Zukunft zu investieren, ist der richtige Weg, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Gebietskörperschaften stehen vor der schwierigen Aufgabe, trotz extrem geringen Wirtschaftswachstums weiterhin für Investitionen zu sorgen, um möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern, zu halten und zu schaffen. Dies wird immer schwieriger und bedarf vor allem im Bereich der öffentlichen Verwaltung genauester Budgetplanung und des Setzens von Schwerpunkten bei gleichzeitig strengem Budgetvollzug.

Dass dies der Wiener Stadtregerung gelungen ist – und ich bedanke mich bei allen Ressortverantwortlichen, denn das ist nur mit einem Schulterschluss möglich –, zeigt der Rechnungsabschluss 2012 mit seinen drei Standbeinen: dem konsequenten Kampf gegen die Krise, dem strengen Konsolidierungs- und Reformkurs und der Prämisse, dass Gerechtigkeit für die Wienerinnen und Wiener an erster Stelle steht.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Kampf gegen die Auswirkung der Krise ist – wie ich schon erwähnt habe – der Wiener Stadtregerung seit dem Jahr 2009 ein zentrales Anliegen. Wir versuchen seither mit allen Mitteln und vereinten Kräften, gegen die schwache Konjunktur Maßnahmen zu setzen im Einflussbereich der Stadt, der bei der internationalen Finanzkrise und den internationalen Verflechtungen einer Metropole wie Wien ja beschränkt ist. Dennoch geben wir unsere Bemühungen nicht auf und versuchen, den Wirtschaftsmotor gemeinsam mit den Unternehmungen und den Sozialpart-

nern in Schwung zu halten. Die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Wien ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für mich als Wirtschaftsstadträtin meine absolute Priorität.

In Wien helfen wir vorwiegend den kleinen und mittleren Unternehmungen. Sie wissen es: Das ist die Struktur der Wiener Wirtschaft. Wir greifen ihnen unter die Arme, so gut und unbürokratisch es geht. Im Jahr 2012 wurden von der Wirtschaftsagentur Wien Gruppe 25 verschiedene Förderprogramme abgewickelt und Förderungen in der Höhe von 37,4 Millionen EUR vergeben. Inklusive 3 weiterer Einzelprojektförderungen unterstützte die Wirtschaftsagentur Wien damit 711 Unternehmungen. Von diesen konnten in Folge Investitionen von insgesamt 108 Millionen EUR getätigt werden.

Besonders hervorzuheben sind der Call „focus Kooperation“ zwischen Kreativen und Unternehmungen, der Call „Fempower 2012“, in dem Frauen in der Technik gefördert werden, der Start der von der EU kofinanzierten Förderaktion von Elektronutfahrzeugen und unsere Dienstleistungsförderungen.

Die Evaluierung der Wirtschaftsförderung, die wir 2012 durchgeführt haben, hat gezeigt: Die Wiener Wirtschaftsförderung wirkt. Im letzten Jahr wurden durch die Wirtschaftsagentur Wien 700 Projekte von Unternehmungen gefördert, 1 300 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen und dadurch 110 Millionen EUR in den Standort investiert. Dennoch haben wir versucht, auch hier noch mehr auf die Bedürfnisse der Unternehmer und Unternehmerinnen einzugehen und den Wirkungsgrad zu erhöhen.

Die Wirtschaftsagentur Wien hat jetzt Förderprogramme in den Bereichen Nahversorgung und Internationalisierung neu ausgearbeitet und mit der Standortinitiative ein völlig neues Förderangebot für groß angelegte Standortmaßnahmen erarbeitet. Durch die neuen Förderangebote sind ab Juli alle Förderbereiche auf Wettbewerb, Schwerpunktsetzung und Qualitätskriterien ausgerichtet. Damit machen wir klar innovationsfördernde Vorgaben.

Zwei Drittel, sehr geehrte Damen und Herren, des heimischen realen Wachstums sind auf Innovation zurückzuführen. Das ist der entscheidende Faktor. Und das bedeutet: Wir stärken mit einem noch stärkeren Fokus auf Innovation die Betriebe und dadurch den Standort Wien.

Darüber hinaus – Sie kennen mein Herzensanliegen, nämlich die Ausbildung der jungen Menschen – haben wir bei diesen Förderungen noch einen Lehrlingsbonus eingeführt. Wer im Zusammenhang mit diesem Projekt Lehrlinge aufnimmt, bekommt noch einen Förderbonus von 5 000 EUR.

Unsere Vorzüge und der Ruf des Standortes, sehr geehrte Herren und Damen, wirken auch über die Landesgrenzen hinaus. Im Jahr 2012 wurden von der Wirtschaftsagentur Wien und der Austrian Business Agency 118 Unternehmungen bei der Ansiedelung in Wien betreut. Damit wurden in Wien 1 450 Arbeitsplätze geschaffen und Investitionen von 75 Millionen EUR ausgelöst. Im Bundesländervergleich war Wien damit auch 2012 wie-

derum das Ziel von mehr als der Hälfte aller von der ABA angesiedelten Unternehmungen.

Lassen Sie mich dabei insbesondere erwähnen: Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten suchen sich die Firmen ganz genau aus, wohin sie gehen und wo sie Niederlassungen oder Headquarters gründen. Dass ihre Entscheidung dabei immer wieder auf Wien fällt, liegt an der maßgeschneiderten Wirtschafts- und Technologieförderung, an den hochqualifizierten ArbeitnehmerInnen, an der top ausgebauten Infrastruktur, an Dingen, die für uns eine Selbstverständlichkeit, aber international sehr beachtet sind, wie etwa an der Rechtssicherheit, aber auch der Sicherheit für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und nicht zuletzt am kulturellen Angebot, an den Freizeitmöglichkeiten, an den weichen Standortfaktoren, schlicht: an der Lebensqualität, die es in dieser Stadt gibt. Das gilt für Klein- und Mittelunternehmen, aber auch für große Betriebe, die sich gemeinsam mit ihren MitarbeiterInnen hier wohlfühlen wollen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir über Investitionen sprechen: Auch die Stadt selber hat mit ihren Investitionen und als potente Nachfragerin für eine kräftige Summe gesorgt, die in die Wiener Wirtschaft geflossen ist und Arbeitsplätze in der ganzen Region gesichert hat. Die Stadt Wien hat insgesamt 2,6 Milliarden EUR investiert. Allein über 1,8 Milliarden EUR waren Bauinvestitionen. Besonders hoch waren auch die nachfragewirksamen Ausgaben. Das betrifft alles, was die Stadt braucht, unser Herr Bürgermeister hat es einmal sehr deutlich ausgedrückt: Das ist alles vom Kugelschreiber bis zur U-Bahn. Diese nachfragewirksamen Ausgaben betragen 2012 4,5 Milliarden EUR.

Indem man diese Ausgaben antizyklisch und sehr konsequent tätigt, sehr geehrte Damen und Herren, kann man gemeinsam mit den Unternehmungen dafür sorgen, dass die Auswirkungen der Krise für unsere Stadt und für ihre BewohnerInnen nur gedämpft ausgefallen sind. Daher investieren wir weiter, um Wien weiter gut durch die Krise zu steuern. Mit unserer Nachfrage und unseren Wirtschaftsförderungen, die nun evaluiert und verbessert sind, erreichen wir die Grundsätze dieses Rechnungsabschlusses und die Grundsätze der Stadtregierung und ihrer Finanzpolitik: Investitionen in die Krise, konsolidieren und reformieren und mehr Gerechtigkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Kräftig investiert wurde 2012 auch im Bereich Wohnen, wodurch nicht nur tausende Wiener und Wienerinnen, sondern selbstverständlich auch viele Firmen der Branchen Bauen und Renovierung profitieren konnten. Allein in der Wohnhaussanierung wurde 2012 das Rekordbudget von 375 Millionen EUR zugesichert. Und wir sehen gerade jetzt in dieser schwierigen Zeit, in der es große Probleme gibt, wie wichtig es ist, dass die öffentliche Hand weiter dran bleibt, wenn eine große Firma in Konkurs gehen muss.

Für die Firmen, für die Menschen, für die Stadt: Im vergangenen Jahr wurde die Revitalisierung von Gebäuden mit rund 13 000 Wohneinheiten eingeläutet, darunter rund 8 500 Wohneinheiten, die thermisch-energetisch saniert wurden. Das hat Lenkungseffekte für die Klima-

schutzziele der Stadt Wien, und durch niedrigere Heizkosten kommt es darüber hinaus zu einer deutlichen Entlastung des Haushaltsbudgets der Bewohnerinnen und Bewohner. Durch die Neubauförderung, darunter bereits rund 600 Wohnungen des neuen innovativen Smart-Wohnbauprogramms, und die Beurteilung der Wohnbauinitiative wurde neuer Wohnraum für rund 20 000 Wienerinnen und Wiener auf Schiene gesetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das sind Investitionen in die Zukunft! Und wie Sie wissen, sind mir vor allem Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung besonders wichtig. Aus dem Schulsanierungspaket von insgesamt 570 Millionen EUR standen 2012 für die Planung und Durchführung von Substanzsanierungsarbeiten an 155 allgemeinbildenden Pflichtschulstandorten rund 55 Millionen EUR zur Verfügung.

Das Jahr 2012 war auch im Bereich der Kinderbetreuung durch Rekordinvestitionen gekennzeichnet. So hat die Stadt Wien allein für Kindergärten insgesamt 650 Millionen EUR aufgewendet, so viel wie noch nie! Damit wurde nicht nur der Betrieb der rund 4 000 Kindergarten- und Hortgruppen in Wien finanziert und gefördert, sondern auch der intensive Ausbau der Plätze weitergeführt. Wien hat nun über 19 000 Kinderkrippenplätze, 53 000 Kindergartenplätze, zusätzlich 20 Hortplätze im städtischen und privaten Bereich und 1 500 Plätze bei Tageseltern, die ebenfalls von Wien gefördert werden.

Der beitragsfreie Kindergarten spielt in Wien weiterhin eine ganz wichtige Rolle, und ich sage es ganz deutlich: Der Gratiskindergarten ist und bleibt und wird in Wien erhalten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Damit auch möglichst viele Familien in den Genuss des Angebotes kommen, wurden die Kindergartenplätze auch im Jahr 2012 intensiv ausgebaut. Allein in den letzten beiden Jahren wurden über 6 500 neue Kinderbetreuungsplätze geschaffen. Das macht Wien zur Spitzenreiterin in allen Bundesländern. Der Versorgungsgrad bei den 0- bis 3-jährigen Kindern liegt bei 36 Prozent, womit Wien das Barcelona-Ziel sogar übererfüllt. Bei den 3- bis 6-jährigen Kindern liegt der Versorgungsgrad bei 100 Prozent, und wir werden weiter ausbauen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nun zu einem Bereich, der für die Menschen, das Alltagsleben und die Sicherheit ganz wichtig ist, zum Gesundheitsbereich: Der Gesundheitsbereich ist einer der am schnellsten wachsenden Bereiche in unserer Stadt, und deshalb ist es besonders wichtig und freut es mich, dass die Reformen hier so engagiert vorangetrieben werden, um Kostendämpfung zu erzielen.

Die Umsetzung des Spitalkonzepts 2012 schritt rasch voran, bei allen Maßnahmen, die die Effizienz betreffen – und ich komme später darauf noch zurück –, braucht der Bereich aber auch Investitionen, um modern zu bleiben und die Spitzenmedizin, auf die Wien zu Recht stolz ist und für die wir weltweit beachtet werden, auch weiterhin gewährleisten zu können. Daher kam es auch in diesem Bereich 2012 zu massiven Investitionen in der Höhe von 361 Millionen EUR, die Wien in wirtschaftlich schwierigen Zeiten vorgenommen hat. Das ist eine Steigerung gegenüber 2011 von über 18 Prozent.

Das neue Krankenhaus Nord ist das Flaggschiff des Wiener Spitalskonzepts 2030. Das modernste Spital Österreich, in dem pro Jahr 40 000 Menschen stationär und rund 250 000 Menschen ambulant versorgt werden, geht 2016 in Vollbetrieb.

Aber auch in anderen Bereichen gab es eine rege Bautätigkeit, und ich möchte Ihnen einige der Investitionen beispielhaft aufzählen. Die Rudolfstiftung wird derzeit modernisiert und erweitert. Der Südzubau wird schon in diesem Jahr fertiggestellt. Die neue Psychiatrie in der Juchgasse wird im Jahr 2014 eröffnet. Das Kaiser-Franz-Josef-Spital erhält bis 2015 ein neues Mutter-Kind- und OP-Zentrum. Alle Einrichtungen des bereits über 100 Jahre alten Preyer'schen Kinderspitals übersiedeln in dieses Gebäude. Auch das Wilhelminenspital wird bis 2024 komplett neu gebaut. Die veraltete Pavillonstruktur wird durch einen modernen Zentralbau ersetzt.

Außerdem gab es Investitionen, die auch die Erstversorgung der rund 116 000 Patientinnen und Patienten der Notfallambulanzen der Wiener Gemeindespitäler betreffen. Sie sollen in Zukunft noch rascher versorgt werden. Die neue Erstversorgung im Krankenhaus Hietzing und im Wilhelminenspital bietet größere Räumlichkeiten, eine maßgeschneiderte Ausstattung, großzügige Wartebereiche.

All das sind Investitionen – ich habe diese jetzt in den verschiedenen Bereichen exemplarisch dargestellt –, durch welche nicht nur dafür gesorgt wird, dass die Wirtschaft angekurbelt wird, sondern die für die Lebensqualität und das Alltagsleben der Menschen in Wien so wichtig sind. Und damit steht Wien im internationalen Vergleich sehr gut da.

Ich weiß schon, was wieder kommen wird: Die Stadt Wien, die Regierung, die Finanzstadträtin lobben sich selber. – Lassen Sie mich daher nur einige internationale Rankings und Studien zitieren. Zum vierten Mal in Folge wurde Wien Nummer 1 in Sachen Lebensqualität bei der Mercer Studie. (*Ironische Heiterkeit und Beifall von GRIn Ing Isabella Leeb.*) Ja! Da können Sie ruhig applaudieren! Da applaudieren Sie einmal zu etwas Gescheitem!

Wien wurde weiters zur erfolgreichsten Stadt der Welt laut UN-Habitat, und die UN wollen wir doch nicht in Frage stellen! Wien wurde zur erfolgreichsten Stadt der Welt laut UN-Habitat-Studie gekürt, die explizit auch soziale Gleichberechtigung gewertet hat. Wien ist außerdem die drittinnovativste Stadt der Welt, und zwar noch vor dem IT-Standort Silicon Valley. Wien ist zum achten Mal die Kongressstadt Nummer 1, und Wien hat laut „Financial Times“ – ich kann mir schon vorstellen, dass Sie darüber lachen, denn Sie lesen vermutlich nur Micky Maus! – europaweit das größte wirtschaftliche Potenzial. – Das, sehr geehrte Damen und Herren, sind Erfolge, denn das stammt nicht von uns, sondern das wurde durch externe, internationale Studien bestätigt. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Diese Platzierungen sind nicht selbstverständlich. Dazu sind viele gemeinsame Anstrengungen in allen Bereichen nötig. Aber das beweist, dass wir stark sind, wenn wir an einem Strang und alle Wiener und Wienerinnen gemeinsam mit uns ziehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe es schon erwähnt: Ja, ich bin fest davon überzeugt, dass das Geld, das wir krisenbedingt aufgenommen haben, richtig eingesetzt wurde, um die Wirtschaft anzukurbeln, um die Menschen mit sozialen Maßnahmen und auf dem Arbeitsmarkt zu unterstützen, um sie mit anderen Maßnahmen wie etwa dem Gratiskindergarten zu entlasten, um in die Zukunft zu investieren.

Der Gesamtschuldenstand beträgt 4,3 Milliarden EUR, und das ist bei einem Budget von 12 Milliarden eine überschaubare Größe. Auch auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen – aber doppelt hält ja bekanntlich besser –, betone ich: Bei einer Wirtschaftsleistung von rund 77 Milliarden beträgt die Verschuldungsquote gerade 5,3 Prozent. Die kritische Grenze wäre mehr als das 10-Fache, nämlich 60 Prozent.

Dieser Schuldenstand, sehr geehrte Damen und Herren, wird auch wieder abgebaut. Wien hat das ja schon bewiesen, und zwar vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008. Wir haben damals rund 600 Millionen EUR an Schulden rückgeführt, und so werden wir es auch wieder machen. Gemäß dem innerösterreichischen Stabilitätspakt werden wir unsere Neuverschuldung Jahr für Jahr bis 2015 zurückfahren und 2016 wieder eine schwarze Null schreiben. Wenn es die wirtschaftliche Situation dann zulässt, werden wir auch wieder Schulden zurückbezahlen, wie wir es vor der Krise getan haben.

Ich möchte aber auch ganz deutlich sagen: Wir werden niemanden im Stich lassen. Jugendliche, die massenhaft auf der Straße stehen, keine Ausbildung, keine Perspektiven und keine Zukunft haben, wird es mit uns nicht geben, sehr geehrte Damen und Herren! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Dass wir mit unserem Konsolidierungskurs sehr gut unterwegs sind, beweist übrigens auch der Rechnungsabschluss 2012. Die Neuverschuldung nach Maastricht beträgt 252 Millionen EUR und damit um 120 Millionen EUR weniger als prognostiziert, was durch einen strengen Budgetvollzug gelungen ist. Damit beträgt die Neuverschuldung lediglich etwa 0,3 Prozent des Bruttoregionalproduktes. Im Vorjahr waren es 0,7. Der Kurs einer behutsamen Rückführung der Neuverschuldung wird auch 2013 fortgesetzt, und wir werden bis zum Jahr 2016 weiter so vorgehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Kampf gegen die Krise fordert Investitionen, auf der anderen Seite muss die Stadt aber natürlich auch überall Maßnahmen setzen, um noch besser, effizienter und sparsamer zu werden.

Herzstücke bei unserem Konsolidierungskurs sind und bleiben das Wiener Spitalskonzept und die Gesundheitsreform. Sie sind ganz zentral, weil wir hier sehr viel investieren und weil es wichtig ist, hier zu einem Kostendämpfungspfad zu kommen. Es ist wirklich ein ganz wichtiger Akt, dass die Vereinbarungen hier gelungen sind.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche kleine und große Beispiele, die zeigen, wie wir vorgehen und wie ich als Finanzstadträtin im wahrsten Sinn des Wortes jeden Euro zwei Mal, manchmal sogar drei Mal umdrehe,

um mit weniger oder mit demselben Mitteleinsatz die gleichen Leistungen, die bei einer wachsenden Stadt aber auch zunehmen, umzusetzen. Wir schaffen schlankere und flexiblere Strukturen in der Stadt, etwa durch die Organisationsreform des WAFF an einem gemeinsamen Standort, durch die Zentralisierung des Kundenservice bei Wiener Wohnen oder die Standortkonzentration der MA 48 und der Bioabfallaufbereitung. Allein die Schaffung der Feuerweherschule innerhalb bestehender Strukturen und innerhalb bestehender Infrastruktur spart 22 Millionen EUR, sehr geehrte Damen und Herren.

Wir suchen neue Wege in der Finanzierung, wie bei der Wohnbauinitiative. Wir setzen inhaltliche Strukturformen. Das bedeutet, dass das Angebot der Stadt Wien sich den städtischen und demographischen Entwicklungen anpasst, etwa beim schon erwähnten Spitals-, aber auch beim Geriatriekonzept. Und auch mit dem Top-Jugendticket wird auf die Bedürfnisse der jungen Menschen eingegangen. Es ist dies ein super günstiges Angebot für die jungen Leute, das nebenbei eine massive Verwaltungsvereinfachung darstellt.

Durch bessere Organisation und effizienteren Personaleinsatz sowie bessere Nutzung von neuen Technologien kommt es zu einer Steigerung der Effizienz der Stadt sowie der Leistungen und Angebote. Wir reformieren das Besoldungssystem mit dem Ziel eines optimalen Einsatzes, optimaler Arbeitsbedingungen für die MitarbeiterInnen, mehr Transparenz, Durchlässigkeit und Mobilität.

Weiters schaffen wir weitere Produktivitätssteigerungen durch Forcierung von E-Government-Anwendungen. Das ist nicht nur mit geringerem Mittelaufwand verbunden, sondern bedeutet gleichzeitig eine Verwaltungsvereinfachung. Wir haben die Förderungen – ich habe das anhand meines Beispiels erläutert – erneuert und damit zielgerichteter gemacht. Und wir haben für einfachere Verwaltungsabläufe gesorgt, zum Beispiel mit einer zentralen elektronischen Eingangserfassung im Magistrat. Außerdem organisiert jetzt eine Abteilung das Scan-Verfahren für alle anderen. Solche Vorhaben – und das sind nur einige wenige Beispiele – werden in der Stadt umgesetzt und werden weiter engagiert verfolgt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist vielleicht nicht allen bewusst, dass Wien jedes Jahr um 25 000 Menschen wächst, das ist in nur 2 Jahren die Größe St Pölzens, immerhin der Hauptstadt unseres Nachbarbundeslandes! Und damit wachsen alle Aufgaben, alle Maßnahmen, alle Herausforderungen. Und das bewältigen wir in Wien seit Jahren mit einem gleichen Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenstand. Das ist eine sensationelle Leistung! Es großes Dankeschön an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen! Das ist unser Team Stadt Wien. – Danke schön! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Der eingeschlagene Konsolidierungskurs, den wir beherzt weitergehen, und die Reformen sind Bedingungen dafür, dass wir in anderen Schwerpunktbereichen weiter investieren und damit gegen die Auswirkungen der Krise ankämpfen können. Ich habe einige Bereiche genannt, wo die Stadt investiert und wo sie effizienter wird. Die oberste Prämiss-

se bei all diesen Vorhaben ist, dass die Stadt das aus dem Blickwinkel der Gerechtigkeit tut und dass die Stadt für alle gleichermaßen zugänglich, leistbar und lebenswert ist. Das ist gelebte Politik für mehr Gerechtigkeit im kommunalen Bereich, und darauf geben wir bei allen Maßnahmen Acht, und diese Gerechtigkeit werden wir auch weiterverfolgen.

Wer nämlich unsere Gesellschaft kritisch analysiert, der muss die Ungerechtigkeit und vor allem die ungleiche Verteilung von Ressourcen auch in Österreich erkennen. In den letzten Wochen war etwa zur Genüge zu lesen, wie viel Geld in den verschiedensten Steueroasen gebunkert ist, Geld, das die Reichen noch reicher macht und uns allen an Einnahmen für die Gemeinschaft fehlt.

Ein Prozent der Haushalte besitzt fast ein Drittel des gesamten Vermögens in Österreich. Die reichsten 10 Prozent der Haushalte besitzen das 581-fache Vermögen gegenüber den ärmsten 10 Prozent der Haushalte, die obersten 10 Prozent besitzen 61 Prozent des Immobilienvermögens und fast 100 Prozent der Unternehmensbeteiligungen. – Diese Zahlen bestätigen, was viele als Ungerechtigkeit empfinden und was auch ungerecht ist. Wenn dann die österreichische Finanzministerin Millionärssteuern als dumm bezeichnet *(StR Mag Manfred Juraczka: Zu Recht!)*, dann ist das nicht nur unverständlich, sondern auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch kontraproduktiv. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

So eine Position steht gegen die Mehrheit der Bevölkerung, nämlich gegen die 99 Prozent, die keine Millionäre sind, und diesen 99 Prozent sage ich: Ihr könnt euch auf uns verlassen, wir sind auf eurer Seite! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Wien ist anders. *(Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.)* Uns ist es umso wichtiger, dass in Wien mit zahlreichen Maßnahmen gegen diese Ungerechtigkeit vorgegangen wird, nämlich vor allem durch Bildung, durch Chancen auf dem Arbeitsmarkt, durch finanzielle Entlastungen und Initiativen, die den Menschen direkt zu Gute kommen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich kann mir schon vorstellen, dass Sie all das nicht hören wollen, aber es wäre gut, wenn Sie sich zumindest mit den Zahlen auseinandersetzen würden!

Ich komme jetzt zu ganz wichtigen Zahlen, nämlich zu den Zahlen, die wir für Gerechtigkeit ausgeben, nämlich 2,7 Milliarden EUR für Sozialleistungen. Der Hauptteil fließt in Pflege- und Betreuungsleistungen, Kinder- und Jugendwohlfahrt, Wohnbauförderung sowie Bedarfsorientierte Mindestsicherung; Wohnungslosenhilfe und Behindertenhilfe gehören ebenfalls dazu.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gerade – und ich nehme bewusst dieses Beispiel – bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung zeigen wir besonders unsere soziale Verantwortung. Pro Monat bezogen in Wien 2012 rund 144 000 Personen eine Leistung der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Die Zahl der Personen, die ausschließlich von der Mindestsicherung leben, beträgt nur 9 Prozent. Nebenbei bemerkt: In Niederösterreich ist dieser Anteil weit höher.

Die überwiegende Mehrheit, sehr geehrte Damen und Herren, bilden Menschen, die arbeiten oder gearbei-

tet haben und jetzt arbeitslos sind, aber so wenig verdienen, dass sie von uns eine Ergänzungsleistung bekommen müssen. Diese niedrigen Einkommen, vor allem bei Frauen, sind das Hauptproblem, und deswegen beziehen sie die Bedarfsorientierte Mindestsicherung. Gerade da müssen wir ansetzen, sehr geehrte Damen und Herren, anstatt eine böse Neiddebatte über die richtige und wichtige Leistung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung zu führen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Bei uns zeigen die Zahlen, dass der Anteil derer, die ausschließlich Bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen, sogar sinkt, und zwar dank arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wie „Step 2 Job“ und ähnlicher Maßnahmen, die sehr erfolgreich sind. Das bestätigt den Wiener Weg. Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist ein Trampolin in ein eigenständiges Leben und keine soziale Hängematte.

Dieser Vorwurf kommt manchmal von Menschen, welche die 795 EUR, die die Ärmsten unserer Gesellschaft pro Monat zum Überleben brauchen, allein für ein Abendessen ausgeben. Und es ist traurig, dass diese unwürdige Debatte von der ÖVP angezettelt wurde und Begriffe verwendet werden, die wir bisher nur aus einer ganz anderen Ecke gekannt haben. Diese Debatte dient zu nichts anderem, als die Menschen gegeneinander aufzuhetzen und Neid zu schüren. – Wir in Wien sorgen dafür, dass die Menschen jene Hilfe, die ihnen auf dem Weg in ein eigenständiges Leben zusteht, auch annehmen können, anstatt ihnen das auch noch zu erschweren.

Besonders zynisch erscheint mir die Tatsache, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass bei der Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer davon gesprochen wurde – und ich kann mich noch sehr gut an die Diskussion erinnern –, dass diese Steuer gar nichts bringt und der Verwaltungsaufwand die Bagatelleinnahmen übersteigt. – 500 Millionen von den Millionären sind eine Bagatelle? Und 350 Millionen – so viel gibt Wien nämlich für die Bedarfsorientierte Mindestsicherung für die Ärmsten der Armen aus – sind Sozialschmarotertum? Sehr geehrte Damen und Herren! Dazu fällt mir nur ein: Traurig, traurig, traurig. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Eine Gesellschaft wird daran gemessen, wie sie mit jenen umgeht, denen es besonders schlecht geht, die sich nicht selber helfen können, die keine laute Stimme haben. Und wir in Wien sorgen dafür, dass gerade diese Menschen nicht im Stich gelassen werden, sondern dass alle eine Chance haben. – Nebenbei bemerkt: Damit fördern wir auch die Besten, die Fleißigsten, die Innovativsten und die Erfolgreichsten, denn wir wollen eine Gesellschaft des sozialen Zusammenhaltes, eine Gesellschaft der großen Chancen, und damit schaffen wir auch die Rahmenbedingungen für Bestleistungen, und das werden wir auch weiterhin so tun. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Ganz zentrale Instrumente für diese Politik des sozialen Zusammenhaltes und der Gerechtigkeit sind Bildung und Ausbildung. Und wenn ich von Ausbildung spreche, dann meine ich Aus-

bildung von Anfang an und damit den Gratiskindergarten. Es ist dies ein Erfolgsprojekt, das nicht nur für qualitativ hochwertige Bildung von Anfang an steht, sondern auch für eine spürbare Entlastung des Mittelstandes sorgt. Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung erhöht die Bildungschancen von Anfang an, ist gut für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und unterstützt die Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Diesen Gratiskindergarten weiterzuführen, ist eine Entscheidung, die wir miteinander mit großem Stolz tragen.

Der Bereich Bildung ist nämlich, was die Zukunftschancen der Jugendlichen betrifft, ganz zentral. Eine abgeschlossene Ausbildung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Deswegen ist es mir auch ein sehr großes Anliegen, die Ausbildungsgarantie weiter umzusetzen, wie wir das auch 2012 getan haben. Wenn Jugendliche eine Ausbildung machen wollen, bekommen sie entweder einen Lehrplatz oder eine Qualifizierung oder ein unterstützendes Beratungs- und Begleitungsangebot, denn wir lassen die jungen Leute nicht im Stich, und wir haben es geschafft, sehr geehrte Damen und Herren, dass mitten in der größten Wirtschaftskrise die Zahl der Lehrstellensuchenden zurückgegangen ist.

Was wir nämlich mit aller Kraft verhindern wollen, sind Zustände wie andernorts in Europa, wo 50 oder 60 Prozent Jugendarbeitslosigkeit herrschen und damit eine ganze Generation perspektivenlos ist. Was das für eine Region bedeutet, kann sich, glaube ich, jeder ausmalen! Darum wird als Gegenmaßnahme gerade unser erfolgreiches Projekt als Maßstab für ganz Europa herangezogen und findet hoffentlich Nachahmer und Nachahmerinnen.

Der Arbeitsmarkt und Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt stehen in allerengstem Zusammenhang mit Bildung, und deswegen haben wir voriges Jahr den Qualifikationsplan 2020 ins Leben gerufen. Es ist dies eine große, von allen – und darauf bin ich wirklich stolz! – Sozialpartnern getragene gemeinsame Strategie, um den Anteil von Personen, die höchstens Pflichtschulabschluss haben, deutlich zu verringern.

Angesichts der Arbeitsmarktsituation und der Prognosen ist es ganz entscheidend für die Wiener und Wienerinnen, dass wir sie diesbezüglich entsprechend unterstützen können und es uns gelingt, den Teil der formal gering Qualifizierten so rasch wie möglich abzusinken. 58 Millionen wurden 2012 in diesem Bereich für eine aktive ergänzende Arbeitsmarktpolitik ausgegeben, 28 000 Wiener und Wienerinnen haben von den Programmen des WAFF profitiert.

Gerade jetzt stehen wir mit unseren Insolvenzstiftungen bereit, um die Menschen, die jetzt auf Grund der schwierigen Situation der Alpine große Probleme haben werden, zu unterstützen. Wir können mit unseren permanent vorhandenen Insolvenzstiftungen – das möchte ich bei dieser Gelegenheit gleich erwähnen, auch wenn wir jetzt vom Rechnungsabschluss des vorigen Jahres reden – die Menschen entsprechend unterstützen. Wir sind das einzige Bundesland, das permanent Insolvenzstiftungen hat, die den Menschen permanent zur Seite stehen können.

Ich sehe dort gerade den Geschäftsführer des WAFF und halte fest, dass wir jetzt schon sowohl mit den Betriebsräten der Alpine sowie mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen als auch mit den anderen Unternehmen in engstem Kontakt stehen. Die Wiener und Wienerinnen, die von Arbeitslosigkeit durch insolvenzbedrohte Unternehmungen gefährdet sind, können sich hier auf uns verlassen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Eine zentrale Voraussetzung für Gerechtigkeit ist die Sicherung der wichtigsten Grundbedürfnisse. Deswegen ist ein ganz wichtiges Anliegen der Schutz der Daseinsvorsorge vor Privatisierung. 87,17 Prozent der Wiener und Wienerinnen haben sich bei der Volksbefragung für einen Schutz der kommunalen Betriebe vor Privatisierung ausgesprochen. Daher werden wir auch weiter in die Leistungen, aber auch in die Infrastruktur der Daseinsvorsorge investieren, denn diese Leistungen – Müllabfuhr, Wasser, Gesundheit, Kunst, Kultur, Schule und so weiter – kommen allen gleichermaßen zu Gute. Diese Leistungen kosten aber auch Geld, denn wir werden weiterhin in hohe Qualität investieren.

Um auch dieses kontroversielle Thema gleich anzusprechen, weil wir vor Kurzem über die Gebühren diskutiert haben: Die Wiener und Wienerinnen sind seit 2011 weit mehr entlastet worden, als die Gebühren erhöht wurden. Ich bringe ein Rechenbeispiel, das sogar Sie zusammenbringen müssten: Es handelt sich um eine durchschnittliche Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern, wobei gar nicht alle zwei Kinder in den Kindergarten gehen, sondern nur eines. Diese Familie, die in einer Wohnung im 3. Bezirk lebt, ist heute um knapp 75 EUR pro Jahr mehr belastet als 2011. Gleichzeitig gibt es aber eine Entlastung durch die Wiener Linien Jahreskarte, das Top-Jugendticket und den Gratiskindergarten von über 3 000 EUR pro Jahr. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Wenn ich gegenrechne, dann kann ich feststellen, dass es zu einer Entlastung von 250 EUR pro Monat kommt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Jeder Cent der Gebühren wird direkt ... *(StR DDr Eduard Schock: Das glauben Sie ja selbst nicht! Wer hat Ihnen denn dieses lächerliche Beispiel ausgerechnet?)*

Rechnen Sie doch nach: 3 000 minus 75, das werden Sie doch wohl zusammenbringen! 3 000 minus 75 ist nicht so schwierig, das schaffen auch Sie! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Bgm Dr Michael Häupl: Das tut ihnen weh!)*

Jeder Cent der Gebühren wird direkt und ausschließlich in die Qualität und in den Ausbau der Leistungen der Daseinsvorsorge investiert, und die Wiener und Wienerinnen sind mit der Qualität der Leistungen sehr zufrieden. Wir brauchen den internationalen Vergleich weder von der Qualität her – da sind wir nämlich ganz oben – noch vom Preis her – da sind wir nämlich ganz unten – zu scheuen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wer glaubt, mit einer Gebührendebatte die Grundlage der öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge in Frage stellen zu können und damit eine Privatisierung durch die Hintertür

zu erreichen, der muss mit unserem schärfsten Widerstand rechnen! Durch das Votum der Volksbefragung gestärkt, werden wir die Daseinsvorsorge verteidigen und ausbauen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Abschluss – last but not least – komme ich, weil das ganz wichtig ist, zu einem der wichtigsten Grundbedürfnisse der Menschen, nämlich zum Wohnen: Wien geht mit seiner Wohnbaupolitik einen einzigartigen Weg. In diesem Bereich sorgen wir ganz besonders für Gerechtigkeit. Mit dem sozialen Wohnbau ist Wien ein weltweit beachtetes „role model“. Bis nach New York wird unser Wohnbaustadtrat eingeladen und präsentiert dort unsere Projekte. 220 000 Gemeindewohnungen und 200 000 geförderte Wohnungen bedeuten, dass 60 Prozent der Wienerinnen und Wiener im sozialen Wohnbau leben. Das sind eine Million Menschen, die mitten in einer Metropole zu günstigen Preisen in unterschiedlichen Gegenden leben. Das ist gelebte Gerechtigkeit, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Damit wird das Wohnen in Wien auch insgesamt deutlich billiger als in vergleichbaren Metropolen wie etwa München oder Barcelona; man kann viele Beispiele nennen. Durch das große Angebot an geförderten Wohnungen sinkt die Durchschnittsmiete, der hohe Anteil wirkt sich aber auch generell dämpfend auf die Mietpreise aus. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, und dass Wien den einzigartigen Weg des sozialen Wohnbaus geht, trägt entscheidend zur sozialen Gerechtigkeit in dieser Stadt bei, denn durch die hohe Anzahl an Angeboten im Bereich des sozialen Wohnbaus gibt es in Wien keine „schlechten Viertel“, und es gibt auch sonst keine Situationen wie in anderen Städten, wo die sozial Schwächeren an den Rand gedrängt werden.

Trotzdem ist hier sehr viel zu tun. Die Unterstützung durch den Bund – und wir alle kennen den Grund – ist leider sehr eingeschränkt. Was wir tun können, tun wir. Wir bauen zum Beispiel jährlich 5 000 bis 6 000 geförderte Wohnungen neu. Und gerade in diesem Punkt zeigt sich der Unterschied zwischen der rot-grünen Regierung und einer anderen Regierung, die wir in Wien schon einmal gehabt haben, nämlich Schwarz-Blau. Uns wurde etwa mit dem Verkauf der BUWOG oder mit einem völlig ausgehöhlten Mietrecht bewiesen, wie gerecht damals das Thema Wohnen betrachtet wurde. Deutlicher kann man den Unterschied gar nicht zeigen. Wien, sehr geehrte Damen und Herren, ist anders. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir leben in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten. Die Wirtschaftskrise dauert an, die Prognosen sind leider noch nicht so gut, dass wir durchatmen können. Dennoch haben wir Wien durch Investitionen in Zukunftsprojekte und Schwerpunkte 2012 gut durch die Krise gesteuert. Wir haben oft im wahrsten Sinn des Wortes den Grundstein für viel Neues gelegt, das in unserer wachsenden Stadt entsteht. Viele Gebäude, aber auch Initiativen und Maßnahmen werden die Stadt über Jahrzehnte prägen.

Die Wiener Finanzpolitik hat nämlich drei zentrale Eckpunkte: Wir kämpfen mit Investitionen gegen die

leider noch immer andauernde internationale Finanzkrise. Wir haben einen Konsolidierungs- und Reformkurs eingeschlagen, mit dem Mittel frei gemacht werden, die uns Investitionen in Schwerpunkte wie Arbeitsmarkt, Wohnen, Bildung und Soziales möglich machen, und so werden wir konsequent weiter vorgehen.

Außerdem sorgen wir mit unseren Maßnahmen wie der Ausbildungsgarantie, dem Gratiskindergarten oder Gemeindewohnungen für mehr Chancengleichheit und mehr Gerechtigkeit in dieser Stadt. Wir schaffen in der Stadt immer mehr ein Klima, das vor allem von Gerechtigkeit geprägt ist. Wir stellen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Menschen in den Mittelpunkt und nicht die Spekulanten. Wir schaffen in der Bildungsfrage Chancen für alle: Nicht die Herkunft eines Menschen entscheidet in Wien, sondern es entscheiden seine Talente und Neigungen. Wir haben mit unseren Maßnahmen in der Sozialpolitik keinen Abbau in Richtung Ellenbogengesellschaft vorgenommen, sondern helfen all jenen, die Unterstützung brauchen.

Wien steht auf wirtschaftlich gesunden Beinen, und ich bin davon überzeugt, dass wir auch die nächsten wirtschaftlich herausfordernden Jahre gut meistern werden.

Großen Dank möchte ich wie immer an dieser Stelle dem ganzen Team unserer Finanz, diesmal unter dem neuen Finanzdirektor Dietmar Griebler, aussprechen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben den Budgetvollzug mit Augenmaß und großer Sorgfalt gewährleistet. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Anstrengungen, weiter gegen die Krise anzukämpfen und ihre Auswirkungen einzudämmen, werden wir fortsetzen. Dass wir mit unseren Schwerpunkten dabei richtig liegen, zeigt der Rechnungsabschluss, und das unterstreichen die erwähnten Platzierungen in verschiedenen Studien und Berichten. Vor allem aber beweist uns das die Zufriedenheit der Wienerinnen und Wiener mit ihrer Stadt. Die Wiener und Wienerinnen lieben ihre Stadt. Sie leben gerne hier, und darum wächst die Stadt auch weiter. Die Menschen wissen, dass sie sich auf uns verlassen können, und das zu Recht, und das ist gut so. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Ich danke ausdrücklich für diesen Bericht.

Bevor ich die Debatte eröffne, möchte ich darauf hinweisen, dass wir in der Präsidialkonferenz mit allen Fraktionen vereinbart haben, dass für die Generaldebatte als Gesamtredezeit maximal 3 Stunden vereinbart wurden, wobei auf die SPÖ als Fraktion maximal 45 Minuten, auf die FPÖ maximal 42 Minuten, auf die ÖVP 39 Minuten, auf die GRÜNEN 36 Minuten sowie auf den klubunabhängigen Mandatar 6 Minuten Gesamtredezeit entfallen. Die jeweils maximale Gesamtredezeit der Fraktion kann auf beliebig viele RednerInnen aufgeteilt werden. Wenn allerdings die maximale Redezeit einer Fraktion verbraucht ist, werden auch bereits bekannt gegebene RednerInnen dieser Fraktion nicht mehr aufgerufen.

Nun eröffne ich die Debatte. Als erster Redner ist Herr StR Mag Juraczka gemeldet, und ich erteile ihm das Wort. Seine Redezeit wird auf 15 Minuten eingestellt.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit fast schon einer gewissen Bewunderung habe ich der wortreichen, wenngleich mitunter auch ein wenig schnippischen Erklärung der Frau Finanzstadträtin gelauscht, weshalb es in dieser Stadt keine Budgetexplosion gäbe, weshalb es in dieser Stadt keine Gebührenerhöhung sonder Zahl gäbe, sondern einen sorgfältigen Haushalt.

Na ja, Frau Stadträtin, mein Resümee zu Ihrer Rede: Eloquenz: eins bis zwei, kaufmännisches Geschick: leider vier bis fünf und Spargesinnung: ein lupenreines Nicht genügend. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Besonders begeistert mich – Achtung: Ironie! – Ihre Aufstellung über Ihr so segensreiches Wirken, das extreme Entlastungen für die Bevölkerung unter Rot-Grün gebracht hätte. Sie haben da so Info-Broschüren verteilen lassen, in denen Abwasser, Müll, Hundeabgabe, Wasser und all das natürlich keine Rolle spielen. Ich kann Ihnen nur sagen, ja, zu dem Kindergarten haben wir uns alle bekannt. Sie selbst wissen wahrscheinlich am besten, dass gerade die Wiener Volkspartei es war, die das viele Jahre lang gefordert hat, und es gibt nach wie vor ein Bekenntnis aller Fraktionen, das in dieser Form weiterzuführen, weil es nicht nur eine eminent wichtige familienpolitische Errungenschaft ist, sondern weil es auch die Integration und das Bemühen um Integration in dieser Stadt erleichtert.

Aber es wird ja schon ein bisschen skurril, wenn Sie in dieser Aufstellung der Entlastungen beispielsweise ganz explizit – ernsthaft, das steht hier – das Parkpickerl anführen, minus 15 EUR, als ob die Reduktion des Aufklebers selbst wettmachen könnte, dass in 5 neuen Bezirken hemmungslos abkassiert wird.

Oder auch sehr schön, wenn Sie explizit die Jahreskarte und das Jugendticket ansprechen und verschweigen, dass alle anderen Ticketformen massiv verteuert wurden, und noch dazu verschweigen, dass wir über 700 Millionen EUR auch 2012 wieder zuschießen mussten, um bei den Wiener Linien den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Sehr geehrte Frau Finanzstadträtin! Unsere Vorwürfe bezüglich Ihrer Wirtschaftspolitik sind glasklar und liegen auf dem Tisch. Wien hat die höchste Arbeitslosigkeit im Bundesländervergleich, Wien hat in der Tat eine exorbitante Gebührenlawine, und Wien hat eine absolute Schuldenexplosion – und Grün schaut zu.

Kommen wir zur Arbeitslosigkeit. Da braucht man gar nicht bis in die 80er Jahre zurückzugehen, wo Wien als Bundesland noch eine der geringsten Arbeitslosenraten hatte im Bundesvergleich. Mittlerweile ist alles ganz anders. Schauen wir uns beispielsweise die Entwicklung 2010 an, wo alle Bundesländer ihre Arbeitslosenrate senken konnten, alle, bis auf ein Bundesland. Man darf raten, um welches es sich gehandelt hat. Natürlich um Wien unter seiner verfehlten Wirtschaftspolitik.

Und wenn man sich ansieht, dass wir in den ersten Monaten des Jahres 2013 permanent über 10 Prozent Arbeitslosigkeit hatten – im Jänner fast 12 Prozent, im März noch immer 10,1 Prozent –, und wir befürchten dürfen und müssen, dass im Jahr 2013 erstmals in der Geschichte eine Arbeitslosenzahl von über 10 Prozent im Jahresschnitt herauskommt, und in einem Fernsehinterview vor wenigen Tagen anlässlich der Halbzeitbilanz von Rot-Grün der Herr Bürgermeister von Luxusproblemen spricht, na, dann kann ich nur sagen: Habed'ehre! SPÖ, die Partei der Arbeit. – Und Grün schaut wieder zu.

Grün schaut auch zu, wenn die Wirtschaftsförderung um 31 Prozent von 106 auf 72 Millionen EUR gekürzt wird.

Und Grün schaut zu bei der eminenten Gebührenlawine. Ich habe schon einige Beispiele genannt, und es gibt sie ja sonder Zahl. Jetzt in der schönen Jahreszeit auch die Eintritte in die städtischen Bäder beispielsweise und, und, und. Ganz eklatant ist das Beispiel der U-Bahn-Steuer.

Um noch einmal auf den Arbeitsmarkt zurückzukommen: Lohnnebenkosten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten von einem Tag auf den anderen um 177 Prozent zu erhöhen (GR David Ellensohn: *Wie viele Euro sind das?*), das schafft nur die Partei der sozialen Gerechtigkeit, die SPÖ in Wien. – Und Grün schaut zu. (Beifall bei der ÖVP.)

Nein, Grün schaut nicht nur zu – der Kollege Margulies hat das unlängst erst bewiesen, und ich nehme an, der Kollege Ellensohn wird heute ins gleiche Horn blasen –, die GRÜNEN in dieser Stadt schaffen es auch und haben keinen Genierer, plötzlich zu begeisterten Verteidigern des Valorisierungsgesetzes zu werden, in Kenntnis all dessen, was sie zu diesem Gesetz, völlig zu Recht, vor wenigen Jahren dazu noch zu sagen hatten. Macht korrumpiert ganz offensichtlich.

Und wir haben in dieser Stadt eine Schuldenexplosion. Also hier von einem Weg der Konsolidierung zu reden, entschuldigen Sie, Frau Stadträtin, das ist blanke Häme. Wir haben noch im Rechnungsabschluss 2009 einen Schuldenstand von 1,87 Milliarden EUR gehabt, 3 Jahre später, beim Rechnungsabschluss 2012, also heute, jetzt und hier, haben wir 4,35 Milliarden EUR. Da sind, wie wir alle wissen, die eminenten Schulden von Wiener Wohnen, vom KAV und so weiter nicht berücksichtigt. Summa summarum ist von etwa 7,5 Milliarden EUR Schuldenstand auszugehen. Und der Herr Bürgermeister spricht von Luxusproblemen – und Grün schaut zu.

Meine Damen und Herren! Diese rot-grüne Stadtergiebung ist das teuerste Experiment aller Zeiten. Nur beim Erfinden immer neuer Steuern, immer neuer Abgaben sind die GRÜNEN mittlerweile auch willige Schüler der Sozialdemokratie geworden.

Zu Ihren Klassenkampftönen, Frau Stadträtin, die Sie auch jetzt wieder angeschlagen haben, sage ich Ihnen ganz offen: Wir sollten alle gemeinsam nicht gegen den Wohlstand in dieser Stadt kämpfen, sondern gegen die Armut. Bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung geht es nicht darum, dass wir die Menschen natürlich

unterstützen wollen, die das dringend brauchen, es stellt sich nur die Frage, warum gerade in Wien so eine eklatante Häufung von Armut anzutreffen ist. Es bleibt eigentlich nur der Schluss: Ihre Wirtschaftspolitik führt die Menschen direkt in die Armut. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf Ihnen ein Zitat von Franz Josef Strauß nahelegen, liebe Frau Finanzstadträtin: Der Reichtum eines Landes kommt nicht vom Umverteilen, er kommt von dem Fleiß und der Leistung seiner Menschen. – Und die müssen wir fördern, die dürfen wir nicht durch eine permanente Gebührenlawine unterbinden. (GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: *Das war ja der mit dem Amigo-Skandal!*)

Menschen in dieser Stadt werden in einer Weise belastet, die die Grenzen der Zumutung bereits längst überschritten hat. Die Stadt Wien ist mittlerweile in einer wirtschaftspolitischen Schiefelage. Nicht, weil die Menschen über ihre Verhältnisse gelebt haben, nicht, weil die Wienerinnen und Wiener über ihre Verhältnisse gelebt haben, meine Damen und Herren, sondern weil StRin Renate Brauner über ihre Verhältnisse gelebt hat. Darum ist es nur recht und billig, es ist eine Frage der Gerechtigkeit, die Sie so oft zitieren, dass die Stadt endlich ihr Sparpotenzial hebt, statt den Menschen mit beiden Armen permanent in die Taschen zu langen.

Wir werden einem derartigen Rechnungsabschluss selbstverständlich nicht zustimmen. – Vielen herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit wird mit 15 Minuten eingestellt.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Jetzt steige ich, damit das auch einen Redefluss hat, gleich auf meinen Vorredner ein, der als Angehöriger der Wiener ÖVP den Franz Josef Strauß zitiert. Der hat sich immerhin ausgekannt bei Atomstrom Wackersdorf, Amigo-Skandal, der wusste noch, wie Korruption funktioniert. Bei dem kann man was lernen. Und mit dem Rotlichtmilieu hat er auch ein paar Skandale verursacht. Also ich würde den ja nicht nehmen, aber bitte, jeder sucht sich seine Helden selber aus. Die Wiener ÖVP hat sich diesen Wackersdorf-Franz-Josef-Strauß ausgesucht. Schade! Schade!

Gehen wir zu den Gebühren, steigen wir gleich ein bei der Diskussion. Sie waren letzten Freitag leider nicht da, deswegen werde ich jetzt nicht sagen, dass Sie ein Gebührenlügner sind, denn so hat die Pressekonferenz und das Papier von Martin Margulies dazu geheißen: „Die Gebührenlügen der Österreichischen Volkspartei und der FPÖ.“ Sie waren nicht da, deswegen haben Sie es vielleicht nicht verfolgt, aber ich wiederhole ein paar Sachen, um es festzuhalten, denn da wird mit Prozenten herumgeschmissen, als ob wir alle beim Billa und sonst wo in Prozenten zahlen würden und nicht in Euro. Und worum wir Sie gebeten haben letzte Woche – vielleicht ist es jemandem geglückt, falls ja, hat man es dem Herrn Juraczka nicht gesagt –: Den Vergleich von 74 Städten in Österreich hat sich der Martin Margulies angetan. Wir suchen noch die eine Stadt mit einem ÖVP- oder FPÖ-

Bürgermeister, gerne auch eine Bürgermeisterin, wo Müll, Wasser und Abwasser in Summe günstiger sind als in Wien. (*StR Mag Manfred Juraczka: Erklären Sie mir bitte, warum das Valorisierungsgesetz plötzlich so toll ist!*) Wir haben noch keine Stadt gefunden. Am Freitag war es knapp, da hatten Sie nur drei Stunden Zeit, mittlerweile sind es drei Tage, vielleicht gibt es ein einziges Beispiel. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – StR Mag Manfred Juraczka: Erklären Sie mir, warum Sie das Valorisierungsgesetz auf einmal so toll finden!*) Nennen Sie eine größere Stadt, sagen wir eine mit 10 000 EinwohnerInnen, mit einem ÖVP-Bürgermeister, fallweise einer Bürgermeisterin, wo es günstiger ist. Wir haben keine gefunden. Sie offensichtlich auch nicht, das entnehme ich der Reaktion.

Das, was stimmt: Die SPÖ hat tatsächlich, beziehungsweise wir zusammen, letztes Jahr zum Beispiel bei Wasser nachgezogen. In Prozenten hört sich das enorm an, aber immer noch ist es bei Weitem nicht so teuer wie in den ÖVP-Gemeinden. Das stimmt, in Prozenten wurde sehr viel nachgezogen. (*StR Mag Manfred Juraczka: Warum ist das Valorisierungsgesetz plötzlich so toll?*)

Jetzt spreche ich ein Lob aus, nicht für Rot-Grün, sondern für die Sozialdemokratie. Im Vergleich der Landeshauptstädte schneiden in Summe bei den Gebühren erstaunlicherweise oder nicht erstaunlicherweise alle SPÖ-geführten am besten ab. Die sind ganz vorne, und ganz hinten sind alle ÖVP-geführten. Das ist der absolute Zahlenvergleich. Jetzt habe ich mich, als ich mit dem Martin geredet habe, gewundert, warum das die SPÖ nicht laut sagt die ganze Zeit, denn die Einzigen, die vergleichsweise an Rot-Grün herankommen, sind SPÖ-geführte Städte von der Bürgermeisterei her gesehen, und Sie sind ganz hinten.

Also der Vergleich macht uns sicher. Kaum sitzt ein ÖVPLer oder, selten, eine ÖVPLerin auf dem Bürgermeistersessel, wird es teurer. Und deswegen sind wir sehr froh, dass Sie in dieser Stadt nichts zu sagen haben, außer da am Pult, und wir das gemeinsam mit der SPÖ in dieser Stadt machen können. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Zu den Gebühren noch einmal: Die 4,4 Prozent nächstes Jahr – ein Wahnsinn! Wie viel ist das eigentlich für einen Einzelnen? Wir nehmen extra die Familien nicht zum Vergleichen, das wäre sehr ungerecht, denn wenn man den Kindergarten dazurechnet, zerfetzt es die ÖVP-Gemeinden beim Preis sowieso. Wir nehmen einen Alleinstehenden, eine Person, einen Erwachsenen, wir reden jetzt noch nicht von der Kindermisere, die kommt schon noch, sondern wir reden von einem in einer 50-m²-Wohnung. – Suchen Sie einen, Herr Juraczka, suchen Sie einen, wo es günstiger ist. (*StR Mag Manfred Juraczka: Sagen Sie mir, warum Sie die Valorisierung plötzlich so verteidigen?*) Und was zahlt der jetzt nächstes Jahr mehr für Müll, Wasser und Abwasser bei 4,4 Prozent übers ganze Jahr gerechnet? 10 EUR! 10 EUR – das ist die Lawine, von der Sie reden. (*Zwischenruf von StR Mag Manfred Juraczka.*) Na, ich rechne in Euro. Ich weiß schon, dass Sie in Prozent zahlen dürfen überall, wo Sie hinkommen. Ich nicht, ich zahle in Euro und

alle anderen in Wien auch.

Noch ein schönes Beispiel für die Rechenkunst. Wir haben da zwischendurch Probleme, denn die PISA-Studie hat halt einfach recht. Die Monatskarte für die Öffis hat vor Rot-Grün 49 EUR gekostet, dann 45, das ist jetzt. Ab 1. Juli sind es laut ÖVP-Plakat plus 10 Prozent. Jetzt rechnen wir kurz. 45 plus 10 Prozent ist 47? Denn 47 kostet sie dann. Und so arbeiten Sie die ganze Zeit! Auf dem Plakat steht plus 10 Prozent. Von 45 plus 10 Prozent ergibt – okay, jetzt bin ich ein schneller Kopfrechner, das muss ich ja zugeben – 49,50. Wahr ist, dass die Monatskarte auch jetzt weniger kostet als vor dem Regierungseintritt der GRÜNEN. Auch nach der 2-EUR-Erhöhung!

Also: Plakat gelogen. Denn ich glaube schon, dass irgendeiner die Prozentrechnung beherrscht in der ÖVP. Ich glaube nicht, dass das unabsichtlich passiert. Das können Sie jetzt auch sagen. Vielleicht können Sie tatsächlich nicht rechnen, das ist auch möglich, aber das wäre auch kein besseres Zeugnis. Also sagen wir lieber, Sie können gut rechnen und lügen dann auf den Plakaten. Oder wollen Sie es umgekehrt? Sie können alle nicht rechnen. Das wäre noch schlimmer. – So viel zu Ihren Gebührenlügen. Zum Nachlesen im Netz, auf der grünen Homepage, überall.

Arbeitslosigkeit. Auch so ein schönes Zahlenspiel. In Wien sind soundso viele Leute arbeitslos. Da rechnet man nicht dazu, dass 200 000 Pendler und Pendlerinnen nach Wien hereinfahren in der Früh, um hier zu arbeiten. Alle herzlich willkommen! Wenn alle Menschen einfach nur dort, wo sie wohnen, bleiben und dort einen Arbeitsplatz suchen würden, wo hätten wir dann die höchste Arbeitslosigkeit? In Niederösterreich. Weil die Niederösterreicher und Ihre niederösterreichischen Freunde da draußen nicht in der Lage sind, genügend Arbeitsplätze zu schaffen und die Leute deswegen alle da her kommen.

Wien hat viel mehr Arbeitsplätze, als es für die Wiener und Wienerinnen braucht, weil PendlerInnen hereinfahren. Über 200 000 Leute jeden Tag. (*GR Mag Wolfgang Jung: Und auch Steuern zahlen!*) Herzlich willkommen allen, die hierher kommen! – So viel zu den Rechenkünsten.

Aber wir leben in zwei verschiedenen Wien. Da ist das blau-schwarze Wien, in dem ich auch nicht wohnen möchte. Das ist das ohne Donauinsel, das ist das ohne Museumsquartier, ohne Kärntner Straße, ohne alles halt, ohne Kindermindestsicherung, mit Kindergartenplätzen wie in Vorarlberg. Schade, ich hatte nicht einmal einen Kindergartenplatz, da ÖVP-Gemeinde. Die hat sich erholt immerhin, am Vormittag ist dort offen. In dem Wien möchte ich auch nicht wohnen. Muss ich auch nicht. Das ist nur eine blau-schwarze Fiktion. Das gibt es da nicht. Wunderbar! Wir wohnen im rot-grünen Wien. Dazu kommen wir jetzt.

Jetzt zu den großen Erfolgen der Vergangenheit – wir sind beim Rechnungsabschluss – und zu dem, was wir alles noch vor haben. 365 EUR. Das ist, neben dem, dass es Ökopolitik ist, neben dem, dass es Verkehrspolitik ist, natürlich auch Sozialpolitik, sich in Wien Mobilität

leisten zu können um 1 EUR am Tag. Das geht halt nicht in jedem Bundesland, das ist nicht überall einfach mit den ganzen Flächen und den Tälern, das ist klar, aber Mobilität zu 100 Prozent kaufen zu können um 1 EUR am Tag und für Leute mit viel weniger Geld viel günstiger, um etwa 15 EUR für Bezieher der Mindestsicherung, ist hervorragend. Mit dem Ausbau der Öffis, mit dem Ausbau der Radwege haben wir in Wien insgesamt auch 100 000 PKW-Fahrten eingespart. Mit der Solaroffensive dazu ist das im Bereich CO₂-Einsparung die größte Maßnahme in ganz Österreich. Das haben alle Umweltminister und Umweltministerinnen der ÖVP seit der Bundesregierung im Jänner 1987, glaube ich, nicht geschafft.

Außerdem helfen wir – für mich persönlich sehr wichtig, wenn wir schon darüber reden, wem es schlecht geht und wem man am meisten helfen soll – am meisten den Kindern. Das ist am nachhaltigsten, das ist auch am einfachsten in dem Sinne, dass Kinder noch offen sind für alles, was wir noch vor haben, nicht nur in der Stadt, sondern insgesamt in ganz Österreich. Der Gratiskindergarten, die Kindermindestsicherung, die „kinderaktiv“-Card – das sind Familienentlastungen und Hilfen für die Kinder, die Sie außerhalb von Wien nirgends haben. Das sind die großen Würfe dieser Stadtregierung.

Unangenehme Zahlen: Natürlich ist es unangenehm, wenn 140 000 Leute auf die Mindestsicherung angewiesen sind. Das ist überhaupt keine Frage. Die Frage ist, wie wir mit ihnen umgehen und was für einen Ton wir haben. Steigende Arbeitslosigkeit – unangenehm. Steigende Verschuldung – unangenehm. Und jetzt tun wir so, als wenn sich das irgendjemand im Kammerl ausgedacht hätte. Da sind wir gesessen und haben gesagt, genau das wollen wir. Natürlich nicht.

Hat es eventuell, hat es vielleicht irgendetwas mit der Trendwende zu tun nach dem Finanzskandal, nach den ganzen Skandalen, die weltweit angezettelt wurden von irgendwelchen Finanzjongleuren, oder hat es nichts damit zu tun? Jetzt glaube ich, dass Sie glauben, es hat nichts damit zu tun. Das ist eine schlechte Voraussetzung.

Die Aktionen dieser Finanzjongleure haben dazu führt, dass die öffentliche Hand quer durch Europa – und nicht nur in Europa, aber jetzt einmal vornehmlich in Europa und in den USA – tatsächlich Schwierigkeiten hat, ihre Leistungen aufrechtzuerhalten. Gar keine Frage. Und jetzt wäre die entscheidende Frage: Sind wir noch reich genug, um alle Leistungen aufrechtzuerhalten? – Ja. Braucht es eventuell auf Europa-Ebene oder auf Österreich-Ebene neue Maßnahmen? – Ja, nämlich eine neue Verteilung vom gesamten wirtschaftlichen Reichtum.

Aber das ist ja leicht. Bei der Kindermindestsicherung sagen Sie Nein. Das gönnen Sie ihnen nicht. Da reden wir von den ärmsten Kindern in der Stadt und reden darüber, ob man ihnen 70, 75 EUR mehr gibt im Monat. Und ÖVP und FPÖ sagen, nein, die haben das nicht verdient.

Gleichzeitig, wenn man sagt, könnte man oben bei den Millionären darüber reden, ob sie vielleicht einen

höheren Beitrag zahlen, das geht natürlich gar nicht. Das ist dann die Neiddebatte.

So werden wir nicht weiterkommen. Die Rechnung der Milchbubis lautet: Einnahmen runter, Leistungen müssen eher besser sein, die Schulden runter. Das geht nicht! Das kann keiner ausrechnen. Aber wer glaubt, 10 Prozent von 45 ist 2, kann so etwas nicht ausrechnen. Keine Frage.

Die Lösung wäre natürlich einfach zu machen. Ja, klares Bekenntnis zur Vermögenssteuer. Überhaupt keine Frage. Es ist Nationalratswahl, und da glaubt man, manches wird nicht gesagt. Na, erst recht! Sie beschützen alle, die im Überfluss leben, und wir hätten gerne, dass alle so viel haben, dass sie nicht überlegen müssen, wie sie am 20. oder 25. irgendwie noch irgendetwas in den Kühlschrank stellen können, von voll füllen ganz zu schweigen.

Der Überfluss und die riesigen Vermögen würden leicht dafür reichen, leicht geht sich das aus, dass wir sagen, wir einigen uns darauf, die öffentliche Hand wird entschuldet. Wir wollen, dass alle null Schulden haben, Schuldenabbau bei Österreich, bei Wien, bei allen anderen Bundesländern, bei allen. Und jetzt überlege ich mir einmal, wer es zahlt. Zahlen sollen es nämlich nicht die, die nichts haben, oder die, die ganz wenig haben, sondern die, die viel haben. Und damit es nicht so wahnsinnig aussieht, machen wir temporäre Vermögenssteuern, bis wir das Ziel erreicht haben.

Denn immerhin sind der ganze Sicherheitsapparat und alles, was da draußen hilft, eine Versicherung für ganz reiche Leute, und deswegen bleiben sie auch da. In diesem Land lebt man sehr sicher. Das alles wird von der öffentlichen Hand geleistet, das ist ein 100-prozentiger Versicherungsschutz für Reiche. Es wäre das Einfachste der Welt, wenn wir uns hinsetzten und da was überlegen. Das wäre eine kleine Gruppe von etwa 20 Leuten. Da würde der 20., der so viel besitzt wie neben ihm 10 andere, sagen, entschuldige, aber dein Beitrag könnte ein bisschen größer sein! Das wäre einfach. Das könnten die Christlicheren unter Ihnen hier irgendwo anders nachlesen, in der Bibel nachlesen, andere in sozialpolitischen Werken. Das wäre einfach.

Ein paar Erfolge noch einmal im Einzelnen: 365 EUR – das hat dazu geführt, dass wir 140 000 Jahreskarten mehr verkaufen als vorher, viel mehr, als wir selber geglaubt haben, das muss man ja zugeben. Der Erfolg war so schnell, dass wir jetzt tatsächlich in rasantem Tempo nachziehen müssen. Damit haben wir nicht gerechnet, dass die WienerInnen derart schnell umsteigen. Vielen Dank! 140 000 neue JahreskartenbesitzerInnen, das ist natürlich sehr erfreulich, aber auch eine große Aufgabe für die Wiener Linien. (*GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Das sind nicht lauter neue!*)

Insgesamt hat sich der Modal-Split – das heißt, wie viele fahren mit den Öffis, wie viele fahren mit dem Rad, wie viele gehen zu Fuß – jetzt verschoben, und alleine das bedeutet eine Einsparung von 550 000 t CO₂ im Jahr. Da reden wir immer von Energiewende, man muss auch mit solchen Zahlen umgehen. Was Sie möchten, ist, den ganzen Tag brumm, brumm zu machen, und

trotzdem sollte es weniger CO₂ geben. Das geht sich nicht aus.

Velo-city: 1 240 km Radwege, 480 neue Radabstellplätze alleine beim Westbahnhof. Da schaut es dann immer noch nicht aus wie in Amsterdam oder in Rotterdam, aber wir sind auf dem richtigen Weg. Und für alle, die sich immer ärgern über die RadfahrerInnen: Stellen Sie sich vor, jeder stellt sein Rad ins Eck und steigt in ein Auto ein, alle steigen aus der U6 aus und steigen in ein Auto ein. Dann kann ja keiner von Ihnen mehr fahren. Also seien Sie froh, dass sich andere intelligent durch die Stadt bewegen, dann können Sie brumm, brumm machen, und andere machen was anderes.

Energiewende, Fotovoltaikanlagen. Ich hätte ja gerne etwas zu diesen Hard Facts gehört, ob Sie die gut oder schlecht finden. Finden Sie 365 EUR schlecht? Ich höre, weil die Wiener Linien subventioniert werden – O-Ton von Ihnen –, deswegen ist es ein ungerechter Preis. Das heißt im Umkehrschluss, nicht subventionieren. Das ist natürlich subventioniert, Schulen sind subventioniert, Spitäler sind subventioniert, Unis sind subventioniert. Nicht überall muss man ein Geschäft machen. Nicht jedes Kind, das in den Kindergarten geht, muss ein Geschäft sein. Überhaupt nicht. Ich weiß nicht, was die Logik da drüben ist (*in Richtung ÖVP*), aber wenn Sie sagen, es wird subventioniert, was wäre dann ein echter Preis? 700 für die Jahreskarte? 800? Keine Ahnung, was Sie sich vorstellen. (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Roman Stiftner.*) Das sind ja nicht meine Worte. Sie sagen, so viel Subvention darf nicht sein. Dann wird ja wohl der Preis steigen müssen. (*GR Mag Alexander Neuhuber: Das ist ja nur die Feststellung, dass es irgendjemand zahlen muss!*) Wie denn? Sie können es ja nachrechnen. Du darfst nur weniger subventionieren, und es muss billiger werden. Man kann mit Ihnen nicht über Zahlen reden. Sie müssen zuerst die Prozentrechnung lernen. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Weniger zahlen fürs Wohnen. Wir haben 212 000 Gemeindewohnungen. Das ist eine sozialpolitische Errungenschaft, die auf Bundesebene verlorengegangen ist, weil ÖVP und FPÖ Bundeswohnungen verkaufen mussten, weil unter anderem der Herr Meischberger Geld verdienen musste, von dem wir nicht wissen, wo es am Ende gelandet ist. Sie verkaufen Sozialwohnungen, kaum, dass Sie was zu sagen haben. Gut, dass Sie das hier nicht haben.

Genossenschaftswohnungen und Gemeindewohnungen machen mehr als den halben Wohnungsmarkt aus. Deswegen sind die Preise im Vergleich zu anderen Millionenstädten in Europa noch erträglich. Wir haben in Wien – das wird jetzt wieder ein paar Leuten weh tun – bei sanierten geförderten Wohnungen die Maklerprovision gestrichen. Da darf man nichts mehr verlangen. Das ist vorbei. Jetzt haben wir keine Makler, daher ist das bei uns nicht so tragisch. Aber ich sage es Ihnen, falls es jemand falsch macht. Die dürfen das nicht mehr verrechnen.

Kautionen bei geförderten sanierten Wohnungen sind eingegrenzt. Nicht mehr sechs oder sieben oder acht, sondern nur mehr drei. Es wäre auch gut, das weiterzu-

geben, weil ja zwischendurch Aufforderungen gelesen werden konnten vom FPÖ-Makler, man möge sich nicht an die Spielregeln halten, sondern das geht schon, das machen wir schon, das werden wir dann schon nachher überprüfen, verlangt aber mehr. Das kann man alles in Original-OTS nachlesen. - Der Herr Nepp beginnt gerade damit.

Und das Allerallerwichtigste in einer Aufzählung, was wir tun, um Familien zu entlasten überall dort, wo Kinder sind – und das vergleichen Sie bitte tatsächlich auch einmal mit den acht Bundesländern; immerhin gibt es österreichweit schon ein bisschen Bewegung, sich der Großstadt Wien in dieser Frage anzupassen –, das ist der Ausbau von Kindergartenplätzen. Wenn wir davon reden, dass in Wien von den Null- bis Dreijährigen über ein Drittel ein Platz finden kann in öffentlichen Einrichtungen und von den Drei- bis Sechsjährigen alle einen Platz finden können, dann glauben wir als GRÜNE, dass das gut ist für die Kinder, weil es ihnen hilft in der sozialen Entwicklung, aber natürlich auch für die Familien, wo beide – und die klassische Rollenverteilung ist immer noch so, dass öfter sie zu Hause bleiben muss oder halbtags arbeitet –, wenn sie möchten, full-time arbeiten können. Bei vielen ist es keine Frage, ob sie wollen oder nicht, sondern es ist auch notwendig, um genügend Einkommen zu erzielen. Aber in Wien kannst du mit einer Familie leichter durchkommen als in jedem anderen Bundesland. Deswegen ziehen ja auch dezidiert Familien zu. Kein Wunder.

Wir haben die „kinderaktiv“-Card, wir haben für die ärmeren die Kindermindestsicherung, wir haben für die mittleren die Entlastung im Kindergarten. Jeder hier herinnen, der ein Kind oder ein Enkelkind im Kindergarten hat, kann das gerne nachrechnen. Das macht pro Kind in einer Betreuungskarriere bis zu 10 000 EUR aus. Also wenn jemand zwei Kinder hat, sind das ungefähr 20 000 EUR Differenz von hier zu Niederösterreich, von hier zum Burgenland und anderswohin. Das alleine kriegen Sie mit 10 EUR pro Kopf nächstes Jahr für Müll, Wasser und Abwasser nicht herein. Da müssen Sie ein paar Tausend Jahre das Wasser rinnen lassen. Das geht sich halt nicht aus.

All das wüssten Sie, wenn Sie das vergleichen und sich tatsächlich die Unterlage von Martin Margulies anschauen, durchlesen und verstehen würden. Aber er steht – das sage ich jetzt einfach – zur Verfügung für Nachfragen und für Erklärungsfragen.

Seit 2010: 13 neue Ganztagschulen. Haben wir aufgehört damit? Nein. 700 Millionen EUR Investition alleine in dem Bereich ab jetzt für 11 neue ganztägige Betreuungsformen und Schulformen. 6 500 neue Kinderbetreuungsplätze. Das gibt es alles nicht außerhalb von Wien in dem Ausmaß. Nirgends gibt es das. Und überall, wo das unsere Leute einfordern, scheitern sie mit Anträgen. Zuletzt in Vorarlberg mit dem Antrag, man möge Kindern unter vier Jahren in öffentlichen Einrichtungen auch Plätze anbieten. Abgelehnt. Null Plätze für Dreijährige in anderen Bundesländern.

Es gäbe noch so vieles zu sagen, und ich hoffe, dass der Martin Margulies das auch tun wird für uns. Ich wür-

de mich auch sehr freuen, nicht nur von Prozenten zu hören, sondern von knallharten Rechnungen, wo man sagt, das ist gut, das ist schlecht, das müsst ihr besser machen. Wir sind sehr interessiert an Verbesserungsvorschlägen.

Ich mache noch einen in Bezug auf Wirtschaft und Arbeitsplätze. Wir hätten gerne eine Start-up-Kultur wie in ein paar anderen Städten. Das richtet sich jetzt in erster Linie an die Volkspartei. Die Gewerbeordnung macht es vielen jungen Leuten schon schwer. Schicken Sie die Hüterin der Gewerbeordnungen ins Parlament. Die könnte dann in der freien Zeit, die sie nicht in Wien verbringen muss, versuchen, das auch mit zu ändern. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Es geht um die Qualifikation!)* Qualifikation, gut, aber zwei Beispiele, so viel Zeit haben wir noch, zwei Beispiele zur Gewerbeordnung: Eine Nageldesignerin darf in Wien die Nägel lackieren, aber nur die Fingernägel. Darf sie auch die Zehennägel lackieren? Nein, denn dafür braucht sie schon wieder einen anderen Gewerbeschein. Ist das notwendig? Nein.

Ein Sonnenstudio, das Haarentfernungen vornimmt, eine Ärztin, die Haarentfernung durch Laser vornimmt, darf sie das auch mit Wachs machen? Nein, denn dafür braucht sie wieder einen anderen Gewerbeschein. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich hab das packelweise. Diese Gewerbeordnung macht es jungen Leuten schwer, ihre Unternehmen zu gründen. Forsten Sie das durch. Wir stellen Ihnen alle diese Beispiele zur Verfügung. Es ist ja wirklich nicht zu fassen, wie schwer es Leuten gemacht wird, ihre Arbeit zu machen. Wenn ein Malermeister nicht einmal mehr eine Rigipswand aufstellen darf, ohne dass er in Ihre Gewerbeordnung einbricht, dann ist das traurig.

Rot-Grün ist auf einem guten Weg, und das Allerschönste ist, um den Kreis zu schließen: Ich wohne nicht in einer blau-schwarzen Stadt, ich muss nicht einer blau-schwarzen Stadt leben, und ich werde das auch nie tun. Das ist wunderbar! Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Der Korrektheit halber muss ich darauf hinweisen, dass der Klubvorsitzende der GRÜNEN nicht 15, sondern 19 Minuten und 49 Sekunden gesprochen hat. Daher wird diese Zeit aus dem Polster abgezogen. Kollege Margulies hat dann knapp eine Minute mehr Zeit als die geplante Redezeit.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Mag Gudenus. Seine Redezeit wird mit 15 Minuten eingespeichert. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke, Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich gebe zu, es ist wahrscheinlich sehr schwer, sich an 15 Minuten selbstgewählte Zeit zu halten. Ich werde probieren, das trotzdem zustandezubringen.

Kommen wir jetzt einmal von Sonnenstudios und Haarentfernung, was man hier von den GRÜNEN hören konnte, zurück zum Rechnungsabschluss, zurück zum Budget 2012. Ich darf auch gleich der Frau Finanzstadträtin VBgmin Brauner eingangs ein Lob aussprechen. Sie sind wirklich eine Meisterin, und zwar eine Meisterin der Schönfärberei, eine Meisterin des Schönredens und

eine Meisterin des Verdrängens. *(Beifall bei der FPÖ.)* Denn das, was Sie in Ihrer Rede heute angesprochen haben oder auszudrücken versucht haben, hat mit der Realität ja eigentlich sehr, sehr wenig zu tun. Da ist die zitierte Micky Maus um einiges realitätsbezogener als die Ausführungen, die Sie heute von sich gegeben haben. Man könnte Ihre Ausführungen, die ja fast eine Dreiviertelstunde lang gedauert haben, zusammenfassen mit zwei Sätzen aus Ihrem Munde: Die rot-grüne Stadtregierung ist kläglich gescheitert. Und ich als Finanzstadträtin Brauner bin auch kläglich gescheitert. – Das wäre die ehrliche Aussage, wenn man hier den Rechnungsabschluss betrachtet. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es war ja gespickt von unzähligen Euphemismen, von Schönfärbereien: sorgsam gewirtschaftet, Pfad der Konsolidierung, Wien steht gut da, Investitionen in die Zukunft, Schulden für Wirtschaftsprojekte – wir wissen, dass die Wirtschaftsförderung gestrichen wurde –, Entlastung von 250 EUR pro Durchschnittsfamilie. – Das stimmt ja alles nicht. Ich möchte das Wort Lüge jetzt nicht bemühen, das ist jetzt nicht der Stil, der angebracht ist, aber es stimmt einfach nicht, es ist falsch gerechnet. Eine Durchschnittsfamilie wird seit Amtsantritt der rot-grünen Stadtregierung im November 2010 mit mindestens 550 EUR mehr belastet. Das ist im Endeffekt die Bilanz des Grauens der rot-grünen Stadtregierung, und das ist die Belastung der Familien hier in Wien. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Eine Dokumentation des Scheiterns, eine Bankrotterklärung ist dieser Rechnungsabschluss, ein Dokument des Versagens. Und wenn Sie dann sagen, Frau Finanzstadträtin, wir werden niemanden im Stich lassen, wie fühlen sich denn die tausenden Bezieher des Heizkostenzuschusses, die erfahren mussten, dass im Herbst der Heizkostenzuschuss ersatzlos gestrichen wurde? Die fühlen sich nicht im Stich gelassen, nein, überhaupt nicht, denen geht es super. Bei dem langen Winter war das perfekt, wunderbar, zieht man halt drei Pullover mehr an, wenn man es sich leisten kann. Diese Menschen werden von Ihnen systematisch im Stich gelassen. Das ist unsozial und ungerecht! Das ist Ihre Bilanz des Grauens und des Schreckens, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Reden wir vom internationalen Vergleich. Natürlich, keine Frage, Wien steht noch immer gut da. Die Frage ist, wie lange steht Wien noch gut da. Wir sehen ja in allen möglichen Studien und Bilanzen und Vergleichsmöglichkeiten, dass Wien von Jahr zu Jahr schlechter dasteht in allen möglichen Bereichen, die man betrachtet, Bildungssystem, Wirtschaftsdaten, Kaufkraft und so weiter. Also es wird ja immer schlechter. Gott sei Dank fallen wir von einem hohen Niveau, aber das hohe Niveau wurde nicht von der SPÖ erzeugt die letzten Jahrzehnte und von den GRÜNEN die letzten zweieinhalb Jahre, das hohe Niveau wurde über Jahrhunderte aufgebaut von den vielen fleißigen und beherzten Menschen in dieser Stadt und sicherlich nicht von der SPÖ. Im Gegenteil! Die SPÖ richtet das Ganze zu Grunde. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kommen wir zu einigen Beispielen.

Wirtschaftswachstum: Da lag Wien 2012 im Österreichvergleich an vorletzter Stelle.

Oder die Anzahl der Insolvenzen: Die ist in Österreich zurückgegangen, in Wien ist die Anzahl der Insolvenzen gestiegen. 31 Prozent der gesamtösterreichischen Insolvenzen entfallen mittlerweile auf Wien.

Oder Wirtschaftsstandort: Da ist Wien laut Cities Monitor von Istanbul überholt worden – mittlerweile überholen uns ja die Istanbuler schon in Wien auf der Mariahilfer Straße und im 10. Bezirk mit Demonstrationen; aber wie auch immer –, da befindet sich Wien an der 23. Stelle.

Bei der Kaufkraft liegt Wien im internationalen Vergleich auf Platz 18; Nikosia zum Beispiel auf Platz 5, auch Prag und Preßburg stehen besser da als wir. Wien liegt auf Platz 18.

Wir wissen ganz genau, dass international Großstädte Wirtschaftsmotoren sind und sein sollten. Wien ist anders, richtig, denn in Wien ist es nicht so. Die Wirtschaftsleistung ist im Durchschnitt der vergangenen Jahre um 0,5 Prozent langsamer gewachsen als die gesamtösterreichische, und das Beschäftigungswachstum ist seit den 1990er Jahren nur halb so stark wie in allen anderen europäischen Großstädten.

Da brauchen Sie uns nicht zu sagen, Wien steht gut da, wir investieren in Konsolidierung, wir konsolidieren das Budget und so weiter. In Wirklichkeit ist das, was Sie uns hier erzählt haben, ein Gruselroman. Es gruselt einen, wenn man hört, dass man mit Schönfärberei, mit den tollsten Tricks der Rhetorik versucht, dieses Versagen und diesen Rechnungsabschluss schönzureden. 320 000 Menschen in Armut – das ist Ihre Bilanz des Schreckens, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)* 144 000 Mindestsicherungsempfänger. Seit acht Jahren hat sich die Anzahl versechsfacht, und sie steigt und steigt und steigt. Reden Sie daher bitte nicht von einem erfolgreichen Weg der Konsolidierung, den Sie konsequent weitergehen wollen. Ich hoffe, das haben Sie nicht ernst gemeint, denn das wäre eine gefährliche Drohung, wenn Sie das alles fortschreiben wollen, Frau Finanzstadträtin.

Schauen wir auch genauer hin. Einnahmenmaximierung bis zum Exzess, dass den Bürgern kaum mehr Luft zum Atmen bleibt, und trotzdem schaffen Sie erneut eine Mehrverschuldung von 300 Millionen EUR. Soll das ein erfolgreicher Konsolidierungsweg sein? Mitnichten! Das ist kein Konsolidierungsweg, das ist eine finanzpolitische und, wenn man sich anschaut, was Sie mit dem Geld gemacht haben, auch eine moralische Bankrotterklärung, Frau Finanzstadträtin. Wenn Sie vom Sparen sprechen, dann gebe ich Ihnen recht. Sie sparen vor allem in einem Bereich, nämlich wenn es darum geht, bei den Grundbedürfnissen der Bürger zu sparen.

Bei der Gesundheitsversorgung etwa wollen Sie bis zum Jahr 2017 in den Spitälern 1 000 Stellen streichen, Stellen von Krankenschwestern, Pflegern, von Bedienteten also, die direkt Dienst am Patienten leisten.

Beim Wohnen haben Sie die klassische Wohnbauförderung von 622 Millionen EUR im Jahr 2010 auf 502 Millionen EUR im Jahr 2012 zusammengestrichen. Und

dann sprechen Sie davon und plakatieren: Wir kämpfen für leistbares Wohnen. Bitte, wo bleibt dieser Kampf? Sie waren doch die letzten Jahrzehnte in Wien alleinregierend de facto, Sie waren im Endeffekt ja auch in Österreich, bis auf wenige Ausnahmen, immer mit in der Regierung und stellten großteils den Bundeskanzler. Und jetzt, kurz vor der Wahl 2013, wo Sie wahrscheinlich merken, dass Ihnen die Felle davonschwimmen, spielt plötzlich der Brandstifter Feuerwehrmann und sagt, wir kämpfen für leistbares Wohnen. Das glaubt Ihnen doch keiner mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das glaubt Ihnen doch keiner. Das ist unseriös. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Oder bei der Lebenshaltung der Menschen. Da gibt es ganz, ganz klare Studien, internationale, aber auch nationale, die sagen, dass sich die Menschen das Leben nicht mehr leisten können. Beispiel: Laut UBS-Studie über die Kaufkraft liegt Wien auf Platz 18 europaweit – das habe ich schon gesagt –, laut einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes über die Niedriglohnhaushalte liegen wir bei 22 Prozent in Wien. Das hängt natürlich damit zusammen, dass Sie seit vielen Jahren und noch extremer seit dem Regierungseintritt der GRÜNEN die Gebührenschaube immer mehr anziehen, sodass die Menschen keine Luft mehr haben zum Atmen. 4,4 Prozent kommen ab 1.1.2014 noch einmal dazu. Bravissimo! Das ist soziale Politik? Ist das Gerechtigkeit? Nein! Das ist unsozial und ungerecht, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Während die Bürger enteignet werden – das ist ja genau Ihr Konzept – wird an der Spitze privatisiert. Da reden Sie dauernd davon, wir schützen vor Privatisierungen. Nennen Sie mir einen Bereich in Wien, der vor Ihrer Privatisierungswut noch irgendwie geschützt wurde. Nennen Sie mir einen Bereich! Da wird sogar die Donauinsel privatisiert über einen Verein, da werden das Gesundheitswesen und das Sozialwesen privatisiert, Wohnen, Spitäler – alles privatisiert, ausgelagert. Da gibt es natürlich verschiedenste Nuancen der Privatisierung, aber es ist und bleibt Privatisierung.

Nicht einmal vor dem Wiener Wasser wurde Halt gemacht, es zu privatisieren. Es ist privatisiert worden. Da ist die Quelle Nummer 7, Seisenstein, privatisiert worden. *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* Da können Sie noch so sehr lachen *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Ja, da muss man wirklich lachen!)*, da gibt es ganz klare Gutachten von Rechtsexperten, dass die Quelle Nummer 7, Seisenstein, in Wildalpen privatisiert wurde und sich ein australischer Pokermillionär wahrscheinlich noch eine goldene Nase verdient mit dem Wiener Wasser, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und da können Sie sich noch in den Spiegel schauen *(Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Rudi Schicker.)* und davon sprechen, wir schützen vor Privatisierung? Das glauben Sie ja selber nicht, Herr Schicker, dass Sie vor Privatisierung glaubhaft schützen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wie war denn das 1998 in Wildalpen? Da wurde unter dem Marktwert verpachtet, dann unter dem Marktwert in eine GmbH eingebracht, alles unter dem Marktwert, und dann hält der australische Pokermillionär Paul Stei-

cke 98 Prozent der Gesellschaft, die die Quelle Nummer 7, Seisenstein, Wildalpen vermarktet. Und die Gemeinde Wien, die eigentlich Eigentümer war, hat kein Zugriffsrecht mehr. Es geht nicht, es ist unmöglich, man kann das nicht mehr aussondern, das geht einfach nicht. Stellen Sie sich einmal vor, der Herr Steicke ist nicht mehr so erfolgreich – und manche Bilanzen weisen ja darauf hin –, dann gibt es vielleicht seitens der Gläubiger einen Exekutionsantrag, dann kann die Quelle Nummer 7 exekutiert werden und versteigert werden. Das ist das Ergebnis Ihrer Privatisierungswut. All das ist unter Bgm Häupl in Wildalpen passiert 1998, vor 15 Jahren.

Sie scheuen also nicht einmal davor zurück, das Wasser zu privatisieren. Sogar die EU ist schon zur Vernunft gekommen, wie wir gehört haben in den letzten Tagen, aber Sie privatisieren sogar das Wiener Wasser. Das ist eine Schande, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine Schande! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und da rede ich noch gar nicht vom Cross Border Leasing, womit wir im Endeffekt den Kanal und die Öffis, die Straßenbahnen, ja auch schon ans Ausland verleast haben, mit völlig intransparenten Geschäften, wo Sie wahrscheinlich selber nicht wissen, wo das Ganze enden wird.

Da frage ich mich gleichzeitig: Wie geht es den Menschen in dieser Stadt? Wie geht es den Menschen, diesen 20 Prozent oder mehr, die mittlerweile an oder unter der Armutsgrenze leben müssen? Wie geht es den 144 000 Mindestsicherungsempfängern? Das gefällt Ihnen natürlich sehr gut, denn Sie wollen Abhängigkeit schaffen. Das wollen Sie ja, denn ein modernes Feudalsystem wie die Gemeinde Wien lebt ja davon, Abhängigkeiten zu schaffen. Abhängigkeiten durch Mindestsicherung und weitere Sozialleistungen, Abhängigkeiten durch die Grundversorgung für Asylwerber, Abhängigkeiten der Medien durch den Faymannismus, ist gleich Inserate schalten und somit die Pressefreiheit einschränken. Sie leben ja von diesen Abhängigkeiten, weil sonst kein Bürger, der Leistungsträger ist, jemals auf die Idee kommen würde, die SPÖ zu wählen. Darum geht es ja, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber auch diejenigen, die Sie abhängig machen, sind Gott sei Dank großteils nicht Opfer des Bildungssystems geworden und wissen ganz genau, dass diese Talfahrt der SPÖ gemeinsam mit den GRÜNEN zu nichts führen kann. Wir brauchen Investitionen in die Bildung, wir brauchen arbeitsmarktwirksame Investitionen in die Infrastruktur. All das wird Ihrerseits gekürzt. Wir brauchen Investitionen in Spitäler. All das brauchen wir, und all das wird von Ihnen zurückgefahren. Wir brauchen Investitionen für Klein- und Mittelbetriebe. All das wird von Ihnen gekürzt. Ihnen geht es nur um Ihr PPP-Projekt: Postenschacher, Proporz und Privilegien. Das ist das rot-grüne PPP-Projekt, da setzen Sie sich über alles hinweg, denn das ist ja nur das Geld der Bürger, es zahlen ja eh nur die Bürger. Ja, es zahlen nur die Bürger, wenn es Währungsspekulationen gibt und wir dadurch im Endeffekt schon viele Hunderte Millionen Euro Schulden und Spekulationsverluste haben. Da dürfen auch rote

Parteisoldaten 1,5 Milliarden in der Häupl Privatstiftung AVZ bei Aktiengeschäften in den Sand setzen. Das ist alles möglich beim rot-grünen PPP-Projekt: Postenschacher, Privilegien und Proporz.

Da rede ich gar nicht vom Herrn Van der Bellen, der pro Jahr 210 000 EUR nachgeschmissen bekommt und uns im Endeffekt ein Mal im Jahr irgendeinen Wisch präsentiert und das als Universitätsbericht verkauft. Das ist zu wenig an Leistung, Herr Van der Bellen. Wo war ihre Leistung in den letzten Jahren für die 210 000 EUR, Herr Van der Bellen? Wo war ihre Leistung? Ja, kommen sie heraus und erklären Sie das. *(Beifall bei der FPÖ. – Ironische Heiterkeit bei den GRÜNEN.)*

Kommen wir abschließend noch zu einem Thema: Kosten Sozialsystem, Kosten Volkswirtschaft. Da ist es natürlich die Zuwanderung, die mehr kostet, als sie bringt. Das hat auch die OECD-Studie ganz klar gesagt, die erst vor Kurzem veröffentlicht wurde – das wüssten Sie zum Beispiel, wenn Sie diese zu Ende gelesen hätten, Herr Akkilic –, dass Zuwanderung natürlich mehr kostet, als sie bringt, keine Frage. EU-interne Zuwanderung bringt wahrscheinlich unterm Strich mehr, als sie kostet, also Deutsche zum Beispiel, Holländer, Franzosen, wie auch immer, bei Osteuropa wird es vielleicht schon ein bisschen schwieriger, das weiß ich nicht, aber bitte Zuwanderung aus Drittstaaten kostet. Sie kostet jeden einzelnen Wiener etwas, und auch das ist ein Grund, warum die Gebührenschaube immer weiter hinaufgeschlulzt wird. Wenn dann Türken in unserer Heimatstadt plötzlich hergehen und glauben, sie können die Konflikte aus Istanbul und Ankara hier in unser wunderschönes Wien transferieren *(GR Heinz Hufnagl: Plötzlich ist Wien wunderschön! Schau! Schau!)*, dann muss es spätestens jetzt lauten: Bis hierher und keinen Schritt weiter! Die Türkei darf nie Mitglied der EU werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das sind genau die Früchte Ihrer vielgepriesenen Integrationspolitik, in die jährlich Hunderttausende oder noch viel mehr Geld hineinfließen. Das sind die Früchte Ihrer Integrationspolitik, wenn dann zehntausende Bürger hier auf die Straße gehen und dem autokratischen Ministerpräsidenten in der Türkei hier im Endeffekt die Mauer machen mit Türkei-Flaggen, wo dann auch der Herr Erdogan plötzlich im O-Ton über die Lautsprecher zu hören ist.

Ist das eine gelungene Integrationspolitik? Nein, das ist sie nicht. Sie haben an allen Ecken und Enden versagt. Schaffen Sie endlich das, was die Bürger von Ihnen erwarten: Entlasten Sie die Menschen! Hören Sie auf mit der Misswirtschaft! Hören Sie auf mit der Freunderlwirtschaft!

Wir lehnen diesen Rechnungsabschluss ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Klubobmann Gudenus hat 16 Minuten lang gesprochen. Daher ist die Restredezeit der FPÖ jetzt noch 26 Minuten. Als nächster Redner zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Dr Aigner. 6 Minuten stehen zur Verfügung.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Manda-*

tar): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Der Rechnungsabschluss, den wir jetzt für das Jahr 2012 zur Beschlussfassung vorgelegt bekommen haben, ist für mich ein Sinnbild dafür, dass Wien sein finanzielles Pulver im Kampf gegen die Wirtschaftskrise im Prinzip schon längst verschossen hat. Sie haben auf der einen Seite die Einnahmen nach oben geschraubt – und da kann man Ihnen nicht ersparen, dass man da auch mit Prozentzahlen agiert, es sind ja die absoluten Zahlen und die Prozentzahlen erschreckend, die Mehrbelastungen sind ja realiter da –, auf der anderen Seite sind die Schulden in einem beängstigenden Ausmaß explodiert. Jetzt kommt die Krise im Endeffekt in der Realwirtschaft an, und jetzt geht Ihnen schlichtweg die Munition aus.

Das alte Rezept der linken Ökonomen ist, dass man Schulden mit noch mehr Schulden bekämpft, aber am Schluss hat man dann beides: die Arbeitslosigkeit und den Staatsbankrott und das Defizit. Das kann man sich ja in vielen Ländern auch live vor Augen führen. Das ist, glaube ich, ein völlig fehlgeleitetes Konzept, und es ist traurig, dass unsere Finanzspitze eigentlich von völlig irrigen Annahmen ausgeht. Wenn es nämlich heißt, wir machen Schulden nur in der Höhe von 5 Prozent des Bruttoregionalproduktes, wir könnten 60 Prozent machen, so sind, Frau Vizebürgermeisterin, die 60 Prozent ja die Höchstgrenze der Gesamtschulden des gesamten Staates, von allen drei Gebietskörperschaften, Bund, Länder und Gemeinden, und die versteckten und ausgelagerten Schulden. Da kann man doch nicht hergehen und sagen, wir machen in Wien ohnehin nur 5 Prozent, wir könnten das 10-Fache machen. Ja, dann müssen Sie auch alle Aufgaben übernehmen, die der Bund und die anderen Gebietskörperschaften machen. (GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: *Es gibt einen Unterschied zwischen absoluten Zahlen und Prozentzahlen! – Zwischenruf von VBgmin Mag Renate Brauner.*) Ja, aber Sie haben ja gesagt, Sie könnten das 10-Fache machen und wären noch im Rahmen. Es gibt keine 60-Prozent-Obergrenze, auch nicht vom Bruttoregionalprodukt. Das ist ja ein Wahnsinn, wenn man so argumentiert.

Gleichzeitig können Sie nicht ablassen vom Klassenkampf. Es kommt immer wieder die Vermögenssteuer. Und gerade jetzt, wo der ÖGB seinen Kongress gehabt hat, kommt heraus, der ÖGB, der Vermögenssteuern, Erbschaftssteuern, Schenkungssteuern fordert und gegen die Stiftungen ist, geht selber stiften. Ein privater Verein bringt das Vermögen, das seine Mitglieder durch Beiträge aufgebracht haben, in eine Stiftung ein und möchte nicht einmal die Schenkungssteuer zahlen. Das ist ja wirklich hanebüchen. So nach dem Motto: Zahlen sollen alle anderen, nicht aber die Stiftungsmillionäre im ÖGB, einem privaten Verein, der meint, er ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft. Na, dann wären wir ja genau dort, wo der Stronach hin will: dass es keine privaten Vereine, sondern nur noch die Zwangskammern gibt. Der ÖGB ist ein Verein und soll seine Steuern bezahlen. (Beifall bei der FPÖ.)

Und wenn Sie mit den BUWOG-Millionen daherkommen, ja, das wäre wirklich interessant zu erfahren,

wo die sind, aber genauso interessant wäre es, wo die BAWAG-Milliarden verschwunden sind, nämlich auch in der Karibik. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Oder die AVZ-Milliarden!*)

Und wenn Sie sich anschauen, welche Gebietskörperschaften alle in Spekulationsgeschäfte eingebunden sind: St. Pölten, eine rote Stadt, prozessiert, Linz prozessiert, die haben mit der BAWAG, mit der ehemals roten Gewerkschaftsbank, einen Währungs-Web von ein paar Hundert Millionen abgeschlossen, das Bundesland Salzburg hat spekuliert, auch Wien hat Fremdwährungskredite, Cross-Border-Geschäfte gemacht. Natürlich sind wir alle eingefahren, denn die Finanzmärkte warten nicht auf die österreichischen Spekulationen, da wird man beinhaltet abgezockt. Also das ist genau diese Doppelzüngigkeit: Spekulationsverbote, die man selber jahrzehntelang missachtet hat, wo jeder ordentliche Kaufmann, jeder Klein- und Mittelbetrieb nie mitgemacht hätte.

Dann sprechen Sie von einer Standortinitiative. Das Geld für Wirtschaftsförderungen ist nicht mehr da, aber es gibt ja auch andere Maßnahmen. Wo ist Ihre Standortpolitik, wenn es um die Verkehrspolitik geht? Da werden die Klein- und Mittelbetriebe in den innerstädtischen Gebieten vom Zustrom der Kunden und vom Lieferverkehr abgeschlossen. Ist das Standortpolitik? Wollen Sie leere Geschäftslokale in der Mariahilfer Straße haben? Wollen Sie das wirklich? (GR Mag Rüdiger Maresch: *So wie in der Kärntner Straße!*) In der Kärntner Straße schaut es ein bisschen anders aus, aber in der Mariahilfer Straße werden Sie Ihr blaues Wunder erleben. Da fahren Sie über die Klein- und Mittelbetriebe drüber. Das ist die rot-grüne Standortpolitik. (Beifall bei der FPÖ.) Die Leute werden dort hingehen flanieren und nichts mehr einkaufen, weil sie es nicht mehr nach Hause tragen können. So wird es ausschauen.

Und Wien ist innovativer als Silicon Valley. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Man muss dem Obama sagen, nicht im asiatisch-pazifischen Raum ist die große Herausforderung, sondern er soll mehr nach Zentral- und Mitteleuropa schauen. Wahrscheinlich hätte Broccoli seinen James Bond, der im Silicon Valley spielt, umschreiben müssen für das Wiener Silicon Valley. Da sehen Sie, in welcher absurden Situation Sie leben. Ich wollte, wir wären so innovativ wie Silicon Valley. Zwischen uns und Silicon Valley liegt genauso ein großer Zwischenraum wie zwischen einem konsolidierten und innovativen Wiener Budget und dem, was Sie uns heute vorgelegt haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing Schicker. Eigene Vorgabe 20 Minuten.

GR Dipl.-Ing Rudi **Schicker** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Vizebürgermeister! Herr Vorsitzender!

Ich möchte zu Beginn die harten Zahlen wiederholen, denn ich denke, die geraten in Vergessenheit in der Diskussion, die da schwankt zwischen gar nichts sagen, Falsches sagen und möglichst schimpfen und hereinrotzen, hätte ich fast gesagt, aber zumindest Dinge zu

sagen, die mit der Praxis in dieser Stadt so gut wie gar nichts zu tun haben.

Wien hat im vergangenen Jahr ein Budget von 12 Milliarden EUR gehabt. Das Bruttoregionalprodukt in Wien beträgt 77 Milliarden EUR. Das macht 5,3 Prozent Schulden, gerechnet mit dem Schuldenstand von 3,4 Milliarden EUR. Herr Aigner, das ist gerechnet aufs Bruttoregionalprodukt, und wenn Sie es rechnen aufs Bruttoinlandsprodukt, dann ist das ein wesentlich kleinerer, ein verschwindend kleiner Prozentsatz, und vom dem darf ganz Österreich 60 Prozent Schuldenstand haben nach den internationalen und nach den europäischen Vereinbarungen. Prozent einmal mit dem einen und dann mit dem anderen zu vergleichen, ist so, wie Äpfel und Birnen zu vergleichen. Ich würde Ihnen empfehlen – Sie unterrichten ja an einer HTL –, tun Sie das nicht bei Ihren Schülern, denn Ihre Schüler könnten Sie da vielleicht aufblättern.

Wir haben in Wien ein sehr geringes Wachstum. Ja, das stimmt, aber wir haben in Oberösterreich und in anderen industriell dominierten Bundesländern ein stärkeres Wachstum gehabt. Wir haben aber mittlerweile gerade in diesen Bundesländern auch wieder einen stärkeren Einbruch, vor allem, was die Beschäftigung betrifft. Und hier in diesen Bundesländern sind die Beschäftigungszahlen auch wieder stärker gesunken als in Wien, wo die Beschäftigung trotz aller Krisensituation weiterhin gestiegen ist.

Und wenn Sie schon den Vergleich ziehen wollen, dann ziehen wir den Vergleich mit diesen 4,3 Milliarden EUR Schulden, die die Stadt Wien hat – und zwar kumuliert, in Summe nämlich, also über alle Jahrzehnte hindurch zusammengesammelt –, mit Kärnten, wo die FPK, Ihre Schwesterpartei, erfreulicherweise abgewählt wurde. Dort liegt der Schuldenstand nämlich bei 4,8 Milliarden EUR bei einem Gesamtbudget von knapp höher als 6 Milliarden EUR. Also wenn wir das vergleichen, dann haben wir in Wien einen ordentlich großen Spielraum. Und in Kärnten kommt noch dazu, dass man 15,8 Milliarden EUR Haftung für eine Bank, die durch den Herr Haider und seine Epigonen als Selbstbedienungsladen genutzt wurde, dann auch noch dazurechnen muss, denn das wird für Kärnten befürchtungsweise schlagend werden.

Noch dazu – und hier möchte ich auch meinen Dank einflechten an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrats – ist es gelungen, dass im Jahr 2012, wo wir nur ein schwaches Wirtschaftswachstum hatten, wo wir aber alle Synergien, die möglich waren, alle Sparmaßnahmen, die sinnvoll waren, auch ausschöpfen konnten, das Defizit nicht um mehr als 370 Millionen EUR gewachsen ist, wie es präliminiert war, sondern mit eben nur um 252 Millionen EUR war die Neuverschuldung deutlich, nämlich um 120 Millionen EUR, niedriger als präliminiert. Und das ist ein hervorragendes Ergebnis in einer Stadt, in der wir versuchen, die öffentlichen Dienstleistungen aufrechtzuerhalten, in der wir investieren und in der wir auch geschickt versuchen, das Bevölkerungswachstum entsprechend aufzufangen und unsere Leistungen für alle gleichermaßen zu bieten. *(Beifall bei SPÖ*

und GRÜNEN.)

Und wie gelingt so etwas? Das gelingt dadurch, dass wir Wien schlank verwalten, flexibel sind in den Investitionen, innovativ in dem, was wir unserer Wirtschaft anbieten und wo wir sie unterstützen, und dass die inhaltlichen Strukturreformen in dieser Stadt auch gemeinsam mit der Wirtschaft geleistet werden. Es liegt auch daran, dass wir einen effizienten Personaleinsatz haben, denn in einer Stadt, die wächst, die einwohnermäßig jährlich um Klosterneuburg wächst oder in zwei Jahren einen Zuwachs an Bevölkerung so wie St. Pölten hat, ist das Personal nicht gestiegen. Und die Leistungen des Personals dieser Stadt sind hervorragend. Das wissen Sie genauso wie wir.

Der Einsatz neuer Technologien ist in unserer Stadt selbstverständlich. Er wird auch ausgebaut, und wir nutzen das auch dazu, dort, wo wir mit Technologie Beschäftigung ersetzen können, damit wir dann den Spielraum bekommen, um Beschäftigung in den kostenfreien Kindergärten zu schaffen, um Beschäftigung in den Schulen zu haben, um Beschäftigung in den innovativen Bereichen und in den zu adaptierenden Bereichen wie zum Beispiel im Gesundheits- und Versorgungsbereich zu bekommen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Stadt ist hervorragend verwaltet, sie ist innovativ – das wird auch anerkannt durch internationale Rankings; auch wenn Sie die nicht anerkennen wollen, wir tun es –, diese Stadt ist Vorreiter in diesem Europa genauso wie die Republik Österreich ja mittlerweile mit Luxemburg an führender Position in der Europäischen Union ist, was die Wirtschaftskraft, was die Reduzierung der Arbeitslosigkeit – auch hier ist Gesamtösterreich immer wieder voraus – und was im Besonderen die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten und Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche betrifft. In Wien wird kein Kind, wird kein Jugendlicher nach der Schule alleingelassen. In Wien bekommen alle die Möglichkeit, in die Lehre zu gehen. In Wien bekommen alle die Möglichkeit, wenn es keinen Betrieb gibt, der sie nimmt, in übergeordneten Einrichtungen ihren Einstieg in den Beruf zu schaffen. Wir wollen nicht, dass wie in Griechenland, wie in Spanien, wie in Portugal, wie in Irland die Jugendlichen auf der Straße stehen und nichts zu tun haben. Diese Einstiegsmöglichkeiten sind in Wien geschaffen, und dafür gebührt dem Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds genauso wie der Stadt selbst hervorragender Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es wäre natürlich verlockend, bei all den – sehr viel war es inhaltlich ja nicht – inhaltlichen Punkten, die uns die Opposition heute gebracht hat, einmal durchzugehen, wie denn zum Beispiel der Schuldenbegriff in hauswirtschaftlichen Schulen bezüglich der Führung eines privaten Haushaltes gelehrt wird, wie der Schuldenbegriff in der Finanzwissenschaft definiert wird, wie Schulden in der Betriebswirtschaftslehre definiert werden oder wie sie volkswirtschaftlich zu sehen sind. Da gibt es immer vollkommen unterschiedliche Ansätze, und die bringen Sie andauernd durcheinander. Denn investieren dort, wo Beschäftigung geschaffen wird, investieren, wo ich sicher

sein kann, dass danach andere Unternehmen auch wiederum leichter ihre Produktionen auf den Markt bringen können, bedeutet, dass wir Beschäftigung für die Bediensteten haben, dass wir die Möglichkeit haben, neue Unternehmen zu schaffen, dass wir etwas verkaufen können. Und dann sprudeln die Steuereinnahmen. Die Berechnungen sind ja seit Jahrzehnten bekannt, dass dort, wo die öffentliche Hand in die Bauwirtschaft investiert, dort, wo die Bauwirtschaft nicht nur mit Maschinen arbeitet, sondern wo die Bauwirtschaft noch immer mit der Hände Arbeit der dort Beschäftigten auskommen muss, dass genau dort 60 Prozent des eingesetzten Kapitals durch die öffentliche Hand wieder über Steuern zurückkommen. Und diese 60 Prozent sind wieder verwendbar.

Darum verstehe ich nicht, liebe ÖVP, warum die ÖVP sich derartig wehrt, dass wir, wenn die Alpine-Krise uns alle betrifft, ein Investitionspaket machen, dass man sagt, keine Schulden, 500 Millionen EUR, die der Herr Bundeskanzler vorschlägt, sind nicht drinnen. Wenn das nicht drinnen ist, Herr Kollege Aichinger, dann gehen wir doch her und führen wir endlich die Erbschafts- und die Schenkungssteuer wieder ein, dann haben wir die 500 Millionen EUR, die Sie früher als Bagatelsteuer bezeichnet haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es ist keine Bagatelle, wenn wir die Sanierung im Wohnungsbestand, den Bau neuer Wohnungen, den Bau von Kindergärten, den Bau von Schulen, den Bau von Schieneninfrastruktur und von Straße betreiben. Da kommt alles wieder retour. Da wird unsere Wirtschaftskraft gestärkt, wir schaffen Arbeitsplätze und verhindern, dass bei uns die Arbeitslosigkeit und zusätzlich die Schuldenlast steigen. Wenn Ökonomen, die international unterwegs sind und nicht wirklich der Sozialdemokratie zuzurechnen sind, wie die Frau Lagarde – sie war bei eurer Schwesterpartei Finanzministerin in Frankreich und ist jetzt an der Spitze des Internationalen Währungsfonds – schon sagen, aufhören mit dem Kaputtsparen und investieren, herausinvestieren aus der Krise, dann, bitte konservative Partei in dieser Republik, bitte Rechtsaußenpartei in dieser Republik, denkt daran – und das sind keine Sozialdemokraten und keine klassenkämpferischen Töne –, dass es darum geht, dass die Struktur in dieser Wirtschaft überhaupt funktionieren kann.

Sie haben die normalen volkswirtschaftlichen Bedingungen, Voraussetzungen und die weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten schlicht und einfach nicht durchschaut. Das ist das Problem *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Schauen wir auch darauf, was wir von der Opposition gehört haben: Da sagte der Herr StR Juraczka, dass Wien alle eklatant in die Armut schlittern lässt und dass man das an den 144 000 Personen sieht, die bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung etwas beziehen können. Da geht der Herr Gudenus heraus und spricht von der sozialen Kälte und der gescheiterten rot-grünen Regierung und der SPÖ, die alles zu Grunde richtet.

Meine Herren von der Opposition! Wenn Sie schauen, welche Zahlen denn die richtigen sind, dann werden Sie feststellen, dass seit Einführung der Bedarfsorientier-

ten Mindestsicherung 9 Prozent, und in absoluten Zahlen rund 13 000 Personen tatsächlich die volle Leistung aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung beziehen, und nicht 144 000 Personen. Dann werden Sie auch sehen, dass rund ein Viertel jener, die in dieser höchsten Stufe der Bedarfsorientierten Mindestsicherung drinnen sind, durch die Programme der Stadt Wien, durch die Programme des AMS wieder in die Berufstätigkeit gebracht wurde. Das ist der doppelte Prozentsatz als auf nationaler Ebene. Wien leistet hier in Summe Hervorragendes für die Menschen, die aus dem Beruf draußen waren und wieder hineingebracht werden. Wenn Sie das, Herr Gudenus, als soziale Kälte bezeichnen, dann haben wir es halt lieber kalt, denn ich habe das gerne, dass wir jenen helfen, die in dieser Gesellschaft besonders benachteiligt sind.

Herr Gudenus, von Ihrer Ecke aus wird auch immer gesagt, dass es keinen Heizkostenzuschuss mehr gibt: Herr Kollege Gudenus, dieser ist in die Bedarfsorientierte Mindestsicherung integriert und daher sind die 144 000 Personen auch Ihre tausenden Heizkostenbezieher. Herr Gudenus, lernen Sie doch einmal, wie dieses System wirklich aufgebaut ist. Aber wahrscheinlich wollen Sie das nicht, denn sonst könnten Sie nämlich da bei den Gebühren auch nicht so herumrechnen.

Ich habe Ihnen damals anlässlich einer Fernsehdiskussion schon einmal klargelegt, dass das nicht stimmt, wie Sie das machen, und dass Sie eine einfache Methode haben: Von einer Diskussion zur anderen verdoppeln Sie den Betrag, mit dem angeblich irgendjemand belastet wird, irgendeine mittlere Familie, die Sie sich da herausgreifen. Und das geht soweit, dass Sie am letzten Freitag dann auch noch gesagt haben, dass seit 2006 die Mehrbelastung für Familien 1 600 EUR beträgt. Dann haben Sie weitergerechnet und uns ein paar Sätze nachher dann noch gesagt, jede Durchschnittsfamilie werde seit dem Regierungseintritt der GRÜNEN im Jahr 2010 mit 550 EUR pro Monat belastet. Herr Gudenus, Sie können wahrscheinlich nicht rechnen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Pro Jahr!)* Es gibt von der Wirtschaftskammer jetzt über die Ferien Kurse, wo man das nachholen kann, die Frau Jank hat das ja angekündigt. Gehen Sie dorthin, vielleicht lernen Sie dann einfach addieren, subtrahieren, ein bisschen dividieren, dann rechnen Sie es einmal richtig aus, dann kommen Sie darauf, dass es in Wien anders ist.

Wenn Sie das anzweifeln, rechne ich Ihnen das gerne an ein paar Beispielen vor, es würde nur die Zeit überdehnen. Es gibt Familien mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern. Die Kinder sind noch kindergartenpflichtig, das ist in meinem politischen Heimatbezirk im 3. Bezirk 97 EUR mehr Belastung. Durch die Jahreskarte, durch das Top-Jugendticket, durch den Gratiskindergarten gibt es in Summe eine Entlastung von 3 067 EUR im Jahr. Nach Adam Riese – ich weiß ja schon, dass Sie nicht gut rechnen können, Herr Gudenus, darum sage ich es Ihnen – bringt das für so eine Familie eine Entlastung von 2 996,94 EUR. Im Durchschnitt liegt die Entlastung aller Haushalte in Wien bei 250 EUR im Monat.

Dann kommen Sie noch her und sagen, das sei ein

Wahnsinn, erstens könne Wien nicht wirtschaften, zweitens die SPÖ nicht und drittens erzähle die Frau Brauner ja sowieso alles wie die Micky Maus. Herr Gudenus, wenn man so einen Vergleich macht, dann sollte man es richtig ansetzen, denn, was die Frau Brauner, was der Herr Griebler und ihre Experten im Haus hier zusammenbringen, hat eher etwas mit dem Dagobert Duck zu tun als mit der Micky Maus. Der hat nämlich immer alles hinausgeschmissen und der Dagobert Duck hat geschaut, dass das Geld beisammenbleibt, und war auch in der Lage, ein bisschen was zu investieren. (*StR DDR Eduard Schock: Da kennen Sie sich aber nicht gut aus!*) – Es freut mich ja, dass Sie sich bei einer amerikanischen Comic-Serie so gut auskennen. Möglicherweise ist das der Start für die Internationalität der Freiheitlichen, die ansonsten ja immer nur aufs Deutschtum setzen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie reden alles schlecht. Sie sagen, es ist alles schlechter geworden und die SPÖ ruiniert das, was seit Jahrhunderten in dieser Stadt aufgebaut wurde. Merken Sie nicht, dass in nahezu 100 Jahren – lange dauert es nicht mehr, es sind gerade einmal noch 5 Jahre – immer, wenn demokratische Wahlen stattfinden durften und stattgefunden haben, in dieser Stadt die Sozialdemokratie die absolute oder die relative Mehrheit gehabt hat, dass die Wienerinnen und Wiener einfach unserer Partei vertrauen und nicht Ihren Parteien. Das sollte man doch ein bisschen anerkennen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Er werden immer weniger!*) Realität hat doch damit zu tun, dass man schaut, was sich in den letzten 100 Jahren abgespielt hat.

Möglicherweise hat, bevor die Sozialdemokratie erfinden wurde und durch das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen auch die notwendigen Stimmen gefunden hat, auch irgendeine andere Partei etwas dazu beigetragen. Aber immer dann, wann jeder und jede wahlberechtigt sein durften und abstimmen durften, hat die Sozialdemokratie hier die Mehrheit gehabt. So schlecht kann er nicht gewesen sein, der sogenannte Wiener Feudalismus.

Herr Gudenus, Sie wissen doch besser, was Feudalismus ist, als es ein Sozialdemokrat jemals erfinden könnte. Feudalismus hat mit unserer Partei überhaupt nichts zu tun. Das wissen Sie. Genau so, wenn Sie uns Postenschacher, Proporz und Privilegien vorwerfen und dabei auch erwähnen, dass wir leistbares Wohnen plakatieren. Natürlich plakatieren wir leistbares Wohnen. Denn leistbares Wohnen ist ein ganz entscheidender Punkt, damit Menschen auch in Würde in ihrer Stadt leben können. Sie wissen ganz genau, wie das mit dem Mietrechtsgesetz ist. Das ressortiert beim Justizressort. Der Genosse Bundesminister Broda hat damals ein hervorragendes Mietrechtsgesetz geschaffen, mit den Zinsbegrenzungen je nach Ausstattung der Wohnung. Genau dieses wurde von den ÖVP- und freiheitlichen Ministern in diesem Ressort durchbrochen. Das Broda'sche Mietrechtsgesetz existiert nicht mehr. Wir haben Zuschläge und Abschläge. Die Abschläge werden nicht genutzt, und die Zuschläge sind nach oben hin unbegrenzt. Das ist der Grund. Dort müssen wir begrenzen. Es darf keine

Zuschläge mehr geben, und wenn es sie schon gibt, müssen sie prozentuell beschränkt sein. (*GR Mag Wolfgang Jung: Da war der Stadtrat der jetzige Bundeskanzler!*)

Das hat mit dem Herrn Wohnbaustadtrat null zu tun. Das ist eine reine Bundesmaterie. Und wenn Sie jetzt, Herr Jung, so gerne die Lippe führen, dann schauen Sie doch einmal darauf, wie das wirklich aussieht bei der BUWOG, was dort Polizisten, die seinerzeit aus den Bundesländern nach Wien geholt wurden, zahlen mussten und was sie jetzt zahlen müssen. Denn jetzt hat die BUWOG – seinerzeit dank Ihrer Freunde in der Bundesregierung privatisiert – alle Mieten deutlich erhöht, bei einer 90-m²-Wohnung von über 350 auf über 800 EUR im Monat. Das ist die Preissteigerung, die Sie mitzuverantworten haben. Und dagegen hat die SPÖ immer gekämpft. Wir werden auch schauen, dass wir das Mietrecht wieder entsprechend in den Griff bekommen können. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zum Ende. Wien ist, auch was die Finanzen betrifft – und im Besonderen in diesem Bereich – eine hervorragend verwaltete Stadt. Damit können wir uns in dieser Stadt auch die Wirtschaftspolitik, die Arbeitsmarktpolitik leisten, mit der wir die Zukunft dieser Stadt – auch wenn wir auf mehr als zwei Millionen Einwohner wachsen – garantieren werden können. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aichinger. Er hat 15 Minuten Redezeit. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir vielleicht zuerst ein Wort dazu, was mich am Anfang dieser Debatte etwas deprimiert hat: Nach der Rede der Frau Finanzstadträtin haben die SPÖ und die rot-grüne Regierung den Saal fast fluchtartig verlassen. Ich habe einige Male hier gezählt, wie viele Personen anwesend waren. Es dürfte Sie anscheinend diese Debatte wenig interessieren. Auch bei deiner Rede, sehr geehrter Herr Klubobmann, war nur ein Drittel deiner Abgeordneten anwesend. Ich glaube, dass es wirklich notwendig wäre, anwesend zu sein und diese Debatte echt zu führen. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren, kommen wir zum Rechnungsabschluss 2012, eines der wichtigsten Themen des Jahres, gar keine Frage. So ein Abschluss ist die in Zahlen gegossene Politik einer Stadt, einer Regierung. Und da hat uns heute die Frau Vizebürgermeister selbst gesagt und vorgeführt, dass in dem berühmten „Roten Ordner“, dem roten Buch mit 365 Seiten alles drinnensteht. Nur muss ich leider sagen, Frau Vizebürgermeister, es ist halt teilweise nur die halbe Wahrheit. Sie wissen ganz genau, wie viele Abschlüsse wir aus den verschiedensten Bereichen noch zusätzlich haben, ich sage nur, KAV, Kanal und ähnliche Dinge mehr, die ganz einfach danebenlaufen. Und ich werde dann bei einigen Beispielen dazu kommen, wo es zusammengezählt werden sollte. Hier fehlt uns ganz einfach, meine Damen

und Herren, eine doppelte Buchhaltung. Hier hätten wir ein transparentes Rechenwerk, um auf einen Blick sehen zu können, was sich in dieser Stadt abspielt, was zu den Zahlen zu sagen wäre. Das lehnen Sie ab. Das ist aber nicht in Ordnung. Ich glaube, wir sollten wirklich schauen, dass wir hier in Zukunft ein transparentes, ein offenes System erhalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, jetzt darf ich einige Begründungen anführen, warum wir diesen Rechnungsabschluss eigentlich ablehnen werden. Sie haben kein Einnahmenproblem, meine Damen und Herren, man kann fast sagen, die Einnahmen sprudeln. Sie haben ein Ausgabenproblem. Und zwar die Ausgaben und wohin die Ausgaben gehen. Bei den Einnahmen – und das haben Sie selbst erwähnt – haben wir allein beim Zentralbudget über 12 Milliarden EUR überschritten, auch hier eine Steigerung von zirka 2 Prozent. Die eigenen Steuern sind zum Beispiel um 7 Prozent gestiegen. Die Kommunalsteuer ist von 678 Millionen auf 702 gestiegen. Die Gebrauchsabgabe ist um 7 Prozent gestiegen, meine Damen und Herren. Ich will jetzt gar nicht von den Parkometergebühren reden, die im Jahre 2012 um 38 Prozent, von 69 Millionen auf 95 Millionen gestiegen sind. Dabei wissen wir, dass das gar nicht das ganze Jahr war, in dem die Parkometergebühr erhöht worden ist. Die U-Bahn-Steuer wurde schon einige Male erwähnt, meine Damen und Herren. Hier werden die Lohnnebenkosten wirklich strapaziert und es ist nicht das richtige Signal für den Wirtschaftsstandort, wenn es so etwas in anderen Bundesländern nicht gibt.

Bei den Gebühren – auch das wurde schon erwähnt – haben wir saftige Erhöhungen, nicht nur für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger, Wiener und Wienerinnen, sondern diese Zahlen ziehen sich auch durch den Rechnungsabschluss: 28 Prozent mehr Einnahmen beim Wasser, 7 Prozent beim Müll und 6 Prozent beim Kanal. Meine Damen und Herren, und da wollen Sie jetzt wieder eine Erhöhung um 4,4 Prozent, nur auf Grund eines Valorisierungsgesetzes? Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg. Hier wäre es unbedingt notwendig, dass man ganz einfach schaut, ob man das effizienter und besser gestalten kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Vizebürgermeister, Sie könnten verhindern, denn Sie haben ein Vetorecht, diese Erhöhung sozusagen automatisch wirken zu lassen. Schalten Sie sich ein und sagen Sie, dass am 1.1.2014 diese Gebühren nicht erhöht werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu den Schulden wurde auch schon einiges gesagt. Am besten gefällt mir – jetzt ist er wieder nicht mehr da, der Herr Klubobmann –, dass man die Schulden nach verschiedenen Dingen *(den sich auf einem anderen Sitzplatz befindlichen GR Dipl.-Ing Rudi Schicker erblickend)* – oh, entschuldigen Sie! – interpretieren kann. Eines steht fest: Wenn man ein ordentlicher Kaufmann ist, muss man die Schulden irgendwann zurückzahlen. Da brauchen wir nicht viel interpretieren, sie müssen gezahlt werden.

Hier komme ich zu jenem Punkt zurück, an dem ich gesagt habe, dass der Rechnungsabschluss nur die halbe Wahrheit ist. Sie haben von 4,35 Milliarden Schul-

den gesprochen. Absolut richtig. Das sind die 5,6 Prozent des sogenannten Regionalbruttoproduktes. Das stimmt schon. Aber wenn Sie es hochrechnen – und jetzt verleugnen Sie die Schulden von Wiener Wohnen, von Wien Kanal und vom KAV –, dann sind wir bereits bei 7,5 Milliarden. Und da nähern wir uns bereits an die 10-Prozent-Grenze des Regionalproduktes in Wien an.

Was vor allem bedenklich ist, meine Damen und Herren, und das muss man auch dazusagen, ist die rasante Steigerung in den letzten Jahren. Wir wissen, es hat eine Krise gegeben. Das ist ganz klar. Aber jetzt wird in vielen Bereichen bereits konsolidiert. Und damit komme ich zu den Arbeitslosenzahlen, meine Damen und Herren. Da ist auch schon klar, seit vielen Jahren ist Wien dort das Schlusslicht. Das muss für eine Großstadt nicht so sein. Das stimmt nicht, dass Großstädte prinzipiell höhere Arbeitslosigkeitszahlen haben als andere Gebiete.

Außerdem ist erschreckend, dass der Abstand zu den anderen Bundesländern auch immer größer wird. Zum Beispiel beträgt der Abstand zu Oberösterreich bereits jetzt über 4 Prozent. Und nichts lässt darauf hindeuten, dass das im Jahr 2013 besser werden wird. Wir hatten bereits 2 Monate über 10 Prozent und das bedeutet wahrscheinlich 10 Prozent Arbeitslosigkeit im Durchschnitt. Hier müssen Maßnahmen gesetzt werden, meine Damen und Herren, hier muss investiert werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und was machen Sie? Seit 2009 – seit 4 Jahren und auch 2013 – liegt das Arbeitsmarktbudget bei 58 Millionen. Hier gibt es überhaupt keine Steigerung, hier gibt es überhaupt nicht genug Mitteleinsatz, um unser dringendstes Problem, die Arbeitslosenzahlen herunterzudrücken und die Beschäftigten, die Wienerinnen und Wiener in Beschäftigung zu bringen. Denn das, meine Damen und Herren, ist eindeutig die beste Sozialpolitik, die wir betreiben müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Lassen Sie mich ganz kurz etwas zum Thema Alpine oder auch zu den derzeitigen Arbeitslosen sagen. Die Alpine, meine Damen und Herren, ist ein sehr, sehr schwerer Fall, für uns alle. Ich glaube aber, dass diese Firma sehr viele Aufträge hat und wir schauen müssen, dass hier wirklich eine Organisationsform, eine Übernahme gefunden wird, damit diese Aufträge erledigt werden. Es ist daher nicht notwendig, in einen Wettstreit über ein Konjunkturpaket zu kommen und wieder in andere Dinge zu investieren. Schauen wir lieber, dass wir dieser Firma oder den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insoweit helfen, dass sie ihre Aufträge, die vorhanden sind, erledigen und bestens ausführen können. Dann wird es richtig funktionieren, meine Damen und Herren. Das ist das Entscheidende.

Wo haben Sie am falschen Platz gespart, liebe Frau Vizebürgermeister? Wieder bei der Wirtschaftsförderung! Sie haben selbst gesagt, dass die Wirtschaftsförderung von 2010 auf 2012 um ganze 44 Prozent zurückgegangen ist, im engeren Sinn von 137 Millionen auf 72 Millionen. Ist das ein Signal, meine Damen und Herren, für die Wirtschaft zu investieren, da zu sein und zu helfen? Es ist richtig, die 37 Millionen, die Sie diesen Firmen zur Verfügung stellen, sind eine Ziffer, die schon viele Jahre

gleich geblieben ist. Sie wissen ganz genau, wir haben in Wien 120 000 Unternehmer. Und wir mussten von Ihnen heute zur Kenntnis nehmen, dass 711 Unternehmungen mit 1 300 Mitarbeitern Förderungen bekommen haben. Ich glaube, Wien hätte sich wesentlich mehr verdient.

Was ist noch wichtig? Es sind nicht nur Förderungen wichtig, meine Damen und Herren, sondern es sind auch die Rahmenbedingungen. Auch da wäre vieles und einiges zu tun. Denken wir nur zum Beispiel an das Betriebsanlagenrecht, wo wir wirklich schauen könnten, dass die Betriebe schneller, rascher und effizienter dazu kommen. Schauen wir vielleicht in der Bauordnung, ob sich das eine oder andere dahin gehend ändern lässt, dass rascher und innovativer gearbeitet werden kann. Ein Thema, das in Wien in der nächsten Zeit diskutiert werden muss, ist auch das Vergaberecht für die Klein- und Mittelbetriebe. Hier muss geschaut werden, dass unsere Betriebe die Aufträge bekommen und damit die Mitarbeiter beschäftigen können. Denn eines steht fest für uns, meine Damen und Herren: Gesunde Betriebe schaffen Arbeitsplätze, und das ist im Großen und Ganzen der entscheidende Weg. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch ein Beispiel, mit dem auch wieder gezeigt wird, dass das Geld nicht für Investitionen ausgegeben wird: Die Wiener Linien sind heute schon angesprochen worden. Ich will gar nicht auf die Diskussion über die Tarife eingehen, sondern auf den Zuschuss, den die Wiener Linien bekommen. Der Zusatz besteht immer aus zwei Komponenten, und das ist für mich sehr entscheidend: Die eine Komponente ist der Betriebskostenzuschuss, und die zweite Komponente ist jener Zuschuss, den es für Investitionen gibt, der in die Infrastruktur investiert wird, mit dem die Wiener Linien attraktiv werden und die Wiener und Wienerinnen motivieren, sie zu benutzen. Hier gibt es ein Auseinanderklaffen. Der Betriebskostenzuschuss steigt laufend, und die Investitionen gehen laufend zurück. Das kann aber auch nicht der richtige Weg sein, um ein öffentliches Verkehrsmittel attraktiv zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Rot-Grün, meine Damen und Herren, lässt daher wenige Initiativen für Reformen und Ausgabenreduktionen erkennen. Diese Stadtregierung spart, indem sie den Gürtel der Bürger enger schnallt, immer mehr Steuern, Gebühren und Abgaben verlangt und die Bürgerinnen und Bürger belastet. Mit dieser Methode werden wir nicht mit den Anforderungen des 21. Jahrhunderts zurechtkommen. Eine Kehrtwendung muss erreicht werden, meine Damen und Herren. Der Aufschwung und der Umschwung wären dringend notwendig, um die Arbeitslosenrate hier in dieser Stadt herunterzusenken.

Wir stehen für einen Kurswechsel, meine Damen und Herren, wir stehen für entlasten statt belasten. Wir stehen für eine Gebührenbremse statt einer Gebührenlawine, wir stehen für schwarze Zahlen statt der roten Laterne. – Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die ÖVP hat noch insgesamt 19 Minuten Restredezeit übrig. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Dipl.-Ing Margulies. Selbstgewählte Redezeit 15 Minuten, insgesamt noch 17 Minuten. – Bitte schön.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorweg nur eine Bemerkung zum Klubobmann Gudenus, den ich zwar jetzt gerade nicht sehe, aber das macht nichts, man wird es ihm ausrichten. Denn er hat ja ungefähr eine Viertelstunde darüber gesudert, wie schlecht alles in Wien ist, wie gruselig es ist, wie schlimm es ist. Da hat er sich gedacht, das ist Sodom und Gomorra. Aber dann ist ihm seine Ausländerfeindlichkeit eingefallen, und dann hat er gesagt, da kommen die Türken ins wunderschöne Wien. Wortwörtlich. Die ganze Zeit war alles böse, aber wenn dann der typische fremdenfeindliche Anfall kommt, dann kommen die Türken ins wunderschöne Wien.

Herr Gudenus, ich nehme Ihre Fremdenfeindlichkeit zur Kenntnis und werde versuchen, sie bestmöglich zu bekämpfen. Ich nehme aber auch Ihr Lob an die Stadt Wien zur Kenntnis, weil es tatsächlich so ist, dass Wien in weiten Teilen eine wirklich wunderschöne Stadt ist. Mehr, glaube ich, muss man zum Herrn Gudenus nicht sagen, der sich selbst ad absurdum geführt hat. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich würde das Ganze eher etwas grundsätzlicher angehen, auch weil vom Kollegen Aichinger unter anderem Schulden und Bilanz der Stadt Wien angesprochen wurden. Es geht in der gesamten Diskussion ein bisschen unter, dass sich in dem roten Büchlein „Rechnungsabschluss“ ja durchaus interessante Sachen wiederfinden. Nicht unbedingt die Doppik, weil ganz viel Vermögen von Grundstücken, die halb so groß wie Wien sind, auch außerhalb von Wien nicht bewertet sind, aber es reicht, sich einmal das Geldinventar anzusehen und sich die Frage zu stellen, wie hoch Wien eigentlich verschuldet ist.

Und dann sehe ich auf der aktiven Seite, wo es um Beteiligungen geht, um Anleihen und um Wertpapiere, um Forderungen, um Guthaben bei den Banken mehr als 9 Milliarden EUR. Und ich sehe die Schulden, die sie genannt haben, die alle schon sozusagen darin zu finden sind, plus die Verbindlichkeiten aus den Verwaltungsforderungen in der Größenordnung von 8,1 Milliarden EUR. Das heißt, wenn wir uns das rote Buch und den Rechnungsabschluss, und zwar den Teil, der tatsächlich einer Bilanz sehr ähnlich ist, ansehen, dann erkennen wir, dass Wien 4,3 Milliarden EUR Schulden hat, aber Wien hat Forderungen und Vermögen, Geldvermögen in der Größenordnung von 9 Milliarden EUR. Das heißt, eigentlich wäre jedes Unternehmen zufrieden und würde sagen, wir stehen hoch weis da. Und wir könnten ja sogar noch viel mehr in die Wirtschaft investieren, in die Konjunktur investieren. Aber momentan ist es leider so, dass wir, so wie der Bund und die anderen Bundesländer, auf Grund von innerösterreichischen Stabilitätspakten, Schuldenbremsen et cetera gezwungen sind, Schulden zu reduzieren und nicht mehr Geld investieren dürfen. Die Stadt Wien hat – lesen Sie den Rechnungsabschluss richtig – ausreichend Vermögen, ist ausreichend liquide.

Und nun schauen wir in die anderen Bereiche, die von Ihnen angesprochen werden. Glauben Sie, es freut

mich, wenn ich lese, beim Krankenanstaltenverbund 800 Millionen EUR Schulden? – Wen freut das dann? Niemanden! Aber was macht man beim Krankenanstaltenverbund genauso wie bei Wiener Wohnen? Da passiert das, was Sie wollen. Da passiert eine Bilanz, eine Aufstellung von Vermögenswerten, des Anlagenvermögens, des Umlaufvermögens auf der einen Seite, auf der anderen Seite sonstige Aktiva und die Passiva.

Was steht denn den 800 Millionen für ein Vermögen im Krankenanstaltenverbund gegenüber? Ja, ich weiß, dass es nicht Aufgabe der Stadt Wien sein wird, dieses Vermögen zu verscherbeln. Aber Sie wollen ja ständig die Bilanzen haben, wo das Vermögen drinnensteht und selbst der Krankenanstaltenverbund, wenn man das ernst nimmt, hoch weis ist, Wiener Wohnen, wenn man das ernst nimmt, hoch weis ist. Sie reden über die Kanalanlagen und wundern sich plötzlich – wir haben Ihnen das bei den Gebühren immer gesagt –, dass da 20 Millionen Gebarungsabgang beim Kanal stehen. Ja, weil da im Vergleich Gesamteinnahmen zu Gesamtausgaben plötzlich die Abschreibungen dabei sind. Das passiert halt, wenn man bilanziert. Das würde beim Wasser genauso passieren, das würde bei der Müllentsorgung ganz genauso passieren. Und dann reden Sie, obwohl Sie das wissen – ich unterstelle Ihnen, dass Sie es wissen –, von Gebührenwucher et cetera. Und am Ende stellt sich noch heraus, Wien ist das günstigste Bundesland, die günstigste Gemeinde in allen Bereichen. Sorry, lieber Kollege Aichinger, das tut mir echt leid, wenn Sie auf dieser Ebene der Meinung sind, Sie müssen Wien anpatzen. Da würde ich mich eigentlich aus wirtschaftspolitischer Sicht eher genießen.

In einem anderen Punkt will ich zuvor Gesagtes – man müsse nicht immer in allem 100-prozentig übereinstimmen – ein bisschen relativieren. Ich habe es gesagt, wie wir in Opposition waren, ich sage das auch jetzt: Den Hauptschwerpunkt, was Arbeitsmarktpolitik, was Wirtschaftspolitik betrifft, bestimmt der Bund. Wir kämen auch nicht auf die Idee, wenn jetzt bei der Alpine möglicherweise plötzlich 5 000 Leute ihren Arbeitsplatz verlieren – wir hoffen alle, dass dem nicht so ist –, Salzburg einen Vorwurf zu machen. Wir kämen nicht auf die Idee, bei ACC Kompressoren der Steiermark einen Vorwurf zu machen, wo im Vorjahr fast 700 Leute den Arbeitsplatz verloren haben. Nein, mir geht es darum, dass die Grundzüge der Wiener Arbeitsmarktpolitik und auch der Wiener Wirtschaftspolitik – da müssen wir uns schon alle miteinander genug Realitätssinn unterstellen, wir können etwas abmildern, wir können manche Sachen etwas verstärken – nicht Wien macht, sondern der Nationalrat. Die basieren auf Regierungsvorlagen et cetera. Und ich glaube, dass Wien unter den Rahmenbedingungen tatsächlich bestmöglich agiert und auch Bestmögliches versucht.

Ja, nicht alles geht super gut aus. Aber wir müssen uns nicht gegenseitig vorrechnen, wie hoch die Arbeitslosigkeit in Wien ist, wenn gleichzeitig so viel Einpendler und Einpendlerinnen nach Wien kommen. Ja, es pendeln auch welche aus. So funktionieren große Wirtschaftsräume. Es wundert mich ja nicht, denn wenn es dann

darum geht, entscheiden wir gemeinsam über Wirtschaftsförderungen. Erst unlängst war wieder eine gemeinsame Sitzung in der Wirtschaftsagentur, und wie üblich – sage ich dazu – waren sämtliche Beschlüsse in der Wirtschaftsagentur einstimmig. Und das ist ja nicht schlecht. Ich finde das gut, dass wir in diesen Bereichen versuchen, gemeinsam zu kooperieren. Aber muss man sich dann tatsächlich beim Rechnungsabschluss herausstellen und sagen, alles ist schlecht?

Ich möchte jetzt noch zu einem letzten Punkt kommen, der angesichts der prekären Finanzsituation der öffentlichen Hand in ganz Europa, und so auch in Österreich, in vielen Ländern und Gemeinden und auch in Wien schon eine ganz große Rolle spielt. Ich frage Sie einmal und bin gespannt, ob Sie das wissen: Was ist im letzten Jahr um plus 17 Prozent und um plus 28 Prozent und plus 8 Prozent und 2 Mal um plus 10 Prozent gewachsen? (*GRin Ing Isabella Leeb: Wir sind ja nicht bei der Millionenshow!*) – Richtig, das muss man auch nicht wissen. Das war nämlich das Vermögen der fünf reichsten Familien in Österreich. Die Familie Porsche-Piëch hat ihr Vermögen von 35,5 Milliarden auf 51,5 Milliarden vermehrt. Und wenn man sich hinstellt und für die ArbeitnehmerInnen in ganz Österreich einen Lohnzuwachs von 10 Prozent einfordert, dann dreht die Hälfte da drüben (*in Richtung ÖVP*) durch und sagt, jessas, wie kann man ArbeitnehmerInnen 10 Prozent mehr geben. – Wenn aber die Reichsten der Allerreichen im Schnitt 13 Prozent mehr im Jahr bekommen, in einer Zeit, wo alle anderen in der Krise sind, dann stehen Sie auf und applaudieren. Das heißt wirklich, auf Kosten der Allerärmsten schamlose Politik zu machen.

Ich sage Ihnen angesichts dieser Zahlen noch etwas, weil Sie immer sagen, da wäre kein Geld zu holen. Und damit bin ich dann auch schon fertig. (*Zwischenruf von GR Mag Dr Alfred Wansch.*) – Kollege Wansch, nicht dazwischenrufen, wir wissen, Sie haben sich auch bereichert, und wir wissen mittlerweile, gerichtsmäßig festgestellt, das war nicht in Ordnung. Darüber will ich aber nicht reden. – Ganz viele Menschen, so auch ich, sind der Meinung, Staatsschulden wären gar nicht notwendig. Sie sind deshalb momentan notwendig, weil Sie noch nicht bereit dazu sind, eine andere Doktrin zu verfolgen, und ich nichts von der Verschärfung der Widersprüche halte. Man verschärft alles, verschärft alles, verschärft alles, verschärft alles, und wenn man Ihrer Politik folgt, dann passiert das. Aber Staatsschulden – und das hat unlängst auch Jürgen Trittin gesagt – sind nichts anderes als die Feigheit des Staates, dafür zu sorgen, genügend Einnahmen zu haben. Und in diesem Sinne sollten wir uns gemeinsam darum bemühen, dass wir für die Reichen und Superreichen, die 15 Prozent im Jahr dazuerdienen, während andere Menschen immer ärmer und ärmer werden, endlich eine Vermögenssteuer in Österreich einführen. – Ich danke sehr! (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Nachdem nun Ruhe eingekehrt ist, darf ich bekannt geben, dass die GRÜNEN noch eine Restredezeit von 6 Minuten haben. Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr StR DDR

Schock. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit sind 15 Minuten.

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Mir war ja klar, dass die Frau Brauner ihr Budget hier verteidigen wird, und mir war auch klar, dass der Herr Margulies das Budget als Vertreter der kleinen Regierungspartei verteidigen muss, aber nicht, dass der Kollege Margulies sich durch überhaupt nichts unterscheidet, dass er nicht einmal ansatzweise relativiert, dass er so tut, als ob er seit 10, 20 Jahren für die Politik in Wien verantwortlich wäre, dass er begeistert mitmacht, als ob er immer schon dabei gewesen wäre, von den links-ideologischen Tönen ganz zu schweigen. Das zeigt mir nur, Herr Kollege Margulies: Ihr seid wirklich die 5. Kolonne der SPÖ, ein Anhängsel, und sonst überhaupt nichts. *(Beifall bei der FPÖ)*

Aber jetzt zum Kollegen Schicker, der gemeint hat, die 5 Milliarden Schulden sind ja über Jahrzehnte angewachsen, das ist ja nicht so schlimm. Herr Schicker, das stimmt ja leider nicht. Schauen wir uns diese Zahlen an, dann hat die Frau Brauner in ihrer Amtszeit von diesen 5 Milliarden 4 Milliarden aufgebaut. Nur in der Amtszeit der Frau Brauner 4 Milliarden zusätzliche Schulden, das ist eine Vervierfachung der Schulden in der Amtszeit der Frau Brauner. Das ist die Wahrheit. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Und was war in der Zeit? War da nicht eine Wirtschafts- und Finanzkrise?)*

Oder ein anderes Thema: die Spekulationsverluste. Von den Spekulationsverlusten, Herr Schicker, wollen Sie nicht reden. Die sind wieder angestiegen. Jetzt halten wir bei 307 Millionen EUR, und Sie wollen das nicht wahrhaben. Die Frau Brauner hat ja immer gesagt, wir in Wien haben ja nicht spekuliert, wir sind auch keine Häuselbauer, wir brauchen das nie zurückzahlen, das sind alles Buchverluste und so weiter.

Meine Damen und Herren, jetzt zeigt sich auch, wer bei den Spekulationsverlusten recht behalten hat. Frau Brauner, Sie müssen diese Verluste nämlich jetzt realisieren. Und wir haben im Finanzausschuss ja darüber gesprochen: Das Spekulationsverbot auf Bundesebene zwingt Sie dazu, genau diese Verluste, die Sie immer geleugnet haben, die Sie abgestritten haben, jetzt zu realisieren, in den nächsten Jahren. Das ist die gesetzliche Vorgabe. Da können Sie vielleicht hoffen, dann nicht mehr im Amt zu sein, aber genau das, was Sie immer abgestritten haben, abgeleugnet haben, genau das ist eingetreten. Frau Stadträtin, Sie haben 307 Millionen EUR Spekulationsverlust in Schweizer Franken gebaut und Sie müssen diesen Verlust, entgegen Ihren Beteuerungen, entgegen Ihren Versicherungen jetzt voll cash aus dem Budget der Stadt bezahlen. Und Sie werden von den Wählerinnen und Wählern in Wien dafür auch zur Rechenschaft gezogen werden, Frau Stadträtin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da bewegt sich die ganze wirtschaftspolitische Diskussion in den letzten Tagen eigentlich nur um ein Thema, wie kann der Staat die Wirtschaft stützen, die Konjunktur ankurbeln. Da macht der Sozialminister Vorschläge, der Herr Darabos, der Herr Marterbauer von der

Arbeiterkammer, die Gewerkschaft. Jetzt frage ich mich, was sagt eigentlich unsere Stadträtin dazu?

Die Frau Brauner hat heute gesagt, wir werden aktiv gegen die Krise vorgehen. Schauen wir uns einmal den Rechnungsabschluss an, ob es gelungen ist, gegenzusteuern, wirklich die Wirtschaft anzukurbeln, etwa im Sinne des Herrn Krugman, den die Frau Stadträtin heute zitiert hat, etwa durch Steuersenkungen mehr private Kaufkraft zu schaffen. Meine Damen und Herren, wir wissen, das Gegenteil war der Fall, eine gewaltige Belastungslawine in den letzten Jahren, die Öffis jetzt ab 1. Juli – nächste Woche –, Gemeindebau, Gaspreis, Fernwärme, Bäder, Wassergebühr, Hundesteuer, Kurzpark-scheine und so weiter. Frau Stadträtin, wenn Sie sich dann heute herausstellen und dann noch von Reichensteuer sprechen, wenn Sie hier ein Plädoyer vor der Wahl für die Reichensteuern halten, dann geht das vielleicht in einer Sektion bei Ihnen durch. Aber in der Realität haben Sie ja das Gegenteil gemacht, die Schwächsten belastet, die sozial Schwächsten. Und dann wollen Sie uns mit einem lächerlichen Beispiel hier vorrechnen, dass durch diese Politik die Menschen auch noch entlastet werden? Frau Stadträtin, die ja spüren, dass es sich nicht mehr ausgeht, dass sie es sich am Ersten nicht mehr leisten können.

Frau Stadträtin, es ist klar, es ist Wahlkampf. Aber wenn sie sich so weit von der Realität entfernen wie heute, dann geben sie sich eigentlich der Lächerlichkeit preis. Und, Frau Brauner, wir kennen Sie ja als Märchentante in diesem Haus und wir sind ja viel an Schönfärberei, an Schönrednerei von Ihnen gewöhnt. Aber, Frau Stadträtin, so unglaubwürdig wie heute, so unglaubwürdig sind Sie hier heraußen überhaupt noch nie gewesen, Frau Brauner. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber was heißt denn das für die Wirtschaft, wenn die Menschen weniger Geld zum Ausgeben haben? Weniger Kaufkraft, dann heißt das ja genau weniger Umsätze für die Firmen, weniger Wirtschaftswachstum. Und jetzt plötzlich fällt dem Minister Hundstorfer ein, wir brauchen ein Konjunkturpaket. Jetzt vor der Wahl wird auch der Herr Kollege Darabos fleißig und fordert auch ein Konjunkturpaket. Und hier in Wien habe ich heute eigentlich alles vermisst. Herr Kollege Schicker, Frau Brauner, Sie sind ja längst nicht mehr die Partei der Arbeit, Sie tun das Gegenteil. Sie beschneiden die Kaufkraft der Menschen, Sie schwächen damit das Wirtschaftswachstum. Und dass Sie die Partei der Arbeit sind, wie Sie überall plakatieren, das glaubt Ihnen ja überhaupt niemand mehr. Sie sind ja mit Ihrer Politik schuld an den Arbeitslosen, die wir jetzt in Wien haben. Ich fordere sie daher auf, sorgen Sie endlich für ein Wiener Konjunkturpaket, Frau Stadträtin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Frau Stadträtin, weil Sie sagen, Sie haben in der Vergangenheit antizyklisch gewirtschaftet. Sie reden von der Finanzkrise. Ja, wann war denn die? 2008 und 2009, da hätten Sie investieren müssen. Aber es ist ja interessant, schauen wir uns einmal die letzten Jahre an. Wann haben Sie denn die Schulden gemacht, Frau Stadträtin? Nicht 2008, 2009. 2010 – 1,5 Milliarden! Ja, warum 2010? Im Wahlkampf, ein Wahlbudget der Frau Stadträ-

tin. Oder, 2011 haben Sie immer noch 1 Milliarde gemacht, 2011, wo bereits Hochkonjunktur geherrscht hat, Frau Stadträtin.

Wir sehen daher, das ist ja eigentlich alles nur eine billige Ausrede, um das zu bemänteln. Und wir sollten daher der Frau Brauner diese Ausreden nicht mehr durchgehen lassen. Meine Damen und Herren, wir brauchen jetzt ein Konjunkturpaket, in der Rezession. Tun Sie doch das, was Ihre Kollegen in der Bundesregierung fordern, was Sie selbst von der Regierung fordern.

Das Beste war ja heute der Kollege Schicker, der uns hier einen Vortrag hält, wie die Bundesregierung die Konjunktur stützen soll. Der Kollege Schicker, der dann sagt, die ÖVP ist eigentlich schuld, die legt sich quer. Ja, Herr Schicker, Sie haben ja recht. Sie haben nur eines vergessen, Sie sitzen ja selbst in einer Regierung, nämlich hier in der Wiener Landesregierung, Herr Schicker. *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Ich sitze in keiner Regierung!)* – Die Frau Brauner sitzt in der Regierung. Aber, Herr Schicker, Ihre Aufgabe als Klubobmann der großen Sozialdemokratischen Fraktion, die hier in der Regierung sitzt, wäre es gewesen, heute Ihre Vorschläge für ein Wiener Konjunkturprogramm zu präsentieren. Ich frage Sie, wo waren diese Vorschläge? Sie haben nur von der Regierung gefordert. Es ist ja völlig unglaubwürdig, sich da herauszustellen und dann nur von der Bundesregierung zu reden, und selbst, wo sie verantwortlich sind, mit leeren Händen vor diesen Gemeinderat zu treten, Herr Schicker. Und ich Sie frage wirklich, Herr Schicker, Frau Brauner, wo ist Ihr Wiener Konjunkturpaket? Sie hätten heute die Gelegenheit gehabt, das zu präsentieren. Reden Sie nicht nur, tun Sie etwas, legen Sie uns für diese Stadt ein Konjunkturpaket vor, Frau Brauner. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber schauen wir einmal, ob sich das, was der Kollege Hundstorfer fordert, was die Gewerkschaft fordert – mehr öffentliche Investitionen, und das ist ja grundsätzlich gescheit –, hier in Wien irgendwo findet. Frau Stadträtin, Sie haben von Ankurbelung der Wirtschaft gesprochen, und davon, dass sich angeblich niemand mit den Zahlen beschäftigt. Aber schauen wir uns das einmal an, nämlich im Vergleich 2011 zu 2012. Und das haben Sie ausgelassen, Frau Stadträtin: Sie haben absolute Beträge genannt, aber Sie haben nicht dazugesagt, wie sich das von 2011 auf 2012 verändert hat. Sie haben uns verschwiegen, dass es da nämlich ein Minus gegeben hat, Frau Stadträtin.

Schauen wir uns das an: Bei der Wirtschaftsförderung ein Minus von 30 Millionen EUR für die Wiener Unternehmen, von denen Sie gesprochen haben; bei den bauwirksamen Ausgaben, die Sie ja selbst als so wichtig bezeichnet haben, von 2011 auf 2012 ein Minus von 30 Millionen EUR; im U-Bahn-Bau sogar minus 67 Prozent; und bei der Wohnbauförderung – wo Sie sich immer hinstellen, die Lage am Wohnungsmarkt bejammern und sagen, hier muss etwas geschehen – ein Minus von 44 Millionen EUR.

Das ist Ihre antizyklische Politik, ein Sinken der Investitionsquote, wenn Sie das alles zusammenrechnen, von 2011 auf 2012 von 13,8 auf nur mehr 13,5 Prozent.

Das ist das, meine Damen und Herren, was sich die Frau Stadträtin offenbar als Ankurbelung vorstellt, wenn sie hier die Investitionsquote kürzt, das zurücknimmt, wenn sie das Gegenteil macht, ein Minus gegenüber 2011. Und das ist ja der entscheidende Parameter, Frau Stadträtin, ein Minus bei den Investitionen der Stadt, ein Minus bei der Wirtschaftsförderung und auch ein Minus bei der Wohnbauförderung.

Das ist der Erfolg der Frau Brauner, die rot-grüne Halbzeitbilanz: Beim Schuldenmachen, da waren Sie gut, da haben Sie den Professoren gefolgt, dem Keynes, der das erfunden hat, dem Herrn Krugman, den Sie heute zitiert haben. Beim Schuldenmachen waren Sie gelehrig, ja, das haben Sie ganz leicht zustande gebracht. Aber beim zweiten Teil, nämlich mehr Nachfrage zu schaffen, da fehlt es überall. Und Frau Brauner, wir sehen ja die Auswirkungen: Die Konkurse häufen sich, Niedermayer, für Wien ganz bedeutend, die Drogeriekette Dayli, und jetzt die Alpine, der größte Konkurs der Republik. Tausende Menschen verlieren ihre Arbeit in Österreich.

Und die Antwort der Frau Brauner? Wo ist die Antwort der Frau Brauner heute geblieben? Da fordert Ihr Parteigenosse Hundstorfer, der Sozialminister, ein riesiges Konjunkturpaket. Da dreht sich die gesamte wirtschaftspolitische Diskussion eigentlich nur mehr um dieses Thema, da überschlägt sich der Kollege Darabos täglich mit seinen Forderungen nach mehr Investitionen, nach Ankurbelung. Da will die Gewerkschaft sogar eine Milliarde zusätzliche Investitionen. Ja, meine Damen und Herren, da hätte ich ja erwartet, dass eine amtsführende Stadträtin die Rechnungsabschlussdebatte nützt, vor dieses Haus hintritt und das tut, was die SPÖ im Wahlkampf hier fordert, und uns heute hier ein umfangreiches Wiener Konjunkturprogramm präsentiert.

Und was tut die Frau Brauner? Nichts! Sie zählt Selbstverständlichkeiten auf, lauter beschlossene Dinge, die wir ja alle kennen, und sonst nichts. Frau Stadträtin, Sie haben uns heute keine einzige zusätzliche Maßnahme präsentiert. Ich frage Sie, wer hindert Sie in Wien daran? Im Bund reden Sie sich auf die ÖVP aus, die ist angeblich schuld, das haben wir ja gehört. Sind es vielleicht die GRÜNEN, die sich querlegen? Ist es vielleicht der Herr Ellensohn, der sich gegen ein Konjunkturprogramm ausgesprochen hat, oder der Herr Margulies, der gesagt hat, nein, es gibt kein Konjunkturprogramm in Wien, wir müssen sparen? Frau Brauner, wer ist schuld daran? Warum haben Sie uns heute nichts präsentiert?

Meine Damen und Herren, im ganzen Land zu plakatieren „SPÖ, die Partei der Arbeit“ und gleichzeitig in dieser kritischen Stunde dann hier in Wien, wo Sie das Sagen haben, völlig untätig zu sein, das ist ja entlarvend und richtet sich von selbst. Meine Damen und Herren, Sie sind ja längst nicht mehr die Partei der Arbeit. Heute hat die Frau Brauner ja den Beweis angetreten, außer einer Wahlrede war keine einzige konkrete Maßnahme drinnen. Sie haben diesen Anspruch ja in der Realität längst bereits aufgegeben. Ihre Rede heute, Frau Stadträtin, war der Offenbarungseid zwischen dem, was die SPÖ im Wahlkampf verspricht, was Sie alles vor der

Wahl sagen, und zwischen dem, was Sie dann tatsächlich hier heute im Gemeinderat tun. Ihre Rede war der Beweis, da klafft ja eine riesige Kluft, meine Damen und Herren. Frau Stadträtin, die Menschen spüren ja, dass Sie längst nicht mehr die Partei der Arbeit sind. Sie sind eigentlich durch Ihre Politik schuld an den Arbeitslosen in Wien.

Frau Brauner, ich fordere Sie daher auf: Halten Sie doch Ihr Wort. Stehen Sie zu dem, was Sie hier im Wahlkampf den Menschen versprechen, und legen Sie uns hier in diesem Haus noch in dieser Woche ein Wiener Konjunkturprogramm vor, Frau Stadträtin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Strobl. Selbstgewählte Redezeit 20 Minuten.

GR Friedrich **Strobl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe jetzt bei meinen Vorrednern sehr genau aufgepasst. Wenn man das, was hier natürlich vor allem seitens der Opposition gekommen ist, zusammenfasst, dann kann man das relativ kurz machen. Einerseits sind Sie dafür, die Investitionen zu erhöhen. Sie wollen ein zusätzliches Konjunkturpaket, Sie wollen gleichzeitig die Gebühren und die Abgaben senken. Sie wollen die Ausgaben senken. *(GR Ing Udo Guggenbichler: Gewerbeausgaben!)* Sie wollen die Schulden zurückzahlen. Und Sie wollen überhaupt etwas schaffen, was rein theoretisch nicht funktionieren kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren seitens der Opposition, es wurde einmal von Herrn Klubobmann Aichinger angesprochen, dass die Debatte geführt werden muss. Da bin ich absolut dafür. Aber diese Debatte gehört auch wirklich seriös geführt, sie gehört sachlich geführt, und nicht in einer Art und Weise, wie sie vor allem von der FPÖ hier geführt wird, und teilweise auch mit unseriösen Aussagen seitens der ÖVP.

Ich gebe Ihnen jetzt ein Beispiel, und zwar die Presseaussendung vom Herrn Juraczka am 4. Juni zum Rechnungsabschluss. Darin gibt es eine Passage, die folgendermaßen lautet: „Ein Übriges täten Fehlplanungen und Kostenexplosionen unter Verantwortung der zuständigen Stadträte sowie die nach wie vor fehlende Umsetzung der Bundesbeamtenpensionsreform in Wien. Allein die fehlende Pensionsreform schlägt sich laut Rechnungshof mit rund 350 Millionen EUR jährlich zu Lasten der Steuerzahler nieder.“

Jeder, der den Rechnungshofbericht gelesen hat, weiß, dass da ein Zeitraum von 2010 bis 2047 drinnensteht. Diese 350 Millionen EUR gibt es in einem Zeitraum von 2010 bis 2047. Daher sage ich noch einmal und wiederhole mich hier: Wenn wir eine Debatte führen, dann führen wir sie bitte sachlich und seriös.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn hier über Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer gesprochen wird und gerade von der ÖVP ja doch einige Kolleginnen und Kollegen Unternehmerinnen, Unternehmer sind: Es sei Ihnen gegönnt, dass Sie, wenn Sie sozusa-

gen in einer derartigen Dimension unterwegs sind, von der Millionärssteuer betroffen sind. Aber um die Betriebe geht es nicht. Wir reden von der Millionärssteuer und wir reden von 1 Millionen EUR. Und was Sie zum Beispiel bei der Erbschaftssteuer dagegen haben, dass jemand, der zum Beispiel 2 Millionen EUR erbt, davon dann 10 000 EUR Erbschaftssteuer zahlen muss, das müssen Sie mir erklären. *(GR Dr Wolfgang Ulm: 150 000 EUR!)* Vor allem müssen Sie mir eines erklären, nämlich Ihr Argument, das hier immer wieder kommt, es treffe den Mittelstand. Wo setzen Sie denn den Mittelstand an? Was ist bei Ihnen der Mittelstand? Das sind die Millionäre! Sind der Mittelstand diejenigen, die von einer Vermögenssteuer betroffen wären, weil sie so viel Einkommen und so viel Vermögen haben, dass sie vielleicht 0,5, 0,7 oder 0,91 Prozent ihres Vermögens zu einer gerechteren Verteilung beitragen müssen? Das ist das Problem des Mittelstandes? Meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, Sie wissen schon lange nicht mehr, wo der Mittelstand tatsächlich zu Hause ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bei den Wortmeldungen wurde ja schon einiges über die Gebühren gesagt. Aber, und ich kann mich auch erinnern – ich habe vor einigen Jahren ja schon dazu gesprochen –, es ist immer wieder das Gleiche, und ihr habt auch immer wieder die gleiche Methode. Die Diskussion beginnt mit der Kritik an der Gebührenerhöhung, mit der Forderung, die Gebühren dürfen nicht erhöht werden. Natürlich können dann bei der Daseinsvorsorge keine Investitionen vorgenommen werden. Dann beklagen Sie sich im nächsten Schritt über die schlechte Qualität und dass nichts funktioniert, dann kommt der laute Ruf nach Privatisierung, und der letzte Schritt ist dann, verkaufen wir es an unsere Freunde. Das ist ein System – das haben Sie 2000 bis 2006 in der Bundesregierung gemeinsam gezeigt –, das wir hier in Wien garantiert nie umsetzen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Weil die Wirtschaftsförderung von beinahe jedem Vorredner hier angesprochen und gesagt wurde, wie stark denn diese Wirtschaftsförderung gekürzt worden sei: Das ist auch so eine Sache, bei der ich meine, man sollte die Diskussion sachlich und seriös führen. Denn jeder, der sich das genau angeschaut hat, weiß ganz genau, dass die direkte Wirtschaftsförderung bei Weitem nicht so gekürzt wurde, wie es hier angesprochen wurde, sondern dass die Garagenförderung hier herausgefallen ist. That's it. Ansonsten ist die Wirtschaftsförderung nahezu unverändert geblieben.

Und ich kann mich noch gut an die Evaluierung erinnern – das ist auch einige Jahre her, lieber Klubobmann Fritz Aichinger –, da gab es damals große Forderungen, dass wir die Wirtschaftsförderungen evaluieren müssen. Das haben wir gemacht, das haben wir uns angeschaut und haben eigentlich ein sehr gutes Zeugnis dafür bekommen.

Die Betriebe, die die Wirtschaftsförderung in Anspruch nehmen, sind froh, dass es diese Wirtschaftsförderung gibt, und wir arbeiten ständig weiter an einer Verbesserung. Hin und wieder ist das nicht ganz so einfach, weil es dann Zwischenrufe und Kritik gibt von

einer Seite, wo man das normalerweise gar nicht erwarten sollte.

Da wir hier ständig darüber diskutieren, dass es Klassenkämpftöne gibt – vor allem seitens der ÖVP ist das immer wieder gekommen, und auch von der FPÖ –, sage ich Ihnen eines dazu: Jedes Mal, wenn es hier in diesem Haus oder auch im Parlament, wo auch immer, um eine gerechtere Verteilung des Vermögens geht, kommen Sie mit dem Argument des Klassenkampfes. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Dabei stimmt das einfach nicht! (*GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Sozialmissbrauch, kein Klassenkampf!*) Wenn Sie wirtschaftliches Denken hätten, wenn Sie wirklich wirtschaftlich denken würden, dann müsste es Ihnen ein Anliegen sein, dass die Mehrheit der Bevölkerung mehr Geld zur Verfügung hat, denn das stärkt die Kaufkraft, dann können die Leute auch mehr ausgeben. (*Beifall bei der SPÖ. – Rufe und Gegenrufe zwischen SPÖ und ÖVP.*)

Und wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allem die Damen von der ÖVP, weil Sie sich gerade so echauffieren, da sage ich Ihnen noch eines. Auch das ist mir wichtig: Wenn Sie schon hier sagen, hier gibt es einen Klassenkampf, dann sage ich Ihnen, es gibt einen Klassenkampf beispielsweise innerhalb der Wirtschaftskammer. Fritz Aichinger hat erwähnt, dass wir in Wien 120 000 Betriebe haben. Na ja, da hast du die ruhenden mit eingerechnet. Wir haben in etwa 100 000 aktive Betriebe in Wien. Davon haben wir 60 000 Ein-Personen-Unternehmen, 60 000!

Nur nebenbei: Diese 60 000 Ein-Personen-Unternehmen sind bei der Förderung sehr wohl dabei. Vielleicht können wir der mingo einmal genauer erklären, dass das eine wunderbare Förderaktion ist, gerade für diese EPU's. Aber 60 000 EPU's in Wien, etwa 250 000 in Österreich. Was haben die für Probleme? Die können sich beispielsweise einen Arztbesuch nicht leisten, weil es einen 20-prozentigen Selbstbehalt gibt. Und wer ist dagegen, dass der abgeschafft wird? Die ÖVP ist dagegen! (*Zwischenrufe bei der ÖVP. – GR Franz Ekkamp: Da schau her! Hört, hört!*)

Jetzt komme ich zum zweiten Punkt: Es gibt Krankengeld für Unternehmerinnen und Unternehmer. Da hat es eine Forderung der Sozialdemokratie gegeben: Machen wir das doch für die EPU's! Ein ganz wichtiger Punkt, denn wenn ein EPU, sprich, eine Unternehmerin oder ein Unternehmer, wirklich krank ist, dann muss sie den Betrieb zusperrern, wenn die Person eben alleine ist. Da gibt es keine Alternativen. Es gibt zwar die Betriebs-hilfe, aber das funktioniert nicht immer so, wie es sein soll, letztendlich ist das echt ein Problem.

Was ist herausgekommen? Es gibt das Krankengeld ab dem 43. Tag und es gibt das Krankengeld für Betriebe mit bis zu 25 Beschäftigten. Da müssen Sie mir erklären, wie das sozial ausgewogen ist: Wenn 25 Beschäftigte in einem Betrieb sind und der Unternehmer/die Unternehmerin ausfällt, muss da der Betrieb geschlossen werden? Also meines Wissens nicht! Aber bei jedem EPU muss der Betrieb geschlossen werden, und die ÖVP ist jene Partei, die diese Verbesserung für die EPU's verhindert. Wir werden uns das nicht gefallen lassen

und werden dafür kämpfen, dass das wieder dementsprechend umgesetzt wird, so wie die anderen Punkte, die wir auch gefordert haben und die letztendlich dann auch erfüllt wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich ganz kurz zum Schluss kommen. Ich möchte noch etwas erwähnen, das mir auch wichtig ist. Die Frau VBgmin hat schon erwähnt: wieder eine Rekordzahl an Förderprogrammen in Wien im Bereich der Wirtschaft beziehungsweise der Betriebsansiedlungen, die Förderprogramme, die größte Mittelstandsförderung, nämlich der Gratiskindergarten in Wien, die Kongresse. Acht Mal in Folge sind wir Weltmeister, und seit dem Jahr 2003 – außer einem Jahr, nämlich 2009 – haben wir jedes Jahr einen Rekord im Wiener Tourismus erreicht. Das sind nicht Sachen, die einfach von alleine und selbstverständlich passieren, sondern da geht es natürlich darum, dass man die dementsprechenden Rahmenbedingungen schafft.

Ganz zum Schluss: Herr Kollege Schock hat jetzt am Schluss seiner Rede über die Schulden und die Konjunkturpakete gesprochen. Also das ist ja überhaupt abenteuerlich, nämlich sich da herzustellen und erstens einmal die Konjunkturpakete einzufordern! Dabei kann ich mich doch erinnern, wie damals, in den Jahren 2009 und 2010, als wir die Konjunkturpakete extra geschnürt haben, die Kritik von Ihnen gekommen ist, wofür wir das alles denn brauchen! Und dann hier davon zu sprechen, dass im Jahr 2011, als wir wieder 1 Milliarde EUR Schulden gemacht haben, Hochkonjunktur gewesen sei! Entschuldigung, Herr Dr Schock, wo leben Sie denn? Wo war denn Hochkonjunktur? Auf welchem Kontinent war das? Erklären Sie uns das! Hier bei uns in Wien und hier in Österreich war 2011 keine Hochkonjunktur! (*StR DDR Eduard Schock: Da haben Sie aber keine Ahnung, Herr Strobl!*)

Ich sage Ihnen noch etwas: Auch das Jahr 2012 – und wir reden hier über den Rechnungsabschluss von 2012 und nicht über Ankündigungen für das Jahr 2014 beziehungsweise über die noch zu erfolgenden Investitionen im Jahr 2013 – ist die Krise noch nicht vorbei gewesen. Ich verrate Ihnen noch etwas: Selbst im Jahr 2013 ist es noch nicht so weit, und Wien ist ausgezeichnet durch diese Krise gekommen, nicht nur im nationalen Vergleich, sondern vor allem auch im internationalen Vergleich. Und ich verspreche Ihnen eines: Wir werden diesen Weg weitergehen, und das erfolgreich. – Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die SPÖ hätte noch eine Restredezeit von 11 Minuten. Als Nächster und derweil letzter Redner auf der Rednerliste steht Herr GR Herzog. Ich erteile ihm das Wort. 11 Minuten stehen noch zur Verfügung.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Ich darf auf einige Wortmeldungen eingehen, die in der Zwischenzeit gemacht wurden, zum Beispiel auf jene des Herrn Klubobmannes Schicker. Er hat von 144 000 Mindestsicherungsbeziehern gesprochen. 9 Prozent

davon sind, wie wir in der Zwischenzeit wissen, Vollbezieher. Die anderen nicht, soweit in Ordnung. Von diesen 13 000 Personen, sagt er, sei ein Viertel der Betroffenen durch die Gemeinde Wien wieder in Arbeit geführt worden. Das ist eine etwas kryptische Bemerkung, weil nämlich nicht verraten wird, wie er das gemacht hat, was da konkret geschehen ist. (*GRin Nurten Yilmaz: Ich erzähl's Ihnen!*) Ich habe bisher in erster Linie das AMS für verantwortlich gehalten, aber ich lasse mich gerne belehren, dass das die Gemeinde Wien selbst gemacht hat.

Aber ich möchte auch feststellen: 144 000 sind es jetzt. Im Statistischen Jahrbuch 2011, das muss daher das Jahr 2010 oder 2009 sein, waren es 119 000. Das heißt, es ist schon ein ganz, ganz deutlicher Zuwachs, unabhängig davon, ob es jetzt Vollbezieher sind oder nicht. Wenn sie das nicht sind, muss man fragen, warum. Ich habe mich vor Kurzem in der Bank mit einem Kollegen, der gerade nicht da ist, unterhalten, nämlich über die Beschäftigungsverhältnisse atypischer Art und Ähnliches, die auch zum Nachteil der Arbeitnehmer agieren. Und da muss ich schon sagen, nicht nur die Wirtschaft hat solche Arbeitsverhältnisse abgeschlossen, sondern auch die Gebietskörperschaften.

Der Bund zum Beispiel hat sehr wohl Volontäre angestellt und schließt Ein-Jahres-Verträge ab. Frisch gebackene Akademiker werden mit 1 000 EUR im Monat angestellt, und nach einem Jahr ist das Beschäftigungsverhältnis aus, und der Mensch hat nicht die geringste Garantie auf Verwendung! Mit anderen Worten, im Bund regiert seit vielen Jahren die SPÖ, hat aber interessanterweise diese Beschäftigungsverhältnisse nicht beendet, sondern ganz im Gegenteil ausgebaut.

Wenn man sagt, 9 Prozent davon sind in dem Sinn Vollbezieher, die anderen nicht, dann muss man feststellen, dass nur 91 Prozent – entweder die Arbeitslosen oder die Beschäftigten – von der Arbeit, die sie leisten, nicht mehr leben können. Aber, meine Herrschaften, die Sozialdemokraten regieren fast durchgängig seit 1945, von einigen Jahren abgesehen, und in Wien überhaupt seit 1945, und haben daher diese Verhältnisse zu verantworten und sonst niemand! Das muss man klar und deutlich feststellen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Frau VBgmin Brauner hat uns unterstellt, dass wir den Austritt aus der EU anstreben – also davon ist keine Rede. Es geht immer nur um die Neuordnung der Eurozone. Die Währungssituation im Euroraum ist eine diffuse, um es milde auszudrücken, und es geht uns hier in erster Linie um Neuordnungen. Es ist interessant, dass die Frau Vizebürgermeisterin EU und Euroraum verwechselt; das heißt also, die sonstige Eurozone ist für sie im Grunde genommen nicht vorhanden und nicht von Bedeutung. Es ist meiner Meinung nach völlig klar, dass nach den Bundestagswahlen eine Änderung in den Verhältnissen eintreten wird, dass sicherlich der Euroraum neu geordnet wird. Das Verschütten von Milliarden ist auf die Dauer nicht möglich, umso mehr als im Süden sich keine wirklichen Verbesserungen zeigen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang etwas Interessantes vorlesen, nämlich eine Pressemeldung der „Deut-

schen Wirtschafts Nachrichten“, wonach die niederländische ABN AMRO die Goldkunden enteignet. „Ab April können die Kunden der Bank nicht mehr das von ihnen bei der Bank eingelagerte Gold zurückbekommen. Stattdessen erhalten sie den Geldwert ihres Goldes. Andere Edelmetalle sind von der Änderung ebenfalls betroffen.“ Die Bank beruhigt, die Edelmetalle seien bei der Bank gut aufgehoben. Das betrifft vor allem Anleger, die physisches Gold und andere Edelmetalle bei der Bank eingelagert haben.

Das heißt auf gut Deutsch, die Änderungen zeigen sich bereits im Voraus. Es wird mit Garantie Massives passieren, irgendwann nach den Bundestagswahlen, es soll abgewartet werden. Und wenn das erst der Beginn ist, dass das Gold auf gut Deutsch beschlagnahmt wird und nunmehr in Geld ausbezahlt wird, dass also dann mehr oder weniger dem jeweiligen Inflationwert, der dann eintreten wird, unterliegt, dann kann uns jetzt schon Böses schwanen.

Ich darf nur feststellen, die Frau Vizebürgermeisterin hat davon gesprochen, dass wir, die Freiheitlichen, ein völlig ausgehöhlt Mietrecht hinterlassen hätten. Frau Vizebürgermeisterin, ich möchte feststellen: Das so bekämpfte, von Ihnen heute so beklagte Richtwertgesetz samt Zuschlägen haben Sie zu verantworten und sonst niemand. Heftig haben Sie, die Sozialdemokraten, genauso wie die ÖVP und die Arbeiterkammer damals dieses Gesetz bejubelt. Wir haben in aller Deutlichkeit immer gesagt, dass das keine Lösung sein kann und auch keine ist, und haben recht behalten. Jetzt würden Sie es lieber los werden, keine Frage. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich darf jetzt feststellen, dass natürlich, um wieder die soziale Situation in Wien anzusprechen, sich diese massiv verschlechtert hat. Die Gründe sind vielfältig, unter anderem natürlich die Wohnkosten, die sich massiv durchschlagen. Dabei meine ich nicht nur die Mieterhöhungen und die Zuschläge, sondern eben vor allem die massive Verteuerung der Gemeindewohnungen durch das Richtwertgesetz, was eine Mietpreiserhöhung von 50 Prozent bedeutet, diesen Gebührenwucher der Stadt Wien, der sich da massiv auswirkt, und natürlich die hohen Energiekosten.

Über die Abschaffung des Valorisierungsgesetzes wurde ja bereits auf breiter Ebene diskutiert, darauf brauche ich also nicht näher einzugehen. Aber zu den Energiekosten muss man feststellen, dass in Wien eine deutlich überhöhte Preissituation vorliegt. Laut Energieagentur sind zumindest die Strompreise auf alle Fälle um 10 Prozent verteuert und überhöht.

Und da auch noch die Streichung des Heizkostenzuschusses durchzusetzen, zu Lasten von 100 000 Beziehern dieser Abgabe, dieses Zuschlags, ist natürlich etwas, das die Menschen unglaublich trifft. Die Ärmsten der Armen werden davon getroffen. Es ist eine soziale Fehlleistung sondergleichen und eine unverantwortliche Handlungsweise gegenüber, wie gesagt, bis zu 100 000 Betroffenen in Wien. Wir haben 144 000 Personen, die Mindestsicherung beziehen, in welcher Form auch immer, und haben daher genügend Armut in Wien, die

einen solchen Heizkostenzuschuss unumgänglich macht.

Die sogenannte Energieunterstützung, meine Damen und Herren, hat keinerlei Auswirkungen in diesem Zusammenhang. Und man kann feststellen: Die Möglichkeiten, dass man in irgendeiner Form Elektrogeräte mit einer finanziellen Unterstützung von 700 EUR bekommt, ist schön und gut; nur werden jene, die eh kein Geld haben, kaum die Gelegenheit haben, die Geräte zu kaufen. Und wenn sie sich durchschlagen können und das doch machen, frage ich mich, mit welchem Geld sie diese neuen Geräte beheizen werden. Das geht alles nicht!

Da werden den Menschen die Zuschüsse weggenommen, ohne dass man auch nur im Mindesten, in irgendeiner Form einen Ersatz schafft. Und ich möchte feststellen, die Möglichkeit, dass Einzelhilfen geboten werden, ist schön, das betrifft laut Stadträtin einige Tausend Personen, aber eben nicht mehr 100 000 wie bisher der Zuschuss als solcher.

Die ganze Summe des Heizkostenzuschusses betrug, wenn ich richtig informiert bin, 7 Millionen EUR. Das ist ein Betrag, mit dem man das Budget sicher nicht retten kann. Und es ist unverständlich, dass die Frau StRin Brauner vor der Wahl noch gesagt hat: „Wir werden sicher nicht bei Sozialausgaben sparen.“, und dann nach der Wahl genau das macht! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Noch einmal: Die Summe des Heizkostenzuschusses betrug, wenn ich richtig informiert bin, 7 Millionen EUR. Die von den GRÜNEN angestrebte Bemalung der Radwege mit der Farbe Grün oder welcher auch immer, kostet allerdings 10 Millionen EUR bis 20 Millionen EUR! Dabei wurden unsere Anträge auf Beibehaltung der Geldauszahlung alle abgelehnt – beziehungsweise wurde der Antrag nicht zugelassen, und der gemeinsame Antrag mit der ÖVP auf Auszahlung einer Geldleistung, also sehr wohl dieser Dinge, wurde von der Mehrheit abgelehnt, muss man jetzt dann deutlich feststellen. Das heißt also, diese 10 Millionen EUR oder 20 Millionen EUR stehen im Raum, aber die 7 Millionen EUR für 100 000 arme Leute, die kann sich die Stadt angeblich nicht mehr leisten!

Ein weiterer wesentlicher Grund ist der Kaufkraftverlust für Senioren auf Grund der niedrigen oder nicht vorhandenen Erhöhung der Pensionen. Es ist also unglaublich, dass seit vielen Jahren regelmäßig die Pensionen nicht wirklich erhöht werden. Das Ziel, zumindest die offizielle Geldentwertung heranzuziehen, funktioniert nicht. Es wird seit Neuestem 1 Prozent abgezogen und soll auch 2014 so passieren, was eine deutliche Verringerung der Lebensqualität bedeutet.

Wir haben von der UBS, der United Bank of Switzerland eine Studie, die ganz Europa erfasst und natürlich auch Österreich betrifft. Darin wird festgestellt, dass der Kaufkraftverlust in Österreich seit Einführung des Euro bis zu 35 Prozent ausmacht, unterschiedlich gewichtet, und dass die Armen, die sozial Schwachen am meisten betroffen sind. Eine andere Studie sagt, dass der durchschnittliche Wertverlust währungsmäßig 22 Prozent beträgt.

Das heißt also, Gerechtigkeit ist ein Schlagwort für die SPÖ im Wahlkampf, wird aber in der Wirklichkeit von der SPÖ in keiner Weise ausgeführt und angewendet! Pensionsgerechtigkeit hieße Kaufkraftreicherung, und diese Kaufkraftreicherung findet seit Jahren nicht mehr statt. Stattdessen wird es 2014 eine weitere Kürzung geben, die den Heizkostenzuschuss betrifft. Stattdessen werden irgendwelche Kinkerlitzchen angeboten, wobei wahrscheinlich keine 500 – oder keine 5 000 Leute, wie viele auch immer – solche Geräte, die da angeboten werden, mit einem Rabatt von 700 EUR kaufen können.

Das geht alles nicht, und die Gemeinde Wien steht da und nimmt zur Kenntnis, dass tausende Leute sich das Heizen nicht mehr leisten können. Das ist Ihre Arbeit, Ihre Politik, und die lehnen wir eindeutig ab! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur allgemeinen Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2012 liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Neuhuber. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit: 12 Minuten.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist ja heute schon in den ersten Debattenbeiträgen öfters gekommen, es ist jedes Jahr im Großen und Ganzen wieder dasselbe Ritual, das mag schon zu einem beträchtlichen Teil stimmen: Das aus unserer Sicht rote Wien feiert sich heute wieder ab, seit Neuestem eben mit grüner Hintergrundmusik, obwohl es eigentlich, wie wir hier schon festgestellt haben, gar nichts zu feiern gibt. Versuchen wir es einmal möglichst sachlich und undogmatisch anzugehen. Ich werde Ihnen dann ein paar Beispiele liefern, ein paar Zahlen, die beweisen, dass es nichts zu feiern gibt, meine Damen und Herren. Aber zuvor möchte ich noch ein bisschen auf meine Vorredner eingehen.

Martin Margulies hat heute ja an sich recht gut begonnen, wenn ich so sagen darf, indem er durchaus interessant über Aktiva und Passiva geredet hat. Wir könnten uns hinsetzen und stundenlang über dieses rote Büchlein, nämlich den Rechnungsabschluss und das Zahlenwerk, das darin enthalten ist, plaudern. Dann ist es doch wieder in den üblichen Klassenkampf ausgeartet.

Erlauben Sie mir, dass ich jetzt plakativ beim Klassenkampf bleibe. Seit Neuestem heißt es ja Gerechtigkeitsdebatte. Offensichtlich steht man ja auch nicht mehr zum Klassenkampf. Dabei findet etwas immer derjenige gerecht, der dem anderen etwas wegnimmt, das ist schon klar.

Aber kommen wir zu den Superreichen. Wie „Wickie und die starken Männer“ ist auch „Margulies und die Superreichen“ ein Klassiker, das kommt immer wieder. Es ist nicht an mir, jetzt die Familie Porsche-Piëch zu verteidigen, die können das selber. Ich will auch gar nicht die Superreichen in Österreich, in Europa oder auf der Welt verteidigen. Nur muss man auch einmal da sagen,

was dahinter steht, Kollege Margulies.

Porsche ist ein österreichisch-deutscher Weltkonzern, der zehntausende Arbeitsplätze schafft, der sie sichert durch Erfindungsgeist, durch Ingenieurstechnik, durch präzise Arbeit, durch ein gutes Image. Das ist also ein ganz blödes Beispiel, denn es ist ein Weltkonzern mit österreichischer Beteiligung, und Österreich hat nicht sehr viele davon. Ausgerechnet den herzunehmen, finde ich wirklich verfehlt. Seien wir froh, dass wir ein paar solche Paradebetriebe in Europa überhaupt noch haben!

Genauso auch die Kollegin Brauner – wieder der übliche Verteilungsgerechtigkeits- oder Klassenkampf. Alleine darüber könnte man jetzt stundenlang reden. Sie kennen den Gini-Koeffizienten, darüber brauche ich Ihnen nichts mehr zu sagen. In Österreich kann das Vermögen nicht so ungleich verteilt sein, wie Sie immer behaupten, denn der Gini-Koeffizient sagt etwas anderes.

Sie wissen, dass es in Österreich bereits auch Steuern auf Erträge aus Vermögen gibt. Was sonst ist die Kapitalertragssteuer? Es gibt Steuern, Einkommenssteuern aus Vermietung und Verpachtung und vielem mehr. Sie wissen, dass 29 Prozent der Einkommensbezieher überhaupt keine Steuern zahlen beziehungsweise umgedreht nur ungefähr 1,9 Millionen Bürger in dieses System in Österreich mehr einzahlen, als sie bekommen. Also immer nur zu sagen, dieses Land, in dem wir leben, sei so ungerecht, ist angesichts des Zahlenwerkes, angesichts der nüchternen Zahlen wirklich völlig an der Materie vorbeigeredet.

Sie wissen das alles ohnehin. Nur hängt eben schon der leichte Geruch des Wahlkampfes in der Luft, und da muss das natürlich alles kommen. Und man kann ja über alles reden. Diskutieren wir eben über Millionärssteuern! Davor ist noch, sage ich gleich, sehr viel abzuarbeiten, was etwa das Thema Einsparungen beim Bund und den Ländern betrifft. Millionärssteuern, das klingt gut, ist wieder plakativ, meine Damen und Herren; nur manchmal kommt eben die Wahrheit ans Licht. „Die Botschaft hör ich wohl, allein, mir fehlt der Glaube.“

Während die SPÖ von 1 Million EUR als Grenze für diese Vermögens- und/oder Erbschaftssteuer spricht, spricht der ÖGB von 150 000 EUR. Der gelernte Österreicher neigt dazu, letzteren zu glauben, meine Damen und Herren. Das Letzte ist, wenn so eine Steuer kommt, die dann nicht erst bei 1 Million EUR beginnen würde. Und Sie wissen ganz genau: Wenn Sie ein Eigenheim haben, oder wenn Sie nur einen Schrebergarten haben, ein Haus, einen Hausrat, eine Lebensversicherung und vielleicht ein Sparbuch von der Großmutter bekommen haben, kommen Sie relativ rasch über die 150 000 EUR drüber, meine Damen und Herren.

Also diese 150 000-EUR-Steuer würde sehr wohl den Mittelstand treffen. Da brauche ich nicht 1 Million EUR, bei 150 000 EUR sind Sie 100-prozentig im Mittelstand! (*Beifall bei der ÖVP.*) Eine alte Tatsache: Das Melken der Kuh ist Ihnen nicht genug, Sie wollen das arme Tier letzten Endes auch gleich schlachten. Nur, wenn man es schlachtet, wird irgendwann nichts mehr zu melken übrig sein! (*GR Godwin Schuster: Aber das ist nicht das Dis-*

kussionsthema bei uns!)

Ich komme zurück. Ich habe ja gesagt, ich möchte es unpolemisch und sachlich angehen, und ich möchte es einmal ein bisschen anders angehen. Ich sage ja, ich bin auch nicht fehlerfrei, aber jetzt komme ich wieder zurück. Ich habe mir gedacht: Was wäre, wenn die Stadt Wien ein Konzern ist? Ich weiß, jetzt wird gleich als Gegenargument kommen: Nein, man kann einen großen Konzern oder eine Firma nicht mit einer Kommune vergleichen. Aber irgendwie muss ich es einmal probieren. Ich vergleiche es nicht mit anderen Ländern oder anderen Städten, sondern ich versuche es einmal mit einem großen Konzern.

Der größte Konzern, den wir in Österreich haben, ist die die OMV, börsennotiert. Schauen wir uns die OMV in den letzten Jahren an. Der Umsatz der OMV stieg von 2006 auf 2012 von 23,6 Milliarden EUR auf 42,6 Milliarden EUR, trotz der Krise! Also rapides Wachstum. Ergebnis vor Steuern, Gewinn 2005 in 2006: 2,85 in 2012. Nicht nur Wachstum, solide Ertragslage. Verbindlichkeiten wurden allerdings auch gesteigert, nämlich von 8,5 Milliarden EUR auf 16 Milliarden EUR; aber es wurde gleichzeitig auch das Eigenkapital gesteigert, nämlich von 9 Milliarden EUR auf 15 Milliarden EUR. Was macht also ein guter Konzern? Verbindlichkeiten steigen, aber er gibt neue Aktien aus, oder es gibt neue Beteiligungen, und er bekommt somit auch mehr Eigenkapital herein, um eine Überschuldung zu verhindern.

Die Anzahl der Mitarbeiter ist interessant: Von 41 000 im Jahr 2006 auf 28 600 reduziert. Dort wurde, ob das jetzt gut sein mag oder nicht, die Zahl der Mitarbeiter verkleinert. Schlimm, wenn es einen Arbeitsplatz betrifft. Wobei ich nicht glaube, dass bei der OMV sehr viele im Inland waren, sondern wahrscheinlich eher bei ausländischen Beteiligungen; aber es ist jedenfalls schlimm um jeden Arbeitsplatz, der verloren geht.

Aber Sie sehen, man hat dort – und das merkt man auch, wenn man sich die OMV über ein paar Jahre anschaut – sehr stark auf die Krise reagiert und hat gesagt, aha, wir müssen auf der einen Seite auf die Kostenbremse steigen, wir müssen restrukturieren, müssen Auslandsbeteiligungen abgeben, um durch diese Krise zu kommen. Und das hat die OMV letzten Endes auch geschafft. Es ist nicht nur das größte börsennotierte Unternehmen, sondern auch – da sind wir uns, glaube ich, einig – ein österreichischer Paradebetrieb.

Wenn man sich jetzt Wien anschaut, die Beschäftigungszahl ... (*GR Godwin Schuster: Die Preispolitik der OMV ist auch okay?*) – Bitte? Preispolitik, das wäre jetzt interessant. Soll man reglementierend eingreifen? (*GR Godwin Schuster: Nein, das ist nur eine Frage!*) – Ich sage nur, und das wäre jetzt die Gegenfrage: Wollen wir reglementierend eingreifen? Immerhin ist das Benzin in Österreich um einiges billiger als zum Beispiel in Deutschland. Aber ich glaube nicht, dass das eine Preispolitikdebatte ist, sondern das ist letzten Endes eine Umweltdebatte. Wie viel Steuern soll es zum Beispiel auf fossile Energie geben? Ich glaube, das ist weniger eine Frage der Preispolitik. Dort kann man über Steuern sehr wohl regelnd eingreifen.

Aber ich komme zurück zu Wien. Die Beschäftigungszahl ist, wie wir alle wissen, gleich geblieben. Anders als bei der OMV sind auch die Investitionen bei uns im Wesentlichen gleich geblieben. Der Schuldenstand – und das ist letzten Endes das, was wir heute ja als Opposition, ich kann es einmal für meine Partei sagen, immer wieder kritisieren – hat sich nicht nur in einem Jahr wieder um 8 Prozent erhöht, sondern das Entscheidende ist, er hat sich in 6 oder 7 Jahren verdreifacht! Das ist eine Tatsache, die man nicht weglegen kann. In jedem Unternehmen, in jedem anderen Konzern, wo so etwas passiert, noch dazu in so kurzer Zeit, würden alle Alarmglocken läuten. Das ist ganz klar, diese Tatsache kriegen sie nicht weg. Plus 8 Prozent im letzten Jahr!

Es gibt auch andere Beispiele in Österreich. Die Steiermark etwa hat einen sozialdemokratischen Landeshauptmann, ist also kein „böses“, von ÖVP oder sonst jemandem geführtes Bundesland. Dort ist man sehr wohl auf die Schuldenbremse gestiegen und hat diese sogar per Gesetz verankert. Das ist eine gute Idee. Sozialdemokratisch geführt dort, sozialdemokratisch geführt hier, na, machen wir doch hier dasselbe! Übernehmen wir einmal eine gute Idee von einem SPÖ-Landeshauptmann! Deshalb, meine Damen und Herren, um Ihnen das ein bisschen zu erleichtern, bringe ich heute einen Antrag ein, nämlich mit meinen Kollegen Aichinger und Leeb, der da heißt:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Implementierung einer Schuldenbremse in Form einer Defizitobergrenze gemessen am Gesamtbudgetvolumen auf Wiener Ebene nach dem Vorbild des Landes Steiermark aus.“ (Beifall bei der ÖVP.) Wir werden ja sehen, wie Sie darauf reagieren und ob Ihnen gute Ideen von dem steirischen SPÖ-Landeshauptmann auch für Wien genehm sind.

Wenn wir jetzt weiter in das Zahlenwerk der Stadt Wien hineingehen, so wissen auch Sie ganz genau, das kam heute schon mehrfach: Die Wirtschaftsförderung wurde zurückgefahren. Garagenförderung ja oder nein, aber als Signal ist das katastrophal. Die Wirtschaftsförderung wird zurückgefahren, und das seit 2006. Das Einzige, was man, wenn man dieses rote Büchlein von vorn nach hinten und von hinten nach vorne durchgeht, Jahr für Jahr mit Sicherheit findet, was immer gleich bleibt oder letzten Endes dann sanft steigt, mal sehen, wie es in einem Wahljahr letzten Endes noch wird für das laufende Jahr, ist der Presse- und Informationsdienst. Die sozusagen PR-Abteilung des Konzerns Wien wird mit Geld gefüttert und zugeschüttet, da ist von Budgetlöchern nicht die Rede, meine Damen und Herren, da läuft das rot-grüne Füllhorn beinahe über.

Meine Damen und Herren, was gibt es in grüner Handschrift im Budget? Im roten Buch muss man lange suchen, bis man etwas findet. Zum Beispiel das Radweggefärbte. Das kostet uns, so hat Kollege Kubik gemeint, zirka 18 Millionen EUR. Da sind auf einmal 18 Millionen EUR für Radwege zur Verfügung! Es ist zwar jetzt noch nicht im Rechnungsabschluss drinnen, das weiß ich schon, das ist eine kleine Unkorrektheit meinerseits, aber 18 Millionen EUR sind nicht wenig Geld. Auf

einmal ist für so was auch wieder Platz, meine Damen und Herren.

Leider leuchtet schon das rote Lichtlein meiner selbstgewählten Zeitbeschränkung, meine Damen und Herren, also fasse ich noch einmal zusammen. Wir wollen nicht alles schlechtreden. Ich glaube, Margulies hat am Anfang gemeint, wir von der Opposition würden sagen, alles sei schlecht. Nein, stimmt nicht, es ist nicht alles schlecht; aber es gibt viele Punkte, die klar verbesserungsfähig sind. Es gibt viel im Budget, im Rechnungsabschluss, in der Stadt Wien, in der Strukturierung, in der Wirtschaftsförderung, vor allem in der Einsparung, wo man klar etwas besser machen kann; und es ist unsere Aufgabe, das aufzuzeigen, meine Damen und Herren.

Es ist nicht alles schlecht, aber im Umkehrschluss ist auch nicht alles gut. Man kann nicht alles. Und weil heute über die Gewerbeordnung gesprochen wurde, beziehungsweise darüber, was man in der Gewerbeordnung sanieren soll: Also wie der Herr Klubobmann der Freiheitlichen gesagt hat: Für das Schönfärben, für die Schönfärberei, Frau Finanzstadträtin, bekommt man eigentlich in der Gewerbeordnung einen Meisterbrief. Also, Sie sind Meisterbriefinhaberin, Sie sind Meisterin der Schönfärberei. Dem schließe ich mich auf jeden Fall an, meine Damen und Herren.

Noch einmal zum Konzern zurückkommend. Der Aufsichtsrat eines Konzerns, bei dem sich die Schulden in wenigen Jahren verdreifachen, würde nicht gerade Lob aussprechen. Ganz im Gegenteil, dort würde tiefe Besorgnis herrschen. Da würde man vieles in der Führung überdenken, und zwar nicht zuletzt aus folgendem Grund: Wir haben zwar genügend Aktiva, wie wir gehört haben, aber wenn man so sehr auf das Schuldengas – nämlich auf das Gegenteil von Schuldenbremse – steigt, dann werden auch die finanzierenden Institute, die Banken irgendwann hellhörig und werden sagen, das geht uns zu schnell, und dann werden sich die Konditionen verändern. Also, ein solcher Aufsichtsrat – und wir sind ja quasi hier der Aufsichtsrat des Konzerns Wien – wäre tief besorgt und würde Einsparungen, Umstrukturierungen und Umdenken einmahnen. Und genau das machen wir als Opposition. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bezüglich Redezeit – Kollege Neuhuber hat 13 Minuten und 44 Sekunden gesprochen. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Vana. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Monika **Vana** (Grüner Klub im Rathaus): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir GRÜNE widmen diese erste Runde der Debatte über die Geschäftsgruppe Finanzen gerne der Europapolitik, weil in dieser Geschäftsgruppe ja der neu gegründete Europaausschuss ressortiert und weil es sich, wie die Debatte bisher gezeigt hat, gerade bei der Budget- und insofern auch bei der Rechnungsabschlussdebatte sehr, sehr lohnt, über die Stadtgrenze, über den Wiener Tellerrand hinauszublicken und sich einmal anzuschauen: Wie sind denn die Rahmenbedingungen überhaupt für unsere Politik hier in Wien? Und:

Wir schaut es denn mit dem Vergleich zu anderen Städten aus? Ich meine damit nicht nur allgemeine Arbeitslosigkeits- oder Konjunkturdaten – dazu ist heute schon einiges erwähnt worden, da liegt Wien hervorragend –, sondern auch was spezifische Maßnahmen, Best-Practice-Modelle auch im europaweiteren Vergleich angeht.

Herr Kollege Schock! Wenn Sie sich da herausstellen und sagen, wir – ich denke, Sie meinten Rot-Grün – hätten keine einzige Maßnahme präsentiert (*StR DDR Eduard Schock: Ja, heute!*), dann machen Sie sich damit doch wohl lächerlich; denn die spezifischen Maßnahmen, die Wien vor allem im Bereich der Standortortsicherung, der öffentlichen Dienstleistungen, aber auch des Arbeitsmarktes europaweit setzt, sind Vorbild.

Das eine ist der ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds. Der ist nicht nur österreichweit einzigartig. Da kann sich wirklich jeder Landeshauptmann – ich glaube, mittlerweile haben wir leider eigentlich nur mehr Landeshauptmänner, früher habe ich wenigstens splitten können – wirklich ein Scheibchen abschneiden, was es in Wien an kommunaler Arbeitsmarktpolitik gibt. Das gilt auch für die heute schon erwähnte Wiener Ausbildungsgarantie, die wirklich ein Vorbild war für die Jugendbeschäftigungsinitiative, die der Ausschuss des Europäischen Parlaments jetzt unlängst beschlossen hat. Also, die Wiener Ausbildungsgarantie ist hier maßgeblich gewesen auch für die Ausgestaltung einer europaweiten Beschäftigungsgarantie, und das, denke ich mir, ist nicht nichts.

Es ist natürlich immer noch zu wenig, keine Frage. Der große Haken an dieser europaweiten Ausbildungsgarantie ist natürlich, dass sie nicht verbindlich ist – so wie sehr viel von dem, was von der europäischen Ebene an interessanten Strategien vorgegeben wird. So zum Beispiel die Europa-2020-Strategie, zu der wir erst unlängst ein Fachseminar des Europaausschusses abgehalten haben. Das ist eine weitreichende Strategie. Sie verbindet Klimaschutzziele mit Beschäftigungszielen, mit Armutsbekämpfungszielen, mit dem Ziel der Verringerung der Zahl der SchulabbrecherInnen zum Beispiel, mit Gleichstellungszielen. Es ist also eine ganz, ganz spannende und weitreichende Strategie. Doch werden gleichzeitig durch die praktische Politik der Europäischen Union – nämlich den Fiskalpakt, den Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Haushaltskonsolidierungsziele als Priorität zu sehen – die interessanten inhaltlichen strategischen Ziele hier verunmöglicht, und das ist ja einer unserer Hauptkritikpunkte an der gegenwärtigen europäischen Situation.

Wir brauchen nicht nur mehr Europa, wir brauchen vor allem auch ein anderes Europa. Wir brauchen Reformen, wir brauchen eine Sozialunion, wir brauchen den verbindlichen Kampf um Vollbeschäftigung und gegen Arbeitslosigkeit und eine europaweite Demokratie. Das muss Priorität haben. Und Wien ist da eben Vorbild.

Auch was öffentliche Dienstleistungen betrifft, wurde heute schon erwähnt, dass es, ich möchte schon fast sagen, ein tagtäglicher Abwehrkampf ist, den Wien und andere Städte in Europa in diesem Bereich führen, näm-

lich zur Absicherung der sogenannten Leistungen der Daseinsvorsorge und der kommunalen Dienstleistungen, die wichtig sind. Es ist wichtig, dass kommunale Dienstleistungen in öffentlicher Hand sind. Versorgungsgerechtigkeit, Leistbarkeit und demokratische Kontrolle spielen da eine Rolle. Es sind die öffentlichen Dienste, die da eine Gemeinwohlverantwortung, gesamtgesellschaftliche Ziele und auch die sozial ausgleichende Wirkung in den Vordergrund stellen. Private Unternehmen machen das einfach nicht.

Die aktuelle Politik der Europäischen Kommission – die rein abzielt auf die berühmten drei „-ungs“, nämlich Privatisierung, Liberalisierung und Flexibilisierung – dann in der Praxis eben durch das berühmte Binnenmarktpaket und das Beihilferecht, die Auftragsvergabe und die Konzessionen, mit denen wir uns im Europaausschuss auseinandersetzen, all dies führt dazu, dass der öffentliche Sektor generell stark geschwächt wird und es gerade für Städte wie Wien immer schwieriger wird, Dienstleistungen von Seiten der öffentlicher Hand überhaupt zur Verfügung zu stellen.

Ich denke, auch da ist Wien Vorbild mit diesem starken öffentlichen Sektor, denn wir beobachten in vielen Städten Europas einen Trend zur Rekommunalisierung. Denn gerade Privatisierungen oder auch Ausgliederungen, aber ich spreche jetzt vor allem von Privatisierungen, haben doch gezeigt, dass es gegen die Rechte der Beschäftigten, also schlecht für ArbeitnehmerInnen, schlecht für die Versorgungssicherheit, schlecht für die Preisentwicklung und schlecht für die Qualität ist, wenn privatisiert wird. Diesen Weg geht das rot-grüne Wien eindeutig nicht. Das rot-grüne Wien ist anders als Europa. Das andere Europa kann sich an Wien ein bisschen ein Beispiel nehmen, denn in Wien macht es Rot-Grün anders.

Auch die Koppelung zum Beispiel der Auftragsvergabe an Frauenförderung und an die Ausbildungen von Lehrlingen ist so ein Vorbildprojekt, das – ich bin ja sehr viel international beziehungsweise europaweit unterwegs – wirklich als Best-Practice-Modell überall gerne gehört wird und das ich gerne vorstelle, weil es auch von anderen Städten und anderen Regionen übernommen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kommunalpolitik ist Europapolitik und vice versa. Ich denke, die Zukunft gehört den Städten. Das sieht auch die Politologin Kathrin Stainer-Hämmerle so. Im Rahmen eines unserer letzten Fachseminare des Europaausschusses zum Thema BürgerInnenbeteiligung hatten wir das gesagt, und diese Schlüsselrolle der Städte auch beim Aufbau eines sozialen Europa war auch Thema beim heurigen Städtetag. Wir hatten da eine sehr interessante Podiumsdiskussion zum Thema soziales Europa, und es ist ganz klar hervorgekommen aus all diesen Diskussionen: Wir brauchen Investitionen. Es ist notwendig, aus der Krise herauszuinvestieren, statt in die Krise weiter hineinzusparen. Das kann man an dieser Stelle nicht oft genug sagen.

Dieser wachsenden Bedeutung der Städte für die Strukturpolitik, für die Investitionspolitik, wird jetzt immer

mehr Rechnung getragen. Das ist erfreulich. Also es schaut so aus, als ob die neue Programmplanungsperiode der Europäischen Strukturfonds – noch ist das EU-Budget ja nicht wirklich beschlossen, aber es zeichnet sich eine Einigung ab, die zwar eigentlich ein fauler Kompromiss ist, aber das würde jetzt wirklich zu weit führen bei meiner Redezeit – doch ein positives Element hat, nämlich die städtische Dimension in den Strukturfonds zu stärken. Dafür soll ein Mindestprozentsatz des Europäischen Regionalfonds für Stadtentwicklung ausgegeben werden.

Ich muss sagen, auch Kommissar Hahn hat sich dafür sehr, sehr eingesetzt. Er hat auch begriffen und hat auch wirklich gesagt, Strukturpolitik ist Investitionspolitik. Wir brauchen Strukturpolitik und Investitionspolitik gerade auch zur Förderung von Beschäftigung, insbesondere in der europäischen Regional- und Städtepolitik. Also wir kämpfen ja sehr für diese Ergänzung. Ich nenne sie einmal Ergänzung dieses Europa-der-Regionen-Konzepts, das doch einen etwas veralteten Charakter hat, weil es von der Realität überholt wird. Die Zukunft gehört den Städten. Über 80 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger in Europa leben in Städten. Also hier ist zum Beispiel einer der Vorschläge, den Ausschuss der Regionen umzubenennen in Ausschuss der Regionen und Städte.

Aber ich denke, es geht wirklich darum, hier massiv auch von Seiten der Stadt Wien – und wir machen es erfolgreich – massiv Lobbying zu machen, massiv gemeinsam aufzutreten für diese Absicherung sozialer Dienstleistungen auf der einen Seite, Schaffung einer Sozialunion, Kampf gegen Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Und natürlich geht es hier auch um den Aufbau einer europäischen Demokratie und mehr BürgerInnenbeteiligung, wo wir ja gerade von der Wiener Ebene recht viel vorzuweisen haben.

Ich freue mich übrigens sehr, dass wir am Donnerstag im Landtag wieder einige Mitglieder des Europäischen Parlamentes hier zu Gast haben. Ich denke, dieses Rederecht, das wir im Gemeinderat und Landtag verankert haben, ist auch etwas, worauf wir stolz sein können. Wien ist die einzige Stadt, wo es so etwas auf kommunaler Ebene gibt. Nicht einmal der Nationalrat hat es noch geschafft, ein Rederecht für Europa-ParlamentarierInnen einzuführen, obwohl es dort wirklich noch mehr als bei uns vonnöten wäre, eigentlich die Debatten über die Zukunft Europas, über die Zukunft der Staaten und auch der Städte zu verschränken.

Wir hatten jetzt einen „Zukunftskongress Europa“ der Grünen Partei am Wochenende, da ist das Modell der verschränkten Demokratie diskutiert worden. Das halte ich für ein sehr weitreichendes Modell. Denn es heißt klar: Es geht nicht nur um die Demokratisierung der EU-Ebene, nicht nur um die Demokratisierung der staatlichen Ebene und auch der Kommunen; sondern wir müssen auf allen drei Ebenen – eigentlich auf allen Ebenen, auch auf der globalen, UNO, aber die klammere ich jetzt auch aus wegen der Redezeit – zusammendenken. Wir brauchen eine globale Demokratie und auch einen weltweit fairen und ökologisch und sozial gerechten Welt-

handel. Da sollte die EU eine Vorbildwirkung haben, wie es auch die Stadt Wien in einigen ihrer Fair-Trade-Maßnahmen und so weiter hat.

Ein paar Worte noch zum Europaausschuss an sich, weil das jetzt in unserer ersten Runde der Schwerpunkt sein soll. Dieser Europaausschuss wurde gegründet, um die steigenden Mitwirkungsrechte der Städte durchzusetzen. Diese sind auch im Lissabon-Vertrag erwähnt. Sie kennen die kommunale Selbstverwaltung zum Beispiel oder auch die Subsidiaritätskontrolle, die eingeführt wurde. Also Bundesrat, Nationalrat und insofern auch die Landtage können quasi der EU-Kommission, nennen wir es so, die gelbe oder orange Karte zeigen, also sagen: Halt, stopp! Eine Maßnahme geht uns zu weit, widerspricht der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Wir wollen das nicht, das ist für die Städte keine gute Entwicklung.

Wir wollen das aufhalten, wir wollen mitsprechen, wir wollen in das Institutionengefüge der Europäischen Union besser und stärker eingebunden sein, weil es unser Recht ist und weil es Sinn macht. Das ist ein wichtiges Instrument eigentlich, und es ist sehr nützlich. Wir haben dafür gekämpft, dass es das gibt. Es wird noch nicht sehr weitgehend angewandt, sage ich ehrlich, aber auch hier ist Wien Vorreiterin. Wien hat mit Abstand die meisten Subsidiaritätsprüfungen Stichwort Viertes Eisenbahnpaket, Stichwort Konzessionen, wo wir uns den wichtigen Themen, die quasi die Wiener Ebene mit der europäischen Ebene verschränken, auch wirklich gestellt haben.

Ich glaube, wir sind jetzt gut unterwegs mit dem Europaausschuss. Bei neu gegründeten Gremien ist es immer ein bisschen so ein „work in progress“. Wir gehen auch weit über die Subsidiaritätskontrolle hinaus mit unseren Themen im Europaausschuss. Es gibt regelmäßige Berichte über die stadtaußenpolitischen Aktivitäten der Stadt Wien, von Eurocities über das Wien-Haus, über Centrope bis hin zur Donaunraumstrategie et cetera, ich zähle jetzt sicher nicht alle auf.

Wir haben es geschafft, einen von allen Parteien gemeinsam abgestimmten Europabericht wieder zu veröffentlichen. Es ist übrigens ein sehr, sehr interessanter Bericht, meine Damen und Herren, den möchte ich Ihnen sehr ans Herz legen. Ich weiß, man ist überflutet mit Informationen, mit Berichten, aber dieser Bericht ist wirklich ein spannender, weil er aus jeder Geschäftsgruppe sehr interessante, manchmal auch weniger bekannte Best-Practice-Modelle der Stadt Wien zeigt. Wie ich schon erwähnt habe, gehen wir auch den Weg der Fachseminare. Wir wollen den Weg auch wirklich gemeinsam mit allen Parteien, auch mit der Opposition gehen, hier gemeinsam planen und die für Wien und Europa interessanten Themen gemeinsam stellen. *(Beifall von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Ein bisschen ausbaufähig wäre noch der internationale Bereich, denn ich sage zwar immer verkürzt, Europaausschuss und die meisten sagen verkürzt, Europaausschuss, aber eigentlich ist es ein Gemeinderatsausschuss für europäische und internationale Angelegenheiten; und ich denke, diese Dimension könnten wir im Ausschuss jedenfalls noch stärken.

Insgesamt kann ich nur sagen: Rot-Grün in Wien und die rot-grüne Europapolitik in Wien stehen für einen Richtungswechsel in Europa, einen entschlossenen Kurswechsel für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa; und wir laden alle konstruktiven Kräfte ein, an diesem Haus mitzuarbeiten. Es gibt jetzt gerade eine neue Initiative, nämlich „Europa geht anders“, von vor allem Rot-Grün. Aber nicht nur. Es sind viele PolitologInnen, ÖkonomInnen, Engagierte aus der Zivilgesellschaft dabei. Diese Initiative „Europa geht anders“ hat bereits 8 000 Unterschriften.

Wien geht anders, das zeigen wir vor, meine Damen und Herren, mit dem rot-grünen Wien! – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Redezeit von Frau Dr Vana betrug 13 Minuten und 30 Sekunden. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Dr Kappel. Ich erteile es ihr. Selbstgewählte Redezeit: 15 Minuten.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Ihre flammende Rede zum Thema Europa hat mir gefallen, Frau Kollegin Vana. Ich kann auch einiges von dem unterschreiben, was Sie jetzt sagten. Aber es bestärkt mich in dem, was ich letztes Mal schon sagte im Rahmen des Rechnungsabschlusses: nämlich dass wir wirklich das Europakapitel in eine eigener Debatte behandeln sollten. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)* Ich finde es nämlich nicht richtig, dass man die Finanzen, ein immanent wichtiges Thema und wahrscheinlich sogar das wichtigste Thema, weil ein Steuerungsthema, mit Europa vermischt. Beides ist wichtig, beides ist gut. Somit wäre das vielleicht für das nächste Jahr eine Hausaufgabe, die jedenfalls überlegenswert wäre.

Nun kurz zum Thema EU, weil darüber heute so viel gesprochen wurde: Erlauben Sie mir, ein paar Kennzahlen im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung zu nennen, weil das von den Vorrednern mehrfach erwähnt wurde: Österreich hat eine Steuer- und Abgabenquote, die unter den Top 3 in der Europäischen Union liegt. Österreich hat Staatsausgaben, die ebenfalls unter den Top 3 in der Europäischen Union liegen. Und Österreich hat eine Umverteilung, die Nummer 1 in der Europäischen Union ist. 36 Prozent eines Nettohaushaltseinkommens in Österreich sind heute Transfers. Dann frage ich Sie: Sie wollen mehr soziale Gerechtigkeit? Wie soll das ausschauen? Wollen Sie noch mehr sein als Europameister in der Umverteilung und im Sozialtransfer? *(GRin Nurten Yilmaz: Ja!)* Das geht ja gar nicht mehr! Wollen Sie die Abgabenquote erhöhen, wo wir doch ohnehin schon bei den Top 3 sind, und die Staatsausgaben weiter erhöhen, wo wir auch schon bei den Top 3 sind? Wo soll denn das hinführen? *(Heftiger Widerspruch bei SPÖ und GRÜNEN. – GRin Nurten Yilmaz: Millionärssteuer!)*

Das kann nicht funktionieren! Denken Sie darüber nach, dass die Ausgaben nicht weiter erhöht oder eben nur gering erhöht werden dürfen und dass gespart werden muss! Daneben aber - auch - und da hat die Frau

Vizebürgermeisterin völlig recht – Wachstumsimpulse gesetzt werden müssen. Nicht nur Austerität, wie Herr Krugman gesagt hat, sondern auch Wachstumsimpulse sind zu setzen!

Und diese Wachstumsimpulse sollen tatsächlich gesetzt werden. Ich werde in meiner Rede noch darauf kommen, was solche Beispiele für Wachstumsimpulse sein können, denn wir wollen ja als Oppositionspartei konstruktiv sein. Denn: Man lernt dazu! Die letzten Male ging es darum, dass die Zahlen vielleicht nicht richtig waren, dass nichts Konkretes, nichts Konstruktives dabei war. Aber: Man lernt dazu! Wir wollen jetzt konkret und konstruktiv sein. Deshalb habe ich ... *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* – Sie müssen jetzt nicht zittern, was kommt, ist konstruktiv und positiv für alle. Ich habe es aufgeschrieben.

Rechnungsabschluss und Budget, das scheint immer die Stunde der selbsterannten Mathematikprofessoren zu sein. Auch heute sind schon viele Zahlen genannt worden. Deshalb habe ich mir erlaubt, hier einige Zahlen auf ein Taferl aufzuschreiben, zum Nachrechnen und Nachlesen. *(Die Rednerin hält im Folgenden immer wieder eine Tafel mit den Zahlen, auf die sie sich bezieht, in die Höhe.)* Der Konstruktivität halber möchte ich gleich dazusagen, dass alle Zahlen, die hier angeführt sind, entweder aus dem Rechnungsabschluss 2012 der Gemeinde Wien sind oder aus dem jeweiligen Geschäftsbericht 2012 der angesprochenen Unternehmung stammen. Es sind also nicht meine Zahlen, sondern Ihre oder, wenn Sie so wollen, unsere Zahlen. Sie kennen all diese Zahlen sicherlich auswendig, Frau Vizebürgermeisterin!

Beginnen wir bei der Finanzschuld der Gemeinde Wien, das ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Nettofinanzschuld: 4,35 Milliarden EUR. Und wenn ich das jetzt in Relation setzen darf zum Jahr 2010, also zum Rechnungsabschluss 2010 – Sie haben ja erst kürzlich eine Halbjahreslegislaturperiodenfeier von Rot-Grün veranstaltet –, dann ist festzustellen, dass die Schulden in diesem Zeitraum, nämlich seit 2010, um 1,278 Milliarden EUR oder 41,6 Prozent angestiegen sind.

Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, dass 1,65 Milliarden EUR von diesem Schuldenbetrag in Schweizer Franken sind, dass also, wäre die Stadt Wien ein Konzern, Wertberichtigungen in Höhe von 307 Millionen EUR notwendig wären. Dieser Betrag steht im Rechnungsabschluss 2012. Stimmt! Sie müssen ihn aber nicht wertberichtigen, weil Sie sich weigern, eine Art Konzernrechnungslegung, wie der Bund sie hat, zu übernehmen. Also bleibt es weiter in der VRV.

Aber, Kollege Schock hat es heute schon richtig angeführt, Sie werden dafür Rücklagen bilden müssen. Sie müssen Rücklagen bilden, denn im Rahmen der 15a-Vereinbarung zum Spekulationsverbot, zu der ich dann am Donnerstag noch reden werde, haben Sie diese Beträge, nämlich die Fremdwährungsverluste, auszubuchen, und da brauchen Sie die Rücklagen. - Also der erste Punkt, Finanzschuld: 4,35 Milliarden EUR.

Dazu möchte ich gerne Punkt 2 zählen, das ist der

KAV mit 350 Millionen EUR. Der KAV kann durchaus zur Finanzschuld der Gemeinde addiert werden, das wäre auch laut Maastricht-Kriterien möglich. Kurz noch zum KAV: Der Betriebskostenzuschuss, das heißt, das Defizit 2012, betrug 703 Millionen EUR. Das ist ein Plus von 15 Prozent in einem Jahr.

Die Finanzschuld von Wiener Wohnen, das ist die dritte Position, die hier bei im Rahmen der Finanzschulden angeführt wird, beträgt 3,004 Milliarden EUR. Die klassische Wohnbauförderung wurde extrem zurückgefahren: in 2012 um 44 Millionen EUR. Insgesamt, seit Rot-Grün an der Regierung ist, um 142 Millionen EUR. Die Wohnbauinitiative 2011 war auf Grund der hohen Zinsen nicht wirklich erfolgreich, also kann auch hier nicht von einem Erfolgsmodell gesprochen werden.

Das nächste Unternehmen der Gemeinde Wien – also Unternehmen im Sinne der Stadtverfassung - dessen Finanzschuld ich dazurechnen möchte, ist Wien Kanal. Hier beläuft sich die Finanzschuld auf 188 Millionen EUR im Jahr 2012. Trotz Rekordumsatz von 215 Millionen EUR laut Geschäftsbericht erwirtschaftet Wien Kanal einen Bilanzverlust von 68 Millionen EUR. Wir erreichen jetzt eine Zwischensumme in Höhe von 7,89 Milliarden EUR.

Das nächste ausgegliederte Unternehmen, das ich in Bezug auf die Finanzschuld anführen möchte, ist die Wiener Stadtwerke Holding, deren Finanzschuld sich 2012 auf 1,437 Milliarden EUR belief. Wir kommen nun zu einer Zwischensumme in Höhe von 9,327 Milliarden EUR in Bezug auf eine kumulierte Finanzschuld.

Zu den Wiener Stadtwerken habe ich letzten Freitag schon etwas gesagt. Auch die Wiener Stadtwerke hatten einen Rekordumsatz – also die Rekorde prolongieren sich hier offenbar alle oder häufen sich – von 3,7 Milliarden EUR, und gleichzeitig einen Rekordbilanzverlust von 789 Millionen EUR.

Die Gründe dafür habe ich schon angeführt: Nicht nur die Pensionsrückstellungen, sondern, wie wir alle wissen, massive Fehlinvestitionen, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energie in Osteuropa, haben dazu geführt, dass dieser Rekordbilanzverlust entstanden ist. Und die Bilanz 2013 wird wahrscheinlich auch nicht erfreulicher sein. Sie kennen den Gasmarkt und wissen, dass im laufenden Jahr Wertberichtigungen vorzunehmen sind.

Die Wien Holding wäre der nächste Kandidat, den ich betrachten möchte. Nur kann ich Ihnen hier bedauerlicherweise keine konkrete Zahl liefern, weil es zwar einen Geschäftsbericht gibt für die Wien Holding GmbH, aber die 75 Tochtergesellschaften, die hier organisiert sind, konsolidieren nicht mit der Holding. Somit gibt es auch nicht eine Zahl für die Finanzschuld. Wobei ich gestehe, ich habe mir die Mühe nicht gemacht, die 75 Geschäftsberichte zusammenzuziehen. Es sind auch noch nicht alle vorhanden, also könnte ich Ihnen ohnedies keine vollständige Zahl liefern. Was wir wissen und was auch im Geschäftsbericht der Wien Holding steht, ist, dass es auch da einen Rekordumsatz gab im Jahr 2012, nämlich einen Rekordumsatz von 403 Millionen EUR.

Nicht unerwähnt bleiben soll, dass im heurigen Jahr

seitens der Gemeinde durchaus einiges unternommen wurde, um die finanzielle Situation der Wien Holding zu verbessern. Es war dies zum einen die Übertragung des 20-Prozent-Anteils am Flughafen Wien an die Wien Holding, das ist immerhin ein Paket von rund 190 Millionen EUR. Und zum Zweiten – und das hat die Wien Holding selbst gemacht – die Begebung einer Unternehmensanleihe im Ausmaß von 180 Millionen EUR am 10. Juni dieses Jahres. Das sind zwei Maßnahmen, die durchaus zur Kapitalisierung dieses Unternehmens beitragen. Wenn man jetzt die Finanzzahlen und die Finanzschuld nimmt, und ich schätze es bei der Wien Holding ab und nehme es gering, würde ich einmal sagen: Wir kommen ganz locker auf eine Finanzschuld von über 10 Milliarden EUR im Jahr 2012! Das ist die Gemeinde und das sind also Unternehmen, die im Sinne der Stadtverfassung gegründet wurden.

Was heißt nun diese Finanzschuld? – Ich teile die Aufstellung dann auch gern aus, wenn jemand nachrechnen möchte. – Was bedeutet das jetzt für uns? Was bedeutet es für den Wiener Steuerzahler, dass diese Kennzahlen und die Finanzschuld sich in dieser Form bewegen? Die Schulden steigen weiter, das haben wir gesehen, und die Zinszahlungen für die Schulden steigen auch. Allein im letzten Jahr waren 61,5 Millionen EUR an Zinsen fällig. Das ist in etwa das Doppelte dessen, was im Vorjahr zu zahlen war. Das heißt also: Irgendwo gibt es ein gewisses Ungleichgewicht.

Die Einnahmen steigen auch, das kann man auf einen Blick sagen und es ist gut, dass die Einnahmen steigen. Aber warum steigen die Einnahmen? Die Einnahmen steigen, weil neue Steuern kreiert werden. So wurde erst kürzlich wieder von einer neuen Infrastrukturabgabe gesprochen, dann plant man, den Dienstgeberbeitrag in eine Wertschöpfungsabgabe umzuformen. Es werden also neue Steuern kreiert. Und: Es werden Gebühren erhöht.

Das haben wir bereits im Rahmen der Freitagssitzung umfassend diskutiert. Ja, ohne Gebühren geht's nicht, und ja, wir wollen alle eine bestmögliche Qualität und ein hohes Maß an öffentlichen Dienstleistungen. Aber so, wie Sie das jetzt argumentiert haben, diese eigentlich Begünstigung, die von Wien für eine Familie vorgenommen wurde, und dieses Rechenbeispiel, das ich jetzt am Wochenende in „Österreich“ gefunden habe, das habe ich wirklich arg gefunden, das finde ich eigentlich unseriös.

Sie haben nämlich ausgerechnet, und das wurde heute schon von mehreren Rednern bestätigt, dass eine durchschnittliche Familie – nämlich Eltern, ein Kind im Kindergarten, ein Kind in der Schule – sich im Jahr 3 000 EUR erspart auf Grund des Gratiskindergartens. Der Gratiskindergarten ist toll. Das sage ich Ihnen, und ich gratuliere Ihnen zu dieser Umsetzung! Das ist eine langjährige freiheitliche Forderung. Und auch wir hätten das eingeführt. Es ist wirklich großartig. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Keiner von uns ist gegen den Gratiskindergarten. Nur stimmt nun mal die Rechnung so nicht, wie Sie sie aufgestellt haben. Ich weiß nicht, ob Sie alle Kinder im Kindergartenalter haben. Ich glaube, dass man da nicht mit

der Gießkanne drübergießen kann. Ich jedenfalls habe zwei Kinder, die gehen beide in die Schule, also trifft mich die Ersparnis von 3 000 EUR oder 6 000 EUR in meinem Fall leider nicht. Andere trifft sie vielleicht auch nicht! Wenn man sich die Demographie anschaut, so wächst die Zahl der Pensionisten. Die trifft der Gratiskindergarten alle nicht! Aber was die Pensionisten und uns alle trifft, das sind die 4,4 Prozent, die jetzt wieder valorisiert werden, nämlich beim Wasser, beim Müll und beim Kanal. Das trifft alle, und das sieht jeder in seiner Betriebskostenabrechnung. Und wie wir wissen, macht das 22 EUR aus.

Allein Ihr Vorgehen am Freitag ist ja eine Chuzpe. Wir initiieren eine Sondersitzung im Landtag, und am selben Tag schießen Sie eine OTS hinaus, dass die Valorisierung wieder in Kraft tritt. Ich meine, wir hätten das gar nicht besser bestellen können! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Leider geht diese Valorisierung aber zu Lasten des Steuerzahlers und kostet einen Durchschnittshaushalt 22 EUR. Wenn man diesen Betrag addiert zu den, was wir schon ausgerechnet haben, 548 EUR – das ist die Zusatzbelastung seit der letzten Valorisierung –, dann sind wir bei einem Plus von 570 EUR ab dem nächsten Jahr – wenn sie sonst nichts erhöhen, aber davon ist wahrscheinlich auch nicht auszugehen. Da sind wir bei einem Plus von 570 EUR, das jeder Wiener Haushalt auf Grund der Valorisierung und anderer Gebührenerhöhungen noch mehr zahlen muss. Und das lehnen wir ab! Wir haben Sie am Freitag bereits dazu aufgefordert, das Valorisierungsgesetz außer Kraft zu setzen. Das tun sie aber nicht. Wir nehmen es zur Kenntnis. Wir sind aber auf jeden Fall dagegen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ein ganz kleiner Aspekt noch zu den Einnahmen, die im letzten Jahr um über eine Milliarde angestiegen sind. Warum? Ein Blick in Ihr „Rotes Buch“ macht es deutlich: Allein 500 Millionen EUR davon kommen aus Fremdmittelaufnahmen und der Auflösung von Rücklagen. Da kann man natürlich gut Einnahmen steigern, das ist nicht schlecht. Der andere Teil kommt aus der Erhöhung eigener Steuern und Gebühren. Beides lässt die Einnahmen steigen.

Die Ausgaben steigen auch. Besonders amüsiert haben mich bei Durchsicht Ihres „Roten Buches“ die 24 Millionen EUR an unvorhergesehenen Mehrausgaben für die Wiener Linien. Das sind nämlich genau die 24 Millionen EUR, die als zusätzlicher Betriebskostenzuschuss notwendig sind, um Ihre vergünstigte Jahreskarte für den öffentlichen Verkehr aus dem allgemeinen Budget zu finanzieren. (*GR David Ellensohn: Wie viel soll sie kosten?*) – Ja, ich hätte gerne 24 Millionen EUR, aber ich bekomme sie nicht. Dafür habe ich jetzt eine Jahreskarte. – Ich spreche jetzt über das Budget und habe als Beispiel die Jahreskarte genannt.

Zusätzlich sinken die Investitionen, insbesondere die nachfragewirksamen Ausgaben sind im Jahr 2012 gesunken. Diese belaufen sich auf 4,5 Milliarden EUR und da gibt es, seit Rot-Grün an der Regierung ist, also seit 2010, ein Minus von 377 Millionen EUR oder 8,4 Prozent. Ebenso sind die bauwirksamen Ausgaben gesun-

ken, die belaufen sich 2012 auf 1,8 Milliarden EUR. Hier ist seit der rot-grünen Regierungsübernahme ein Minus von 86 Millionen EUR zu verzeichnen.

All das sind Punkte, die niemanden freuen, Punkte, die uns eigentlich nur dazu bringen können zu sagen, okay, die Haushaltskonsolidierung soll offenbar allein über die Einnahmenseite gemacht werden. Aber, und der Kollege Schock hat es richtig angesprochen, wir brauchen etwas, das das Wachstum stärkt, denn Wien ist auch im Wirtschaftswachstum Schlusslicht aller Bundesländer in Österreich. Wir brauchen dringend ein Konjunkturpaket und für dieses Konjunkturpaket haben wir uns eine Reihe von Maßnahmen überlegt, die die Wirtschaft in Wien ankurbeln und mehr Beschäftigung bringen können. Sie wissen, dass erst bei einem Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent nachhaltig Beschäftigung geschaffen werden kann.

Wir wollen aber auch die Steuerzahler entlasten und wir brauchen deshalb unter anderem Adaptierungen bei den Mieten. Leistbares Wohnen wurde heute ja schon mehrfach angesprochen und Wohnen soll tatsächlich wieder leistbar sein. So haben wir einen Katalog von Maßnahmen für ein Konjunkturprogramm der Gemeinde Wien zusammengefasst, der Folgendes vorsieht: Ein Vorziehen des Schulsanierungsprogramms. Eine Aufstockung der Bezirksbudgets. Ebenso eine Investitionsoffensive bei den Spitälern und ein Sonderwohnbauprogramm für alle Kategorien.

Unser Konjunkturpaket ist aber auch ein Paket für die Wirtschaft. Hier fordern wir ein Haftungspaket der Wirtschaftsagentur Wien für Klein- und Mittelbetriebe, die Schaffung eines Mittelstandsfonds – ebenfalls angesiedelt in der Wirtschaftsagentur – und die Verdoppelung der Wiener Wirtschaftsförderung, die ja, wie wir heute schon gehört haben, von Jahr zu Jahr gesenkt wird. Die Wirtschaftsförderung soll verdoppelt werden.

Ebenso fordern wir Maßnahmen mit Augenmaß im Bereich der Gebühren. Es wurde heute schon gesagt, dass wir gegen die neuerliche Valorisierung von 4,4 Prozent sind. So fordern wir hier, dass Strom- und Gaspreise gesenkt werden. Und bei den Mieten, um dann tatsächlich über leistbares Wohnen reden zu können – nachdem mehr Wohnungen gebaut werden müssen, was schon im Wohnbauprogramm vorgesehen ist –, verlangen wir eine Rückkehr zum Kategoriemietzins. Ebenso fordern wir, dass die Betriebskosten in die Wohnbeihilfe eingerechnet werden, damit sozial Schwache die Gebührenbelastung, die Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, verursacht haben, nicht in dem Ausmaß spüren, wie sie es jetzt tun, nämlich dass viele Menschen sich ein würdiges Dasein gar nicht mehr leisten können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Frau GRin Kappel hat 16 Minuten und 52 Sekunden gesprochen. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner, ich erteile es ihm. 5 Minuten 30 ist die Redezeit.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Bei den Finanzen der Stadt Wien und bei den Aus-

führungen der Frau Vizebürgermeisterin sind mir heute Einsparungsvorschläge abgegangen. Es hat zwar sehr global geheißen, es wird jeder Euro zwei- oder drei- oder mehrfach umgedreht, aber es sind relativ wenig konkrete Maßnahmen, besser gesagt, gar keine konkreten Maßnahmen gebracht worden und ich darf Ihnen ein paar Denkanstöße mit auf den Weg geben.

Wien ist nicht nur bei allen möglichen Lebensqualitätsstudien Weltmeister, sondern auch bei den Kosten für die öffentliche Werbung sind wir laufend im Spitzenfeld. Das neue Transparenzgesetz auf Bundesebene weist, seitdem die Statistik geführt wird, permanent aus, dass die Ausgaben für öffentliche Werbemaßnahmen, für Inseratenschaltungen in Wien österreichweit einen Rekord aufweist. Der unmittelbare Nutzen dieser Inseratenflut für die Wienerinnen und Wiener ist mir nicht wirklich ersichtlich. Allenfalls kann man das Geschäftsmodell diverser Medien künstlich am Leben erhalten. Aber auch das ist, glaube ich, in Zeiten wie diesen nicht wirklich eine öffentliche Aufgabe. Da könnte man zig Millionen Euro einsparen, ohne dass den Wienerinnen und Wienern irgendetwas weggenommen werden soll. *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Das Gleiche gilt auch für die diversen Subventionen an Vereine. Ich glaube, die einzige Subventionskürzung, die mir in den letzten eineinhalb Jahren aufgefallen ist, war die für das ÖVP-Stadtfest. Und da hat man auch nichts eingespart, sondern das, was man der ÖVP weggenommen hat, ist dann zur grünen Kulturwoche umgeschichtet worden. Also eine Durchforstung der Vereine, der Wildwuchs von Vereinen, die im selben Tätigkeitsbereich tätig sind, fehlt völlig. Hier werden die Budgets einfach fortgeschrieben. *(Beifall bei der FPÖ, von GRin Ing Isabella Leeb und den GRen Dipl-Ing Roman Stiftner und Dr Wolfgang Ulm.)*

Und wenn Sie schon so gegen Privatisierungen sind, dann fangen Sie auch einmal an, Ihre eigenen Privatisierungen in organisatorischer Hinsicht kritisch zu hinterfragen. Sie wollen zwar 100 Prozent Einfluss der Gemeinde, wollen aber den Gemeinderat immer mehr draußen haben, weil im Gemeinderat hier sind ja mehr als 50 Prozent nicht der SPÖ angehörig. Da möchte man das nicht und da flüchtet man sich in private Organisationsformen. Es dürfte eine Lieblingsbeschäftigung in der Wiener Politik, in der Wiener Stadtpolitik sein, das Kastelzeichnen. Die Wien Holding, der WAFF und so weiter haben ein Organigramm, da glaubt man, man hat den Nestle-Konzern vor sich. Da wird ein Kastl an das andere gereiht, da werden Ebenen, Subebenen eingeführt, es werden Posten, Geschäftsführerposten und so weiter, und so fort geschaffen, sodass man jetzt schon hergehen muss und beim WAFF eine Strukturreform angehen muss. Jetzt frage ich mich wirklich, warum eine Organisation, die zu 100 Prozent von der Stadt Wien finanziert wird, wo die Stadt Wien zu 100 Prozent dahinter steht, derartig viele Tochter- und Enkeltochtergesellschaften braucht. Ist das wirklich notwendig oder dient das nicht nur zur Postenvermehrung? Die Arbeitsplätze, die zu 100 Prozent neu geschaffen worden sind, sind die im eigenen Verwaltungsbereich. Dient das nicht dazu, dass

man hier auch diverse Freundeskreise bedient? Auch da könnte man einsparen, auch jetzt beim Stadthallenbad.

Die einzige Konsequenz nach eineinhalb Jahren Baustopp, wo man nicht einmal weiß, welche Beweise gesichert worden sind, wo man nicht weiß und auch offenkundig nicht wissen will, wie es weitergeht, ist, dass man eine neue GmbH gründet, wo man die Geschäftsführerin, die jetzt schon zuständig ist, zur Geschäftsführerin macht. Also eine GmbH, eine neue GmbH, vielleicht schon mit 10 000 EUR herabgesetztem Eigenkapital, ist die Antwort auf ein derartiges Desaster! Und da machen Sie keine Anstalten, entsprechend auch Einsparungsmaßnahmen zu treffen.

Wenn es immer wieder dann um Vergleiche zwischen Wien und anderen Gemeinden und Städten geht, dann muss man da doch schon sagen, Wien ist ja wirklich etwas Besonderes auch in staatsrechtlicher und verfassungsrechtlicher Sicht, weil wir ja Land und Gemeinde sind, wir sind doppelter Finanzausgleichspartner. Also wenn wir uns dauernd mit Kleingemeinden vergleichen, ja, dann ist das natürlich ein äußerst hinkender Vergleich. Es fehlt gerade noch, dass man sich herstellt und sagt, ja ätsch, bei uns fährt eine U-Bahn, für die ganz Österreich zur Hälfte mitzahlen muss, und in den anderen Städten und Gemeinden nicht. Das bringt eben einfach einmal die Großstadt mit sich und wir werden natürlich hier auch aus ganz Österreich unterstützt, letztendlich auch völlig zu Recht. Aber das muss man natürlich bei allen Vergleichen auch hineinfließen lassen, dass wir hier eine Sonderrolle haben und eben nicht nur eine normale Stadt und Gemeinde sind, sondern auch ein Bundesland. Deswegen sind wir als Gemeinderäte ja auch gleichzeitig Landtagsabgeordnete, Gott sei Dank nur um eine Gage.

Das heißt, Frau Vizebürgermeisterin, denken Sie wirklich einmal auch in Richtung von Einsparungen und in erster Linie nicht bei den Bürgerinnen und Bürgern, sondern in Ihren Strukturen, bei Ihren Backoffice-Kosten und ich bin mir sicher, da wird sich die eine oder andere Million finden. *(Beifall bei der FPÖ, von GRin Ing Isabella Leeb und den GRen Dipl-Ing Roman Stiftner und Dr Wolfgang Ulm.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Yilmaz, ich erteile es ihr. Die selbstgewählte Redezeit ist 15 Minuten.

GRin Nurten **Yilmaz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte Ihnen einen Satz aus dem Vorwort des aktuellen OECD-Berichtes 2013 zitieren: „Der jüngste OECD-Wirtschaftsausblick sagt für die USA dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent voraus, während er für die Eurozone einen Rückgang von 0,6 Prozent prognostiziert. Dabei bleibt die historisch hohe Arbeitslosigkeit die größte Herausforderung.“

Das ist leider das Umfeld, in dem Österreich und Wien agieren müssen. Die Krise des Jahres 2008 ist noch nicht vorbei. Sie hat als Finanzkrise begonnen. Die

Staaten haben wackelnde Banken vor dem Ruin retten müssen. Gleichzeitig haben viele Kommunen und Staaten antizyklisch in die Wirtschaft investiert, um die Beschäftigung hoch zu halten. Dann ist zur Finanz- und Wirtschaftskrise die Eurokrise dazugekommen und das ist bis heute nicht beendet. Aber es gibt seit Neuestem einige Staaten, die die Einsicht haben, dass Sparen allein die eigene Wirtschaft abwürgt und die Menschen verarmen lässt. Was wir derzeit in Spanien, Portugal und Griechenland sehen, das ist das Aufgeben von ganzen Generationen. Jugendarbeitslosigkeit von 50 Prozent und mehr sind auch mit noch so viel Sparen nicht zu rechtfertigen. Ich hoffe, dass sich bald die Einsicht durchsetzt, dass nicht die Armen für die Fehler der Banken zahlen müssen, sondern die Banken selbst. Darum bin ich auch über den Vorstoß des Bundeskanzlers Werner Faymann zur Verlängerung der Bankenabgabe sehr froh und für eine Finanztransaktionssteuer.

Aber auch die Wohlhabenden müssen mehr beitragen, als sie das bis jetzt tun. Wenn Herr Haselsteiner, der Ex-Chef des Strabag-Konzerns, immer wieder sagt: „Ich zahle zu wenig Steuern.“, dann ist das erstens aufrichtig und anerkennungswert, es ist aber zweitens auch die Wahrheit. Wohlhabende in Österreich leben hier sicher friedlich und mit hoher Rechtssicherheit. Sie zahlen aber wenig Abgaben. Das ist auch der Grund, warum in den letzten Jahren viele Reiche bei uns ihren Lebensmittelpunkt etabliert haben. Das ist schön für sie, aber in Zeiten, in denen Konzerne wie die Alpine in Konkurs gehen und die öffentliche Hand einspringen muss (*Zwischenruf von GR Dr Wolfgang Aigner.*), ist eben auch die Solidarität derer gefragt, Herr Kollege, die glauben, sie selbst brauchen gar keine Solidarität. Also ist eine Millionärssteuer zur Abdeckung der Abgaben des Staates dringend notwendig. In Wien haben wir übrigens damit gute Erfahrungen gemacht. Die Wohnbausteuer (*Heiterkeit bei GRin Ing Isabella Leeb.*), ja, Wohnbausteuer, und die Luxussteuer haben den großbürgerlichen Salons gar nicht gefallen. Aber Wien hat mit dem Geld zig Tausende Wohnungen errichtet, die sich jeder leisten kann. Die 220 000 Gemeindewohnungen sind heute noch immer so günstig und sie dämpfen das Preisniveau in Wien weiterhin.

In Österreich und in Wien haben wir zum Glück richtig auf die Finanzkrise reagiert und mit öffentlichen Investitionen gegengesteuert. Ich will nur an die Infrastruktur-offensive erinnern, die uns in Wien neben dem neuen Westbahnhof eine leistungsfähige Westbahnstrecke gebracht hat. Oder der Ausbau der U1 bis Oberlaa oder die Wohnbauoffensive. Da werden nicht sinnlose Löcher gegraben, da wird der Grundstein für ein leistungsfähiges und wettbewerbsfähiges Wien der Zukunft gelegt. Wir haben in Wien ein Plus an Beschäftigten und ein Plus an Arbeitslosen. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten konnte in Wien 2013 gegenüber 2012 um 1,2 Prozent gesteigert werden. Das hat sich aber wegen des wachsenden Arbeitskräftepotenzials nicht in einer sinkenden Arbeitslosenrate ausgedrückt. Im internationalen Vergleich bleibt Wien stabil und attraktiv. Wien ist eine der zehn reichsten Regionen in der EU. Wien ist die

Stadt mit der höchsten Lebensqualität. Wien ist weltweit Vorbild für eine prosperierende Stadt und Wien ist die smartest City der Welt. So schlecht kann also die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Wiener Stadtregerung nicht gewesen sein.

Aber sehen wir uns einmal die Herausforderungen des Jahres 2012 an. Das Arbeitskräftepotenzial in Wien, also die Zahl der Beschäftigten und Arbeitslosen zusammengenommen, ist im Jahr 2012 deutlich angewachsen, nämlich um 11 451 Personen auf 869 400 Männer und Frauen. Gleichzeitig gab es mit 786 383 Beschäftigten um 9 208 beziehungsweise 1,2 Prozent mehr als im Jahresdurchschnitt 2011. Aber trotz des steigenden Beschäftigtenangebotes war das Wirtschaftswachstum 2012 zu klein, um das steigende Arbeitskräftepotenzial am Arbeitsmarkt entsprechend aufzunehmen. Deshalb gibt es ein Plus bei den Arbeitslosen. 2012 waren im Jahresdurchschnitt 83 016 Wienerinnen und Wiener arbeitslos. Das ist ein Plus von 3 864 Personen beziehungsweise 4,9 Prozent. Die Situation bei den Lehrstellensuchenden ist aber stabil geworden. Seit 2010 hat sich die Zahl der lehrstellensuchenden Jugendlichen auf einem niedrigeren Niveau als vor Beginn der Wirtschaftskrise 2008 eingependelt. Waren 2008 noch 1 660 Jugendliche ohne Lehrstelle, waren das 2012 mit 1 490 um 10,2 Prozent weniger. Das ist ein spürbarer Erfolg der Wiener Ausbildungsgarantie.

Sehr geehrte Damen und Herren, von nichts kommt nichts. Übersetzt auf den Arbeitsmarkt heißt das, je weniger Bildung und Ausbildung, desto geringer die Jobchancen. Hier greift Wien mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik ein. In Wien sind im Vorjahr für die aktive Arbeitsmarktpolitik 58 Millionen EUR zur Verfügung gestanden. Rund 28 000 Wienerinnen und Wiener haben von den Programmen des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds profitiert. Das ist ein logischer Plan, denn wir haben ein Ziel in Wien: Wir wollen den Anteil von Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss deutlich verringern. Das ist eine groß angelegte Strategie, das ist der Qualifikationsplan Wien 2020.

Wenn wir uns den Arbeitsmarkt ansehen und die Prognosen, dann ist eines klar: Es ist von entscheidender Bedeutung, vor allem die formal geringqualifizierten Wienerinnen und Wiener für den Arbeitsmarkt von morgen gut auszurüsten. Deshalb ist auf Initiative von VBgmin Renate Brauner im Jahr 2012 der Qualifikationsplan Wien 2020 erarbeitet worden, und zwar mit denen, die sich auskennen, mit allen relevanten arbeitsmarkt- und bildungspolitisch verantwortlichen Trägerinnen und Trägern unter Koordination des WAFF. Der Qualifikationsplan Wien 2020 wird von Stadt Wien, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung Wien, ÖGB, Arbeiterkammer Wien, Arbeitsmarktservice Wien, WAFF, Bundessozialamt und Stadtschulrat für Wien getragen. Ich meine, gemeinsamer geht es gar nicht mehr. Ich meine auch, das geht nur gemeinsam, denn was wir hier vor haben, ist historisch. Es ist, wenn Sie so wollen, quasi der Bau der Donauinsel am Arbeitsmarkt, der Schutz vor Arbeitslosigkeit durch die Dämme der Bildung und Ausbildung, sehr geehrte Damen und Herren. (*Bei-*

fall bei SPÖ und GRÜNEN.)

In Wien besteht nach wie vor eine beträchtliche Lücke an betrieblichen Lehrstellen. Sie wird aber durch die überbetriebliche Lehrausbildung kompensiert. Für rund 3 500 Jugendliche, die keine reguläre Lehrstelle in einem Betrieb gefunden haben, hat es auch 2012 die Möglichkeit der überbetrieblichen Lehrausbildung gegeben. Generelles Ziel ist es, dass jede Jugendliche, die auf Anhieb eine reguläre Lehrstelle findet, jedenfalls in die Ausbildung einsteigen kann. Die Lehre kann aber auch selbstverständlich zur Gänze in einer Lehrwerkstätte absolviert werden.

Und was macht die Stadt Wien für nicht mehr Jugendliche, also für die meisten von uns bis auf den Kollegen Peschek? Denen wird der Zugang zu Aus- und Weiterbildung erleichtert. Das Beratungszentrum für Berufs- und Weiterbildung ist seit 2008 die zentrale Anlaufstelle für alle, die im Beruf weiterkommen und sich beruflich verändern wollen.

Die Information, Beratung und Weiterbildungskonto stehen unselbstständig Beschäftigten, sowohl geringfügig Beschäftigten als auch Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten sowie freien Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern zu. Auch arbeitslose Menschen können eine Förderung über das Weiterbildungskonto erhalten. Insgesamt verzeichnete das Beratungszentrum für Beruf und Weiterbildung im Vorjahr 12 726 NeukundInnen, 6 758 Personen wurden gefördert. Ich könnte Ihnen auch etwas über die KundInnenzufriedenheit 2012 erzählen, nämlich mit einer Bewertung von 1,78 nach dem Schulnotensystem stellten befragte Kundinnen und Kunden dem WAFF ein sehr gutes Zeugnis aus. 50 Prozent waren sehr zufrieden, 26 waren gut zufrieden oder haben mit gut bewertet, lediglich 11 Prozent waren nicht zufrieden. Was Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt betrifft, der Erwerb der deutschen Sprache und die Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Bildung und Arbeit sind die Schlüssel erfolgreicher Integration. Nur so sind sozialer Aufstieg und damit gleichberechtigte Teilhabe an Gesellschaft möglich und machbar. Genau hier nämlich setzt Wien mit speziellen Angeboten des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds für MigrantInnen den Hebel an. Die maßgeschneiderten Angebote des WAFF, Beratung für Beruf und Weiterbildung, funktionieren nach dem One-Stop-Shop-Prinzip und reichen von der Berufserstinformation für NeuzuwanderInnen zu besserer Beratung und der Anerkennung von mitgebrachten Ausbildungen im Rahmen des Projektes „Perspektive“. Laut Integrationsmonitor der Stadt Wien 2012 arbeiten überproportional die Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten unter ihrer Qualifikation. Das ist eine menschlich, aber auch wirtschaftlich absurde Verschleuderung von Fähigkeiten. Und ich zitiere aus dem OECD-Bericht für Österreich 2013: „Die Berufschancen sind für viele Zuwanderer und Zuwandererinnen signifikant geringer als für Personen ohne Migrationshintergrund. So sind etwa weibliche Nachkommen von Zuwanderinnen und Zuwanderern aus dem ehemaligen Jugoslawien trotz hoher Beschäftigung mehr als doppelt so oft arbeitslos wie InländerInnen. Apropos, erstmals hat die

OECD errechnet, was Zuwanderinnen und Zuwanderer kosten: Was Steuern, Sozialversicherungs- und Transferleistungen betrifft, sind MigrantInnenhaushalte in Österreich Nettozahler. Sie zahlen pro Kopf und Jahr durchschnittlich um 2 400 EUR mehr (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ein großer Rechenfehler!*), als sie herausbekommen. Herr Kollege Jung, netto 2 400, und die OECD ist eigentlich eine unverdächtige Quelle. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ein großer Rechenfehler!*) Für Sie steht sie der Sozialdemokratie und den GRÜNEN anscheinend nahe. Also gilt es erstens, das Ausbildungsniveau von ZuwanderInnen zu erhöhen und zweitens abgeschlossene Ausbildungen im Ausland hier auch (*GR Mag Wolfgang Jung: Ich werde es Ihnen morgen vorlesen!*) zum Einsatz zu bringen. Hier kommt gerade dem Qualifikationsplan Wien 2020 zentrale Bedeutung zu. Ziel dabei ist es, den Anteil von formal geringqualifizierten ArbeitnehmerInnen in den nächsten Jahren deutlich zu reduzieren.

Da meine Zeit fast um ist, möchte ich eigentlich zum Schluss kommen. Wir wissen alle sehr genau, leicht wird es in der nächsten Zeit nicht. Das Wirtschaftswachstum wird nicht hoch sein, die Lage am Arbeitsmarkt wird gespannt bleiben. Wien ist abhängig und Teil der wirtschaftlichen Gesamtsituation in Europa. Wir wissen aber auch, wie man am besten und am nachhaltigsten durch eine Wirtschaftskrise kommt, indem man auf Bewährtes setzt und gescheite Tipps annimmt, zum Beispiel von der OECD. Die sagt nämlich: „Eine bessere Arbeitsmarktintegration hochqualifizierter Migrantinnen und Migranten könnten die Nettoeinnahmen des Staates um eine halbe Milliarde Euro steigern.“ Darauf wollen wir nicht verzichten, also muss der WAFF auch in alle anderen Bundesländer exportiert werden. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Frau GRin Yilmaz hat 15 Minuten und 30 Sekunden lang gesprochen.

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, freue ich mich, auf der Galerie junge Damen und Herren begrüßen zu dürfen, die in der MA 11 in Wohngemeinschaften wohnen und uns heute hier im Gemeinderat besuchen. Ich gratulieren Ihnen auch, dass Sie erfolgreich Ihre Ausbildung abgeschlossen haben, sei es Matura, Lehre oder auch die Hauptschule. Und auch der einen Staatsmeisterin in Karate gratuliere ich auch recht herzlich. Willkommen im Wiener Gemeinderat! (*Allgemeiner Beifall.*)

Zum Wort gemeldet ist nun Herr GR Dr Ulm. Die selbstgewählte Redezeit ist 12 Minuten. Bitte.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die ÖVP ist ja bekannt dafür, dass sie nicht alles schlechtredet (*Heiterkeit bei GR David Ellensohn.*), sondern die Dinge sehr differenziert betrachtet. In der Tat leben wir in einer sehr schönen Stadt, aber darauf darf man sich nicht ausruhen. Das muss nämlich nicht so bleiben. Auf alle Fälle muss es nicht so bleiben, wenn die

Wirtschaftspolitik von Rot-Grün so fortgesetzt wird, wie wir das jetzt im Rechnungsabschluss feststellen mussten. Dass es nämlich mit Ihrer Wirtschaftspolitik nicht zum Besten steht, dafür braucht es gar nicht die Reden der Opposition, sondern das ergibt sich bereits aus einer Analyse Ihrer eigenen Aussagen. Sie sagen, der Pfad der Konsolidierung wird weiter beschritten, und wir haben einen Schuldenberg wie noch nie zuvor. Sie sagen, die Mittel werden sorgsam verwendet, und der Rechnungsabschluss weist Ausgaben auf, die um eine halbe Milliarde Euro höher liegen, als budgetiert. Sie sagen, Wien steht gut da. In Wahrheit sind wir das Bundesland mit der meisten Arbeitslosigkeit und beim Wachstum ganz hinten. Ihr Credo ist es, zu sagen, alle diese Ausgaben sind genau zielgerichtet eingesetzt im Sinne der Stadt, im Sinne der Wirtschaft, denn Sie investieren angeblich antizyklisch in die Wirtschaft, damit wir uns aus der Krise sozusagen rausinvestieren. Jetzt sage ich Ihnen einmal zum Ersten: Nicht jede Ausgabe ist eine Investition, weil zu einer Investition gehört auch eine Investitionsrechnung und eine Investition sollte sich rechnen. Eine Rendite für das eingesetzte Kapital wäre da positiv, wobei das nicht immer eine zahlenmäßige Rendite sein kann. Selbstverständlich kann es auch andere politische Renditen geben. Aber Sie investieren nicht antizyklisch, denn Sie bauen den Schuldenberg in Zeiten guter Konjunktur auch nicht ab. Und da nehme ich jetzt als ein Beispiel guter Konjunktur nicht das Jahr 2011, sondern beziehe ich mich auf die Jahre vor 2009. Und wenn wir uns da die Jahre 2004 bis 2007 ansehen, dann wurde der Schuldenberg in diesen Zeiten sehr guter Konjunktur auch nicht abgebaut. Wir hatten im Jahr 2004 mit den Schulden bei Wiener Wohnen 2,9 Milliarden, im Jahr 2005 3 Milliarden, im Jahr 2006 3,2 Milliarden und im Jahr 2007 3,4 Milliarden EUR Schulden, nicht nur der Wien-Bereich, sondern auch mit Wiener Wohnen. Und ich sage Ihnen, wir hatten in diesen Jahren Konjunktur von 2,5 Prozent im Jahr 2005, von 3,6 Prozent im Jahr 2006 und von 3,7 Prozent im Jahr 2007. Es stimmt also leider Gottes nicht, dass Sie antizyklisch investieren würden. Die Wahrheit ist, dass Ihr Schuldenberg selbst in Zeiten guter Konjunktur nicht abgebaut wird, Ihr Schuldenberg ständig zunimmt und das leider Gottes zu keinem guten Ende für Wien führen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber schauen wir uns die einzelnen Felder der Wirtschaftspolitik an. Ich beginne mit der Wirtschaftsordnungspolitik und der Strukturpolitik und stelle fest, dass immer mehr Betriebe ins benachbarte Umland auswandern.

Die Sachgütererzeugung ist im vergangenen Jahr um 2,4 Prozent zurückgegangen. Auch mit den Klein- und Mittelbetrieben und mit den Dienstleistungen schaut es nicht so wahnsinnig gut aus, wenn ich mir so manche Geschäftsstraßen mit den leerstehenden Geschäftslokalen und den verwaisten Auslagen in Wien ansehe. Da stimmen eben weder die gesetzlichen noch die strukturellen Rahmenbedingungen. Da könnte man für die stöhnende Wirtschaft, die unter der Bürokratie leidet und für die die Raumordnung und die Infrastruktur nicht das

bieten, was sie braucht, viel mehr leisten.

Die Konjunkturpolitik, das wäre schon ein Instrumentarium der Wirtschaftspolitik, das die Möglichkeit brächte einzugreifen. Nur, ich habe es bereits zu Beginn gesagt, Sie investieren nicht wirklich antizyklisch und man sollte auch in jedem Fall die Kirche im Dorf belassen. Es ist nicht so einfach, mit Ausgaben die Wirtschaft anzukurbeln. Die Gefahr ist natürlich sehr groß, dass Ausgaben getätigt werden, die nicht wirklich erforderlich sind. Aber es ist keine Frage, an sich notwendige Ausgaben der öffentlichen Hand, die man sowieso machen würde, in Zeiten schwieriger Konjunktur vorzuziehen, ist natürlich ein probates Steuerungsmittel, das sinnvoll angewandt werden soll. Wirtschaftspolitik, Steuerpolitik wird von Ihnen leider Gottes sehr einseitig eingesetzt, nämlich leider nur im Sinne von Erhöhen von Steuern und weniger im Sinne von Entlasten. Eine Wirtschaftsförderung wäre sicher eher in einer Entlastung bei den Steuern als in einer Steuererhöhung gegeben. Sie probieren es anders. Sie denken sich, wir müssen nur genug einnehmen, wir müssen nur schauen, dass die Steuern hoch genug sind, dann werden wir unsere Ausgaben schon irgendwie abdecken können. Ich sage Ihnen, Sie werden es nie schaffen, ein Budget einnahmenseitig zu sanieren. Das funktioniert im Allgemeinen nicht und in Wien funktioniert das im Besonderen nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)* Da sind einfach zu viele Löcher in diesem Fass. Solange Sie die Löcher nicht stopfen und solange Sie die notwendigen Reformen nicht angehen, können Sie da oben reinleeren was Sie wollen, Sie werden es nie und nimmer schaffen. Sie werden immer zu wenig Geld haben. Sie werden immer zu wenig einnehmen. Es wird Ihnen immer etwas einfallen, womit Sie noch mehr Geld ausgeben können, als Sie einnehmen.

Aber Ihre antizyklische Investitionspolitik finde ich ja nicht einmal dort, wo ich sie auf alle Fälle finden müsste, nämlich bei der Wirtschaftsförderung. Da frage ich mich schon, wie Sie Ihr Argument aufrechterhalten wollen, denn die Wirtschaftsförderung im eigenen Sinn, der sogenannte Ansatz 7822, sagt uns, dass wir im vergangenen Jahr besonders geringe Wirtschaftsförderung hatten und im Jahresabschluss sogar gegenüber den budgetierten 76 Millionen zurückgeblieben sind. Wir sind nur auf 72 gekommen, obwohl 76 Millionen zur Verfügung gestanden wären. Es ist die Wirtschaftsförderung auch in den letzten Jahren jährlich kontinuierlich zurückgegangen. Das wäre jetzt nicht so ganz verwunderlich, weil natürlich im Jahr 2009 die Wirtschaftsförderung mit 145 Millionen pro Jahr am höchsten war. Allerdings liegen wir jetzt mit den 72 Millionen sogar unter der Wirtschaftsförderung vor dem Krisenjahr 2009. Also auch in den Jahren davor hatten wir eine höhere Wirtschaftsförderung.

Zur Wirtschaftspolitik gehört natürlich aber auch, wie die öffentliche Hand ihre eigenen Betriebe, ihre verstaatlichten Betriebe, ihre kommunalen Betriebe führt. Und wenn ich mir da so die Bilanz der Stadtwerke und der Wien Holding anschau, dann gibt es natürlich keinen Anlass, sehr zufrieden zu sein. Die Stadtwerke hatten ein negatives Betriebsergebnis von 879 Millionen EUR und

ein negatives Finanzergebnis von 32 Millionen EUR, sohin ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von minus 911 Millionen EUR. Und das ist bitte nicht nur auf die Rückstellungen im Pensionsbereich zurückzuführen.

Nicht viel anders schaut es bei der Wien Holding aus. Da stelle ich auch fest, dass uns zum Tätigkeitsbericht 2012 keine konsolidierte Bilanz zur Verfügung steht. Wenn ich mir die Zahlen aus dem Jahr 2011 ansehe, so sind die nicht berauschend. Da schaffen Sie es bei einer Bilanzsumme von 351 Millionen auf einen Bilanzgewinn in der Größenordnung von 282 000 EUR.

Zu einer guten Wirtschaftspolitik gehört natürlich ein über den Konjunkturzyklus ausgeglichener Haushalt. Keine Rede kann von einem ausgeglichenen Haushalt sein, die Schuldenberge wachsen an, in den letzten drei Jahren eine Verdreifachung des Schuldenberges und damit verbunden ein unglaublicher Zinsendienst. Ein Zinsendienst in der Größenordnung von 50 bis 100 Millionen jährlich belastet den Haushalt und das in Zeiten von sehr niedrigen Zinssätzen. Sie müssen sich vorstellen, sollte das Zinssatzniveau in den nächsten Jahren wieder ansteigen, wovon auszugehen ist, dann werden wir uns in einer Größenordnung von über 100 Millionen EUR pro Jahr bewegen. Es kann auch der Staat mittelfristig nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Das weiß die sogenannte schwäbische Hausfrau, das weiß aber auch der Budgetsektionschef Steger. Er sagt uns, dass es unsozial ist, auf Schulden zu wirtschaften und dass es letztendlich den Staat äußerst verwundbar macht. Da ich mir denken kann, dass Ihnen Ihr Parteigenosse Steger näher steht als die schwäbische Hausfrau, werde ich zitieren, was der Sektionschef Steger sagt. Er sagt: „In der traditionellen Sprache der Linken, wir messen das Finanzkapital mit den sauer verdienten Steuereuros der arbeitenden Menschen. Schuldenpolitik macht den starken, aktiven und umverteilenden Staat extrem verwundbar. Ehe die Ausgaben nicht saniert sind, sollte man nicht über neue Einnahmen sprechen.“ Da kann man dem Herrn Sektionschef Steger nur recht geben.

Aber ordentlich haushalten heißt auch, sich innerhalb des Rahmens zu bewegen, den man sich selbst mit dem Budgetvoranschlag gesteckt hat. Da haben die Stadt Wien und die Finanzstadträtin gesagt, wir kommen mit 11,83 Milliarden EUR aus. Letztendlich sagt uns der Rechnungsabschluss, dass es 12,32 geworden sind. Aber es ist nicht nur ordentlich hauszuhalten, sondern es ist auch transparent hauszuhalten, weshalb wir unbedingt auch für die Stadt Wien das Bilanzieren einführen müssen. Da kommen wir ganz sicherlich nicht drum herum und je eher wir es machen, umso besser ist es.

Was mich in der Debatte, die es jetzt schon längere Zeit gibt, besonders überrascht, ist, dass wir die Einigkeit eigentlich nicht einmal mehr bei den wirtschaftspolitischen Zielen eindeutig feststellen können. Was sind die wirtschaftspolitischen Ziele? Wachstum, Wohlstand, Beschäftigung. Da sollten wir uns doch eigentlich alle einig sein. Aber Sie verwenden diese Begriffe eigentlich immer weniger und ich denke mir, wahrscheinlich liegt es daran, dass die Stadt Wien beim Wachstum so weit

hinten liegt und bei der Arbeitslosigkeit so weit vorne. Das kann ich mir schon vorstellen. Aber Sie haben sich auch vom Begriff des Wohlstandes verabschiedet. Sie reden die ganze Zeit von der Armutsbekämpfung, haben aber kein Konzept, wie auch die Armen zu Wohlstand gelangen können. Und da sage ich Ihnen: Sie schaffen es nur dann, nachhaltig Wohlstand bei hoffentlich allen Menschen in dieser Stadt zu begründen, wenn Sie eine eigentumsfreundliche Politik machen, und das machen Sie nicht. Ihre Politik in dieser Stadt ist leistungsfeindlich und eigentumsfeindlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es wollen sich nicht nur die Millionäre etwas schaffen und erschaffen, es wollen das im Prinzip alle Menschen in dieser Stadt, auch die, die es schwieriger haben und auch die, die weniger haben. 90 Prozent der Österreicher wollen in einem eigenen Heim leben, in einer Eigentumswohnung oder in einem eigenen Haus. Sie sagen, egal, was die Bürger wollen, jedem Wiener seine Gemeindewohnung, weil Sie für 90 Prozent der Wiener diesen Anspruch auf eine Gemeindewohnung vorsehen und es tatsächlich möglich ist, mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 3 017 EUR 14 Mal im Jahr zu einer solchen Gemeindewohnung zu kommen. Sie glauben tatsächlich, dass Sie mit dieser Zuteilungspolitik Wohlstand generieren können. Da sind Sie leider auf einem falschen Weg unterwegs, denn Ihre Bekämpfung der Armut funktioniert so nicht. Sie schaffen einfach mehr Arme durch diese leistungsfeindliche und eigentumsfeindliche Politik.

Mehr Wohlstand gibt es nur durch mehr Leistung, mehr Fleiß, mehr Verantwortung und mehr Eigentum. Wer etwas anderes verspricht, ist ein Scharlatan! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Die Restredezeit der ÖVP beträgt nach der Wortmeldung des Kollegen Ulm 2 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing. Martin Margulies. Seine Restredezeit beträgt 14 Minuten.

GR Dipl.-Ing. Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, das reicht locker.

Ich beginne vielleicht ganz kurz mit dem Kollegen Ulm, der wirklich kritisiert hat und sich rausstellt und sagt, die Stadt Wien kann nicht wirtschaften, weil das Maastricht-relevante Defizit jetzt nur 250 Millionen statt der prognostizierten 370 beträgt. Jetzt übersetze ich Sie frei. Sie haben gesagt, wir haben 12,3 Milliarden EUR ausgegeben. Na wenn Sie sich das ein bisschen genauer anschauen, dann ist der größte Teil Ein- und Ausgabenverschiebung durch eine unterschiedliche Kredittilgung und Kreditaufnahme, die halt so nicht drinnen gestanden ist. Nichts desto weniger, geplant waren 370 Millionen EUR Maastricht-relevanter Gebarungsabgang, und Sie haben recht, wir haben nicht gescheit gewirtschaftet, wir haben jetzt nur 250 Milliarden, um 120 Milliarden besser als prognostiziert und das in wirklich schwierigen Zeiten. Ich nehme zur Kenntnis, dass Ihnen das nicht gefällt, aber angesichts dessen wundert es mich auch nicht, wenn ich mir anschau, die Kollegin Kappel ist jetzt leider – oh ja, da sitzt sie, wunderbar, sie könnte mir nämlich eine Antwort geben, die auch als Frage an Sie geht. Sie sagen ja gleichzeitig immer Inves-

titionspaket, Investitionspaket. In welcher Größenordnung war Ihr Investitionspaket, Wirtschaftsförderung et cetera, wie stellen Sie sich das vor? (*GRin Mag Dr Barbara Kappel: 500 Millionen!*) Wie viel? 500 Millionen? Na ja, da muss ich sagen: Hätten wir diese 500 Millionen tatsächlich zusätzlich, würde der Bund tatsächlich für mehr Steuereinnahmen sorgen, ich hätte kein Problem damit. Ich sage nur ganz ehrlich: Würden wir wirklich vom Bund zusätzliche 500 Millionen an Steuereinnahmen lukrieren können, dann glaube ich, dass wir nur einen Teil dessen in wirtschaftsfördernde Maßnahmen investieren würden und auf der anderen Seite tatsächlich schauen würden, ob wir nicht in manchen Bereichen sinnvolle Adaptionen etwas günstiger, et cetera, machen können. Also ich würde nicht alles hineinpumpen. Aber das Geld fehlt. Noch haben wir vom Bund weitaus nicht diese notwendige Summe.

Schauen wir uns das Steuer- und Einnahmensystem in Wien an. Selbst die Kommunalsteuer, die gerne, und heute ist es wieder gekommen, als eigene Steuer gekennzeichnet wird - Sie wissen es, wir alle wissen es, die Kommunalsteuer ist eine Steuer, die vom Bund beschlossen ist, deren Höhe vom Bund beschlossen ist und die lediglich und glücklicherweise den Gemeinden zu Gute kommt, ist aber eine Steuer, auf die die Gemeinden überhaupt keinen Einfluss haben. Wenn Sie sich in Summe anschauen, wie hoch der Einfluss der Gebühren und wie hoch der Einfluss der wirklich eigenen Steuern und Abgaben in Wien ist, dann werden Sie erkennen, dass das nicht einmal 10 Prozent des Gesamtbudgets ist, das heißt, dass im Großen und Ganzen die zentrale Frage der Einnahmen sich wirklich auf Bundesebene stellt.

Und da komme ich zum Kollegen Neuhuber, weil er gemeint hat, dass wir soziale Gerechtigkeit durch Klassenkampf ersetzen. Jetzt frage ich Sie wirklich ganz offen, ein Beispiel und ich weiß nicht, ob der „Trend“ die 100 Prozent richtigen Zahlen veröffentlicht: Wenn der Didi Mateschitz in einem Jahr sein Vermögen von 5,65 Milliarden EUR auf 7,25 Milliarden EUR vermehrt und wir würden dann sagen, 1 Prozent Vermögenssteuer, und dem Didi Mateschitz bleiben dann immer noch 7,18 Milliarden EUR, ist das dann tatsächlich Klassenkampf, wenn man sagt, man lässt den Milliardären (*GRin Mag Barbara Feldmann: Schafft das Eigenheime?*) locker 99 Prozent und noch viel mehr, weil Sie haben ja gesehen, der Zuwachs ist weitaus größer, als was es Vermögenssteuer abliefert. Aber man lässt Ihnen so gut wie alles. Es fällt ihnen de facto nicht auf, was man ihnen als zusätzliche Steuer wegnimmt, Das ist Klassenkampf? (*GRin Mag Barbara Feldmann: Schafft das Eigenheime?*)

Wissen Sie, und jetzt sage ich Ihnen was, Frau Feldmann: Wenn man Vermögenssteuer so definiert wie Sie, die Eigenheimbesitzer sollen zahlen und die Reichen lässt man laufen, dann wäre es so. Nein, bei unserer Vermögenssteuer wird das Eigenheim nicht besteuert. Sie können oft genug das Falsche wiederholen. So wie ich hier stehe: Nein, bei den Vermögenssteuermodellen der GRÜNEN wird das Eigenheim nicht besteuert.

Sie können sich jetzt herausstellen und sagen, das Gegenteil ist wahr. Ist es aber nicht, weil es würde bei der Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums reichen, wenn man eine Grenze einzieht, eine Nettovermögensgrenze pro Person von 500 000 EUR. Da gibt es ja kaum irgendjemanden außer eben dieses oft viel benannte 1, vielleicht sind es 3 Prozent, 5 Prozent, aber kein einziges Eigenheim ist davon betroffen, das wissen Sie. Machen Sie den Menschen nicht Angst! (*Aufregung bei GRin Mag Barbara Feldmann.*) Auf jeden Fall, selbst wenn man der Familie Porsche-Piëch, die ihr Vermögen im letzten Jahr um 6 Milliarden vergrößert hat, 1 Prozent ihres Vermögens wegnimmt, dann wird diese Familie nicht arm. Und nein, es ist auch noch kein Klassenkampf. Vielmehr wäre es tatsächlich eine Versicherung der Reichen und Superreichen, dass wir nicht Zustände bekommen, wie sie zum Teil in lateinamerikanischen Ländern gang und gäbe sind.

Ich erlaube mir auch noch ein Wort zum OMV-Vergleich, der vom Kollegen Neuhuber gekommen ist. Ich schätze ihn ja manchmal zumindest wegen seiner Vergleiche. Aber dieser Vergleich zeigt so deutlich auf, warum man ein Unternehmen, noch dazu Großunternehmen, nicht mit einer Kommune vergleichen kann. Erstens, er hat das zwar bedauert, dass in dem Zeitraum ab 2006 13 000 Arbeitnehmer abgebaut wurden, von 41 000 auf 28 000. Krisenbedingt hat sich der Konzern restrukturieren müssen. Viele Konzerne haben sich in dieser Zeit leider krisenbedingt restrukturieren müssen, damit diese Konzerne dann irgendwie weiter können. Und wer hat die Kosten aufgefangen? Die Allgemeinheit! Nur weil die OMV innerhalb von 5 Jahren 13 000 Posten abbaut und andere Unternehmen auch, heißt es ja nicht, dass die in Krisenzeiten schlagartig woanders aufgefangen werden können, sondern sie werden aufgefangen, weil die öffentliche Hand investiert. Sie werden aufgefangen, weil die öffentliche Hand soziale Verantwortung erheblich ernster nimmt, als der eine oder andere Private und als die eine oder andere Aktiengesellschaft möglicherweise sogar im Sinne des Aktienrechtes muss, weil da soziale Verantwortung eigentlich nicht viel Rolle spielt. Da hat der Vorstand im Sinne der Aktionäre zu agieren und nicht im Sinne der Allgemeinheit. Also wo hätten denn die Menschen alle untergebracht werden sollen? Das heißt, genau in diesen Zeiten, wo eine OMV de facto Arbeitsplätze abschafft, sich trotzdem beteiligt, Beteiligungen auch wieder abstößt, wo die Einnahmen der öffentlichen Hand krisenbedingt sinken, muss die öffentliche Hand genau diesen Arbeitsplatzabbau auffangen und versuchen, bestmöglich Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitslosengeld zahlen, Mindestsicherung zahlen, et cetera. Das ist immer das Problem.

Und da kommt noch das ganz besondere Problem zwischen Bund, Ländern und Gemeinden dazu, wo, wenn auch immer auf Bundesebene die Steuereinnahmen einbrechen, jetzt konjunkturbedingt, nicht wegen Veränderungen bei der Steuer, sondern konjunkturbedingt, bedeutet das auf Gemeindeebene höhere Ausgaben. Das ist die Situation, wie sie 2009, 2010, 2011 gewesen ist und wo Wien meines Erachtens nach richtig

gegengesteuert hat. Deshalb ist eine Kommune wie die Stadt Wien, aber auch jedes andere Bundesland, nicht einfach vergleichbar mit einem x-beliebigen Unternehmen.

Jetzt ganz zum Schluss möchte ich trotzdem noch einmal darauf hinweisen, wie das mit den Schulden ist, weil ich merke schon, manche Menschen haben gleichzeitig ähnliche Ideen in den Unterlagen, die sie sich anschauen. Und wenn die Kollegin Kappel richtigerweise die Schulden von Wiener Wohnen zitiert, dann erlaube ich mir vorweg eine Frage an sie: Was ist, wenn Sie auf die Bank gehen und 100 000 EUR Kredit nehmen? Was haben Sie dann? (GR Ing Mag Bernhard Dworak: *Schulden!*) 100 000 EUR Schulden ist die erste Antwort. Aber Sie vergessen, Sie haben zunächst einmal auch 100 000 EUR in der Hand. Das heißt, wenn ich auf die Bank gehe und mir einen Kredit nehme, verändert sich zunächst einmal überhaupt nichts in meiner ganz persönlichen Bilanz (Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.), nein.

Deshalb ist die Frage: Was steht bei Wiener Wohnen den Schulden, den Verbindlichkeiten, in der Größenordnung von 3 Milliarden EUR gegenüber? Da sehe ich einmal Sachanlagen. Anlagevermögen im Großen und Ganzen von 9,1 Milliarden EUR. Also kurz gesagt ist ... (GR Ing Mag Bernhard Dworak: *Es ist ja acht Jahre nicht abgeschrieben worden!*) Entschuldigung? (GR Ing Mag Bernhard Dworak: *Es ist ja acht Jahre nicht abgeschrieben worden!*) Das stimmt ja überhaupt nicht. Also erstens einmal, dann lesen Sie die Bilanz. Ja, selbstverständlich werden die Sachen von Wiener Wohnen auch abgeschrieben. Und ich verrate Ihnen noch was: Das weiß jeder Grundstücksbesitzer in Wien, der auch ein Wohnhaus drauf hat, er freut sich sogar, wenn er in Wirklichkeit was abschreiben kann, weil es im Endeffekt für Grundstücke in Wien keine wirklich legitime Abschreibung gibt, weil sie durchgehend mehr wert werden und nicht weniger. Das ist tatsächlich der Lauf der Dinge für wahrscheinlich 90 Prozent der Grundstücke in Wien. Und nur weil die Gemeinde Wien tatsächlich in den unterschiedlichsten Fonds eine Vorsorgepolitik betreibt, explodieren die Grundstückspreise nicht wie in anderen Gemeinden. Aber Sie kennen alle das Niveau der Grundstückspreise in Wien und deshalb würde ich nicht sagen, die Stadt Wien schreibt bei Wiener Wohnen zu wenig ab. Im Endeffekt müssen wir davon ausgehen, dass wir wahrscheinlich schon noch einiges an stillen Reserven bei den Grundstücken und bei Wiener Wohnen haben. Also die Stadt Wien an sich ist meines Erachtens nach recht gut aufgestellt, insbesondere für das, dass wir uns jetzt in Krisenzeiten befinden.

Ein allerletzter Punkt, mein allerletzter Punkt, der für mich ein noch viel deutlicherer Indikator ist - weil ich zum Schluss komme, eine Minute ist noch da - als vieles, was hier bislang gesagt wurde. Eine Frage: Warum wächst Wien, wenn es sich so präsentiert wie Sie, liebe Kollegen von der Opposition, es ständig sagen? (GR Mag Wolfgang Jung: *Weil sie in den Sozialbereich wollen!*) Nein, nein, man muss sagen, warum wächst Wien in dem Maße und nicht St. Pölten? (Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.) Warum haben wir de facto in Kärnten

eine Landflucht und viele von diesen Menschen kommen nach Wien? Warum? (Aufregung bei der FPÖ.) Wir unterstellen den Menschen, dass sie nicht darüber nachdenken, wo sie wohnen. Oder was wollen sie uns damit sagen? Menschen kommen nach Wien, weil Wien lebenswert ist jenseits, ich sage das jetzt einmal bewusst, von Gebühren, jenseits von Steuern, jenseits von Wirtschaftspolitik. Sondern sie kommen aus kulturellen Überlegungen nach Wien, weil es lebenswert ist, Grünraum, ausgebauter öffentlicher Verkehr, Gesundheitsvorsorge, Kindergärten, et cetera. Deshalb kommen die Menschen nach Wien. (Weitere Aufregung bei der FPÖ.) Aber auch das muss bezahlt werden und das machen wir mit den Mitteln der Gemeinde Wien. Ich danke sehr. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der GRÜNEN beträgt 2 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr Univ-Prof Dr Eisenstein. Seine selbstgewählte Redezeit beträgt 8 Minuten, die Gesamtredezeit der FPÖ 14 Minuten.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke schön. Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eines muss man Rot-Grün schon lassen: Sie sind Künstler. Sie haben das Kunststück zuwege gebracht, trotz stark steigender Einnahmen bei massiver Kürzung der Investitionen einen neuen Höchstschuldenstand zu erreichen. Die Zahlen sind ja heute hier schon genannt worden. Die Einnahmen sind immerhin seit 2010, seit Rot-Grün die Regierung angetreten hat, um 1,1 Milliarden EUR gestiegen. Aber jetzt sage ich auch dazu: Einnahmesteigerung ist ja keine Kunst und da schließe ich an den Kollegen Margulies an. Einnahmesteigerung ist keine Kunst, weil ich, wie wir zuerst gesagt haben, natürlich auf der anderen Seite Schulden habe, wenn ich einen Kredit aufnehme. Ich habe aber auch Geld dafür. Also durch mehr Kreditaufnahme kann ich klarerweise auch die Einnahmen steigern. Die Investitionen sind aber zurückgegangen, Zahlen sind auch schon genannt worden. Die Schulden haben um zirka 1,3 Milliarden EUR zugenommen. Diese Kürzung vor allem der investiven Ausgaben, das sind ja die, durch die Arbeitsplätze geschaffen werden, und bei gleichzeitigem Anstieg der nichtinvestiven Ausgaben ist das aber der falsche Weg. Genauso wie es der falsche Weg ist, durch ständig neue Belastungen die Wienerinnen und Wiener mit eklatanten Gebührenerhöhungen nämlich letzten Endes in die Armut zu treiben. So rosig, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, wie Sie den Rechnungsabschluss heute dargestellt haben, so rosig ist er in Wirklichkeit nicht! (Beifall bei der FPÖ.)

Rot-Grün hat eine Reihe von zum Teil drastischen Gebührenerhöhungen zu verantworten - ich werde jetzt keine Zahlen nennen, die Zahlen werden ohnehin immer wieder genannt, Mietzinserhöhungen - und trägt die Verantwortung für Verteuerungen von Müll und Wasser, wo immer noch - danke Rot-Grün - eine Quasisteuer eingehoben wird, 2012 bei Müll 49 Millionen EUR, beim Wasser 83 Millionen EUR, beides zu Gunsten des all-

gemeinen Budgets. In beiden Fällen ist das fast eine Verdoppelung gegenüber der Zeit vor dem Regierungsantritt von Rot und Grün.

Diese Beträge, meine Damen und Herren, müsste man dringend den Wienerinnen und Wienern zurückgeben. Diese Beträge dürften auch in Zukunft nicht mehr eingehoben werden, wenn Sie einen Sinn für Gerechtigkeit haben, nämlich für die Gerechtigkeit, die auch heute die Frau Vizebürgermeisterin an dieser Stelle schon angesprochen hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Gleichzeitig ist es der rot-grünen Stadtregierung aber offensichtlich vollkommen gleichgültig, dass die Verschuldung der Bezirke immer stärker zunimmt, von 59 Millionen 2011 auf 64,7 Millionen 2012. Wenn man noch weiter bis 2005 zurückgeht, dann ist das eine Explosion der Verschuldung der Bezirke um 141 Prozent, wobei ich die inneren Darlehen der Bezirke bei der Zentralverwaltung schon eingerechnet habe. Hier macht sich aber niemand irgendwelche Gedanken darüber. Das wird einfach zur Kenntnis genommen und man macht einfach munter so weiter. Oder gibt es Ihnen vielleicht nicht zu denken, dass von 23 Bezirken nur 6 eine Rücklage haben? Wir wissen natürlich auch, woran das hauptsächlich liegt. Hauptsächlich liegt es daran, dass sich die Bezirke den 60-prozentigen Eigenfinanzierungsanteil bei den Schulsanierungen nicht mehr leisten können. Was ziehen Sie daraus für Schlüsse? Gar keine, soweit ich das sehe, anstatt dass Sie ein Schulsanierungsprogramm starten, wo Sie die Sanierungsrate wenigstens verdoppeln. Aber das tun Sie nicht. Die 5 Millionen EUR, die 2012 an zusätzlichen Bezirksmitteln durch die Gemeinde aufgebracht worden sind, sind ja nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein, wie sich herausgestellt hat. Wir Freiheitliche fordern seit Jahren eine massive Aufstockung der Bezirksmittel. Das geschieht nicht. Eine Aufstockung um etwa 30 Prozent wäre notwendig, damit die Bezirke wenigstens einen Teil ihres Handlungsspielraums wieder zurückbekommen, der ja aktuell ziemlich zum Erliegen gekommen ist und praktisch nicht mehr vorhanden ist. Sie wissen es genauso gut wie ich, wenn Sie mit Bezirksfunktionären, mit Leuten aus Finanzausschüssen, mit Finanzausschussvorsitzenden, mit Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorstehern sprechen: In manchen Bezirken ist nur noch das Kulturbudget real verfügbar. Und wenn man die Summe der Bezirksvoranschläge mit dem Rechnungsabschluss 2012 vergleicht, so zeigt sich, dass die Bezirksmittel sogar effektiv gekürzt wurden, einschließlich des Schuldendienstes um immerhin 90,9 Millionen EUR. Davon sind natürlich hauptsächlich wieder die Schulen betroffen, aber auch die Verkehrssicherheit, die Abwasserbeseitigung, die Straßenreinigung. Alles das kommt auf Grund ihrer kurz-sichtigen Politik hinsichtlich der Bezirksmittel zu kurz. Ich weiß schon, und wir müssen auch bedenken, dass die EU-Normen Leistungen immer wieder verteuern. Aber auch das sollte man vielleicht irgendwie in den Griff kriegen. Ich fordere Sie von Rot und Grün daher deutlich auf: Erhöhen Sie kurzfristig einmal die Bezirksmittel, führen Sie ein Schulsanierungsprogramm durch. Auf längere Sicht wäre es auch zu überlegen, ob man nicht

überhaupt ein neues System für die Berechnung der Bezirksbudgets überdenken, einführen oder wie immer sollte. Aber eines ist ganz wichtig: Machen Sie nicht einfach so weiter wie bisher! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie haben sich vor über 25 Jahren für die Dezentralisierung entschieden, gut so. Dann stellen Sie bitte aber auch sicher, dass die dezentralisierten Aufgaben von den Bezirken auch wahrgenommen werden können. So wie es jetzt ist, ist es eine schlechte Lösung. Schaffen Sie bitte eine brauchbare und eine gerechte Lösung!

Das sind einige wenige Gründe, warum wir diesem Budget, diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen werden. Ich darf der Frau Vizebürgermeisterin versichern, dass ich zu denen gehöre, die den Rechnungsabschluss auch gelesen haben. Wenn die Frau Vizebürgermeisterin meint, unsere, nämlich die Opposition ist besonders gemeint oder nur gemeint, Lektüre wäre ausschließlich die Micky Maus, dann muss die Frau Vizebürgermeisterin ja auch damit leben, dass ich diesen Rechnungsabschluss als einen Micky-Maus-Abschluss bezeichne. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der FPÖ beträgt 8 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Lindenmayr. Seine selbstgewählte Redezeit ist 12 Minuten, die Restredezeit der SPÖ 18 Minuten.

GR Siegi **Lindenmayr** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Frau Vizebürgermeisterin Brauner hat heute in ihrer Rede sehr viel von Investitionen in Zukunftsprojekte gesprochen. Nichts charakterisiert beim Thema Zukunftsprojekte mehr den Unterschied zwischen ÖVP und SPÖ als das, was in den letzten paar Tagen oder Wochen passiert ist und was eine Tageszeitung gut in eine Zwischenüberschrift gepackt hat, nämlich: „Chaos in NÖ, Wien sicher.“ Ich erinnere daran, es waren die Zukunftsinvestitionen Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, wo Wien zukunftsorientiert gedacht hat. Bei jedem Hochwasser ernten wir die Früchte des Erfolges, während die ÖVP in den letzten 30 Jahren zielsicher genau das Falsche macht, genau in die falsche Richtung geht. Das ist ein Symbol dafür.

Ich möchte aber ganz kurz noch auf den Europaausschuss beziehungsweise auf den Ausschuss, wie er genau heißt, für europäische und internationale Angelegenheiten eingehen. Dieser besteht jetzt etwa seit zweieinhalb Jahren und wir befassen uns mit vielen Dingen in dem Ausschuss, unter anderem auch, wie es so schön heißt, mit Stellungnahmen zu Gesetzgebungsakten im Rahmen der Europäischen Union an den Bundesrat und an den EU-Ausschuss, warum der betreffende Gesetzesakt nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist.

Da hatten wir drei im letzten Jahr, nämlich einen Vorschlag für den Beschluss des Europäischen Parlaments über ein Katastrophenschutzverfahren der Union - hier haben wir gemeint, wir müssten das als Stadt rügen -, dann einen Vorschlag zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr und auch einen Vorschlag über die

Richtlinie über die Konzessionsvergabe.

Am Ende des Jahres 2012 beziehungsweise heuer haben wir uns auch noch mit dem vierten Eisenbahnpaket beschäftigt, aber das war schon 2013, das unserer Meinung nach auch nicht so stattfinden kann.

Wir haben uns dann auch noch mit dem Centropo-Haus, mit dem Wien-Haus, mit der Zukunft der Kohäsionspolitik und mit dem Europäischen Jahr des aktiven Alterns, das voriges Jahr stattgefunden hat, beschäftigt.

Hier möchte ich auf eine Wortmeldung des Kollegen Herzog eingehen, der sich herausgestellt und gefordert hat, die Pensionen mögen doch zumindest mit der Inflationsrate erhöht werden. Hier arbeiten Sie, wie die FPÖ immer arbeitet, auf der einen Seite wo zuzustimmen und woanders dann irgendwelche Forderungen zu stellen, das Blaue vom Himmel herab zu versprechen. Denn die Erhöhung der Pensionen ist Teil des Konsolidierungspaktes 2012 bis 2016. Im Rahmen dieses Konsolidierungspaktes wurde mit dem überparteilichen Österreichischen Seniorenrat eben genau diese Regelung vereinbart, Anpassungsfaktor minus 0,8 im kommenden Jahr. Ihr Obmann, der Herr Tiefenbacher, glaube ich, heißt er, hat zugestimmt. Ihr Obmann des Seniorenringes hat zugestimmt. Sie sind der Landesobmann! Stellen Sie sich nicht hier hin und fordern Dinge, wo Ihre Organisation einverstanden war!

Wenn ich schon beim Konsolidierungspakt 2012 bis 2016 bin, möchte ich auch gleich auf einen Antrag der ÖVP zu sprechen kommen, der verlangt, wir mögen uns doch die Steiermark zum Vorbild nehmen und kein Jahr mehr Neuverschuldung als 3 Prozent beschließen. Ich mache Sie gerne darauf aufmerksam, dass ebenfalls in diesem Konsolidierungspakt festgeschrieben worden ist, dass spätestens 2016 in Wien nicht maximal 3 Prozent zu erreichen sind, sondern wie bei allen Bundesländern ein Nulldefizit zu erreichen ist. Daher verstehe ich nicht, warum Sie da solche Anträge einbringen. Vielleicht ist Ihnen das auch nicht bekannt.

Der Europabericht ist ein sehr nettes Buch. Keine Sorge, ich lese es jetzt nicht vor. So viel Zeit habe ich auch gar nicht. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ein bisschen etwas haben Sie eh schon vorgelesen!)* Ich möchte nur auf einen Punkt noch speziell eingehen, nämlich, dass ganz wichtig ist, dass in Europa das eingeführt werden sollte, was wir in Wien haben, nämlich die Ausbildungsgarantie für Jugendliche. Hier sind wir Vorbild für die gesamte Europäische Union. Hier muss man sagen, Europa sollte eigentlich Wien werden, was das betrifft.

Auf das Rederecht ist auch schon eingegangen worden. Wien, möchte ich wiederholen, weil es so wichtig ist, ist das erste Bundesland mit echtem Rederecht für EU-Abgeordnete. In Oberösterreich und der Steiermark gibt es etwas Rudimentäres, aber so, wie es in Wien stattfindet, gibt es das eben nur in Wien.

Ich freue mich auch schon auf Donnerstag, um meiner Kollegin Regner und der Kollegin Lunacek zuhören zu können. *(GRin Ing Isabella Leeb: Den anderen nicht?)* - Den anderen höre ich auch zu. Aber ich freue mich nicht so, denen zuzuhören. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ach so!)* Das habe ich gesagt. Ich höre ihnen aber trotz-

dem zu. Ich war letztes Mal auch da und habe zugehört. Es wird Ihnen vielleicht aufgefallen sein, dass ich einer jener bin, die fast immer im Saal anwesend sind. Da könnten Sie sich auch ein Beispiel an mir nehmen. *(Beifall von GR Dipl.-Ing Omar Al-Rawi.)*

Ein Punkt, der mir noch wichtig wäre, ist, dass das kommunale Wahlrecht für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger auch in Wien endlich Platz greifen sollte. Ich weiß schon, hier sprechen Gesetze dagegen. Aber im rot-grünen Regierungsprogramm steht es. Daher möchte ich das sehr gerne wiederholen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Dort steht auch etwas von Wahlrechtsänderung! Das könnten Sie machen, Herr Kollege!)*

Danken möchte ich beim Thema „Europa und Europausschuss“ auch jenen elf Verbindungsbüros in den elf Städten, mit denen wir sehr eng zusammenarbeiten.

Zu uns gehört auch der Stadtwerke-Konzern. Diesen möchte ich auch noch kurz streifen. Dazu gehören Wien Energie, Wien Energie - Stromnetz, Wien Energie - Gasnetz, Wiener Linien, Wiener Lokalbahnen, Bestattung und Friedhöfe, WIPARK und Wien-IT. Weil immer gesagt wird, Wien macht nichts, Wien investiert nichts, im Geschäftsjahr 2012 haben wir 940 Millionen EUR in den Ausbau der Wiener Infrastruktur gesteckt. Tag für Tag sind 16 000 Beschäftigte im Bereich der Wiener Stadtwerke, des Wiener Stadtwerke-Konzerns für uns alle, für die Wienerinnen und Wiener, im Einsatz. Dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ein Teil des Stadtwerke-Konzerns sind die Wiener Linien. Es ist bekannt, aber ich sage das gerne nochmals, wir haben einen neuen Fahrgastrekord erzielt. Die Wienerinnen und Wiener benützen bereits zu 39 Prozent die Wiener Linien, wenn man den Modal-Split betrachtet, wie sich die Wienerinnen und Wiener durch die Stadt bewegen. Das war, sagen wir einmal, 1993 noch ganz anders. Da waren es noch 29 Prozent. Jetzt sind es 39 Prozent. Der neue Fahrgastrekord 2012 beträgt 906 Millionen Fahrgäste. Das ist nicht nichts.

Die U1 wird modernisiert, weil wir bei den Investitionen sind. Die U1 ist, besser gesagt, modernisiert worden. Wir sind ja beim Rechnungsabschluss und nicht beim Budget. 100 Millionen EUR wurden investiert. Bis 2017 wird die U1 4,6 zusätzliche Kilometer und 5 neue Stationen haben. Hier werden wir insgesamt 600 Millionen EUR investieren.

2012 haben wir auch eine neue Straßenbahnlinie geschaffen. Einerseits wurde die Linie D hinter den Hauptbahnhof verlängert, also unter dem Hauptbahnhof durch in dieses neue Gebiet, bei dem sehr viel Wohnnutzung und auch sehr viele Betriebsansiedlungen entstehen. Der 25er - das ist die komplett neue Straßenbahnlinie - ist am 21. Dezember eröffnet worden. Der 71er ist über den Ring bis zur Börse verlängert worden. Und im Oktober dieses Jahres wird der 26er seinen Betrieb aufnehmen.

Moderne Busse haben wir angeschafft. Insgesamt wird es 12 Elektrobusse geben.

Die Unterpflasterstraßenbahn, wie wir Ältere sie noch kennen, also die Ustraba, ist modernisiert worden. Da

haben wir auch 11 Millionen EUR in 5 Stationen investiert.

Heuer werden wir für den öffentlichen Verkehr in 5 neue U-Bahn-Züge, 18 neue Ulfs, 29 neue Busse um insgesamt 130 Millionen EUR investieren.

Das U-Bahn-Netz wird um 160 Millionen EUR ausgebaut. Die U2 wird am 5. Oktober eröffnet. Die U1 wird weiter ausgebaut.

Ich überspringe jetzt einiges, möchte in den letzten zwei Minuten, ich habe zwar eh länger Zeit, aber die letzten selbstgewählten zwei Minuten, noch erwähnen, Herr Juraczka hat sich vor wenigen Tagen in einer Presseaussendung mit mir und meinem Schatten beschäftigt. Das war ihm offensichtlich sehr wichtig. Aber wenn Sie dem Herrn Juraczka ausrichten, der jetzt nicht da ist, ich bin in die Politik gegangen, um Dinge zu verändern und nicht, um Schatten zu werfen. Das hat die ÖVP-Wien selbst gemacht, nämlich in die Schattenregierung zu gehen, damals, als sie Anfang der 70er Jahre aus der Regierung gegangen sind und nur mehr nichtamtshührende Stadträte haben, also eine Schattenregierung bilden. Die ÖVP ist seit 1990 überhaupt nur mehr ein Schatten ihrer selbst, um beim Begriff des Herrn Juraczka zu bleiben. Sie hatten einmal neun Bezirksvorsteher. Sie haben jetzt nur mehr fünf Bezirksvorsteher, haben also fast die Hälfte Ihrer Bezirksvorsteher verloren, drei an die SPÖ, einen an die GRÜNEN. Auch das ist symptomatisch für ihre angebliche Zukunftsfähigkeit. Die ÖVP ist und bleibt eine Partei der Vergangenheit! Das ist auch gut so! (GR Mag Wolfgang Jung: Haha, Siegi!)

Ich möchte zusammenfassen: Wien macht zukunftsorientierte Politik. Wien kämpft ständig gegen die Auswirkungen der Finanzkrise. Wien ist auf einem guten Konsolidierungskurs. Wien betreibt ständige Reformen. Wir beobachten das Wirtschaftsleben ganz genau. Das Wichtigste ist vor allem, wir setzen Maßnahmen für mehr Gerechtigkeit. Wir, das ist die rot-grüne Koalition, die rot-grüne Stadtregierung.

Daher ersuche ich Sie alle, dem Rechnungsabschluss morgen zuzustimmen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der SPÖ beträgt 6 Minuten. Zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet hat sich Herr GR Herzog.

GR Johann **Herzog** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte nur ganz kurz die letzten Bemerkungen meines Vorredners korrigieren, von wegen Zustimmung des Österreichischen Seniorenringes zur Pensionserhöhung 2013. Bei der Sitzung im Herbst 2013 war ich Vertreter des Österreichischen Seniorenringes in der Sitzung des Österreichischen Seniorenrates und habe dort meine Gegenstimme zur Pensionskürzung um 1 Prozent unter der Inflationsrate abgegeben. (Beifall bei der FPÖ. - GR Siegi Lindenmayr: Der Pakt heißt aber 2012! Stehen Sie doch dazu!)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Jung. Die Restredezeit der FPÖ

beträgt 8 Minuten, auch die selbstgewählte Redezeit.

GR Mag Wolfgang **Jung** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Frau Vorsitzende! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Wir Freiheitlichen haben immer schon gesagt, wir sind nicht gegen Europa, wir brauchen ein anderes Europa. Ich freue mich, dass die Frau Kollegin Vana diesen Spruch mittlerweile übernommen hat. Wir begrüßen Sie gern im Klub. Die restlichen Differenzen lassen sich sicher ausreden.

Wir brauchen ein anderes Europa. Das ist richtig. Es gibt hier Auffassungsunterschiede, die einfach grundlegend sind. Leider sind das Land Wien und auch die Stadt Wien mit ihrer Führung offenbar wenig daran interessiert. Dass der Europaausschuss ein kümmerliches Dasein führt, merken wir allein an den Beschränkungen, dass diesem Ausschuss nicht einmal ein eigener Tagesordnungspunkt zuerkannt wird, obwohl das Thema immer wichtiger und immer brennender wird. Das merkt man mittlerweile auch schon in der SPÖ, im Gewerkschaftsbund und in anderen, Ihnen nahestehenden Organisationen. Das merkt man sogar schon, wenn man heute in die Sitzungen des VÖWG hineingeht, wo führende Leute aus dem Wirtschaftsbereich sagen: „Ich war ein glühender Vertreter Europas.“ - Die Frau Stadträtin erinnert sich sicher daran. - Und heute sagen sie: „Ich werde zum Gegner Europas.“

Ich werde nicht zum Gegner Europas, aber genau, wie die Kollegin Vana gesagt hat, wir brauchen ein anderes Europa, nämlich eines, das mit der Subsidiarität auf seine Mitglieder Rücksicht nimmt und nicht drüberfährt. Wenn man jetzt, wie man am Beispiel der Wasserregulierung sieht, kurzfristig zurückrudert, verdeckt man damit, dass in Wirklichkeit hinten nach noch ganz andere Sachen laufen, die viel gefährlicher sind und die oft harmlos getarnt irgendwo erscheinen, zum Beispiel wenn man hernimmt, dass man 2015 eine neue Regelung einführen wird, die eine 100-prozentige Überwachung über Funk - der große Bruder hört und sieht uns - für alle Kraftfahrer betreffen wird. Da fehlen mir die Aufschreie unserer zuständigen Abgeordneten im Parlament. Da fehlt mir das Wehren unserer Regierung gegen solche Überwachungen. Das wird dann heimlich, still und leise unter Verbesserung der Sicherheit für die Kraftfahrer abgehandelt.

So läuft es in anderen Bereichen der Subsidiarität auch, nämlich, wie gesagt, das Wasserrecht, die Dienstleistungsrichtlinie, die Schienenverkehrsrichtlinie. Nichts als Probleme, gegen die wir uns einfach wehren müssen. Das wird auch in weiten Kreisen immer weiter und breiter bekannt.

Hier herrscht im Ausschuss ein großes Einvernehmen. Das Klima im Ausschuss ist Gott sei Dank nicht das schlechteste. Es hat sich zunehmend gebessert. Wir sind dort, wie wir, glaube ich, gezeigt haben, auch zur Mitarbeit bereit. Allerdings erwarten wir uns dann auch noch eine stärkere Einbindung in die zukünftig vorgesehenen Veranstaltungen des Ausschusses, sei es durch Mitdiskutanten am Podium beziehungsweise durch eigene Referenten, je nach Art, wie diese Veranstaltungen

stattfinden werden.

Ein weiterer und nicht unwichtiger Punkt, den ich hier ansprechen möchte, ist, dass wir uns über unsere eigenen Parteien stärker einbringen müssen, und zwar allesamt, um zu verhindern, dass wir zu allem und jedem bedingungslos Ja sagen, und nicht nur Ja sagen, sondern, auch das wurde schon angesprochen, dass wir immer 100-prozentig oder 150-prozentig und päpstlicher als der Papst sind, wenn es darum geht, europäische Richtlinien umzusetzen. Das heißt, dass wir strenger und rigider vorgehen, als es unbedingt sein müsste. Ich rede noch gar nicht von anderen Staaten wie Frankreich oder Italien oder auch Großbritannien, die sich gar nicht daran halten, wenn es ihnen nicht passt, sondern ich rede davon, dass wir nicht noch genauer sein müssen und es vor allem unseren Wirtschaftstreibenden in diesem Bereich nicht noch schwerer machen müssen.

Es war vor wenigen Tagen 20 Jahre her, dass die Europäische Kommission die berühmt-berüchtigte Gurkenkrümmungsregelung eingeführt hat, die in der Zwischenzeit zum Synonym für unsinnige Regelungen geworden ist. Jetzt wird es halt Zeit, dass unsere Vertreter gegenüber Europa ihre eigene Krümmung vor der Kommission und ihr Abbücken vor Brüssel beenden und sich darauf besinnen, dass sie Vertreter unseres Landes sind, unsere Interessen dort zu vertreten und nicht nur abzuzucken haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das wäre auch ein Punkt, der sehr stark zu berücksichtigen wäre, wenn man jetzt ein Freihandelsabkommen mit den USA aushandelt. Ich komme noch einmal auf die Frage der Sicherheit zurück. Man sollte hier, wir haben die Debatte in letzter Zeit zur Genüge geführt, gegenüber diesen amerikanischen Vorhaben und Vorgehen im Bereich Abhören doch ein etwas energischeres Auftreten haben und sich nicht mit irgendwelchen Bekundungen zufrieden geben und dann sagen, das kann man nicht miteinander verbinden, wie es auch ein Vertreter einer österreichischen Partei gemacht hat. Alles ist ein Abtauschen und ein Abhandeln. Ich würde mir da eine stärkere Position von uns allen wünschen.

Wir sind, wie gesagt, sehr gerne bereit, hier gemeinsame Positionen zu vertreten. Im städtischen Bereich oder im Bereich des Landes, der Region, wie man es nehmen will, sind sehr viele Positionen, die gemeinsam durchgetragen werden könnten.

Abschließend, weil die Frau Kollegin Yilmaz, die im Gegensatz zu vielen anderen wirklich brav und tapfer ausharrt, vorhin ein Beispiel gebracht und uns vorgeworfen hat, wir würden falsche Zahlen im Zusammenhang mit dem Migrationsgewinn zitieren: Frau Kollegin, ich darf Ihnen hier einen Zeitungsartikel von vor zwei Tagen vorlesen, nicht geschrieben in der „Neuen Freien Zeitung“. Der Titel hat nicht unmittelbar damit zu tun. „Wir haben Probleme mit vielen Türken.“ - Dann steht: „Statistiken fehlen oder lügen. Die seriöse Diskussion über die Probleme mit vielen Türken wird politisch korrekt absichtlich erschwert. Einschlägige Statistiken, wie sie im europäischen Ausland selbstverständlich sind, fehlen oder werden manipuliert eingesetzt und lügen.“ - Das habe nicht ich gesagt, das steht so im Artikel. – „So werden

beispielsweise bei der Kosten-Nutzen-Rechnung der Integration für den Sozialstaat immer nur die positiven Globalzahlen für alle Immigranten zitiert. Dabei verschleiert der hohe Anteil der überwiegend bestens integrierten Zuwanderer aus der EU die deutlich negative Bilanz der türkischen Immigranten. Die weit über dem Landesdurchschnitt liegenden negativen Zahlen Wiens im Sozial- und Bildungsbereich haben zu einem guten Teil ihre Basis in diesem hohen Anteil der schlecht integrierten. Dass gerade dieser Teil aber durch weit überdurchschnittliche Geburtsraten rasant steigt, verschärft die Lage. Lösen kann man“ - das möchte ich Ihnen mitgeben – „Probleme bekanntlich nur, wenn man sie zuerst einmal konkret erkennt und offen anspricht. Es muss seriös und ohne angezogene ideologische Handbremsen diskutiert werden, was gegen ein weiteres Anwachsen einer sozial in dieser Weise parallel entstehenden Gesellschaft zu tun ist.“ *(GR Senol Akkilic: Das Anwachsen ist richtig!)* - Herr Kollege, Sie wollen es genau nicht sehen! Sie sind es, der die Augen zumacht und damit die Probleme verschärft! Das ist nicht von Wolfgang Jung, sondern von Peter Rabl im „Kurier“ geschrieben! *(GRin Marianne Klicka: Er hat auch eine Meinungsfreiheit!)* Vielleicht könnten sie es auch einmal so betrachten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau VBgmin Mag. Renate Brauner. Ich erteile es ihr.

VBgmin Mag. Renate **Brauner**: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es überrascht mich natürlich nicht, dass in dieser Debatte über den Rechnungsabschluss und über meine Einleitung sehr stark über die Frage der Schulden-situation diskutiert wurde. Darüber kann man auch diskutieren. Denn Schulden sind etwas, das man grundsätzlich ablehnen kann. Oder man kann, wie ich es tue, sagen, man muss schauen, wofür man das Geld verwendet. Einig sind wir uns darin, dass Schulden grundsätzlich zurück-zuzahlen sind, weil man auf die Dauer nicht über seine Verhältnisse leben kann.

Was mich schon ein wenig verwundert, weniger aus der Ecke der FPÖ, da hätte es mich eher verwundert, wenn sachliche Argumente gekommen wären, aber darauf werde ich noch näher eingehen, was mich aber schon verwundert hat, ist, dass auch aus der Ecke einer sich selbst als Wirtschaftspartei bezeichnenden Gruppe dieses Thema einfach diskutiert wird, ohne die wirtschaftliche Gesamtsituation zu sehen. Sich hier hinzustellen und zu sagen, die Schulden sind 2008, 2009 gestiegen und man diskutiert nicht gleichzeitig und sagt nicht gleichzeitig dazu, was sich denn in dieser Welt rundherum abgespielt hat: Sehr geehrte Damen und Herren, nicht böse sein, aber das ist keine seriöse Diskussion!

Gleichzeitig bin ich ebenfalls überrascht von Vertretern einer Partei, die im Bund die Finanzministerin stellen und deren zwar zugegebenermaßen Vorgänger, aber im selben Ministerium von derselben Partei ein Valorisierungsgesetz eingeführt hat, und zwar, bevor es Wien hatte. Denn das Valorisierungsgesetz ist im Bund vom

ÖVP-Bundesfinanzminister eingeführt worden. Sich dann hier hinstellen und diese Regelung zu verdammern, wie geht das zusammen? Wie kann man auf der einen Seite das selbst einführen und sich auf der anderen Seite hier hinstellen? Ich verstehe schon, dass es ein Unterschied ist, ob man in der Regierung oder in Opposition ist. Aber gewisse Grundregeln, sehr geehrte Damen und Herren, gerade wenn es um Wirtschaftsfragen geht, sollte man entsprechend einhalten.

Deswegen halte ich diese Grundregeln ein und stelle mich jetzt nicht hier hin und sage, Wien hat sein Maastricht-Defizit und seine Vorgaben eingehalten, die Bundesfinanzministerin nicht. Ich tue es nicht, weil es unfair wäre. Sie kann es deswegen nicht, weil sie wieder ein Bankenpaket zu schnüren hatte und wir alle gemeinsam der Meinung sind, dass das notwendig ist. Ich bin nicht so unfair und sage das, genauso, wie sie so fair war - ich bin oft unterschiedlicher Meinung mit ihr, das wird nicht überraschen, aber da war sie so fair - und gesagt hat, sie bedankt sich bei den Bundesländern, dass sie ihren Beitrag zum Stabilitätspakt geleistet haben. Ich werfe ihr von dieser Stelle nicht vor, dass sie es nicht tun konnte, weil es gute Gründe dafür gegeben hat.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, das ist schon etwas, was ich mir vor allem aus ihrem Eck erwarte, dass man hier eine gewisse Seriosität hat, sich nicht einfach hier hinstellen und zu sagen, in Wien ist das Valorisierungsgesetz schlecht und wirtschaftlich nicht vernünftig. Der Bund hat es eingeführt. Zufälligerweise ist einen Tag vor unserer Diskussion bekannt gegeben worden, dass die Autobahnvignette erhöht wird. Ergebnis, wie viele andere Dinge, die auf Bundeseite erhöht werden, des Valorisierungsgesetzes des Bundes. Ich denke, da soll man schon ein gewisses Mindestmaß bei allem Verständnis für politischen Schlagabtausch bei der Diskussion berücksichtigen.

Genauso, wie wenn wir über die Situation der Arbeitslosigkeit in Wien diskutieren. Ich glaube, auch darüber brauchen wir wirklich nicht zu streiten, jeder einzelne Arbeitslose, wurscht ob in Wien, in Niederösterreich, in Kickritzpotschen oder woanders, ist einer zu viel. Es ist eine existenzielle Katastrophe für Menschen, vor allem, wenn ich jetzt zum Beispiel an das Stichwort Alpine denke, wo viele lange, seit 20, 25, 30 Jahren im Unternehmen sind. Dann hat man in einer wirtschaftlich so schwierigen Situation, vielleicht auch krank, schon im fortgeschrittenen Alter auf einmal diese Probleme. Deswegen ist es mir so wichtig - ich habe das betont, auch wenn es bei manchen nicht angekommen ist -, dass wir in Wien zum Beispiel mit unseren Insolvenzstiftungen gerade auch den Kollegen und Kolleginnen von Alpine, aber nicht nur ihnen, zur Verfügung stehen und bis zu 7 500 EUR aus Mitteln des Landes Wien investieren,.

Aber wenn man sich anschaut, wie die Arbeitsmarktsituation in Wien ist, dann muss man auch sagen, wenn man ein Mindestmaß an Fairness an den Tag legt, dass, und ich habe mir die letzten verfügbaren statistischen Zahlen angeschaut, nach Wien täglich 259 393 Menschen einpendeln, davon 180 277 aus Niederösterreich, die nicht in dieser Stadt wohnen, die aber von dieser

Stadt mit Arbeit versorgt werden. Weil gesagt worden ist, es gehen auch welche aus Wien hinaus: Stimmt, es gibt auch Wiener, die nicht in Wien arbeiten, ganz konkret nach den letzten offiziellen Zahlen der Statistik 76 715. Also, 76 715 Wiener und Wienerinnen arbeiten außerhalb Wiens und 259 393 Menschen kriegen in dieser Stadt Arbeit, obwohl sie nicht hier leben. Das ist gut so. Das ist die Aufgabe einer Metropole. Aber dass wir in Wien eine Viertelmillion Menschen mit Arbeit versorgen, und uns dann auch noch schlechtreuen lassen müssen, sehr geehrte Damen und Herren, das ist nicht fair! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich sagte, ich habe mir keine konstruktiven Vorschläge oder sachlichen Argumente von der FPÖ erwartet. Umso gespannter, sie haben es nicht gesehen, sie haben in die andere Richtung geschaut, aber alle anderen haben es gesehen, ich habe gleich den Kugelschreiber gezückt, als gesagt wurde, es kommen jetzt konstruktive Vorschläge von der FPÖ. Lange habe ich schon warten müssen, weil zuerst kamen der Anstieg der Schulden und die Valorisierung. Da habe ich meine Argumente schon an den Mann, an die Frau gebracht. Es gipfelte darin, dass Sie jedenfalls dagegen sind. Das ist mir schon bekannter vorgekommen. Aber ich habe lange gewartet. Dann sind konstruktive Vorschläge gekommen, Frau Kollegin. Ein Schulsanierungspaket - haben wir schon. Investitionsprogramme in den Spitälern - haben wir schon. Haftungsregelung für Klein- und Mittelunternehmen - haben wir schon. Das Ganze haben Sie dann ergänzt mit, nicht böse sein, Gemeinplätzen, leistbaren Mieten, geringen Gebühren, also weniger Einnahmen, mehr Ausgaben. Unser Ausschussvorsitzender hat dazu schon gesprochen. Ich freue mich über konstruktive Vorschläge, aber wenn Sie ein bisschen präziser sein könnten, außer Sie hätten gern mehr Geld zum Ausgeben, nehmen aber weniger ein, würde es die Diskussion befruchten. Ich denke, dass da schon noch einiges zu tun ist, wenn wir hier wirklich über konstruktive Vorschläge sprechen.

Aber ich anerkenne das Bemühen zu einer sachlichen Diskussion, das beim Erstredner der FPÖ wohl in keinsten Weise zu erkennen war. Denn in seinem peinlichen Sammelsurium von falschen Zahlen, erfundenen Behauptungen und falschen Zitaten hat er nur eine richtige Sache gesagt. Er hat nämlich gesagt, diese Stadt hat eine schöne und große Geschichte und in dieser Stadt ist viel aufgebaut worden. - Das stimmt. Das ist primär, damit wir uns nicht missverstehen, den Wienern und Wienerinnen zu verdanken. Aber die Rahmenbedingungen dafür hat, seit es in dieser Stadt Demokratie gegeben hat, immer dann, wenn es demokratische Wahlen gegeben hat, eine sozialdemokratische oder eine sozialdemokratisch geführte Regierung gemacht. Es hat Zeiten gegeben, als es Rot-Schwarz gegeben hat. Es gibt jetzt Zeiten von Rot-Grün. Aber es hat nie eine Beteiligung der Freiheitlichen gegeben. Ich glaube, das ist eine sehr gute Begründung dafür, dass sich diese Stadt so gut entwickelt hat. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Schauen wir uns doch einmal an, was denn mit dem Bundesland passiert ist, in dem die Freiheitlichen füh-

rend tätig waren, wenn wir heute über Wirtschaftsförderung reden. Welche Wirtschaftsförderung hat es denn in Kärnten gegeben, als es die von den Freiheitlichen geführte Regierung gegeben hat? Wenn man sich die Medien anschaut, dann scheint sich die Wirtschaftsförderung darauf reduziert zu haben, dass man ein Schnuller- und Babyschnullerpaket entsprechend geschnürt hat. Das ist das einzige Wirtschaftspaket. Ein Schnuller- und Babyspielzeugdepot ist gefunden worden. Das Ergebnis ist, und das ist gar nicht so lustig, wie das Schnullerdepot klingt, dass Kärnten Schlusslicht bei allen Wirtschaftsdaten ist und jetzt eine rot-grün-schwarze Regierung Kärnten retten muss. Sehr geehrte Damen und Herren, das ist das Ergebnis von freiheitlicher Wirtschaftsbeteiligung. Hier von Glaubwürdigkeit und Moral zu sprechen, ist ein Widerspruch in sich.

Denn was haben wir denn von diesen Jahren der Regierung in Kärnten? Kärnten ist in einer der größten Krisen, die es gegeben hat. Ganz Österreich ist heute noch in Geiselhaft der Schulden und der Haftungen, die übernommen wurden und der Schulden, die von Ihrer Katastrophenpolitik gemacht worden sind, sehr geehrte Damen und Herren. Die soziale Verantwortung kann ich nirgendwo erkennen. Sie werden wohl nicht die Ergebnisse für die Profiteure des gerichtsanhängigen BUWOG-Verkaufs meinen! Das können Sie doch wohl nicht meinen! Also da muss ich wirklich sagen, es tut mir leid, dass hier wieder nichts anderes als dieses Sammelsurium gekommen ist, das jedes Jahr dasselbe und jedes Jahr leider nicht sehr niveauvoll ist. Es tut mir leid, dass ich mich damit auseinandersetzen muss, aber unwidersprochen kann man diese Behauptungen wohl auch nicht lassen.

Genauso wenig, wie ich unwidersprochen lassen möchte, den von einigen geäußerten Vorwurf, es wären in meinem Beitrag und der Diskussionsredner der rot-grünen Regierung keine Konzepte und keine Maßnahmen zu erkennen gewesen. Es kann irgendwie nur an den Ohrchen liegen. Ausbildungsgarantie, Qualifikationsplan, Smart-Wohnungen, Gesundheitsreform, Geriatriekonzept, Spitalskonzept 2020, U-Bahn-Ausbau. Ich könnte Ihnen noch ewig lange erzählen, was alles an Reformen und Investitionen in die Wirtschaft passiert. Das kann man doch nicht alles ignorieren! Man muss doch nur mit sehenden Augen durch diese Stadt fahren!

Wenn Sie schon sagen, das ist alles Schönrederei von der Regierung, das erzählt alles nur die Brauner, dann schauen wir uns doch einmal an, was die Wirtschaft tut. Dieser kann man nichts unterstellen. Die Wirtschaft ist die Wirtschaft und reagiert nach eigenen Gesetzen. Nehmen wir doch einige Unternehmungen her:

Boehringer Ingelheim: 16 Millionen EUR Investition in einen Zubau, weil sie sagen, der Wirtschaftsstandort Wien ist so wichtig für sie. Sie haben hier Umsatzsteigerungen. Es ist die CEE-Zentrale für 30 Länder. Sie wollen hier in Wien ihr Zentrum für klinische Forschung weiter ausbauen, weil der Standort so gut ist.

Euro Plaza: In Meidling der fünfte Ausbau. Der fünfte Ausbau von Kapsch Immobilien, weil sich der Standort so gut entwickelt.

Hoerbiger übersiedelt mitten in diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten nicht, wie Sie immer behaupten, irgendwohin auf die grüne Wiese, schon auf die grüne Wiese, aber auf die grüne Wiese in der Donaustadt, nach Aspern. 45 Millionen EUR Investition. 300 Arbeitsplätze in der Verwaltung, 230 Arbeitsplätze im Produktionsbereich. Die Topleute, die extra zu dieser Grundsteinlegung und zu diesem Auswahlverfahren nach Wien gekommen sind, haben gesagt, das ist ein Bekenntnis zum Standort, weil der Standort so gut ist und weil die Rahmenbedingungen so gut sind.

Vor wenigen Tagen war ich bei Ottobock, einem sensationellen Unternehmen. Sie werden vielleicht davon gehört haben. Das sind die, die die gedankengesteuerte Prothese entwickelt haben. Bei uns übrigens, in Wien! Exzellente Kooperation, weil ich die Freunde und Freundinnen vom Gesundheitsressort schon da sehe, mit dem AKH und den Wiener Spitälern. Sie haben ein neues Produktionsgebäude eröffnet, das sie jetzt fertiggestellt haben. Zeitgleich haben wir den Spatenstich in Simmering für ein neues Forschungs- und Entwicklungszentrum getätigt. Auch hier, explizit von den Topleuten, die extra angereist sind, von der Eigentümerfamilie aus Deutschland, weil der Standort Wien so gut ist, weil die Rahmenbedingungen so gut passen, weil die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen so gut sind.

Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist die Realität. Das heißt nicht, dass alle Probleme gelöst sind, aber das heißt, dass wir hier gute Rahmenbedingungen geschaffen haben und optimistisch in die Zukunft blicken. Daran, sehr geehrte Damen und Herren, arbeiten wir. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Eine letzte Bemerkung, weil ich diese Diskussion für unglaublich wichtig halte, nämlich die Diskussion über die Leistung, die Diskussion darüber, und das ist vor allem bei den Zwischenrufen aus den hinteren Reihen immer gekommen, wer für eine Millionärssteuer ist, ist leistungsfeindlich. Dann schauen wir doch einmal, wo die Millionen dieser Millionäre herkommen. Nehmen wir das Jahr, über das wir jetzt sprechen, das Jahr 2012. Da hat sich die Anzahl der Millionäre in Österreich um 10 Prozent erhöht. Das heißt in Ziffern, diese österreichischen Millionäre haben nur in diesem einen Jahr um 22 Milliarden EUR mehr gehabt. Auch eine Steigerung von 10 Prozent. Insgesamt besitzen sie 245 Milliarden EUR - ich rede jetzt nur von den österreichischen Millionären -, jeder im Durchschnitt 3,15 Millionen EUR. Wo kommt denn das Geld her? Wer ist denn so fleißig, arbeitet so viel, hat schon die Schwielen an den Händen, dass diese vielen Milliarden zustande kommen? Ich würde das gern wissen. Die reichste Familie hat 40 Milliarden EUR. Welche Schwielen muss man da vom vielen Arbeiten haben? *(GRin Ing Isabella Leeb: Muss man Schwielen haben, wenn man arbeitet?)* Oder wie viel Kopfweh hat man schon vom vielen Denken seit 22 Milliarden EUR?

Mir unterstellen Sie wieder Klassenkampf, sehr geehrte Damen und Herren. Wenn man mir den Klassenkampf unterstellt, dann nehmen wir halt jemand anderen her. Nehmen wir den Vermögensreport des Liechtensteiner Investmenthauses Valuga AG. Nicht sehr klassen-

kämpferisch, würde ich einmal sagen. Also, ich glaube nicht, dass sie „Das Kapital“ geschrieben haben. Was sagt der Vermögensreport aus Liechtenstein? Ich zitiere wortwörtlich: „Dieses Rekordergebnis ist vor allem den boomenden Kapitalmärkten und dem starken Immobilienmarkt zu verdanken.“ - Zitat Ende. Jährlich also 8 bis 10 Prozent Wachstum. Das Vermögen wächst drei- bis vier Mal schneller als die Realwirtschaft, als das Wirtschaftswachstum. Die Turbos sozusagen sind die Weltbörsen. Die Kapitalisierung der Börsen erhöhte sich in dieser Zeit um 15 Prozent, während die Realwirtschaft - wir kennen die Zahlen - eine mäßige Steigerung von 0,8 Prozent hat. Ich sage Ihnen, die wirklichen Leistungsträger sind nicht die, die nichts tun, außer von ihren Aktien und von ihren Veranlagungen zu leben und die Millionen einzustreifen (*GR Mag Wolfgang Jung: Darum geht es ja gar nicht!*), die wirklichen Leistungsträger sind nicht die, die Immobilien geerbt haben und jetzt einkassieren, sondern die wirklichen Leistungsträger sind die Arbeiter und Angestellten, die Beamten, die Vertragsbediensteten, die Unternehmer der Realwirtschaft (*GRin Ing Isabella Leeb: Wer trägt denn das Risiko?*), diejenigen, die selbst in den Klein- und Mittelunternehmungen aktiv sind, die Ein-Personen-Unternehmungen, die keine Millionäre sind. Schauen Sie sich doch die Wirtschaftsstruktur in Wien an! Egal, ob die Unternehmer jetzt neue kreative oder traditionelle Unternehmer sind, um diese geht es. (*GR Mag Alexander Neuhuber: Der Herr Mateschitz kommt nicht aus der Finanzwirtschaft! Red Bull ist kein Finanzprodukt!*) Um diese geht es. Diese werden wir weiter unterstützen. Das beweist der Rechnungsabschluss 2012. Und das werden wir auch weiter tun. - Herzlichen Dank! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zur Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich schlage nun vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales mit der Postnummer 2, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2012, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt und den Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, so vorzugehen. Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Korosec. Ich erteile es ihr. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 12 Minuten. Die Gesamtredezeit der Fraktion ÖVP 29 Minuten.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gesundheits- und Sozialpolitik ist ein ganz wichtiger Bereich im Rechnungsabschluss, denn hier werden viele Entscheidungen für die Menschen getroffen, die in Wien leben. Daher ist fast ein Viertel des Gesamtbudgets für Gesundheit und Soziales vorgesehen. Das sehen wir von der Wiener ÖVP auch als durchaus gerechtfertigt.

Wir bekennen uns grundsätzlich zu diesem Viertel, allerdings, und das ist heute nicht neu, sondern das sagen wir seit Jahren, immer unter dem Aspekt der Sparsamkeit, der Effizienz, der Wirtschaftlichkeit und der Transparenz. Das ist in vielen Bereichen dieses Rechnungsabschlusses nicht vorhanden.

Mein Schwerpunkt für meine 12 Minuten ist diesmal der Bereich Soziales. Mein Kollege Bernhard Dworak wird den Gesundheitsbereich durchleuchten.

Wenn man sich die letzten Stunden angehört hat, vor allem die Frau Vizebürgermeisterin, dann muss man schon sagen, diese Lobhudelei, die wir da gehört haben, ist kaum auszuhalten und entbehrt auch jeder Realität.

Soziale Gerechtigkeit, sehr oft gefallen dieses Wort, hat bei Ihnen angeblich einen ganz hohen Stellenwert. Sie trommeln das auch ständig mit ihren Werbeeinschaltungen. Auch hier werden Sie nicht müde, das ständig zu sagen. Wenn das so ist, meine Damen und Herren, dann frage ich Sie: Ist es gerecht, dass Sie die Gebührenlawine über die Wienerinnen und Wiener wälzen? Ich denke an Müll, Wasser und so weiter. Ich brauche es nicht näher auszuführen. Es ist heute schon oft gesagt worden. Es ist am Freitag diskutiert worden. Sie wissen es. Aber klar ist, was Sie tun, ist eine ausgesprochene Schröpfaktion und daher muss man ihnen den Spiegel vors Gesicht halten. Die meisten sind eh nicht da, weil sie den Spiegel nicht sehen wollen. Aber das muss man Ihnen einmal sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren, wen trifft es denn tatsächlich? Trifft es die Wohlhabenden dieser Stadt? Nein. Es trifft den Mittelstand und es trifft die sozial Schwachen. Das ist das besonders Unsoziale an diesem rot-grünen Belastungspaket. Aber das ist Ihre Politik der Sozialdemokraten und jetzt auch der GRÜNEN, der Sozialdemokraten seit vielen Jahrzehnten, der GRÜNEN jetzt seit zwei Jahren. Auf der einen Seite nehmen Sie. Unverschämt ziehen Sie den Menschen das Geld aus ihrem Börsel. Auf der anderen Seite geben Sie es als Almosen wieder zurück. Aber, meine Damen und Herren, wir wollen keine Almosenbezieher, sondern wir wollen eine Wirtschaftspolitik, eine Arbeitsmarktpolitik, wo die Menschen in dieser Stadt das Auskommen mit ihrem Einkommen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das haben Sie seit Jahrzehnten versäumt. Bgm Häupl hat 1994 die Vollbeschäftigung versprochen. Das war im letzten Jahrtausend. Aber versprochen und es wurde gebrochen. In diesem Gebrochenen liegt auch der Schlüssel der Armutsgefährdeten oder der in Armut lebenden Menschen in dieser Stadt.

Damit komme ich zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Die Ausgaben - ist schon gesagt worden - erhöhen sich gegenüber 2011 um 13,5 Prozent auf 413 Millionen EUR oder auf 144 000 Menschen. Vergleich Niederösterreich: Ich weiß, darüber haben Sie sich schon aufgeregt, aber in Niederösterreich sind es halt 19 000 Menschen und nicht 144 000 und 45 Millionen EUR statt 413 Millionen EUR. Das bedeutet in Wien das Achtfache von Niederösterreich. Das ist schon bemerkenswert.

Aber schauen wir uns jetzt die Mindestlohnbezieher

einmal näher an. Es wurde auch heute schon von der Frau Vizebürgermeisterin gesagt, die VollbezieherInnen sind verhältnismäßig eine kleine Gruppe - das stimmt -, sind sogar etwas zurückgegangen und für eine Großstadt mit 9 Prozent keine große Gruppe. Das ist festzustellen. Aber die große Anzahl sind Bezieher einer Ergänzungsleistung und in der Altersgruppe zwischen 25 und 59 Jahren. Das sind 90 000 Menschen, die nur geringfügig beschäftigt sind, was natürlich zum Leben nicht ausreicht. Darin liegt Ihr Versagen. *(GR Kurt Wagner: Geringfügig nicht! Sie verdienen zu wenig, dass sie davon leben können!)* - In Geringfügigkeit beschäftigt. *(GR Kurt Wagner: Geringfügig ist etwas anderes!)* Wenn ich die Arbeitslosenquote, Herr Kollege Wagner, in Wien mit 9,5 Prozent anschau, wie schon gesagt, höchste in Österreich, kann man gegenrechnen, wir haben sehr viele Einpendler. Das stimmt auch. Ich versuche, das durchaus seriös aufzuarbeiten. Dazu kommen 33 000 Menschen, die Schulungsteilnehmer sind. Wenn ich jetzt rechne, dass diese 90 000 geringfügig Beschäftigten nicht wirklich beschäftigt sind, aber als beschäftigt gelten - für mich sind sie eigentlich fast als Arbeitslose anzusehen -, dann habe ich 200 000 Menschen in Wien. Wenn ich mir noch überlege, die unselbstständig Tätigen, dann haben wir in Wien fast eine Arbeitslosenquote von 25 Prozent. Und das ist unglaublich!

Wenn ich ähnlich strukturierte deutsche Städte anschau, zum Beispiel München, Hamburg, ebenfalls von roten Parteien regiert, haben diese offensichtlich die Zeichen der Zeit erkannt. Hamburg hat eine Arbeitslosenquote von 7 Prozent, München mit 1,4 Millionen Einwohnern eine Arbeitslosenquote von 4,7 Prozent. Von diesen Zahlen, meine Damen und Herren, sind Sie meilenweit entfernt.

Sie haben jahrzehntelang eine falsche Integrationspolitik, jahrzehntelang versäumte Bildungspolitik, jahrzehntelang viel zu wenig Arbeitsmarktpolitik und natürlich auch die fehlende Innovation in der Wirtschaftspolitik betrieben. Wo ist die Reindustrialisierung in Wien? Wo sind die Wachstumsimpulse? Sie sind nicht vorhanden. Daher schaut es so aus. Natürlich ist jeder Arbeitslose zu viel. Wenn ich mir überlege, dass wir fast von 25 Prozent Arbeitslosen in Wien reden können, dann ist das wirklich ein Armutszeichen dieser Stadtpolitik! *(Beifall bei der ÖVP und von GR Wolfgang Seidl.)*

Die Frau VBgmin Brauner hat heute wieder gemeint, die Mindestsicherung ist keine Hängematte. Darin stimme ich ihr zu. Aber wenn sie dann sagt, sondern ist ein Sprungbrett, muss ich schon sagen, das Sprungbrett sehe ich überhaupt noch nicht. Da müssen sie noch sehr viel dazu tun. Da ist auch der Herr Bürgermeister gefordert, dass es wirklich zum Sprungbrett wird, weil das soll es sein. Derzeit ist es nicht so. Wenn man sich die Berichte, was die Zukunft betrifft, ansieht, verweise ich auf den Bericht vom WIFO, wo man feststellt, dass es gerade in Wien zu einer deutlichen Verlagerung von niedrigqualifizierten zu hochqualifizierten Tätigkeiten kommen wird. In Wien entstehen bis 2016 die meisten zusätzlichen Jobs in Berufen auf Hochschulniveau. Das bedeutet, in den nächsten Jahren werden die Arbeitsplätze, wo

keine oder nur eine geringe Ausbildung vorausgesetzt wird, zurückgehen und die Entlohnung dieser Jobs wird noch geringer ausfallen.

Wenn wir in Wien verhindern wollen, dass immer mehr Menschen die Mindestsicherung als Ergänzungseinkommen haben, weil sie auf Grund ihrer geringen Bildung keine Jobs bekommen, dann muss ganz dringend mehr Engagement in Ausbildungsmaßnahmen und in die Ausbildungsniveaus der Pflichtschulabgänger investiert werden. Denn mangelnde Bildungspolitik, meine Damen und Herren, sind gestohlene Chancen. In der Kindheit und in der Jugend wird die Basis für die Menschen geschaffen, Wertevermittlung, Leistung und Bildung, Lesen, Schreiben, Rechnen. Ohne Bildung keine Ausbildungschancen, keine Jobchancen und folglich auch keine Zukunft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir sehen es beim Wiener Lesetest, dass 20 Prozent nicht sinnerfassend lesen können. Von 220 000 Schülerinnen und Schülern kann ein Fünftel nicht sinnerfassend lesen. Das heißt, durch diese fehlende Bildungspolitik bauen Sie, meine Damen und Herren von Rot-Grün, eine Generation, die mit Sicherheit in der Mindestsicherung landen wird! Das haben Sie zu verantworten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin daher sehr froh über die Integrationspolitik des Staatssekretärs Sebastian Kurz, das heißt, Deutsch vor Schuleintritt, verpflichtender Kindergarten, Versachlichung der Integrationspolitik. Ich hoffe sehr, dass Sie all diese Maßnahmen und noch vieles mehr unterstützen, mithelfen, dass die Versäumnisse, die in vielen Bereichen vorhanden sind, Bildung, Arbeitsmarkt, Integration und Wirtschaftspolitik, abgebaut werden können. Meine Damen und Herren, derzeit ist das noch lange nicht der Fall, ganz im Gegenteil!

Daher werden wir selbstverständlich dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der ÖVP beträgt 17 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein. Ich erteile es ihr. Die selbstgewählte Redezeit ist 12 Minuten.

GRin Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Frau GRin Korosec, ich schätze Sie in persönlichen Gesprächen sehr, doch Ihre Rede hier als Mitglied der ÖVP habe ich echt als ein sehr starkes Stück empfunden *(GRin Ing Isabella Leeb: Das ist die Wahrheit!)*, und zwar, weil ich ziemlich froh bin und ich es ziemlich gut finde, in einer Stadt zu leben, in einer Koalition zu sein, die nicht Politik auf den Rücken der Schwächsten in der Gesellschaft macht, die keine Sündenböcke hernimmt, wie Sie von der ÖVP die letzten Tage und Wochen, wo Sie eine Missbrauchsdebatte über die MindestsicherungsbezieherInnen begonnen haben *(StR Mag Manfred Juraczka: Haben Sie zugehört?)*, und zwar auf Rücken der Ärmsten in dieser Stadt. Wir von Rot-Grün lehnen diese Sündenbockpolitik ab! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - StR Mag Manfred Juraczka: Wann ist das Wort Missbrauch gefallen?)*

Sie müssen schon Verantwortung übernehmen! *(StR*

Mag Manfred Juraczka: Sie haben in Ihrer Rede von Missbrauch gesprochen! In dem Augenblick, wo Sie eine Diskussion über Missbrauch und Leistungsmissbrauch lostreten und sich dann wundern, dass man wieder über die soziale Hängematte redet, tragen Sie hier die Verantwortung dafür, dass wieder einmal eine Sündenpolitik betrieben wird. Ich finde das für eine angeblich christlich-soziale Partei sehr beschämend!

Das andere ist, wenn wir von Armut sprechen, sprechen wir davon, dass die Zahlen definitiv steigen. Es gibt immer mehr Menschen, Frau GRin Korosec, nicht die geringfügig beschäftigt sind, sondern die Vollzeit arbeiten, die Teilzeit arbeiten und nicht mehr von diesem Geld leben können. *(GRin Mag Ines Anger-Koch: Auf Grund Ihrer Gebührenerhöhungen!)* Zum Beispiel hat eine Friseurin einen Bruttostundenlohn von 7,11 EUR. Im Gastgewerbe gibt es einen Bruttolohn von 7,08 EUR. Als Serviererin in einer Konditorei verdient man 6,80 EUR brutto. Übernehmen Sie hier Verantwortung! Sie tragen hier Mitverantwortung! Sollten Sie bereit sein, über Mindestlöhne zu sprechen, werden Sie hier bei uns sicher einen Partner beziehungsweise eine Partnerin finden. Weil das ist ein Ausdruck der Armut, dass die fehlenden Mittel nicht zur Verfügung stehen.

Das Zweite, wenn wir schon von Armut sprechen, ist, Armut macht auch krank und Armut ist natürlich auch vererbbar. Sie haben recht, die Bildungsfrage ist eine entscheidende Frage, nur ist es sehr steil, wenn Sie hier heraußen stehen und sagen, wir sollen in Bildung investieren, aber die Verantwortung dafür tragen, dass im Bildungssystem in diesem Land nichts weitergeht! Sie wehren sich gegen Ganztagschulen! Sie wehren sich gegen qualifizierte Schulen für alle Kinder in dieser Stadt, dass jedes Kind eine Chance kriegt! Dafür tragen auch Sie die Verantwortung!

Was wir im Gegensatz zu Ihnen mit Ihrer Sündenpolitik machen, ist konkret. Wir halten den Gratiskindergarten in dieser Stadt aufrecht. Das ist in finanziell schwierigen Zeiten keine Selbstverständlichkeit. Rot-Grün ist es das wert. Dies entlastet die Mittelschicht. Wir stehen zur Kindermindestsicherung. *(GRin Mag Ines Anger-Koch: Das spricht Ihnen auch niemand ab!)* Das bedeutet für Familien eine enorme Entlastung, weil vor allem AlleinerzieherInnen, vor allem Familien mit Mehrfachkindern dieses Geld brauchen können. Sie haben das abgelehnt. So viel zu Ihrer sozialen Verantwortung.

Bei uns gibt es die „kinderaktiv“-Card. Wir investieren sehr viel ins Jugendamt, Umstrukturierung, Gewaltprävention. Wir haben eine Palette an Qualifizierungsplänen, 2020. Das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen, dass Armut ein ernstes Thema ist und es nicht die Lösung gibt. Wir können auch nicht alles hier in Wien machen. *(GRin Ing Isabella Leeb: Nein, aber Sie sollen das Richtige machen!)* Was wir machen, ist bestmöglich, dass jeder Mensch eine Chance in dieser Stadt hat. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen!

Die Energieunterstützung: Ich weiß nicht, wie oft wir schon hier gestanden sind, um Ihnen die Energieunterstützung zu erklären. Sie haben es noch immer nicht verstanden. Rot-Grün versucht hier einen neuen Weg,

indem man nicht nur automatisch 100 EUR an eine bestimmte Anzahl von Menschen überweist, sondern schaut, was die Menschen konkret brauchen. Ich habe gerade mit der MA 40 gesprochen. Es gibt Menschen, die das in Anspruch nehmen. Es werden immer mehr, die auch die Scham überwinden und diese Hilfe in Anspruch nehmen, wo es nicht nur um 100 EUR, sondern um Jahresnachzahlungen von weit über 100 EUR geht, wo die Menschen konkret Unterstützung erhalten. Wir investieren mit der MA 40 durch Hilfe in besonderen Lebenslagen konkret Millionen an Unterstützung. Diese gilt das ganze Jahr.

Was uns auch wichtig war, ist, nachhaltig in dieser Frage zu sein. Sie haben recht, es wird immer teurer, den Menschen fällt es schwer, die Lebenserhaltungskosten zu begleichen. Es gilt das ganze Jahr. Wir werden sehen, wie viele Menschen wir durch die aufsuchende Arbeit erreichen, wie viele Menschen es schaffen, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Weil wir wissen ganz genau, Armut ist noch immer mit Scham behaftet. In dem Augenblick, wo Sie wieder diese Diskussion führen, dass das Schmarotzer sind, sie faul sind oder in der Hängematte sitzen, entwürdigen Sie auch 48 000 Kinder, die im Augenblick in Wien die Kindermindestsicherung erhalten. Diese leben in Familien, wo es knapp ist. Was Sie machen, ist eine Politik auf den Rücken der Armen.

Ich möchte noch einen Blick auf Menschen richten, wo man auch nicht gern hinschaut, zum Beispiel Obdachlosigkeit in Wien. Ich bin froh, und ich sage es ganz offen, in einer Stadt zu wohnen, wo wir es gemeinsam mit NGOs, der Stadt Wien und dem FSW schaffen, dass niemand in dieser Stadt erfriert. Es war ein brutal kalter Winter. Wir haben 1 400 Menschen untergebracht. Ich bin stolz darauf, dass wir konkrete Hilfe leisten und nicht nur wie die ÖVP reden, wenn Möglichkeiten sind, und nicht handeln. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Im Bereich der Behinderung hat die Stadträtin letztes Jahr ein extrem tolles und wichtiges Projekt gestartet. Das finde ich sehr spannend, sich mit Menschen mit Behinderungen, mit Initiativen, mit der Stadt Wien gemeinsam zu überlegen, wie es denn in Wien mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ausschaut, was die Arbeit anlangt, was Wohnen anlangt, was Barrierefreiheit anlangt. Wo sind die Lücken? Wie sind die Einschätzungen? Das mit Betroffenen gemeinsam, um der Politik einen Leitfaden und Empfehlungen zu geben, wo die Meinung der Arbeitsgruppen, die Meinung der betroffenen Menschen berücksichtigt werden, die wir dann als Arbeitsauftrag in der Politik verstehen. Das ist kein leichter Prozess, aber ein extrem guter, richtiger und wichtiger.

Der dritte Bereich ist der Bereich der Sucht- und Drogenpolitik, und ich muss noch einmal darauf zurückkommen, dass es wirklich einfach und billig ist, hier quasi Sündenböcke zu suchen und auf Kosten von Drogenkranken Politik zu machen. Wir haben es im Frühjahr erlebt, als die Substitution – ausgehend von der Frau Innenministerin – wieder auf dem Rücken von Drogenkranken in Frage gestellt wurde. Im „Falter“ wurde geschrieben, dass hier offensichtlich ein Krieg der Phar-

malobby ausgebrochen ist und auch seitens des Innenministeriums sehr eigenartige Interessen vertreten werden. Das ist eine Politik, die wir in dieser Stadt ablehnen!

Wie wir wissen, sind durch die Finanzkrise die Ressourcen beschränkt. Das wissen wir. Daher schauen wir uns ganz genau an, wie man die Qualität der Sozialpolitik in dieser Stadt aufrechterhalten kann. Wir schauen uns genau an, dass wir keine Entwicklungen in dieser Stadt übersehen, und dazu gehören natürlich vor allem Kinder und Jugendliche. „Jedem Kind eine Chance!“ ist ein Motto, das wir hier verfolgen.

Nun vielleicht noch zu einem heiklen Punkt, nämlich zur Grundversorgung der Flüchtlinge. Auch hier geht Wien voran, auch hier hat Wien politisch klar signalisiert: Es macht Sinn, sich auf Bundesebene zu überlegen, dass Flüchtlinge auch arbeiten dürfen. Flüchtlinge wollen arbeiten, auch wir unterstützen das politisch. Auch hier kann man vorangehen bis zur Delogierungsprävention und bis zu einem neuen Konzept der Obdachlosenhilfe mit dem „Housing First“.

Man könnte jetzt noch viel aufzählen. Der springende Punkt ist einfach: Wir übernehmen Sozialverantwortung trotz schwieriger Zeiten, wir betreiben Politik nicht auf dem Rücken der Schwächsten in unserer Stadt, und darauf sind wir stolz! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Lasar. Ich erteile es ihm und weise auf seine selbstgewählten 12 Minuten hin.

StR David **Lasar**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Wenn wir heute über das Budget im Gesundheitsbereich sprechen, muss man einmal festhalten, dass hier eine große Chance vertan wurde, um erstens das Gesundheitssystem effizienter und zum Wohle der Patienten umzugestalten und um zweitens die Kostenexplosion im Gesundheitsbereich einzudämmen.

Dass unser Gesundheitssystem, Frau Stadträtin, reformbedürftig ist, ist natürlich unbestritten. Dass es bis jetzt so gut funktioniert – das muss man auch an dieser Stelle einmal sagen – ist allein den Ärzten, Krankenschwestern und Pflegern zu verdanken, die oft quasi Unmenschliches leisten und daher oft am Burn-out sind. Diesen Menschen gebührt heute auch Dank, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die zuletzt beschlossene 15a-Vereinbarung, auf die ich mit fünf Punkten eingehen werde, Frau Stadträtin, ist nichts anderes als ein Belastungspaket für die Patienten.

Erster Kritikpunkt: Der Ausgabenzuwachs im Gesundheitsbereich soll bis 2016 3,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes nicht überschreiten. Was bedeutet das? – In den Jahren 2012 bis 2016 gibt es einen Ausgabendämpfungseffekt in ganz Österreich von zirka 3,43 Milliarden EUR. In Wien macht das in etwa 500 Millionen EUR aus.

Was wollen Sie hier einsparen? – Frau Stadträtin! Leistungen werden dann natürlich nicht mehr in dem Umfang wie jetzt angeboten werden können. Wenn nämlich das Bruttoinlandsprodukt sinkt und sich die Leistungszuwächse, wie geplant, an der negativen Wirtschaftsentwicklung orientieren, bedeutet das nichts an-

deres als Leistungskürzungen, Personaleinsparungen und vielleicht Selbstbehalte für die Patienten.

Wo führt das an und für sich hin? – Das geht in Richtung Zwei-Klassen-Medizin, die ja sukzessive bis jetzt ohnedies schon gekommen ist, diese wird dann aber natürlich noch weiter ausgebaut werden. Leistungen werden dann dazugekauft werden, und ich frage mich, wie sich gerade die Ärmsten der Armen – von diesen hören wir ja immer von der Stadt, wie arm sie sind und dass sie sich gar nichts leisten können – in Zukunft eine Gesundheitsversorgung leisten können werden, wenn es so kommt, wie es geplant ist.

An dieser Stelle weise ich und weisen wir schon seit Jahren darauf hin: Wir haben 21 Krankenkassen. Ich habe mir jetzt einmal genau einen Überblick darüber verschafft, was für Krankenkassen wir haben. Wir haben neun Gebietskrankenkassen, sechs Betriebskrankenkassen, wir haben die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft, die Sozialversicherungsanstalt der Bauern, die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau, die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, die Versicherungsanstalt des Österreichischen Notariats. Zusätzlich gibt es weitere Krankenfürsorgeanstalten – KFA – der Länder und Gemeinden, welche nicht dem Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger angehören.

Frau Stadträtin! Warum hat man nicht angefangen, hier einmal zusammenzulegen? Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir allein in ganz Österreich neun Gebietskrankenkassen brauchen! Da würde doch eine reichen! Das kann es wirklich nicht sein, dass man genau in diesen Bereichen, wo man leicht einsparen können hätte, gar nichts tut. (*GR Kurt Wagner: Halten Sie die Rede im Nationalrat und nicht bei uns!*) Ja, ich weiß! Aber ihr sitzt ja genauso im Nationalrat! Warum tut ihr das dort nicht? (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich sitze nicht im Nationalrat. (*GRin Marianne Klicka: Wir hier auch nicht!*) Ja, aber ihr regiert auf Bundesebene, und ich meine, man hätte genau das einsparen können! Die Stadträtin war ja dabei, als die 15a-Vereinbarung ausgehandelt wurde. – Bitte also solche Dinge nicht immer wegschieben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ziel der Reform – das ist ausdrücklich vermerkt – ist es ausdrücklich, die Primärversorgung im niedergelassenen Bereich zu stärken. Frau Stadträtin! Das ist der nächste Punkt: Es gibt zirka 1 300 Kassenstellen in Österreich, und in Wien fehlen zirka 300, weil es bereits seit über 10 Jahren keine zusätzlichen Kassenverträge mehr gibt. Wie wollen Sie da – wie angekündigt – den niedergelassenen Bereich an und für sich stärken? Eine entsprechende Versorgung wird es mit Sicherheit nicht geben. Die Probleme, die wir heute schon in diesem Bereich haben, sind hinlänglich bekannt: Wohin werden die Patienten gehen? In die Ambulanzen Tag und Nacht? Das AUVA-Krankenhaus wird in der Nacht ohnedies nicht mehr geöffnet sein, weil man dort so überbelastet ist. Wohin wird das führen? Die Menschen werden also in die Ambulanzen gehen müssen, weil sie sonst nirgendwo behandelt werden. – Das ist Ihr Problem! Und genau das zeigen wir auf, aber es geschieht an

und für sich nichts. Es wird nichts als schöngeredet, vor allem in Wien.

Drittens: Mit der Einigung zwischen Bund und Ländern und der Sozialversicherung hat keine andere Interessengruppe mehr Parteistellung. Auch im Hinblick darauf gibt es Bedenken, dass ein solidarisches Gesundheitssystem in einen lukrativen Gesundheitsmarkt umgestaltet werden soll, und für Sie werden dann natürlich Kostenaspekte sowie Fallpauschalen wichtiger sein als der Patient.

Viertens: Es werden dann zusätzliche Verwaltungsebenen geschaffen, so werden etwa eine Bundeszielsteuerungskommission und eigene Landeszielsteuerungskommissionen eingesetzt werden. Das kritisieren nicht nur wir oder ich, das hat auch der Präsident des Rechnungshofes Dr Moser kritisiert. Meine Damen und Herren! Dadurch wird die Verwaltung nicht kleiner, sondern größer, und in Anbetracht dessen frage ich mich schon: Wo sparen Sie das wieder ein?

Für Überprüfung und Monitoring der vereinbarten Verträge wird dann noch eine eigene Tochtergesellschaft der Gesundheit Österreich GmbH gegründet. Wo bleiben da wieder die Kosteneinsparungen? Das kostete ja wieder Millionen!

Außerdem wird eine Medikamentenkommission eingerichtet, die feststellen soll, welche hochpreisigen und spezialisierten Medikamente in welchem Bereich zum Einsatz kommen. Gleichzeitig bleibt aber die bereits eingerichtete Heilmittelvaluierungskommission bestehen. Ich sage nicht, dass das schlecht ist, aber wir haben somit jetzt zwei gleiche Kommissionen, und daher ist wieder zu befürchten, dass zusätzliche finanzielle sowie personelle Ressourcen benötigt werden, und das kostet dann wieder Millionen, Frau Stadträtin!

Fünftens: In Art 23 der Zielsteuerungsvereinbarung wird die Einrichtung eines Gesundheitsförderungsfonds zur Stärkung der Gesundheit und betreffend Gesundheitsprävention festgelegt. – Das ist sehr gut. Aber 150 Millionen EUR in Österreich auf 10 Jahre, Frau Stadträtin – das bedeutet in etwa 15 Millionen EUR pro Jahr für Gesundheitsvorsorge und –prävention – scheinen mir ein bisschen wenig zu sein! Wenn man nämlich nur an die jährlich notwendigen Therapiekosten etwa im Kinder- und Jugendbereich, um Folgeerkrankungen hintanzuhalten, denkt, dann sieht man, dass Sie damit nicht weit kommen werden, denn nicht einmal das ist damit abgedeckt.

Abschließend ein großer Kritikpunkt von mir: In diesem Bereich wird auch sehr viel schöngeredet, nämlich betreffend neue Tuberkulosefälle. Ich möchte nur ganz kurz darauf eingehen: Jahrzehntlang gab es in Österreich fast keine Neuinfektionen. Erst seit wenigen Jahren tritt TBC wieder laufend auf. Kürzlich, wie Sie wissen, in zwei Schulen und auch im AKH.

Was aber ist geschehen, Frau Stadträtin? – Im Kontrollamtsbericht 2009 werden verstärkte Maßnahmen im Kampf gegen die Krankheit TBC empfohlen, und auch die Risikogruppen, die auch wir angesprochen haben, nämlich Asylwerber und Schubhäftlinge, werden darin genannt. – Ich werde Ihnen jetzt einiges aus dem Kon-

trollamtsbericht zitieren.

Da heißt es: „Risikogruppen. Bei Risikogruppen – Asylwerbern, Schubhäftlingen, Obdachlosen, Prostituierten – zeigt sich eine überdurchschnittlich hohe Erkrankungsrate. Unter anderem durch Migration könnte sich die Situation in Österreich verschlechtern.“ – Das war 2009, und es ist sicherlich nicht besser geworden!

Das Kontrollamt empfiehlt, dass man sich auf diese Risikogruppen verstärkt konzentriert. Das verschweigen Sie aber, Frau Stadträtin!

Dann hat es noch extra Untersuchungen gegeben. Daraus ging hervor – ich zitiere wieder –, „dass bei einer gezielten Personenauswahl die Inzidenzen um ein Vielfaches höher sind als beim Bevölkerungsdurchschnitt. Ferner ließen die hohen Werte bei den Asylantinnen und Asylanten sowie bei den Schubhäftlingen erkennen, dass die epidemiologische Lage in bestimmten Ländern beziehungsweise Regionen offenbar schlechter als in Österreich zu sein scheint.“

Auch aus dem Kontrollamtsbericht: „Auswirkungen auf Österreich. Auf Grund des Aufkommens resistenter Erregerkeime, der weltweiten Reisetätigkeit, der Migration aus Hochrisikogebieten, auf Grund von Kriegereignissen und auch auf Grund der in Österreich nach wie vor existierenden Armut in Teilen der Bevölkerung konnten nachfolgend negative Auswirkungen auf die Situation in Österreich nicht ausgeschlossen werden.“

Frau Stadträtin! Das sind genau die Punkte, die wir ansprechen, und man reagiert einfach nicht darauf! Es gibt gewisse Reaktionen, wenn wir von Ausländern, Migranten und Asylanten reden. Ja. Wir weisen darauf hin! Aber auch im Kontrollamtsbericht steht, dass diese Leute zwar die notwendigen Medikamente bekommen, wenn sie TBC haben, dass sie diese aber einfach nicht nehmen. Und wenn man nachfragt, warum sie die Medikamente nicht nehmen, und betont, dass sie diese doch nehmen müssen, dann heißt es bloß: Wir können die Leute nicht zwingen! – Diese Leute laufen also weiter herum und infizieren die anderen! Das sind allerdings Probleme, die es in einer Stadt nicht geben kann und darf, Frau Stadträtin. *(Beifall bei der FPÖ.)*

So ist zum Beispiel im Otto-Wagner-Spital fast die Hälfte der Betten mit TBC-kranken tschetschenischen Asylwerbern belegt. – Das sollte Ihnen auch zu denken geben! Aber das ist nicht der Fall, sondern man schiebt das stetig weg!

Abschließend zitiere ich auch noch die „Deutsche Ärztezeitung“, in der es heißt, dass die „Einwanderung das Einfallstor schlechthin für Tuberkulose“ ist.

Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich kann nur sagen: Nehmen Sie bitte die Gesundheitspolitik zum Wohle der Bürger der Stadt Wien ernst! *(Zwischenruf von GR Senol Akkilic.)* Das hätten sich diese nämlich verdient! – Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Seine Redezeit ist mit 5 Minuten und 30 Sekunden beschränkt. – Bitte.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Ein paar Gedanken zum sehr großen und umfassenden Geschäftsbereich Gesundheit und Soziales: Es ist meiner Meinung nach natürlich sehr gut, wenn in einer großen Stadt diese zwei wichtigen Bereiche auch einen entsprechenden Stellenwert im Budget und im Rechnungsabschluss genießen. – Im Endeffekt stellt sich dann allerdings immer die Frage, ob die Ziele, die man mit dem vielen Geld anstrebt, tatsächlich erreicht werden.

Ich greife jetzt einen Punkt heraus, nämlich die Frage der Mindestsicherung, und da finde ich doch eine sehr eigenartige Geisteshaltung widergespiegelt: Dass die Zahl der Mindestsicherungsbezieher steigt, ist doch kein Erfolgsnachweis! – Ich würde mich zum Beispiel freuen, wenn es heißt, dass in Wien immer mehr Menschen eine Gesundenuntersuchung oder einen höheren Schulabschluss machen, immer gesünder werden et cetera. Das wären Zahlen, über die man sich freuen kann! Aber dass diese Mindestsicherung immer stärker in Anspruch genommen wird, das ist ja ein Alarmsignal und nichts, worüber man stolz und froh sein kann!

Selbstverständlich besteht im Hinblick auf jede Sozialleistung in gewisser Hinsicht immer auch eine Missbrauchsgefährdung, aber ich möchte das Problem gar nicht am potenziellen Missbrauch anknüpfen. Vielmehr ist das grundsätzliche Problem, dass, wenn man vom Staat sozusagen ein Grundeinkommen zur Verfügung stellt, sich auch viele andere Subsysteme in der Gesellschaft darauf einstellen.

Das kann man zum Beispiel auch im Zusammenhang mit der Lohnpolitik feststellen. Wenn man weiß, dass es ohnehin die Aufzählung gibt, dann werden natürlich Niedriglohnjobs immer unter dem Aspekt gestaltet, dass es möglicherweise dann die Mindestsicherung gibt. Diese Debatte kennt man auch aus Deutschland mit den Minijobs, wo dann aufgestockt wird. Es wäre also auch die Frage zu stellen, ob es dann nicht wirklich auch negative Anreize gibt, indem man sagt: Am Schluss kommen immer 800 EUR heraus, egal, wie viel davon aus dem Erwerbseinkommen kommt. – Im Hinblick darauf frage ich mich, ob man auf diese Weise nicht gerade im Niedriglohnbereich falsche Anreize setzt!

Aber im Endeffekt muss es das Ziel der Sozialpolitik und auch der kommunalen Sozialpolitik – Sozialpolitik ist ja im großen Stil Bundesangelegenheit – sein, dass die Menschen auf eigenen Füßen stehen können und sollen und dass dieses auf eigenen Füßen Stehen auf Basis einer eigenen Erwerbstätigkeit stattfindet. Es soll also keine Hartz IV- oder Mindestsicherung geben, sondern es soll eigentlich im Prinzip das Erwerbseinkommen ausreichen, und es ist gute Tradition in Österreich, dass das Sache der Sozialpartner und nicht der Politik ist. Ich glaube nämlich, dass die Lohnpolitik bei den Sozialpartnern am besten aufgehoben ist, weil in diesem Gremium Arbeitgeber und Arbeitnehmer in paritätischer Besetzung entsprechende Branchenregelungen treffen können. Und das Sozialsystem soll dann sozusagen sekundieren, nicht aber die erste Geige spielen. – Das muss einem jedenfalls zu denken geben.

Und es muss einem auch zu denken geben, wenn es

gerade aus dem Migrationsmilieu eine überdurchschnittliche Inanspruchnahme der Sozialleistungen gibt. Es ist ja immer sehr schön und gut, wenn man sagt, dass man da viel Geld hineinstecken muss, um Menschen auszubilden, weiterzubilden und fortzubilden, aber der primäre Ansatz sollte doch derjenige sein, dass man in erster Linie in Zeiten des Fachkräftemangels Menschen ins Land holt, die schon etwas können und die man nicht erst teuer qualifizieren muss. Ich meine also, dass es Einwanderung in den Arbeitsmarkt, nicht aber ins Sozialsystem geben soll. (*GR Senol Akkilic: Und was ist, wenn die Leute hier dann arbeitslos werden?*) Ja. Aber im Endeffekt ist es doch Tatsache, dass das Ausbildungsniveau vieler Einwanderer viel niedriger ist als jenes, das bei uns im Durchschnitt gegeben ist, und das ist kein wünschenswerter Zustand. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Zum angesprochenen Problem der Obdachlosigkeit. Ich meine, wir haben wirklich viel dazu beigetragen, dass es Obdachlosigkeit bei den Menschen, die länger in Österreich sind, eigentlich nicht mehr gibt. Wenn aber das neue Motto „Obdachlose aller Länder kommt zu uns!“ lautet, dann wird es das Problem immer geben. Das trifft auch auf die eingewanderten und einwandernden Bettler zu. Den sogenannten „Wiener Schnorrer“, der betteln muss, gibt es nicht mehr, weil es ja Gott sei Dank Sozialleistungen gibt. Aber der Zustrom hält an, und wir sind nicht dazu da und es ist nicht unsere Aufgabe, die sozialen Probleme von halb Europa oder des Rests der Welt zu lösen. Wir haben alle Hände voll zu tun, um unser eigenes Sozial- und Gesundheitssystem aufrechtzuerhalten! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Generell gesprochen, wird man wirklich den Verdacht nicht los, dass ein Teil der Sozialleistungen irgendwie auch die Intention hat, die Menschen in Abhängigkeiten zu bringen. – Ich meine, eine liberale Gesellschaft im besten Sinne des Wortes sollte darin bestehen, dass der Mensch frei ist, dass er diese Freiheit aber auch zu nutzen hat, um sich sozusagen selbst zu helfen, und dass im Sinne des Subsidiaritätsprinzips der Staat und die Gemeinschaft nur dann eingreifen, wenn es gar nicht anders geht. Dieses bewusst in Abhängigkeit Führen ist hingegen, wie ich glaube, kein guter Weg, und dieses System werden wir uns in Bälde auch wirklich nicht mehr leisten können! (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Ramskogler. Ich erteile es ihr und weise auf die selbstgewählte Redezeit von 18 Minuten hin.

GRin Mag Sonja **Ramskogler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Frau Volksanwältin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Aigner!

Könnten wir uns etwas wünschen, dann wäre es 100-prozentig das Ziel – da bin ich ganz bei Ihnen –, dass Sozialpolitik gar nicht notwendig wäre, dass es Vollbeschäftigung gibt und die Einkommen der Leute so hoch sind, dass sie sozial keine Unterstützung mehr brauchen. Ich meine, das ist das Ziel.

Wir leben aber in der Realität und nicht in Wunschgedanken, und daher gibt es Sozialpolitik beziehungsweise ist es auch notwendig, dass es Sozialpolitik gibt. Diese hat aber wiederum mit einer gewissen Wertehaltung von Parteien zu tun.

Einige Kolleginnen und Kollegen waren jetzt mit mir gemeinsam bei der European Social Services Conference in Dublin, und wir haben gemeinsam deutlich gesehen, dass es nicht nur in Wien Sozialpolitik gibt, sondern dass klarerweise in ganz Europa erkannt wird, wie notwendig und wichtig Sozialpolitik insgesamt ist. Man erkennt jetzt, dass der Sozialbereich viel höher budgetiert werden muss und dass bei den politischen Regierungen in ganz Europa Sozialpolitik in Zukunft einen ganz hohen Stellenwert haben muss. Man muss in Europa gemeinsam darauf achten, dass, wenn nicht in die Sozialpolitik investiert wird, politische Zustände entstehen können, die man sozialen Unfrieden nennt. Und sozialer Unfriede und soziale Unzufriedenheit zeigen sich nicht nur in Griechenland oder in Irland, sondern auch in der Türkei und in anderen Ländern.

Sozialen Unfrieden gibt es dann, wenn die Menschen nicht mehr ein und aus wissen, und zwar nicht nur demokratiepolitisch, sondern wenn sie auch nicht wissen, wovon sie am nächsten Tag leben und ihre Familien ernähren sollen. Daher muss ein finanzieller Schwerpunkt auf Sozialpolitik gelegt werden. Und ich bin hier in Wien sehr stolz darauf, einen entsprechenden Beitrag leisten zu können, denn ich bin davon überzeugt, dass Wien eine Sozialhauptstadt Europas ist. Dabei geht es natürlich vor allem auch um Arbeit. Herr Kollege! Sie haben gesagt, dass Arbeit das Um und Auf ist, weil Arbeitslosigkeit sofort bedeutet, dass es eine Notwendigkeit für Sozialpolitik gibt. Arbeitslosigkeit bedeutet Sinnlosigkeit, Hoffnungslosigkeit und damit auch sozialen Unfrieden.

Frau Kollegin Korosec hat gesagt, dass ein Viertel des Budgets in Wien in Gesundheits- und Sozialpolitik läuft. Das ist notwendig für die Erhaltung des sozialen Friedens. 2,7 Milliarden werden allein für Sozialleistungen aufgewendet. Ich meine, dass die Prioritäten, die die rot-grüne Stadtregierung setzt, zeigen, dass wir für Menschen etwas übrig haben und nicht wollen, dass Menschen allein dastehen, wenn sie keinen Arbeitsplatz haben, wenn sie in Not sind und wenn sie sozialer Leistungen bedürfen.

Ich freue mich, dass in Österreich 2012 eine Gesundheitsreform zustande gebracht wurde, nach welcher vor allem die Menschen und Patienten im Mittelpunkt stehen und nicht die einzelnen Institutionen. Und es ist auch unserer Frau StRin Wehsely zu danken, dass sie gemeinsam mit Bundesminister Stöger mehr Geld zur Verfügung stellen wird, nämlich um 3,6 Prozent mehr für das Gesundheitssystem in den nächsten Jahren, und dabei geht es um Qualität und vor allem auch um Transparenz.

Herr Kollege Lasar! Sie haben gesagt, dass es das Um und Auf ist, Prävention und Gesundheitsförderung auszubauen, und dass es besser ist, wenn die Menschen nicht krank werden. Dafür werden 150 Millionen

aufgewendet. (*GR David Lasar: In zehn Jahren!*) Ja. Es könnte mehr sein. Da bin ich bei Ihnen. Nichtsdestotrotz ist es mehr, als es war. Es gibt also auch einen positiven Aspekt betreffend Prävention und Gesundheitsförderung.

Insbesondere ist für mich auch die psychosoziale Versorgung in Wien von großer Bedeutung. Ich bin davon überzeugt, dass die psychosoziale Versorgung der Menschen ein Zukunftsthema sein wird. In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen allen, liebe Kollegen und Kolleginnen, aber insbesondere auch Herrn Dr Aigner nahelegen, dass der Wiener Sozialbericht 2012 wirklich ein gutes Werk ist. Wenn Sie über Sozialleistungen in Wien etwas wissen wollen, können Sie den Bericht von der MA 24 anfordern. Bei dessen Lektüre werden Sie ganz besondere Hinweise darauf bekommen, was es überhaupt bedeutet, Sozialpolitik in Wien zu machen. Sie finden darin entsprechende Daten, Informationen und eingehende Analysen über den Wiener Arbeitsmarkt, aber auch über die Einkommenssituation der Wiener und Wienerinnen, zum Wohnungsmarkt, zu den demographischen Entwicklungen und betreffend Leistungen und Zielgruppen.

Zum ersten Mal finden Sie zum Sozialbericht 2012 auch den Wiener Reichtumsbericht, und das in ganz einfacher Handhabung. Ich möchte Ihnen dieses Werk durchaus nahelegen. Gleichzeitig möchte ich mich an dieser Stelle auch gerne bei der Leiterin der MA 24, Agnes Berlakovich, aber auch bei Peter Stanzl und Sonja Österreicher bedanken: Herzlichen Dank an alle Mitarbeiter für dieses großartige Werk! Die Politik braucht nämlich Daten, Fakten und Analysen, wenn seriöse Sozialpolitik betrieben werden soll. Vielen herzlichen Dank! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Was sind die Eckpfeiler der Wiener Sozialpolitik? – Hauptsächlich die Pflege- und Betreuungsleistungen mit 33 Prozent, die Kinder- und Jugendwohlfahrt mit 30 Prozent, aber auch die Wohnbauförderung mit 20 Prozent und die Mindestsicherung mit 16 Prozent.

Die Mindestsicherung ist heute hier schon oft politisch thematisiert worden. Wenn man das so sieht wie Herr Kollege Aigner, dass Sozialpolitik eigentlich gar nicht notwendig sein sollte und man dann auch keine Mindestsicherung brauchen würde, dann sage ich: Sie haben vollkommen recht!

Tatsache ist aber, dass die Leute nicht genug verdienen. Und Tatsache ist, dass die 795 EUR pro Monat wirklich dazu da sind, um zu überleben, wie ich einmal sagen möchte. Damit wird von der Stadt Wien ein entsprechendes Zeichen gesetzt. Wir hier in Wien waren unter den Ersten, die diese Mindestsicherung eingeführt haben. Es ist dies ein Zeichen von Solidarität mit Menschen, die in dieser Gesellschaft, in der nur Leistung zählt und sonst gar nichts, nicht zurechtkommen. Grund dafür mag die Arbeitsmarktpolitik sein. Es gibt aber auch Menschen, die auf Grund ihrer gesundheitlichen Konsistenz Probleme haben, etwa auf Grund von psychischer Beeinträchtigung oder langer Erkrankung.

Ich habe sehr viel mit solchen Menschen zu tun, die aus den genannten Gründen dem Leistungsanspruch nicht mehr gerecht werden und nicht mehr im sogenann-

ten ersten Arbeitsmarkt unterkommen können. Was sollen diese Leute tun? Sie haben keine Chance mehr, sie sind chancenlos. Und daher halte ich es für politisch unabdingbar, dass es eine Mindestsicherung gibt. Wir können diese Leute sozusagen nicht in ihrer Not allein lassen. Das ist für mich als Sozialdemokratin undenkbar! Das geht doch nicht!

Sie haben natürlich vollkommen recht: Es gibt auch solche, die diese Leistungen beziehen, obwohl sie diese gar nicht brauchen. Missbrauch gibt es immer. Das habe ich schon bei der Studentenpolitik an der Uni erlebt, wenn es ums Stipendium gegangen ist. Es haben auch Leute Stipendien bezogen, die diese nicht unbedingt gebraucht haben. Das ist vollkommen richtig! Und auch bei der Mindestsicherung wird es solche Leute geben. Man kann sich jetzt aber doch nicht politisch auf alle Bezieher stürzen und sagen, dass es eine Katastrophe ist, dass die das jetzt beziehen!

Meiner Ansicht nach kann die Mindestsicherung, die Wien leistet, nicht hinterfragt werden. Das ist ein Fixum an Solidarität unter uns Menschen. Das ist für mich der sozialdemokratische Zugang dazu.

Ich möchte auf noch ein wichtiges Thema eingehen, ich habe es Ihnen schon gesagt: Es gibt Menschen, die nicht nur auf Grund des Leistungsgedankens, sondern wegen Krankheit keine dementsprechende Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt finden, sondern nur auf dem zweiten. In diesem Zusammenhang ist REINTEGRA seit 30 Jahren eine Institution der Stadt Wien, die psychisch erkrankte Menschen nach einer längeren psychischen Krankheitsphase unterstützt und begleitet, damit sie wieder in einer auf ihre Bedürfnisse abgestimmten Tagesstruktur arbeiten oder sich auf den offenen Arbeitsmarkt vorbereiten können. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von REINTEGRA mit ihrem Geschäftsführer, Herrn Skoff, der jetzt hier ist, leisten großartige Arbeit, und ich sage ein herzliches Dankeschön! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte Ihnen auch einige Zahlen vor Augen halten, denn man würde dazu vielleicht sagen, dass es sich um eine Randgruppe, eine Nische beziehungsweise um ein politisches Thema handelt, das nicht so viele trifft. – Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Lasar hat vorhin kurz von Burn-out gesprochen: Burn-out ist, wie wir wissen, eine psychische Erkrankung. Burn-out ist nicht irgendwie eine Modeerscheinung, sondern Burn-out hat mit einer psychischen Störung zu tun.

In diesem Zusammenhang halte ich fest, dass die Nachfrage nach einem Angebot betreffend Berufsqualifizierung bei der REINTEGRA unverhältnismäßig stark ansteigt. Es gab 1 510 Anfragen, und der Anstieg seit dem letzten Jahr belief sich bei den Beratungsleistungen auf über 200. Besorgniserregend ist dabei, dass der Anteil – hören Sie bitte genau zu! – der 18- bis 24-Jährigen gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent gestiegen ist.

Was bedeutet das gesellschafts- und sozialpolitisch für uns? Was bedeutet das, dass viele Jugendliche auf Grund einer psychischen Beeinträchtigung nur mehr Chancen auf dem zweiten Arbeitsmarkt hätten, einen

Arbeitsplatz zu finden? *(Zwischenruf von GR Manfred Hofbauer, MAS.)* Ja! Was bedeutet das? Es ist nämlich nicht unwichtig, dass man darauf hinweist, dass wir uns bei unseren Jugendlichen zuerst einmal anschauen müssen, warum sie in einer Verfassung sind, dass sie auf dem ersten Arbeitsmarkt keinen Arbeitsplatz finden? Warum sind sie psychisch so belastet, dass man sie unterstützen muss? *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Ja, man kann natürlich viele Reformen machen, und ich meine, man sollte beim Elternhaus ansetzen – denn im Elternhaus beginnt die Erziehung – und nicht sofort in der Bildungsstätte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber wir würden nicht darüber reden, wenn wir jetzt nicht über Sozialpolitik reden würden. Sehr geehrte Damen und Herren! Sozialpolitik beginnt beim Kind und geht vorerst einmal mindestens bis 18 Jahre, und dann geht es weiter bis zur Geriatrie beziehungsweise zur Gerontopsychiatrie. Auch dort spielt Sozialpolitik noch eine Rolle.

Lassen Sie mich noch einmal sagen: Wer die REINTEGRA nicht kennt, fährt bitte einmal dorthin und schaut sich das an! Ehrenamtliche sind stets willkommen, denn bei REINTEGRA gibt es genug Arbeit. Ich würde mich auch über diverse Wirtschaftskontakte für REINTEGRA freuen! Wir brauchen nämlich immer wieder Partner und Partnerinnen, die im ersten, aber auch im zweiten Arbeitsmarkt gemeinsam mit REINTEGRA wirklich gute Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

Nun noch ganz kurz zum Psychosozialen Dienst: Diesen gibt es über 60 Jahre, und ich meine, über diese Einrichtung brauchen wir schon fast nicht mehr reden. Nichtsdestotrotz möchte ich kurz erwähnen, dass der Psychosoziale Dienst jetzt mit einem Kriseninterventionszentrum und mit einer Gerontopsychiatrie auf den Gürtel in Mariahilf umgezogen ist. Es wird dort sehr viel in Infrastruktur investiert. Der PSD ist für Fortbildung, Ausbildung und Liaisondienste zuständig. Und man muss sich wirklich sozialpolitisch auf der Zunge zergehen lassen, dass die Zahl der psychosozialen Beratungen ständig steigt. Ich möchte, dass wir alle uns das vor Augen halten!

Betreffend den Fonds Soziales Wien möchte ich nur am Rande erwähnen, dass der Aufwand des Fonds Soziales Wien im Bereich von Menschen mit besonderen Bedürfnissen natürlich ganz groß und engagiert ist. Mir ist wichtig, dass alle Projekte, insbesondere wenn es um den Behindertenbereich geht, gemeinsam mit den Betroffenen in der Planungsphase realisiert und umgesetzt werden. Ich halte es nämlich für ganz notwendig, dass die Betroffenen bei politischen Projekten auch mitreden. So ist es gut, und so soll es weitergehen.

Die Sucht- und Drogenkoordination möchte ich hier natürlich nicht vernachlässigen. Auch in diesem Zusammenhang geht es um eine sogenannte Randgruppe. – Wenn man jetzt wieder von Herrn Kollegen Aigner ausgeht, sollte es diese eigentlich nicht geben, denn es wäre gut, wenn diese Leute gesund wären. Auch da bin ich bei Ihnen! Keiner will, dass die Nachbarin, die Tochter, der Sohn oder irgendjemand mit Drogen in Kontakt kommt:

Wenn man betroffen ist, ist das nämlich eine ganz große Betroffenheit.

Faktum ist: Das ist Realität. Wir haben Suchtkranke, wir müssen uns mit dem Thema auseinandersetzen. Die Sucht- und Drogenkoordination in Wien mit Geschäftsführer Michael Dressel tut das seit vielen Jahren, und zwar basierend auf der Grundlage, dass zuerst Datenanalysen erhoben werden und dann dementsprechend gehandelt wird, und zwar gemeinsam mit vielen Partnern, mit dem KAV, aber auch mit allen anderen ärztlichen, psychiatrischen, psychosozialen Diensten in diesen Bereichen.

Es wird gemeinsam an Projekten gearbeitet, und man sieht auch wieder an dem neuen Projekt, dass es ein Erfolgsprojekt geworden ist. Das Jedmayer im 6. Bezirk wird von über 1 000 Klienten besucht, und dort wird eine Drogen- und Sozialpolitik betrieben, die sich anschauen lassen kann, was die Stadt Wien betrifft.

Ich meine: Wenn Sie mir heute nur ein wenig beipflichten können, dann ist es schade, dass Frau Korosec hier schon gesagt hat, wir können dem Rechnungsabschluss sicherlich nicht zustimmen. Ich meine nämlich, ein Politiker, egal welcher Couleur, kann Sozialpolitik doch nicht verweigern, denn diese ist für Menschen! Ich denke mir: Wir sind gemeinsam politisch verantwortlich für die Zukunft und wie sie gestaltet wird, und dass sie in sozialem Frieden stattfinden kann, dafür steht die rot-grüne Stadtpolitik. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile es ihm. Seine gewählte Redezeit beträgt 12 Minuten.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Wenn sich Frau Kollegin Ramskogler hier herausstellt und die Sozialleistungen der Stadt Wien nur positiv sieht und Wien sogar als Sozialhauptstadt ausruft, dann ist das ihre Sache. Das hat sie auch bei der ESN-Konferenz in Dublin getan, sie hat allerdings die falsche Frage an die Frau Ministerin gestellt. Dort war nämlich die irische Gesundheitsministerin, und diese hat Folgendes gesagt, und das muss man an dieser Stelle sehr wohl festhalten: Es geht uns mit unseren Budgets relativ immer schlechter, und wir müssen primär darauf achten, dass wir etwas besser machen. – Und wir dürfen nicht Sozialpolitik und Gesundheitspolitik einfach fortschreiben, wie das in Wien geschieht, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Konferenz stand im Wesentlichen unter der Annahme, dass es eben weniger Mittel gibt, dass es weniger Möglichkeiten gibt und dass Reparatur nicht das Ideale ist, sondern dass Vorsorge zentral ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Davon habe ich im Budgetansatz beziehungsweise in diesem Rechnungsabschluss allerdings relativ wenig gesehen. Vorbeugen ist aber bekanntlich immer besser als Heilen.

Schauen wir uns die Ausgaben im Gesundheitsbereich an: Sie sind gegenüber dem Rechnungsabschluss

2011 um 7,9 Prozent gestiegen, und im Bereich des Sozialen sind sie um ungefähr 1 Prozent gestiegen. Es ist dies also durchaus ein Budget, bei dem man in den vollen Topf greifen kann. Ich meine, man muss die Gesundheitspolitik immer mehr in den Vordergrund stellen und nicht die Sozialpolitik als – wie hat Kollegin Hebein gesagt? – Sündenbockpolitik. Nein! Wir wollen keine Sündenbockpolitik in dieser Stadt, wir wollen eine ordentliche Politik, die allerdings zuerst für Prävention steht und dann erst für Reparatur, meine Damen und Herren.

Ich spreche jetzt ein Thema zum Bereich der Ausgaben der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales an, nämlich den Bereich des Krankenanstaltenverbundes: Hier wurden gegenüber dem Vorjahr um 14,75 Prozent mehr beim Betriebskostenzuschuss ausgegeben. Allerdings haben wir betreffend die Darstellung der Vorschläge und des Rechnungsabschlusses der Einrichtungen des Krankenanstaltenverbundes Bedenken. Daher bringen meine Kollegin Korosec, meine Kollegin Anger-Koch, mein Kollege Flicker und ich folgenden Beschlussantrag ein:

„Die amtsführende Stadträtin für Gesundheit und Soziales wird aufgefordert, den Wiener Krankenanstaltenverbund anzuweisen, die Quartals- und Jahresberichte sowie die jährlichen Vorschlags- und Rechnungsabschlussunterlagen so aufzubereiten, dass daraus für die jeweiligen Standorte der Krankenhäuser und Pflegeheime eine objektive Beurteilung der finanziellen Lage und vor allem der Verwendung der öffentlichen Mittel ermöglicht wird.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrags verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Somit kommen wir zum Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung in Wien. Diesbezüglich bringen wir gemeinsam mit der FPÖ, nämlich die GRe Korosec, Dworak, Anger-Koch, Flicker, Frigo, Ebinger, Seidl und Rösch, folgenden Beschlussantrag ein:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Erarbeitung eines umfassenden Palliativ- und Hospizkonzeptes für Wien unter Einbeziehung namhafter Vertreterinnen und Vertreter der medizinischen Wissenschaft sowie der Expertinnen und Experten aus anerkannten sozialen und konfessionellen Organisationen und Selbsthilfegruppen aus. Neben dem Ausbau des stationären Angebots mögen in das Wiener Palliativ- und Hospizkonzept insbesondere folgende Impulse zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen aufgenommen und so rasch wie möglich umgesetzt werden:

Erstens: Finanzielle Förderung der Hospizarbeit inklusive der laufenden Aus-, Fort- und Weiterbildung der haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen durch die Stadt Wien.

Zweitens: Öffentliche Förderung von Tageshospizen durch die Stadt Wien.

Drittens: Aufbau von mobilen Unterstützungen für Eltern schwerkranker Kinder.

In formeller Hinsicht wird ebenso die sofortige Abstimmung des Antrages verlangt.“

Kommen wir zu einem anderen Punkt. Frau Kollegin Ramskogler hat die REINTEGRA so sehr gelobt. – Ich

darf auf einen Artikel beziehungsweise auf eine Meldung vom 23.5.2013 – es ist also nicht allzu lange her – hinweisen, in dem es um einen Missbrauch durch Geschäftsführer Hörhan geht. Ich will von dieser Stelle aus nicht urteilen. Es gilt die Unschuldsvermutung. (*Zwischenruf von GR Kurt Wagner.*) Es gilt die Unschuldsvermutung. Ich möchte nur ... (*Zwischenruf von GR Kurt Wagner.*) Nein. Ich möchte an dieser Stelle nur darauf hinweisen, dass das mit der REINTEGRA auch nicht so ganz einfach ist und man nicht einerseits alles über den grünen Klee loben, auf der anderen Seite aber die Problematikgeschichte vergessen darf. (*GR Kurt Wagner: Gab es im Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit bei der REINTEGRA je ein Problem?*) Ich habe nichts anderes getan, als den Artikel vom 23.5. zu zitieren! Um nichts anderes geht es! Man darf das nicht nur immer einseitig sehen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP. – GR Kurt Wagner: Das zeigt die Menschlichkeit, die Sie im sozialen Bereich haben!*)

Ich habe nichts anderes getan, als darauf hinzuweisen, dass es so ist. (*GR Kurt Wagner: Was hat das überhaupt mit dem Rechnungsabschluss zu tun?*) Es ist das eine Sache aus dem Sozialressort, Herr Kollege Wagner, und man sollte schon klar erkennen, dass nicht alles ganz so einfach ist und so positiv dargestellt werden kann, wie Frau Kollegin Ramskogler das getan hat. (*Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.*)

Jetzt kommen wir zu einem anderen Thema: Es geht um die Klärung der mutmaßlichen Misshandlungsvorwürfe an behinderten Kindern und Jugendlichen auf dem Steinhof. Das haben wir auch schon diskutiert, und wir werden es wahrscheinlich noch öfters diskutieren. Ich möchte mit meinen Kolleginnen Ingrid Korosec, Ines Anger-Koch, Isabella Leeb und Kollegen Flicker folgenden Beschlussantrag einbringen:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, die mutmaßlichen Misshandlungsvorwürfe an behinderten Kindern und Jugendlichen im psychiatrischen Krankenhaus auf dem Steinhof, die angeblich bis in die 80er Jahre zurückreichen, durch eine unabhängige Expertenkommission lückenlos und objektiv aufarbeiten zu lassen. Die zuständige amtsführende Stadträtin für Gesundheit und Soziales möge dafür Sorge tragen, dass eine von der Stadt Wien unabhängige Kommission zur Klärung der Misshandlungsvorwürfe an behinderten Kindern im Psychiatrischen Krankenhaus auf dem Steinhof unverzüglich einberufen wird und dass die für die Tätigkeit notwendigen Mittel aus dem Budget der Geschäftsgruppe in vollem Umfang gedeckt sind. Der Abschlussbericht ist den Mitgliedern des Ausschusses und dem Gemeinderat in öffentlicher Sitzung vorzulegen und zu diskutieren.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrags verlangt.“

Nun komme ich zu noch einem Punkt: Wir haben das Problem, dass Ärztinnen und Ärzte kein Parkpickerl bekommen. Wir werden zwar das Thema Parkpickerl am morgigen Tag noch diskutieren, aber wir wollen jetzt im Gesundheitsbereich einen Beschlussantrag stellen, dass sich der Wiener Gemeinderat dafür ausspricht, niederge-

lassenen ÄrztInnen durch entsprechende Adaptierung der Pauschalierungsverordnung eine Ausnahmegewilligung zu gewähren, um dadurch die Gleichstellung mit Gewerbebetrieben bei der Parkraumbewirtschaftung zu erreichen. – In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrages verlangt.

Ich komme nun zu meinem letzten Antrag. Ich bringe gemeinsam mit meinen KollegInnen Ingrid Korosec, Mag Anger-Koch und Martin Flicker folgenden Beschlussantrag ein:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, in den Einrichtungen der Stadt Wien ein interdisziplinäres Sturzmanagement nach dem Vorbild der Einrichtungen im Haus der Barmherzigkeit zu entwickeln und umzusetzen. Die amtsführende Stadträtin für Gesundheit und Soziales möge die dafür notwendigen Schritte setzen und mit Experten aus den Gesundheits- und Sozialberufen und Vertretern der medizinischen Fachrichtung Geriatrie in Kontakt treten und in absehbarer Zeit der Gemeinderätlichen Geriatriekommission ein Konzept für das interdisziplinäre Sturzmanagement vorlegen. –

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrages für den entsprechenden Ausschuss beantragt.“

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun ein bisschen zusammenfassen: Wir stehen generell für eine Gesundheitspolitik in dieser Stadt, die jenen, die es benötigen, das gibt, was sie brauchen. Wir sind gegen eine Sozialpolitik für jene, die diese Sozialpolitik missbräuchlich nutzen. Wir glauben, dass vieles auf diesem Weg noch geändert werden muss.

Aus diesen Gründen werden wir dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. – Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. Ihre gewählte Redezeit beträgt 12 Minuten. – Ich erteile ihr das Wort.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mit einer ganz ernst gemeinten und für meine Verhältnisse wahrscheinlich sehr emotionalen Verteidigung der REINTEGRA beginnen. Ich halte es für stilistisch letztklassig und in diesem Haus für wirklich extrem traurig, dass ein Abgeordneter der ÖVP mit leicht süffisanten Unterton einen Zeitungsartikel zitiert und mit offensichtlich ebenso süffisanten Genuss auf Vorwürfe hinweist, nicht aber darauf hinweist, dass er spätestens seit Freitag vergangener Woche, nämlich dem Zeitpunkt des Vorstandstermins des PSD, alle Informationen zur Verfügung hatte, um diese Vorwürfe nachzufragen, zu überprüfen und ad acta zu legen.

Wie wir wissen, sind diese Vorwürfe von der Staatsanwaltschaft geprüft worden und sind gerade jene, die den Herrn Geschäftsführer speziell und ganz persönlich betreffen, zurückgelegt worden. (*Zwischenruf von GR Ing Mag Dworak.*) Sie brauchen jetzt keine Zeichen zu machen, denn ich meine, genau das gehört hier gesagt! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GRin Barbara Novak: Wenn Sie Größe haben, dann kommen Sie heraus und sagen Sie das!*)

Sie haben vor der Öffentlichkeit jemanden ange-

schwärzt, der es, verdammt noch einmal, nicht verdient hat! – So. Das war jetzt einmal das Emotionale. (*GR Mag Wolfgang Jung: Da mögen Sie recht haben, aber Sie – wenn auch nicht gerade Sie persönlich – sind gerade in diesem Sektor Weltmeister! – Rufe und Gegenrufe bei FPÖ und GRÜNEN.*)

Jetzt würde ich gerne auf den Bereich der Gesundheit zurückkommen und zwei Stichworte als Angelpunkte meiner Rede wählen, die auch bei anderen schon vorgekommen sind.

Zu den Investitionen im Gesundheitssystem, von denen Herr Klubobmann Gudenus gemeint hat, dass es von diesen mehr bräuchte, und zu denen der etwas hinkende Vergleich von Großunternehmen mit der Kommune gebracht wurde, der darin gegipfelt hat, dass in Zeiten enger Budgets eine Restrukturierung und allenfalls auch die Senkung von Personalkosten nötig wären, weise ich darauf hin, dass gerade das im Gesundheitsbereich schon seit Längerem getan wird und das Jahr 2012 von weiteren Umsetzungsschritten dieser Restrukturierungsmaßnahmen geprägt war.

Die Stichworte sind – nur zur Erinnerung – das Spitalskonzept 2030 und das Geriatriekonzept. - Im Zusammenhang mit dem Geriatriekonzept sind zum Beispiel gerade im letzten Jahr wesentliche Strukturverbesserungen in den Geriatriezentren erfolgt, und es ist zu einer Erhöhung bei den systemisierten Betten gekommen. Das ist noch nicht wahnsinnig viel, im Großen und Ganzen soll es auch zu keiner besonders starken Erhöhung kommen, aber immerhin ist schon etwas geschehen,

Gleichzeitig gab es gerade seit Mitte letzten Jahres eine Umstellung der Berechnung auf vollkostendeckende Preise, wohlgermerkt für alle NeubewohnerInnen. Bei den privaten Wohn- und Pflegeeinrichtungen wurde diese Umstellung ja schon früher begonnen, nämlich seit 2005. Es wurde aber jedenfalls mit diesem Restrukturierungsschritt die Entwicklung eingeleitet, dass die Kosten der Pflege transparent und vergleichbar geworden sind.

Eine weitere Restrukturierung gerade im Spitalsbereich kennen Sie: Die Ziele des Spitalskonzepts 2030 sind tatsächlich strukturelle Ziele. Es geht da zum Beispiel um die Verkürzung der Verweildauer. Da gibt es, zumindest statistisch betrachtet, einen kleinen Erfolg: Die Länge der Verweildauer ist in den Anstaltsbetten des KAV ein wenig gesunken, nämlich inzwischen auf sieben Tage.

Das ist übrigens insofern wichtig, als gerade die Versorgung – anders als Herr Lasar unterstellt hat – nicht durch Leistungskürzungen in irgendeiner Art und Weise sichergestellt werden soll, sondern ganz im Gegenteil: Die Leistungen sollen auf möglichst gleichem Niveau bleiben, aber die Strukturkosten sollen gesenkt werden. Wodurch geschieht das? – Zum Beispiel – und das ist wieder eine Restrukturierungsmaßnahme – durch Erstversorgungszentren. Ich möchte darauf hinweisen, dass im September letzten Jahres im Krankenhaus Hietzing ein neues Erstversorgungszentrum beziehungsweise im Krankenhaus Wilhelminenberg eine Notfallaufnahme eröffnet wurden.

Übrigens sind die großen Umbauten an den bestehenden Krankenhäusern Rudolfstiftung oder Wilhelminenspital und der Neubau des Krankenhauses Nord genau jene Investitionen im Gesundheitssystem, die Ihr Klubobmann offensichtlich übersieht!

Weitere – übrigens sehr spannende – strukturelle Maßnahmen sind die Zusammenlegung von Krankenhäusern. Im vergangenen Jahr erfolgte die Übersiedlung des Kaiserin-Elisabeth-Spitals beziehungsweise zumindest der Schilddrüsenstation in die Rudolfstiftung. Diese Übersiedlung hat übrigens zu einer Steigerung der Zahlen an Untersuchungen geführt, was an sich bereits erfreulich ist, denn das Krankenhaus Elisabethspital war für sich schon ein – wie soll ich sagen? – ein Solitär in diesem Bereich. Die Übersiedlung ermöglicht aber auch, gerade weil es in der Rudolfstiftung angrenzende Fächer gibt, die Nutzung von Synergien zum Beispiel in der Zusammenarbeit mit der HNO-Abteilung oder mit der Endokrinologie.

Solche und ähnliche Strukturierungspunkte sind die Ansatzpunkte, die es ermöglichen, trotz sinkender finanzieller Möglichkeiten darauf zu achten, dass die Leistungsangebote auf dem Niveau bleiben können, auf dem sie sind.

Ein weiterer struktureller Ansatzpunkt, der es erleichtert, mit den vorhandenen Geldmitteln besser zurechtzukommen, ist eine Verbesserung bei der Entlassungsbetreuung. Auch da braucht es eine ganz starke Kooperation zwischen den jeweiligen Abteilungen und dem niedergelassenen Bereich oder auch den Pflegeheimen, und das ist zum Beispiel letztes Jahr mit einer verbesserten Kooperation mit der Unfallchirurgie und dem Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser erfolgt.

Alles in allem denke ich, dass mit diesen strukturellen Ansatzpunkten, aber auch mit weiteren Ebenen, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen, in diesem Zusammenhang viel getan werden kann, zum Beispiel durch die Optimierung der Sachkosten. Wir haben davon schon einmal geredet: Der zentrale Einkauf kommt jetzt in Umsetzung, es kommt aber etwa auch zu einer Zentralisierung der Sterilisation und auch anderer Ebenen. Das sind strukturelle Maßnahmen, die heute noch nicht angesprochen wurden und von denen ich annehme, dass dort, wenn es irgendwo Einsparungspotenzial gibt, solche Einsparungsmöglichkeiten gegeben sind, damit nicht der Vorwurf aufkommen kann, dass wir, um einzusparen, die Leistungen kürzen.

Alles in allem glaube ich, dass wir mit all diesen, wohlgermerkt, langfristigen Ansatzpunkten – das sind keine Maßnahmen, die von heute auf morgen eine Bilanz aufbessern, sondern, sagen wir einmal, in Fünf-Jahres-Perspektiven – tatsächlich das schaffen, was Sie bezweifeln, nämlich den Anstieg der Kosten zu dämpfen. Mit all diesen Maßnahmen werden wir es schaffen, dass die Gesundheitsversorgung in Wien weiterhin auf dem hohen Niveau bleibt, wie sie jetzt ist und wie wir sie weiterhin haben wollen. – Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** Für eine tatsächliche Berichtigung hat sich Herr GR Ing Mag Dworak zu

Wort gemeldet.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ich möchte es nur einerseits wiederholen (*GR Barbara Novak: Das geht nicht!*) Ich habe aus der Zeitung zitiert, ich habe auch „es gilt die Unschuldsumutung“ dazugesagt. Offenbar hat man am Freitag letzter Woche ein klärendes Gespräch zu diesem Thema gehabt, das mir bisher nicht zugetragen worden ist. Das ist der Hintergrund. (*GRin Barbara Novak: Sie haben nicht die Größe, sich zu entschuldigen, wenn Sie einen Fehler gemacht haben! Das ist unglaublich!*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Gut. – Das war die tatsächliche Berichtigung.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Univ-Prof Dr Frigo. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit ist, wie von ihm gewünscht, mit 10 Minuten eingestellt.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte zum Budget reden, und zwar tatsächlich zum Budget und zu den Zahlen.

Gehen wir einmal zum Betriebskostenzuschuss der Stadt Wien beim KAV. Der ist 2012 auf 703 Millionen EUR gestiegen. Wenn ich mir das anschau und das Jahr 2004 und heute vergleiche, so ist das immerhin eine Steigerung um 500 Millionen EUR, das ist eine halbe Milliarde.

Der Jahresabschluss 2012 zeigt weiters auch den Investitionskostenzuschuss. Der beträgt derzeit immerhin auch 260 Millionen EUR, wobei nur 227 Millionen EUR verbaut wurden und 33 Millionen EUR gar nicht investiert, sondern bloß der Investitionsrücklage zugeführt wurden.

Das heißt, insgesamt wurden hier 963 Millionen EUR zugeschossen. Das Defizit des KAV explodiert. Das zeigt, dass das verantwortliche Management rücktrittsreif ist, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Prinzipiell muss man ja sagen, dass der KAV ausgelagert ist und dass ich hier keine Transparenz sehe. Ich bin noch erschüttert über meine Vorrednerin, die das alles so schönredet.

Beim Personal sparen: Das finde ich ja lustig. Prinzipiell sind ja die Dienstposten bei der Gemeinde Wien in den letzten drei Jahren gleich geblieben, nur bei den Spitälern nicht. Es wurde von Rot-Grün massiv eingespart, und zwar 844 Dienstposten. Da gibt es jetzt einen interessanten Trend. Es werden nämlich Dienstposten eingespart und die Personalkosten verschleiert, indem es jetzt plötzlich Leiharbeitskräfte gibt, und diese Leiharbeitskräfte sind dann plötzlich Sachaufwand, meine Damen und Herren. Das zeigt, dass das Rationalisierungspotenzial beim Personal schon lange ausgeschöpft ist und es daher hier gar nichts mehr zum Sparen gibt.

Die Frau Finanzstadträtin Brauner und auch die Frau StRin Wehsely haben gesagt, sie wollen 500 Millionen EUR einsparen, davon 350 Millionen EUR auf Kosten des Personals. Wie machen Sie das?

Ich habe hier den 1. Quartalsbericht 2013, Seite 17: Bettenkapazitäten und Auslastungen in den Geriatriezentren und Pflegeheimen des KAV. Ich weiß, Sie

bauen gerne Spitäler und Geriatriezentren, warum auch immer. Hier haben wir 4 489 systemisierte Betten – systemisiert bedeutet, die gibt es theoretisch –, tatsächlich aufgestellte Betten 3 417. Das sind um gut 1 000 Betten weniger, die betrieben werden. Das heißt, die Auslastung der systemisierten Betten beträgt eigentlich nur 73 Prozent, also ein Viertel aller Betten, die es gibt, werden gar nicht bedient, sind nicht in Betrieb. Über 1 000 Betten sind nicht in Betrieb, ein Viertel aller Betten ist nicht in Betrieb. Warum wohl? Weil es kein Personal gibt. Also ich frage Sie: Warum bauen Sie so viel, warum erzählen Sie uns etwas vom Personalsparen, wenn es das Personal für ein Viertel aller Betten gar nicht gibt? Das frage ich Sie, meine Damen und Herren.

Nun gehen wir weiter. Dieser Abbau dieser 1 000 Krankenschwestern und Ärzte wird eben die Qualität der Wiener Gesundheitsversorgung weiter verschlechtern. Es gibt jetzt einen Wirtschaftsplan 2013, der eigentlich diese dramatische Situation aufzeigt. Es explodieren dieser Betriebskostenzuschuss und damit das Defizit der Spitäler und des KAV heuer um 184 Millionen EUR. Das ist an und für sich sehr viel, und diese Kürzungspolitik von Rot und Grün geht auf Kosten – das haben wir heute schon gehört – der sozial schwächsten Patienten und führt in die Zwei-Klassen-Medizin, doch wir wollen diese Zwei-Klassen-Medizin nicht, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es gibt an und für sich nur eine Möglichkeit: Eine echte Sanierung durch Gesundheitsreformen, und zwar echte Reformen, und dementsprechend habe ich hier auch folgenden Beschlussantrag:

„Auf Grund der explodierenden Kosten im Wiener Gesundheitssystem bedarf es der Zusammenarbeit zwischen den Spitälern und dem niedergelassenen Bereich sowie einer leistungsorientierten Finanzierung aus einer Hand, nämlich durch eine Wiener Gesundheitsholding. Eine echte Sanierung des Gesundheitswesens ist nicht durch weitere Einsparungen in den Spitälern oder bei Kassenstellen möglich, sondern nur durch langfristig wirkende Strukturreformen. So führt der geplante Abbau von über 1 000 Krankenschwestern und Ärzten zu einer nachhaltigen Verschlechterung der Wiener Gesundheitsversorgung und führt so direkt in eine Zwei-Klassen-Medizin.“

Eine einheitliche Führung und Steuerung durch eine Wiener Gesundheitsholding ist die Grundvoraussetzung für zukunftsorientierte Reformen wie eine Struktur- und Personalreform im KAV, die Aufwertung des Pflegeberufes durch gerechte Bezahlung, im niedergelassenen Bereich die Schaffung von zusätzlich 300 Kassenplanstellen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden Beschlussantrag:

Die zuständige Stadträtin wird aufgefordert, sich für die Errichtung einer Wiener Gesundheitsholding zur Sanierung des Wiener Gesundheitswesens einzusetzen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrages verlangt.“ (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es gibt natürlich auch Reformen – das zum Abschluss, damit Sie auch etwas zum Lachen haben –, es gibt das Arbeitspapier 7, das derzeit auch im AKH diskutiert wird, bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Schwestern. Hier gibt es zwei Beispiele, oder nur ein Beispiel will ich Ihnen nennen, wie man eine Infusion ... (GR Heinz Hufnagl: *Jetzt habe ich mich schon auf zwei Beispiele gefreut!*) Na ja, es ist ein Doppelbeispiel, und zwar wie eine Schwester eine Infusion setzt. Damit es nicht nur fad ist, wollen wir auch einmal lustig sein. Damit Ärzte entlastet werden, wird jetzt diskutiert, dass auch Schwestern ärztliche Tätigkeiten machen sollen. Um eine Infusion anzuhängen, braucht die Schwester tatsächlich fünf Unterschriften, und damit sie während der Infusion nicht gestört wird, muss sie auch eine Warnweste tragen. So eine Warnweste, die ähnlich aussieht wie diese Autowesten. (Der Redner hält eine orangefarbene Weste in die Höhe.) Ich will sie jetzt nicht anziehen, man muss sich das vorstellen. (Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: *Oh ja, ziehen Sie sie an! Ja, danke! Da kann man sich das besser vorstellen!*) Ja, da kann man sich das vorstellen, das ist lustig. (Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely: *Soll ich Ihnen helfen?*) Ja, bitte. (Heiterkeit bei der FPÖ. – Amtsf StRin Wehsely: *Aber zumachen, sonst schaut es nicht so gut aus!*) Es wird also diskutiert, dass die Schwester eine Warnweste tragen muss, damit sie während der Infusionszubereitung nicht gestört wird.

Es ist also nicht nur die Bezahlung, die das Personal vielleicht ein bisschen aus dem Spital treibt, sondern vielleicht auch der Pflanz. – Danke schön. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau GRin Klicka. Ich erteile es ihr. Ihre Redezeit wird auf 15 Minuten eingestellt.

GRin Marianne **Klicka** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

Das Kernstück des Rechnungsabschlusses 2012 im Gesundheitsbereich ist die Umsetzung des Wiener Spitalskonzeptes und die Verwirklichung des Geriatriekonzeptes.

Frau Kollegin Kickert hat die Restrukturierungsmaßnahmen im KAV schon sehr deutlich erläutert. Die klare Schwerpunktsetzung ermöglicht das Halten des hohen Investitionsniveaus, und die Investitionsausgaben konnten um 18 Prozent auf 361 Millionen EUR gesteigert werden.

Die Effizienzsteigerung, gepaart mit der Kostendämpfung, das ist das Ziel der rot-grünen Gesundheitspolitik und auch das Ziel im KAV.

Das AKH ist nach wie vor auch eines der Exzellenzkrankenhäuser unter den Wiener Krankenhäusern. Es wurden im Jahr 2012 Investitionen zur Sanierung der Tiefparkgarage, zum Austausch des Gamma Knifes, zur Errichtung von Sonderklassezimmern an der Universitätsklinik für Frauenheilkunde und für den geplanten Austausch von Großgeräten durchgeführt.

Das Projekt Universitätsmedizin Wien 2020 mit den

Teilprojekten Medizinischer Masterplan, Zentrenbildung und Betriebsführung ist in Vorbereitung. Die Grundlage des Medizinischen Masterplans bildet der Regionale Strukturplan Gesundheit, der eine Absystemisierung der Betten von derzeit 2 119 auf 1 864 vorsieht.

Es ist eine Herausforderung, in Zukunft Schwerpunkte der Forschung und Lehre jeder einzelnen Klinik in Einklang mit der Patientenversorgung und dem Entwicklungsplan der Medizinischen Universität zu bringen. Dies fordert auch bauliche Maßnahmen und ebenso Maßnahmen – wie Herr Kollege Frigo schon gesagt hat – im Personalbereich. Es ist an der Zeit, dass ein gemeinsames Betriebsführungsmodell erarbeitet wird, um die Zusammenarbeit zwischen AKH und der Med-Uni Wien im guten Sinne für die Patientinnen und Patienten zu ermöglichen.

Ein weiteres Highlight ist die deutliche Umsetzbarkeit und Umsetzung des Geriatriekonzeptes, eines Konzeptes, das leistbare Pflege und maßgeschneiderte Betreuung für die Wienerinnen und Wiener vorsieht. Das Pflegewohnhaus Simmering konnte bereits in Betrieb genommen werden, genauso wie das Pflegewohnhaus Liesing, das Pflegewohnhaus Innerfavoriten wird im Laufe dieses Jahres noch in Betrieb gehen, und auch vom Pflegewohnhaus Rudolfsheim sieht man schon sehr deutlich die Mauern, die in die Höhe wachsen, im Pflegewohnhaus Donaustadt steht die Dachgleiche kurz bevor. Es sind hervorragende Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort mit Herz und Hirn erbracht werden.

Der Fonds Soziales Wien sorgt in der Stadt dafür, dass jährlich über 95 200 Wienerinnen und Wiener genau die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Dieser Fonds ist die größte soziale Drehscheibe und wird von den Wienerinnen und Wienern, wie die KundInnenbefragung gezeigt hat, geschätzt und seine Leistungen werden auch genützt. 95 Prozent der Wiener und Wienerinnen sind sehr oder eher zufrieden. 58 900 KundInnen werden betreut. Im mobilen Bereich werden 5,7 Millionen Stunden geleistet. 22 500 stationäre KundInnen sind im Bereich Wohnen und Pflegen untergebracht, und 2 100 Kundinnen und Kunden nehmen die Tageszentren in Anspruch.

Die Zusammenarbeit mit den rund 170 vom Fonds Soziales Wien anerkannten Partnerorganisationen und den 3 Tochterunternehmen läuft hervorragend. 1,05 Milliarden EUR wurden 2012 für Leistungsförderungen und Finanzierung für die Betreuung der KundInnen aufgewendet.

Die intensiven Anstrengungen und die Effizienzsteigerung im Fonds Soziales Wien sind dadurch möglich, dass das Personal sehr motiviert ist, trotzdem konnte der Verwaltungsaufwand auf dem niedrigen Niveau von 4,4 Prozent gehalten werden.

Auch die Zusammenarbeit von KWP und FSW ist hervorragend.

Das Aus- und Weiterbildungszentrum Soziales Wien GmbH AWZ bildet Fach- und SozialbetreuerInnen in den Bereichen Altenarbeit, Behindertenarbeit, Behindertenbegleitung aus und bietet auch die Ausbildung zu Heim-

helferInnen und PflegehelferInnen an. Mit dem AWZ sichert Wien den dringend benötigten Nachwuchs für Sozialbetreuungsberufe. Auch das ist wieder ein Beispiel, dass Menschen sehr gut für ihre Arbeit ausgebildet werden und dass die jungen Menschen dadurch Zukunftschancen erhalten. Dieser Bereich wurde jetzt bei einem Workshop in der Konferenz des Europäischen Sozialnetzwerkes in Dublin vorgestellt, und die Besucher und Besucherinnen des Workshops von Italien bis Dänemark haben uns um diese Ausbildungseinrichtung beneidet und werden diese als Vorbild auch in ihre Heimat mitnehmen.

Seit 1. Jänner 2012 wurden alle Angebote an stationärer Pflege und Betreuung sowohl im KAV als auch im KWP und im privaten Bereich erfolgreich in die Förderlogik des FSW, die vollkostendeckenden Tarife, übernommen. Mit dieser Umstellung wurde ein wichtiger Teil des Geriatriekonzeptes verwirklicht und Transparenz und Vergleichbarkeit von Leistungen in der stationären Pflege und Betreuung in Wien geschaffen.

Die älteren Menschen können nach wie vor ein Wunschhaus oder einen Wunschbezirk wählen, und sie erhalten auch nach wie vor weiterhin die Leistungen, die vorgesehen sind. Grundsätzlich hat sich für die Menschen mit der Umstellung nichts geändert, denn jeder und jede können diese Pflege- und Betreuungsleistung, die sie oder er braucht, auch in Anspruch nehmen.

Wir in der rot-grünen Wiener Sozialpolitik sind ganz sicher, dass die Betreuung und Pflege im Alter auch in Zukunft leistbar sein muss und die höchste Qualität anbieten soll.

Im SeniorInnenbüro unter Frau Dr Angelika Rosenberger-Spitzky laufen viele Informationen für die betroffenen Menschen zusammen, und sie werden dort bestens betreut.

Gemeinsam mit den MitarbeiterInnen aus themenrelevanten Magistratsabteilungen haben wir zum Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen Highlights gesetzt, um die Gesellschaft auch für dieses Thema zu sensibilisieren. Ein Highlight war ein Generationenfußballturnier am Trainingsplatz der SK Austria, wo Mädchen und Burschen und Legenden von vier Mannschaften sich an dem Event beteiligten und zusammenspielten. In Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat konnte das Generationenkochbuch „Jung und Alt am Küchentisch – Geschmack verbindet Generationen“ herausgegeben werden, nachdem die Speisen von SchülerInnen und deren Großeltern im Vorfeld gemeinsam gekocht wurden; ein Exemplar, das auch in Ihrer Küche nicht fehlen sollte.

Auch im KWP konnte das Jahr 2012 mit großem Erfolg abgeschlossen werden. Mit der Fertigstellung des neuen Hauses in Döbling wurde ein weiterer Meilenstein der Umsetzung des Wiener Geriatriekonzeptes gesetzt. Damit schafft die Stadt Wien noch größere Sicherheit für die SeniorInnen und qualifizierte Arbeitsplätze für viele Menschen.

Zahlreiche Generalsanierungen zur Errichtung einer zeitgemäßen Ausstattung und einer seniorengerechten Architektur konnten fortgesetzt werden.

Auf Grund der veränderten Nachfrage und der immer älter werdenden Zielgruppe wurde das neue Betreuungsangebot, das betreute Wohnen, entwickelt und umgesetzt. Je nach Bedarf wird dadurch eine optimale Versorgung der BewohnerInnen ermöglicht. Die Grenzen zwischen Wohnraum und stationärem Bereich sind fließend und ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben.

Auf Aus- und Fortbildung wird auch dort gesetzt, und die Lehrlingszahl konnte bereits von 30 auf 60 erhöht werden. Das Ziel sind 100 Lehrlinge im nächsten Jahr.

Im Gegensatz zum FPÖ-Parteivorsitzenden HC Strauche, der auf großflächigen Plakaten den Respekt für ältere Menschen propagiert, handelt die rot-grüne Stadtregierung und bietet den Seniorinnen und Senioren in Wien ein breit gefächertes, leistbares und sicheres Angebot, beginnend bei der Freizeit, der Ehrenamtlichkeit, mit sinnerfüllenden Aufgaben und zahlreichen sozialen Kontakten bis hin zur umfassenden Unterstützung bei hoher Pflegebedürftigkeit.

Wie sich die FPÖ den respektvollen Umgang mit älteren Menschen vorstellt, kann man ja sehr deutlich am Beispiel des noch Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf sehen. Der FPÖ-Mann Martin Graf hat durch das Verwalten des Vermögens von Frau Meschar das Vertrauen, das sie ihm geschenkt hat, missbraucht und großes Unrecht an ihr begangen. (*GR Mag Wolfgang Jung setzt sich in die erste Reihe und fotografiert von hier aus die Rednerin mehrmals.*) Das Handeln von Wansch, Witt und Graf zeugt nicht nur, wie das Gericht bestätigt, von pflichtwidrigem Verhalten als Stiftungsvorstand (*GR Mag Dietbert Kowarik: Woher haben Sie das?*) – das ist zitiert aus dem Gerichtsurteil – und von großem wirtschaftlichen Unvermögen, sondern es zeugt auch vom menschlich schäbigen Verhalten gegenüber älteren Wienerinnen, die sich ihr ganzes Vermögen zusammengespart haben, um im Fall von Pflegebedürftigkeit versorgt zu werden. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Sie tun sich ja schon beim Lesen schwer!*) Noch dazu wurde das in der Stiftung angelegte Geld zum Erwerb eines Grundstückes verwendet, auf dem sich ein Restaurant des Bruders von Graf befindet (*GR Mag Dietbert Kowarik: Sie haben keine Ahnung!*), und auch hier hat der Oberlandesgerichtshof ein grob pflichtwidriges Vorgehen vermerkt. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Aber es ist egal, was Sie sagen!*) Respekt und Hilfsbereitschaft gibt es in der FPÖ nur dort, wo sie sich zu ihren eigenen Gunsten Respekt verschafft und um für sich selbst Gewinne zu erzielen.

Wien setzt auf Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung, wie wir heute schon gehört haben, und hat 2012 im Bereich der MA 15 auch das neue Hygienezentrum errichten können.

Auch im Bereich der WHO gibt es Projekte, so wie das weltweite Projekt des Gesunde-Städte-Netzwerkes und des Subnetzwerkes Gesundheitliche Chancengleichheit.

Die Wiener Gesundheitsförderung bietet Leistungen in der Höhe von 5,4 Millionen EUR an und setzt damit Maßnahmen in den Lebenswelten der Menschen und in der regionalen Umwelt wie im Bezirk, im Grätzel, im

Kindergarten, in der Schule, im Betrieb, im Freizeitbereich und im Krankenhaus. Das Ziel ist es, dass die Menschen Gesundheitskompetenz erlangen und damit auch ihre gesunde Lebensweise steigern können.

Das Wiener Frauengesundheitsprogramm mit der Frauengesundheitsbeauftragten Dr. Wimmer-Puchinger setzt seit mehr als zehn Jahren wesentliche Impulse zur Gesundheitsversorgung und -förderung. Von Mammographie-Screening bis hin zur Vernetzung von Einrichtungen im Rahmen des Projektes „I feel good.“ im 15. Bezirk, den Informations- und Fortbildungsveranstaltungen, Fachkonferenzen und der Erarbeitung von Gesundheitszielen wird eine breite Palette in der Gesundheitsförderung für die Frauen angeboten.

Auch die Wiener Patienten-anwaltschaft feierte 2012 ihr 20-jähriges Bestehen. Sie ist die einzige unabhängige und gesetzlich legitimierte Patientenvertretung sowie Pflegeteam-anwaltschaft in Wien. Dass die WPPA von den WienerInnen angenommen wird, belegen die Zahlen. 11 775 Mal wurden im Jahr 2012 Anliegen von Patienten, pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen an die Pflege- und Patienten-anwaltschaft herangetragen. Den BürgerInnen ist das persönliche Gespräch besonders wichtig. Die Unabhängigkeit der WPPA gibt ihnen Vertrauen und der WPPA Autorität.

Dank möchte ich an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Magistratsabteilungen, der Spitäler, der Sozialeinrichtungen und Organisationen übermitteln, die im Kernbereich der Stadt, dem Bereich Gesundheit und Soziales, tätig sind. Wir sind stolz auf diese Mitarbeiter, die unterschiedlicher Herkunft sind und ihre Arbeitskraft im Dienste der Menschen, die in unserer Stadt leben, einsetzen und so wie die rot-grüne Stadtpolitik mit den finanziellen Mitteln verantwortungsvoll umgehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Seidl. Ich erteile es ihm. Seine Redezeit wurde mit 5 Minuten eingestellt.

GR Wolfgang **Seidl** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke, Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! *(GRin Nurten Yilmaz nimmt ein von GRin Klicka am Rednerpult vergessenes Buch weg.)* Schade! Ich hätte es gerne mitgenommen. Ich würde es gern dem Kollegen Jung mitnehmen, denn da heißt es – ich weiß nicht, jeder kann es nicht lesen – „Jung und Alt am Küchentisch“. *(GRin Nurten Yilmaz, in Richtung GRin Klicka: Darf ich es ihm geben? – GRin Marianne Klicka: Ja!)* Danke schön!

Meine Damen, meine Herren, mit welcher Euphorie Sie den Rechnungsabschluss 2012 hier schönreden und loben, ist schon, muss ich ganz ehrlich sagen, phantastisch. Wir haben in Wien die Situation, dass über 320 000 Wienerinnen und Wiener akut armutsgefährdet sind. Warum ist das so? Weil Rot und Grün in die Geldbörsen der Wienerinnen und Wiener hineingreifen, und das relativ ungeniert. Wir haben die Situation – das ist heute schon einige Male angesprochen worden –, dass 144 000 Wienerinnen und Wiener Mindestsicherungsbezieher sind. Wir sind somit Weltmeister. Dazu können Sie sich auch gratulieren.

Aus diesem Grund war es ja notwendig, dass wir vor

einhalb Wochen am 13. und 14. Juni die erste Wiener Armutskonferenz in Wien abhalten mussten. *(GR Kurt Wagner: Das haben wir alles schon am Freitag gehört!)* Also auch da muss ich sagen: Gratulation!

Auch angesprochen wurde schon – ich habe leider Gottes nicht allzu viel Zeit; aus dem Grund wäre es fast geboten, es dabei zu belassen, nur Überschriften vorzulesen, aber es gäbe sehr, sehr viel zu sagen –, Sie haben es zusammengebracht, im kältesten Winter, den wir in den letzten Jahrzehnten hatten, den Heizkostenzuschuss für sehr viele Wienerinnen und Wiener zu streichen. Es ist phänomenal. 7 Millionen EUR hätte das Ganze gekostet. Nein, das Geld war anscheinend nicht da. Dafür überlegen wir uns jetzt, die Fahrradwege grün anzumalen, was kolportierte 18 bis 20 Millionen kosten würde.

Ja, was fällt mir dann noch ein? Gerade zum Rechnungsabschluss 2012 darf man, glaube ich, eines nicht vergessen, nämlich die Pressekonferenz der Frau Stadträtin gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister Ende des Jahres 2012, wo es darum gegangen ist, den Radikalumbau des Wilhelminenspitals zu besprechen, wo die Stadträtin leider Gottes keine Ahnung hatte, was das Ganze kosten wird. Die Planungen sind fertig, das Ganze steht, wir wissen allerdings nicht, was es kosten wird. So plant man und so schaut es derzeit leider Gottes aus in Wien.

Zum Schluss kommend: Was leider Gottes noch immer fehlt in Wien, sind etliche Kinder- und Jugendpsychiatrieplätze. Es gibt stationär einige, das wissen wir, allerdings ist es auch heute noch so, dass Kinder und Jugendliche im Akutfall auf der Erwachsenenpsychiatrie liegen müssen. Und was es noch immer nicht gibt, sind Jugendpsychiater auf Krankenschein. Es gibt zwar in Niederösterreich vier Plätze, aber Wien schafft es noch immer, keinen einzigen Platz zu haben.

Und das, meine Damen und Herren, ist, glaube ich, schon ein Zeichen und ein Punkt, warum wir von der Opposition den Rechnungsabschluss ablehnen werden. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Rösch. Er hat eine Redezeit mit 4 Minuten gewählt, könnte allerdings ein bisschen überziehen.

GR Ing Bernhard **Rösch** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Ich habe vorhin der Frau Kollegin Ramskogler zugehört, und da ist es einmal um Dublin gegangen. Das ist natürlich auch budgetrelevant gewesen, denn wenn man genau zugehört hat – nicht nur ihrer Rede –, so hat sie gesagt, es ist alles so schwierig, weil die Opposition ja immer so ein bisschen problematisch ist, denn die passt immer darauf auf, dass im Sozialsystem nicht zu viel ausgegeben wird, denn sie sagt in Wirklichkeit, jetzt sinngemäß, dass es da Sozialschmarotzer gibt. Das war also der Beitrag, so quasi: Die böse Opposition! Das hat natürlich alle Länder wahnsinnig interessiert.

Der Reflex war allerdings, dass wir schon gehört haben, dass im Sozialsystem nicht alles gelenkt und ge-

steuert werden kann durch die öffentliche Hand, dass die Kommunen wieder enger zusammenkommen müssen und dass in diesen Kommunen Kommunikation stattfinden muss, dass in den Familien Kommunikation stattfinden muss und die Hilfe zur Selbsthilfe stattfinden muss, weil sonst ganz einfach das System zu teuer wird.

Das habe ich ein bisschen vermisst, denn die Vorträge waren interessant. Gleich am ersten Tag der dritte Redner nach dem Präsidenten, der war hervorragend. Der hat nämlich von diesen Systemen gesprochen, die sie woanders schon ein bisschen mehr durchleuchtet haben und wo sie auch Familien wieder mehr zulassen als bei uns. Bei uns könnte man wirklich immer glauben, Kinder sind etwas, die kommen auf die Welt, werden weggegeben, und die besseren Pädagogen sind sowieso diejenigen, die das alles studiert haben. Die Eltern sollen nur brav arbeiten gehen, und das, was Ihnen dann über bleibt, das wird als Almosen zurückgegeben. (*GRin Mag Sonja Ramskogler: Woher haben Sie das?*)

Und das ist natürlich nicht unsere Philosophie. Ich habe dort sehr gut aufgepasst und auch sehr viele Verbündete gefunden, die ich übrigens auch eingeladen habe. Wir werden dann zum Fonds Soziales Wien kommen.

Aber das ist eigentlich gar nicht meine Thematik heute, sondern der eine Antrag, den der Kollege Dworak eingebracht hat. Da geht es mir nämlich um Kinderhospiz. Mit Kinderhospiz wird man hier im Gesundheitssystem leider Gottes sehr wenig anfangen können, denn Kinderhospiz sind private Vereine. Ich nenne nur den Sternthalerhof im Burgenland, den Verein Kinderhospiz Netz oder Momo von der Caritas, die sich nämlich um etwas Wesentliches kümmern, um Kinder, die leider Gottes so krank sind, dass man wirklich vermuten muss, dass sie nicht mehr gesund werden. Diese Kinder haben natürlich keine Stimme, und mit diesen Kindern rechnet man dann auch nicht als Wähler. Und gerade da sieht man dann auch, dass die öffentliche Hand keine Unterstützung gibt. (*Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.*) Das ist es nicht. Das St Anna Kinderspital zum Beispiel ist ein tolles Spital, aber es ist ein Spital, es ist kein Kinderhospiz. Es gibt dort tolle Ärzte, es gibt dort tolle Betreuung, aber wenn Familien Zeit brauchen, um den letzten Weg mit dem Kind zu gehen, einen Raum dafür brauchen, Betreuung dafür brauchen, auch die Geschwister, die Großeltern, die ganzen Familien, die davon betroffen sind, dann ist das in einem Krankenhaus nicht so einfach bewältigbar, sondern dann braucht man Raum und Zeit draußen, außerhalb, mit Fachleuten, damit man so ein schwieriges und trauriges Schicksal dann auch durchleben kann, bewältigen kann.

Da würde ich mir schon ein bisschen mehr Mitgefühl von den GRÜNEN erwarten, die sagen, das gibt es eh alles, wie ich da so gerade gehört habe, oder auch von der SPÖ, denn es geht insgesamt um 800 Kinder, von denen jährlich leider Gottes ungefähr die Hälfte stirbt, und denen sollten wir als Solidargemeinschaft schon so weit entgegenkommen, dass wir für sie da sind und diese Solidarität aufbringen.

Aber es geht auch um andere Kinder, gehörlose Kin-

der zum Beispiel. Wenn die Glück haben, kriegen sie die Operation, aber nur auf einem Ohr um 45 000 EUR, wenn das medizinisch möglich ist, aber nicht auf dem zweiten Ohr. Und wenn die Familien nicht reich sind und sich das nicht leisten können, dann ist halt das Kind behindert, und auch wenn es gescheit und intelligent ist, wird es in der Schule so nicht mitkommen, weil einfach das räumliche Hören und das alles nicht da ist.

Wir wissen von Fällen, wo das Geld da ist, weil es aufgebracht wurde, wo die Kinder sich entwickeln, in Gymnasien gehen und, und, und. Sie geben dann das Vielfache wieder zurück, während wir oft in Kurzsichtigkeit verharren und diese Sachen ganz einfach so abtun, indem wir sagen, das Kind braucht eh nicht mehr, das wird schon reichen, ein bisschen hören ist genug.

Und das findet statt. Das ist keine Erfindung von mir, sondern das findet statt. Da gibt es ordentlich viele Beispiele. Es gibt Vereine, die sich bemühen, dass das anders wird.

Das ist an und für sich der Grund, warum wir dagegen sind. Aber nicht, weil wir nicht gute Ansätze haben – ich lobe auch immer die MA 3, die wirklich auf tollstem Wissensstand ist –, sondern leider Gottes kommt ganz einfach die Prävention zu kurz. Die Mitarbeiter, die im Stress sind, die sich manchmal gemobbt fühlen oder Burn-out haben – das kann ja auch von der Familie herkommen –, fühlen sich im Stich gelassen, und die tollen Erkenntnisse, die tollen Leute, die wir in den magistratischen Abteilungen haben, kommen einfach nicht dorthin, wo sie hin sollten.

Und solange das so ist, könnt ihr, glaube ich, sicher sein, dass von der Opposition keiner zustimmen kann, sondern wir wollen zuerst die Umsetzung sehen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort gelangt die Frau Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely. Ich stelle die Uhr auf 15 Minuten.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße auch besonders herzlich die Geschäftsgruppe Umwelt, und ich verspreche euch, ihr werdet nicht sehr lange warten müssen.

Ich bedanke mich auch heuer wieder ganz besonders herzlich für die äußerst niveauvolle Debatte, insbesondere der RednerInnen der Regierungsparteien.

Lassen Sie mich einige Dinge zu den Debattenbeiträgen sagen, die hier von der FPÖ gekommen sind. Also ich habe den Eindruck, man kann schon generalpolitische Diskussionen führen, auch hier im Gemeinderat, auch im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte, aber wenn dann zum Beispiel der Umstand, dass Krankenkassen nicht zusammengelegt werden, als ein Grund genannt wird, warum man dem Wiener Rechnungsabschluss nicht zustimmen kann, oder der Kollege Seidl die Frage, wie viele Kinderpsychiater-Kassenstellen wir haben, als Grund nennt, dass er dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen kann, dann kann ich das nur in Demut zur Kenntnis nehmen, es hat nur einfach mit dem Rechnungsabschluss der Gemeinde Wien genau gar nichts zu tun.

Kollege Frigo, Ihnen möchte ich ein Kompliment ma-

chen. Ich finde, dass Ihnen diese Warnweste sehr gut steht. Vielleicht sollten wir das bei dem AP 7 umdrehen, dass die Ärzte diese Warnweste tragen sollen, denn das macht Ihr Gesicht ein bisschen weicher. Also ich habe den Eindruck, das ist nicht schlecht und vielleicht könnten wir das ja ein bisschen ausrollen diesbezüglich.

Ich möchte, da Sie aus dem Quartalsbericht 2013 zitiert haben, vielleicht auch einbringen, dass der Quartalsbericht 2013 nicht Gegenstand der Debatte jetzt und hier ist, weil wir nämlich jetzt gerade über den Rechnungsabschluss 2012 sprechen.

Und um hier auch ein Mysterium aufzuklären, das aber gar nicht so schwierig ist, weil ja Ihre nichtamtführenden Stadträte dabei waren. Wir haben am 16. April des heurigen Jahres den Wiener Krankenanstaltenplan beschlossen, wonach es diese Unterscheidung zwischen systemisierten und tatsächlich aufgestellten Betten nicht mehr gibt. Das heißt, dieses Problem, das zwar nichts mit dem Rechnungsabschluss zu tun hat, kann ich schon jetzt aufklären: Es wird sehr bald der Vergangenheit angehören.

Frau Kollegen Korosec, zum Thema Mindestsicherung ist heute schon viel gesagt worden. Bei Ihnen tue ich mir immer ein bisschen schwer beim Argumentieren, und zwar deswegen, weil ich ja gar nicht glaube, dass Sie das wirklich so meinen, wie Sie es da sagen. Ich weiß, dass Sie ein sehr sozial engagierter Mensch sind und dass Sie ja auch immer genau wissen, nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich.

Wenn Sie hier sagen, dass es in Niederösterreich viel weniger Mindestsicherungsbezieherinnen und -bezieher gibt. Ja, das stimmt, das wissen wir beide. Was ich nur unterstelle, ist, dass Sie auch genauso gut wie ich wissen, warum das so ist. Auf Grund dessen, dass Sie das hier so gebracht haben, kann ich es Ihnen aber nicht ersparen, das hier noch einmal darzustellen, weil der Unterschied in mehreren Bereichen liegt. Der liegt zunächst einmal daran, dass Wien die Mindestsicherung so umgesetzt hat, wie es der Gesetzgeber vorgesehen hat. Die Bundesregierung hat die Mindestsicherung gemeinsam beschlossen, sie ist auch von allen neun Landtagen beschlossen worden. Der Gesetzgeber hatte das Ziel, dass all jene, die den Anspruch bisher nicht gehabt haben, jetzt ins System kommen. Und zwar warum? Weil es eben darum geht, eine neue Lebensperspektive zu eröffnen und die nur dann möglich ist, wenn die Menschen zunächst im System sind. Und das ist in Wien gelungen, das ist in anderen Bundesländern nicht gelungen.

Wissen Sie, das ist ein bisschen so wie die Diskussion um die psychischen Erkrankungen. Die Tatsache, dass jetzt – das führe ich auch nicht zuletzt auf die Debatten in diesem Haus zurück – psychische Erkrankungen ein Stücklein aus der Tabuzone geholt wurden und man daher mehr darüber spricht und wir auch wissen, dass ein nicht unerklecklicher Anteil an Invaliditätspensionen – die es erfreulicherweise, darüber brauchen wir jetzt nicht zu diskutieren, in der Form nicht mehr geben wird – auf Grund psychischer Erkrankungen gewährt wird, bedeutet nicht, dass jetzt auf einmal alle Leute

psychisch krank sind, sondern bedeutet, dass man jetzt darüber spricht.

Wir können sehr gut messen, inwieweit die Mindestsicherung wirkt als Sicherungsinstrument gegen Armut. Das können wir messen, indem wir uns anschauen, wie viele armutsgefährdete Menschen es in einer Region, in einer Stadt, in einem Bundesland gibt und wie viele Menschen die Mindestsicherung beziehen. Wenn wir daher wissen, dass auf einen Bezieher/eine Bezieherin der Mindestsicherung in Wien 1,6 armutsgefährdete Menschen kommen und in Niederösterreich auf einen Bezieher der Mindestsicherung 5,6 armutsgefährdete Menschen kommen, dann spart sich Niederösterreich viel Geld, aber macht nichts zur Armutsbekämpfung. Und das, denke ich, kann Ihr Ziel genauso wenig sein – ich glaube auch nicht, dass es das ist –, das ist jedenfalls sicherlich nicht das Ziel dieser Stadtregierung.

Wenn wir uns anschauen, wie die Zahl der Mindestsicherungsbezieher und -bezieherinnen verteilt ist, dann sehen wir hier auch, dass 9 Prozent – nur 9 Prozent – der Mindestsicherungsbezieher in Wien, wie Sie gesagt haben, die volle Mindestsicherung beziehen, dass bei der Hauptgruppe, nämlich bei den alleinerziehenden Müttern mit mehreren Kindern, nur 7 Prozent die volle Leistung beziehen und dass die Zahl der Niederösterreicher, die die volle Leistung beziehen, eine deutlich höhere ist. Das heißt, da bin ich sehr froh und halte ich es für sehr richtig, wie wir dieses System hier bei uns in der Stadt ausgebaut haben.

Zu den Anträgen, die Sie eingebracht haben, Herr Kollege Dworak – nur zu einigen, denn sie kommen ja morgen erst zur Abstimmung –, möchte ich insbesondere zum Antrag bezüglich des Budgets sagen, dass wir hier, glaube ich, auf einem sehr, sehr guten Weg sind. Wir legen ja seit dem letzten Jahr auch eine mehrjährige Finanzplanung vor und werden das auch in Zukunft weiterhin so machen.

Was das Palliativkonzept betrifft, ist der Antrag an sich obsolet, weil wir in der letzten Sitzung des Dachverbandes der Wiener Sozialeinrichtungen, wo alle Sozialeinrichtungen und auch Gesundheitseinrichtungen, die in dem Bereich tätig sind, vertreten sind, wo auch die Kollegin Praniess-Kastner als Vertreterin dabei ist, beschlossen haben, dass das Palliativthema ein Thema ist, mit dem wir uns jetzt federführend beschäftigen werden. Also das heißt, dieser Antrag ist an sich schon erledigt.

Lassen Sie mich, auch wenn das sowohl von der Kollegin Kickert als auch von Kollegin Ramskogler hier in einer ein bisschen hitzigeren Debatte schon gesagt wurden, Folgendes sagen: Ich würde wirklich bitten, dass Sie im ÖVP-Klub die interne Kommunikation verbessern, weil ich es für wirklich unmöglich halte, dass Debatten, die in aller Offenheit in den politischen Gremien geführt wurden, dann offenbar nicht weiter besprochen werden, sondern Dinge, die längst ausgeräumt sind, hier coram publico dargestellt werden.

Diese Debatte dauert noch länger. Es gibt hier wörtliche Protokolle. Es können alle Wienerinnen und Wiener, nein, die ganz Welt, wenn sie interessiert daran ist, übers Internet unsere Sitzungen verfolgen. Die Debatte dauert

noch bis morgen am Abend, dann haben wir noch Gemeinderat und Landtag. Also vielleicht können Sie sich doch noch einen Ruck geben und sich beim Herrn Kollegen Skoff entschuldigen für die Art und Weise, wie Sie dieses Thema hier angesprochen haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich vielleicht abschließend sagen – die wesentlichen Inhalte wurden ja bereits von den RednerInnen der Koalition gebracht, und ich bin nicht von der Fraktion, die meint, es ist schon alles gesagt worden, aber noch nicht von jeder, also daher das, was schon gesagt wurde, wurde gesagt, und es reicht damit –: Ich denke, dass das vergangene Jahr eines ganz sicher gezeigt hat, nämlich den Gegensatz von dem, was Sie dargestellt haben, Herr Kollege Dworak, dass es eben bei uns nicht darum geht, einfach fortzuschreiben, sondern dass es gerade im Gesundheits- und Sozialbereich sehr große Veränderungen gibt, dass wir mit der Umsetzung des Spitalskonzepts 2030 im Plan sind und uns hier fit machen für die Zukunft, dass wir mit der Umsetzung des Geriatriekonzepts, das ja auch hier im Gemeinderat beschlossen wurde, genau im Plan sind und dass wir im Jahr 2015 kein einziges altes Pflegeheim mehr haben werden.

Der Rechnungsabschluss 2012 zeigt vor allem auch eines: Dass die Stadt Wien auch im Jahr 2012 wieder etwas getan hat, was keine andere europäische Metropole gemacht hat, nämlich in Zeiten, wo es schwierig ist, nicht das Einfachste zu tun, nämlich Investitionen zurückzuschrauben, sondern das hohe Niveau der Investitionen aufrechtzuerhalten im Sinne der Modernisierung der Stadt und im Sinne der Zukunftsorientierung der Stadt.

Ich möchte mich abschließend ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meiner Geschäftsgruppe bedanken, hier jetzt ganz besonders bei den Führungskräften, die Hervorragendes leisten und daher auch in großartiger Art und Weise Verantwortung dafür tragen, und natürlich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Büros, ohne die das alles nicht möglich wäre.

Ich ersuche Sie, im Sinne der Zukunft dieser Stadt noch ein bisschen zu überlegen und vielleicht morgen doch dem Rechnungsabschluss zuzustimmen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales und zum Jahresabschluss der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schlage daher vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Umwelt mit der Postnummer 3, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2012, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt und den Jahresabschluss 2012 der Unternehmung Wien Kanal jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Nein, das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates ersuchen, daher so vorzugehen.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe

Umwelt. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Holdhaus. Selbstgewählte Redezeit 12 Minuten. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Magistratsabteilungen!

Wir haben ja heute schon viele Lobreden gehört, wie super alles ist. Ich gehe davon aus, dass die zuständige Ressortleitung und die Regierungsparteien auch im Bereich Umwelt davon überzeugt sind, dass alles super ist, wobei wir in einem Punkt die Meinung teilen: Dank gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Magistratsabteilungen, und ich bitte die Leiter, die heute hier anwesend sind, diese Anerkennung an ihre Mitarbeiter weiterzuübermitteln.

Auch die Replik der Kollegen auf die Opposition kann ich schon vorwegnehmen. Da Kollege Valentin, wie es aussieht, heute nicht sprechen wird, bin ich ja fast ein bisschen enttäuscht, weil normalerweise immer die reflexartige Antwort kommt: Lebe ich in der gleichen Stadt? Leben wir auf demselben Planeten? Reden wir von den gleichen Projekten? Ich gebe Kollegen Valentin ausnahmsweise auch hier recht, denn das ist genau das Problem. Sie hören nicht zu, Sie reden an den Problemen vorbei, Sie lenken ab. Wir leben manchmal tatsächlich offensichtlich auf anderen Planeten.

Wie zum Beispiel bei der Gebührenerhöhung. Wir kritisieren, dass die Erhöhungen weit über dem moralisch und budgetär gerechtfertigten Maße liegen, Sie sagen, in Wien ist es eh so billig. Wir kritisieren, dass Sie, anstatt die Einnahmen tatsächlich für Umweltmaßnahmen zu verwenden, Budgetlöcher stopfen und deshalb nicht so viel weitergeht, wie weitergehen könnte, Sie sagen, Wien ist eh so billig. Wir kritisieren, dass Sie Erhöhungen machen, obwohl Sie Überschüsse haben, anstatt diese abzubauen und den Steuerzahler in Wien zu entlasten, Sie sagen, Wien ist eh so billig. Nur weil es anscheinend oder angeblich so billig ist, glauben Sie, das Recht zu haben, den Wienerinnen und Wienern mehr Geld aus der Tasche zu ziehen.

Herr Margulies, Sie haben in den letzten Tagen – wo ist er denn, er ist gar nicht da, interessiert ihn nicht die Umwelt, macht nichts – immer wieder davon gesprochen, wo es denn billiger sei. Ich fordere Sie auf, zeigen Sie mir eine Stadt, wo das Wasser um 33 Prozent erhöht wurde, wo die Hundesteuer um 65 Prozent erhöht wurde, wo der Müll um 19,5 Prozent erhöht wurde und bereits im April 2014 Wasser-, Abwasser- und Müllgebühren schon wieder um weitere 4,4 Prozent erhöht werden sollen, obwohl die Überschüsse laut Rechnungsabschluss 2012 131 Millionen betragen.

Wenn man sich diese Gebührenerhöhungen anschaut, Frau Stadträtin, finde ich es ausnahmsweise gar nicht so schlecht, dass Sie jetzt auch bei den Zahlscheinen für Wasser ihr Foto mitschicken, damit wenigstens jeder weiß, wer für diese Erhöhungen verantwortlich ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie erhöhen, weil Sie es rechtlich dürfen, weil Sie es

sich rechtlich erlaubt haben, obwohl Sie, wie gesagt, 2012 um 131 Millionen mehr eingenommen haben, zu viel eingenommen haben. Und wenn es nicht so ist, wie immer wieder die Versuche gestartet werden, das zu erklären, dann seien Sie endlich transparent, sagen Sie uns, wofür Sie diese 131 Millionen zu viel verwendet haben. Aber das tun Sie nicht, weil Sie es nicht können, ohne Ihr Gesicht zu verlieren.

Zweckgebunden ausnahmsweise, siehe da, beim Verein Freunde der Donauinsel, eines der wenigen Projekte des letzten Jahres. Bisher verantwortlich die MA 45 und die via donau im Auftrag DHK, jetzt ein Verein. Und um es eher ein bisschen von der amüsanten Seite zu sehen: Ich kann mich noch an die Anfrage erinnern, die ich gestellt habe – ich glaube, es war im April –, wie viel denn an Budget notwendig sein wird oder wie viel denn dieser Verein brauchen wird. Da haben Sie, Frau Stadträtin, gesagt, das wissen Sie nicht so genau. Da ging es aber nur um die Deckung der Eigenkosten. Wenn Herr Präsident Kopietz, Vorsitzender dieses Vereins, jetzt mit 5 EUR Eintritt spekuliert, dann hat er offensichtlich ein besseres Bild oder eine bessere Vorstellung davon, wie viel dieser Verein tatsächlich an Budget brauchen wird, als Sie es sich vorstellen können.

Aber bleiben wir gleich bei der Donau, bei der Alten Donau. Sachlage: Eigentümerin der Alten Donau ist die DHK, für die Erhaltungsarbeiten sind die MA 45 und die via donau zuständig. Fakt ist, dass die DHK für den Hochwasserschutz zuständig ist, aber nicht für die Wasserqualität der Alten Donau. Wer ist also für die Alte Donau beziehungsweise die Wasserqualität wirklich zuständig? Nicht einmal der Koalitionspartner, Kollege Maresch, kennt sich in dem Kompetenz- und Verantwortungswirrwarr aus. Wenn Ihnen die Wasserqualität, mit der Sie sich laufend rühmen ... (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch*) Zuhören, Herr Maresch, wenn es Sie interessiert, ich weiß es nicht. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ich höre zu! Ich erkläre Ihnen dann, was ich gemeint habe!*) Ich habe Sie nur zitiert. Ich habe in den Zeitungen gelesen, dass Sie sich da selber nicht auskennen und sich erkundigen werden. Sie wussten nicht, wer zuständig ist. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Genau lesen, Frau Kollegin! Ich erkläre es Ihnen dann!*) Gerne. Das können Sie ja dann anschließend machen.

Also wenn Ihnen die Wasserqualität, mit der Sie sich laufend rühmen, so wichtig ist, dann übernehmen Sie bitte auch 100 Prozent Verantwortung, klären Sie dieses Kompetenzwirrwarr. Wenn es um Events geht, verhandeln Sie mit der DHK, machen Sie es auch, wenn es um Umweltschutz geht. Daher bringen wir den Beschlussantrag zur sofortigen Abstimmung ein:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Stadt Wien mit der DHK in Gespräche über eine sinnvolle Verteilung der Kompetenzen in Bezug auf den Schutz der Donaugewässer in Wien eintreten soll.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ein paar Worte zum Beispiel zum Klimaschutzprogramm. Wieder, auch 2012, keine offensiven Maßnahmen, um die eigenen Klimaschutzziele zu erreichen. Hier hat die Stadt Wien einen Beitrag zu leisten, den sie sich

in Form der KlIPs freiwillig zugemutet hat, den sie übernommen hat. Aber Sie stellen lieber Forderungen an die Bundesregierung, um von eigenen Versäumnissen abzulassen.

Auch im Masterplan Verkehr wird eingestanden, dass das Ziel einer Reduktion bei den Überschreitungen der Grenzwerte noch immer nicht erreicht wurde. Statt Autofahrer zu verdammen, Radfahrer gegen Autofahrer aufzuhetzen, sollten Sie Anreize schaffen, den Verkehr möglichst rasch umweltfreundlicher zu machen. Denn das ist genau das Problem. Ihre Politik ist ein Gegeneinander und nicht ein Miteinander.

Um ein Zeichen des Miteinanders zu setzen wie bei der Erdgasförderung oder bei den Elektrofahrradförderungen, bringen wir einen Antrag ein für eine Förderung für Elektrofahrzeuge. Es war immer wieder das Argument, Elektroautos sind zu teuer. Stimmt, sie sind immer noch kein Schnäppchen, aber auch die Elektrofahrräder sind ja zumindest drei bis vier Mal so teuer wie ein normales Fahrrad. Also glauben wir, dass das ein richtiger Schritt in die richtige Richtung wäre, und bringen daher folgenden Beschlussantrag zur sofortigen Abstimmung ein:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Anschaffung von privaten E-Fahrzeugen, wie dies etwa auch für E-Fahrräder der Fall gewesen ist, durch eine finanzielle Direktförderung unterstützt wird.“

Thema Abfallwirtschaft. Gut, dass wir einen neuen Abfallwirtschaftsplan 2013 bis 2018 haben. Der war wirklich dringend notwendig, denn Wien ist nach wie vor Schlusslicht beim getrennten Müllsammeln, wie die Sammelmengen von lediglich 92,8 kg pro Kopf zeigen, die eindeutig unter dem gesamtösterreichischen Niveau von 117,6 kg pro Kopf liegen. Hier ist bisher keine Trendwende in Sicht. Wir hoffen, dass das Abfallvermeidungsprogramm beziehungsweise der Abfallwirtschaftsplan hier Maßnahmen auch wirklich umsetzt, die dazu beitragen, denn EU-weit geht der Zug Richtung Müllvermeidung und Wiederverwertung, nur in Wien viel zu langsam. Zu fordern ist daher, dass das Bewusstsein zu fördern ist, dass Wiederverwertung mehr Priorität enthält und Anreize geschaffen werden.

Warten heißt es auch beim Gewässerrenaturierungsprogramm. Ich möchte hier nur den einen Punkt herausnehmen, nämlich den Punkt der Bodenversiegelungen. Wer sich gedacht hat, dass bei der Beteiligung der GRÜNEN in der Regierung mehr Grün in die Innenstadt kommt, hat sich leider massiv getäuscht. Beispiel: Wien Mitte. Ein großer Platz, der wunderbar geeignet gewesen wäre, um ihn schön zu gestalten, um in grün zu gestalten. Was ist? Betonoase. Beim Westbahnhof das Gleiche. Und, und, und.

Aber das Engagement für ein grünes Wien ist bei den GRÜNEN genauso versickert wie das Regenwasserversickerungsprojekt zum Beispiel. Ein paar Kostproben aus den OTS-Aussendungen der letzten Zeit, damit wir alle wissen, worum sich das Umweltressort wirklich kümmert oder was es wirklich beschäftigt. Eine gemeinsame Pressekonferenz von Sima und Maresch: „Gemeinsam Garteln verbindet.“ Ich hoffe, das hat wenig-

tens Sie beide etwas näher zusammengebracht, damit hier mehr weitergeht in der Stadt. Oder: „Kein Mist: Großer 48er-Malwetbewerb 2013 voll im Laufen.“ Zu Ostern: „Freilandeier genießen.“ „Sima: Vorbereitungen für den 99. Blumenball laufen auf Hochtouren.“ Oder: „Wanderspaß für Groß und Klein entlang der I. Hochquellwasserleitung.“

Das sind durchaus nette Aktionen, keine Frage, und auch wichtig, das will ich nicht bestreiten, aber visionäre Umweltpolitik ist das nicht. Denn das hat sich heute schon durch alle Diskussionen durchgezogen: Sie verwalten nur noch, Sie gestalten nicht mehr.

Oder ist es das Problem des Umweltressorts, dass es als Cashcow für das allgemeine Budget verwendet wird und gar kein Geld mehr übrig bleibt für wirkliche Umweltinitiativen? Das ist sehr zu bedauern. Schade für Wien, schade für die Wienerinnen und Wiener. Wieder ein Jahr ohne umweltpolitische Impulse.

Ich würde mir wünschen: Schluss mit der Isolierung und Beschneidung des Umweltressorts. Ich würde mir wünschen, dass Umweltschwerpunkte in den einzelnen Ressorts stattfinden, sodass es endlich eine ressortübergreifende, gesamte Umweltpolitik in Wien gibt, die den Namen auch verdient.

Bevor es nicht soweit ist, können wir diesem Budget nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Frau Kollegin, wenn Sie mir bitte die Anträge heraufgeben. *(Geschieht.)* Danke schön.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Er scharrt schon in den Startlöchern. Sie haben 20 Minuten

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Na ja, scharren in den Startlöchern? Gut. Egal. – Die Frau Kollegin hat sozusagen grundsätzlich ein bisschen die Hülsenautomatik aufgedreht. Es ist immer das Gleiche: Wir bringen es irgendwie nicht zusammen, wir können das alles nicht und dergleichen Dinge. Da möchte ich nur kurz darauf eingehen. Also machen Sie sich keine Sorgen. Die Donauhochwasserschutz-Konkurrenz gehört dem Bund und den Ländern Niederösterreich und Wien zu jeweils einem Drittel, und die MA 45 betreut sozusagen die Ufer.

Es ist schon klar, warum ich das gesagt habe, dass das schwierig ist: Weil offensichtlich die DHK nicht wusste, dass sie die Fässer aus der Alten Donau vielleicht doch zügig heraustransportieren sollte und nicht einfach jedes Jahr nur ein paar. Das war alles. Also auskennen tue ich mich da schon. Die einzige Gruppierung, die sich da nicht ausgekannt hat, war die DHK, denn die bringt es offensichtlich nicht zusammen, die 200 Fässer von Pontons herauszubringen. – Das ist einmal das eine.

Das Zweite, was ich interessant gefunden habe – ich meine, wir haben morgen eine ausführliche Debatte zum Thema Mobilität und Verkehr, das werden wir im Rahmen des jeweiligen Ressorts abführen, aber nur soweit – : Radfahren ist etwas ganz Wichtiges, und dass wir die RadfahrerInnen und die AutofahrerInnen gegeneinander

hetzen und nichts weiterbringen, das glaube ich nicht, denn wenn das so gewesen wäre, hätten wir nicht eine Steigerung auf fast 40 Prozent beim öffentlichen Verkehr, eine Steigerung auf 6,3 Prozent beim Fahrradfahren und einen Rückgang beim Autoverkehr auf jetzt insgesamt 27 Prozent. In Wien werden mehr Wege zu Fuß erledigt als mit dem Auto. Also ich glaube, da waren wir ganz gut.

Da komme ich jetzt zu den einzelnen Magistratsdienststellen. Und als Allererstes war es für mich als ehemaligen Oppositionspolitiker schon sehr interessant, wie das Klima mit den Dienststellen, das vorher eigentlich schon gut war, jetzt sensationell war, wie sehr wir gemeinsam gearbeitet haben. Ich glaube, die Beamten und Beamtinnen sind in Wirklichkeit tatsächlich sehr, sehr bemüht, dass in der Stadt etwas weitergeht, dass sich viele, viele Dinge bewegen. Da kann man nur Dank und Anerkennung aussprechen, denn eigentlich war ich sehr, sehr zufrieden mit ihnen und allem, muss ich dazu sagen. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Das Zweite: Natürlich wird die Gebührenkatze wieder herausgehoben. Jetzt war die FPÖ noch nicht dran, aber ich sage es gleich im Vorhinein, denn der Kollege Gudenus hat ja behauptet, dass in Wien jeder Bürger und jede Bürgerin, jedes Kind, jeder Bub, jedes Mädchen im Jahr 1 700 EUR durch die Gebührenerhöhungen verlieren. Da kann ich nur den Martin Margulies zitieren: Wenn man das zusammenrechnet, hätte die Stadt Wien 3,1 oder 3,2 Milliarden EUR Mehreinnahmen. Die haben wir aber bis jetzt nicht gefunden. Wir haben uns sehr bemüht, aber vielleicht kann uns die FPÖ helfen. Da haben wir nichts gefunden.

Dann hat natürlich die Frau Kollegin Holdhaus einen interessanten Satz gesagt, und zwar, dass wir Erhöhungen über die moralisch gerechtfertigten Grenzen durchgeführt haben. – Das finde ich echt interessant, dass man Gebühren als „über die moralischen Grenzen gerechtfertigt“ bezeichnen kann. Ich kann Ihnen nur sagen, ich bin gebürtiger Eisenstädter, da sind die Müllgebühren schon sehr lange hoch. Meine Mutter hat das als Mindestrentnerin nicht gut zahlen können, ich habe ihr finanziell ausgeholfen. War nicht schlecht, war quasi eine gute Tat. Aber in Eisenstadt sind die Müllgebühren ganz lange nicht erhöht worden – jetzt ist die Frau Kollegin nicht zu sehen, aber sie wird irgendwo sein –, und in Wien sind sie jetzt erhöht und valorisiert werden. Und siehe da, sie sind immer noch niedriger als in Eisenstadt. In Eisenstadt regiert übrigens die ÖVP, ich glaube, sogar mit einer absoluten Mehrheit. *(GR Heinz Hufnagl: Seit 1945!)* – Richtig, seit 1945! Ich kann mich noch erinnern, die ÖVP hat dort 80 Prozent gehabt, jetzt haben sie, glaube ich, um die ... *(GR Heinz Hufnagl: 54 Prozent!)* – Genau, ein bisschen was über 54 Prozent haben sie. Und da denke ich mir, na, da ist in Wirklichkeit gut gewirtschaftet worden. Und im Vergleich ist Wien, sind wir eindeutig besser als Eisenstadt. Nur so viel zu diesem Punkt.

Bevor ich zu den Dienststellen komme, möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der mich schon verwundert hat. Wir bekommen jetzt ein „TierQuarTier“, das

finde ich ja ganz toll und wichtig, auch im Norden Wiens gibt es nun eine Stelle für die Haustiere, wenn man so will. Am Anfang hat es ein großes Getöse der beiden Oppositionsparteien gegeben, und am Schluss allgemeine Zustimmung. Und das habe ich interessant gefunden und war ein bisschen verwundert. Das könnte mit dem Partner oder – genauer gesagt – der Partnerin beim „TierQuarTier“, der Stiftung zusammenhängen. Die hat irgendetwas mit der „Kronen Zeitung“ zu tun. Und ich glaube, da hat Sie der Mut ein bisschen verlassen. Aber es ist ohnehin gut. Wir haben es uns gemeinsam in Großbritannien angeschaut, wir haben in England mehrere Tierquartiere gesehen und waren alle miteinander der Meinung, dass es eine gute Sache ist. Sie haben ja zugestimmt, und das war gut so.

Jetzt einmal zu den einzelnen Abteilungen. Und da möchte ich ein paar herausgreifen, der Kollege Spitzer und der Kollege Hufnagl werden sicher noch einiges drauflegen. Ich möchte mich eher auf das beschränken, was klimarelevant ist, weil es auch in Wien wärmer geworden ist. Wir wissen, dass auch die Regenfälle stärker geworden sind, wir haben ein Problem mit dem Regenwassermanagement. Da sind wir dran, da ist auch in der Geschäftsgruppe von StR Ludwig einiges passiert.

Es gibt eine Förderung der MA 22 – das könnte der Frau Kollegin entgangen sein –, da geht es um Wandbegrünungen, Dachbegrünungen, Hofwiederbegrünungen, die auch angenommen wird. Da haben wir gemeinsam einiges weitergebracht, auch bei den Wandbegrünungen. Und Sie werden es nicht glauben, in der Ottakringer Straße wird eine Wandbegrünung an zwei Gebäuden gemacht werden, sodass man das auch sehen kann. Auch bei der MA 48 – so Sie dort vorbeikommen – am Wiedner Gürtel gibt es eine schöne Wandbegrünung.

Dann haben wir uns auch beim Amphibienschutz und beim Artenschutz einiges einfallen lassen. Am Schottenhof und beim Exelberg wurden Krötentunnel errichtet, und ich glaube, es war es wert, da einiges Geld in die Hand zu nehmen, um da weiterzukommen.

Last but not least gibt es bei der MA 22 ÖkoKauf und ÖkoBusinessPlan. Ich war jetzt in Frankfurt und in Rheinland-Pfalz, und da sind wir angeredet worden, welch tolles Projekt es mit ÖkoKauf und ÖkoBusinessPlan in Wien gibt. Da denke ich mir schon, kleinreden sollte man das nicht. Auch „Netzwerk Natur“ ist neu aufgestellt worden. Wir finden es ganz hervorragend, dass die MA 22 da einiges tut.

Von der FPÖ wird Kritik kommen, wie die Stadt Wien mit den Zieseln umgeht. Da sage ich, ja, die Stadt Wien hat sich bemüht, ein Ziesel-Monitoring aufzustellen, und ja, die Stadt Wien hat gemeinsam mit den Bürgern sehr viele Diskussionen geführt. Es gibt jetzt ein Projekt, um zu sehen, ob die Ziesel in einen anderen Teil von Floridsdorf gelockt werden können. Wenn das nicht funktioniert, dann wird eben dort nicht gebaut werden, Herr Kollege Guggenbichler. Das habe ich Ihnen anderswo auch schon gesagt, aber Sie können das gerne zitieren.

Ein anderer wichtiger Punkt ist, dass ich gehört habe, wir hätten es nicht zusammengebracht, dass die Stadt Wien grüner wird. Da habe ich mir eine Liste geben

lassen, welche Parkanlagen und Spielplätze verbessert beziehungsweise neu errichtet wurden. Es waren im Jahr 2011 sage und schreibe insgesamt 53, und im Jahr 2012 52 Parkanlagen und Grünanlagen, die von der MA 42 gemeinsam mit den Bezirken verbessert wurden. Da gibt es eine Liste, da war ich echt überrascht, dass das so viele sind. Gratulation an die MA 42, wirklich sensationell. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Dann haben wir noch im Regierungsübereinkommen vereinbart, dass zehn Parkanlagen von der MA 42 pro Jahr neu gebaut beziehungsweise umgestaltet werden. Und siehe da, es waren jeweils zehn, und zwar im Jahr 2011 und im Jahr 2012. Und liebe Frau Kollegin, stellvertretend für alle, es war der Viktor-Frankl-Park im 12. Bezirk, Pretschgasse, Zug und Bahn Wilhelmsdorfer Park, der Ballspielplatz, der Gustav-Klimt-Park, der Friedrichsplatz, der Clemens-Krauss-Park, der Kaiser-mühlendamm-Spielplatz, der Jazzpark Eßling, bei den Blumengärten in Hirschstetten ist viel passiert, und zwar der Insektenspielplatz und der Liesinger Anger. – Also immerhin zehn, wie ausgemacht. Liebe Frau Kollegin, die Information ist wichtig, deswegen sollte man sich das genau anschauen.

Jetzt komme ich zu einer interessanten Geschichte, und zwar zur Offensive gegen das Bienensterben. Das ist ein Highlight Ihres Umweltministers. Ich glaube, irgendwie hat er ein Problem gehabt. Da hat es Demonstrationen gegeben, mit der „Sumsi-Biene“. Und das war schon interessant, wie Ihr Umweltminister mit dieser unglaublichen Kompetenz – Sie erinnern sich sicher an diese Geschichte am Pariser Flughafen, da wollte er jemanden feuern, der ihm die Flugtickets vielleicht nicht so richtig in die Hand gedrückt hat –, wirklich großartig bis zum Ende durchgefochten hat, dass man die Bienengifte weiter verwenden solle.

Was wenige hier in diesem Raum wissen, ist, dass er letztendlich auch bei der Produktion von Bienengiften in Korneuburg (*GR Heinz Hufnagl: Für die Bienen ist das Lebensministerium ein Ablebensministerium!*) – ja, genau – durch die Firma Kwizda Agro ganze Arbeit geleistet hat. Und da habe ich von der ÖVP-Wien keinen Ton dazu gehört, dass man nämlich in Korneuburg nicht nur die Pestizide weiterproduziert, sondern das Abwasser vom Betrieb beziehungsweise das, was aus der Grube, in der man das versenkt hat, herausgepumpt worden ist, in die Donau gelassen hat. Da gibt es Sachverhaltsdarstellungen von der SPÖ und von uns, beziehungsweise von Global 2000. Wenn das ein Normalsterblicher macht, dann kriegt er 30 000 EUR Strafe. Die Firma Kwizda hat vom Bezirkshauptmann den Persilschein gekriegt, dank der Unterstützung des Herrn Bundesumweltministers – eigentlich ist er in erste Linie Landwirtschaftsminister –, und Sie haben geschwiegen. Ziemlich geschwiegen. So wie jetzt, kein Ton, sonst immer gerne hineinreden, aber diesmal Schweigen im Walde, wenn man so will.

Da komme ich gleich zur nächsten Dienststelle, und zwar zur MA 49. Die MA 49 betreibt ja die Stadtlandwirtschaft, und da kann man sagen, alle Achtung. Sie ist immerhin größte Biobäuerin von Österreich und hat sich in Wirklichkeit weiterhin gut gehalten.

Die MA 49 betreibt auch einen anerkannten Weinbau. Wenn man den Weinbau auf Bio umstellen könnte – eine alte Liebe von mir –, hätte ich wohl nichts dagegen, da werden wir weiterhin dranbleiben. Es gibt auch wunderbare Bioweine in Wien, sogar einen, der von einem Kollegen von der ÖVP betrieben wird. Jetzt schaut er (*in Richtung GR Norbert Walter, MAS*) zwar in seinen Computer hinein, aber das ist ein ausgezeichnete Weißwein, den kann man empfehlen. Ja, ja, Norbert, genau das habe ich letztes Jahr auch gesagt, den kann man noch immer empfehlen.

Bei der MA 49 ist natürlich auch ganz wichtig, dass wir bei den Quellschutzwäldern einiges weitergebracht haben und einfach wirklich gut aufgestellt sind.

Was mir in Wien noch auffällt, ist, dass man – und da habe ich mir in anderen Ländern schon einiges angeschaut – dem Hundekot beigegeben ist. Auch wenn wir die ganze Zeit davon reden, dass die Hundesteuer erhöht worden ist. Nur die Hundesteuer alleine – das weiß jeder – deckt bei Weitem nicht die Ausgaben, die mit der Beseitigung des Hundekots verbunden sind. Der wäre nämlich sonst tonnenweise in Wien vorhanden, und das kostet viel Geld. Da hat die Stadt einiges weitergebracht, und da muss ich durchaus sagen, dass ich bei den Waste Watchern ein bisschen vom Saulus zum Paulus geworden bin. Denn ich hatte eigentlich erst das Gefühl, eine Stadtpolizei, wie es die ÖVP gerne hätte, brauchen wir so nicht. Aber ich muss sagen, die Waste Watcher sind in diesem Bereich eine gute Einrichtung. Danke, MA 48. Ich habe es am Anfang gar nicht so gesehen, mittlerweile finde ich, dass sich das in Wien positiv ausgewirkt hat.

Last but not least – ich lasse mir noch etwas Zeit übrig, falls interessante Beiträge von der anderen Oppositionspartei kommen: Die Wiener UmwelthanwältInnen-schaft soll man gar nicht kleinreden. Wenig Budget, großes Engagement, und ich finde, wir können wirklich darauf stolz sein, was sie als VertreterInnen der Stadt im Bereich Antiatom geleistet haben. Da wird der Kollege Hufnagl noch einen Antrag einbringen, bei dem es um die Haftung geht. Rot-Grün hat gemeinsam gute Antiatompolitik geleistet, das hätte ich mir in diesem Ausmaß gerne von anderen angrenzenden Bundesländern gewünscht. Da wünschen wir uns weiterhin, dass etwas weitergeht. Ich hoffe, es wird in der Tschechischen und der Slowakischen Republik Auswirkungen zeigen. – Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die GRÜNEN haben insgesamt noch eine Restredezeit von 12 Minuten. Als nächster Redner am Wort ist Herr GR Ing Guggenbichler. Selbstgewählte Redezeit 18 Minuten.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Da der Herr Maresch zwei, drei Sachen angesprochen hat, ganz kurz dazu: Ja, die Ausrottung der Zieselpopulation am Marchfeldkanal dürfte voranschreiten, da ja der Bauträger Kabelwerk schon an alle Anrainer geschrieben hat, dass die Umsiedlung am Laufen ist und wahrscheinlich auch in zwei Jahren beendet sein wird.

Aber ich freue mich, wenn ich Sie da als Verbündeten in der Regierung habe und wir gemeinsam dafür kämpfen. Ich glaube es persönlich nicht, dass diese Umsiedlung in dieser Art und Weise auf natürlichem Weg funktionieren wird. Aber ich lasse mich gerne Besseres belehren. Ich befürchte halt, dass am Ende des Tages die Grüne Fraktion wieder am Rockzipfel der Bauträger hängt und für den Umwelt- und Naturschutz wenig übrig hat.

Herr Maresch, Sie haben auch kurz angesprochen, dass Bienen sterben. Sie haben einen guten Antrag gestellt, bei dem wir hier im Gemeinderat auch mitgegangen sind. Nur glaube ich, dass es etwas zu kurz gegriffen ist, einfach zu sagen, der Umweltminister möge tun. Es gibt auch zwei, drei Dinge, die wir in Wien tun können. Und wir haben auch drei Anträge zu dem Thema gestellt. Ich finde es eigentlich ein bisschen bedauerlich, dass man, wenn man es relativ einfach hätte, in der Stadt selbst etwas zu tun, was gar nicht viel kostet, nur weil die Opposition jetzt den Antrag stellt, einfach dagegen ist. Denn was spricht dagegen, darauf zu achten, dass bienenfreundliche Pflanzen ausgesetzt werden? Was spricht dagegen, eine Informationskampagne zu machen? Sie machen so viele Informationskampagnen, die vollkommen sinnlos sind, und das werde ich Ihnen heute noch kurz anhand von Daten darstellen. Sie können nicht über Ihren Schatten springen. Das schaffen Sie einfach nicht.

Bei zwei Sachen, die die Frau Kollegin Holdhaus angesprochen hat, hat sie nicht ganz recht. Erstens bei den Gebühren: Sie haben gesagt, da sei eine moralische Hürde übersprungen worden. Der Rechnungshof sieht das ganz anders. Er sagt, das ist eine illegale Steuer, weil das so intransparent ist. Das ist eine illegale Steuer und nicht nur eine moralische Hürde, die hier überschritten wurde.

Das Zweite, was die Frau Holdhaus auch angesprochen hat, war das Bienensterben. Sie hat recht, dass Wien die Notwendigkeit hat, hier etwas zu tun. Aber was passiert bei uns in Wien? In Wien haben wir die Situation, dass wir in dieser Geschäftsgruppe Mitarbeiter haben – und wir kriegen regelmäßig Briefe von diesen Mitarbeitern, gerade von der MA 48 –, die nicht gut behandelt werden. Deshalb darf ich diese Zeit jetzt auch hier nutzen und mich bei den Mitarbeitern der gesamten Geschäftsgruppe für ihre Tätigkeit bedanken. Denn wir wissen, dass es nicht einfach ist, in dieser Geschäftsgruppe zu arbeiten, und Sie haben in der Freiheitlichen Partei immer eine Unterstützung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Schönreden, Verschleiern und Aussackeln – der Bürger dürfte anscheinend das erste Ziel dieser Geschäftsgruppe und dieser Stadtregierung sein: Verschleiern von Grünflächen an SPÖ-nahe Unternehmen – wie wir es am Semmelweis-Areal erleben durften –, Privatisieren von öffentlichen Rechten an SPÖ-Vereine – wie wir es beim Verein der Freunde der Donauinsel erleben durften, und zusätzlich noch das Bedienen dieser Vereine mit öffentlichen Steuermitteln, Beschneiden von Kontrollrechten des Gemeinderates durch Ausgliederung in Vereine, eine Verschleierung von Förderung und Verweigerung in Einsichtnahme von Evaluierungsunterla-

gen.

Das ist eine mehr als triste Bilanz der Ereignisse im Jahr 2012, Frau Stadträtin. Wir durften am 1. Jänner 2012 eine Anpassung der Müllpreise um 6 Prozent erleben, ebenso am 1. Jänner 2012 eine Anpassung der Kanalpreise um 6 Prozent, eine Anpassung der Wassergebühren um 33 Prozent, die Sie jetzt noch einmal nach oben schnalzen wollen, eine Erhöhung der Wasserzählergebühren um 33 Prozent und eine Erhöhung der Hundesteuer um 65,1 Prozent, für jeden weiteren Hund um 60,6 Prozent.

Das ist ein Griff in die Brieftasche der Wiener Bürgerinnen und Bürger. „Wasser, Abwasser, Müll: Wien erhöht die Gebühren.“ war in den letzten Tagen in den Zeitungen zu lesen. Um knapp 5 Prozent sollen die Gebühren erhöht werden, nachdem sie am 1. Jänner 2012 bis zu 33 Prozent und weiter in die Höhe geschulzt wurden. Einige Zeitungen haben sogar geschrieben: „Häupls Torpedo für die Nationalratswahl.“

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, es ist ein Torpedo, der in den Brieftaschen der Wiener Bürgerinnen und Bürger zu explodieren droht. Ein Torpedo, der die finanziell angespannte Situation ... (*GR David Ellensohn: Das Wasser ist in Graz um 250 Prozent teurer!*) – 300 000 Bürger, Herr Ellensohn, leben an und um die Armutsgrenze, 300 000 Bürger. Herr Ellensohn, zeigen Sie mir einen Bürger in Wien, der in den letzten 2 Jahren um 40 Prozent mehr verdient. Kein einziger. Und um knapp 40 Prozent haben Sie die Gebühren im Wasserbereich erhöht. Sie haben es beschlossen, Herr Ellensohn. Sie brauchen nicht nervös sein. Stehen Sie dazu, dass Sie die ärmsten Armen aussackeln, die 300 000. Stehen Sie dazu. (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GR David Ellensohn.*)

Herr Ellensohn, das ist ein Akt der verlorenen Menschlichkeit und der sozialen Kälte, eine schamlose Inkassoaktion der Stadträtin, um weiterhin die Misswirtschaft, die wir in diesem Ressort haben, und die sinnlosen, teilweise ekelregenden Werbeaktivitäten zu fördern, wie auch die Förderung von roten Vereinen und die Löcher des Budgets der Stadtkasse zu lösen.

Frau Stadträtin, Sie betreiben einen gefährlichen Mix, der getragen ist von diesem Aussackeln der Bürger, dem Verschleiern von Förderungen, dem Gründen von nebulösen Vereinen und deren Privatisierung. Dieser rote Privatisierungsverein – ich darf ihn kurz ansprechen –, die Freunde der Donauinsel, ist ja auch massiv durch die Medien gegangen. Hier haben Sie offensichtlich wirklich eine moralische Grenze überschritten. Sie haben im Umweltressort dafür gesorgt, dass eine Aufgabe, die aus unserer Sicht vom Magistrat eigentlich tadellos ausgeführt wurde, am Ende des Tages in einem privaten Verein landet, und haben diesen Verein noch mit 200 000 EUR bedient. Falls bedient das falsche Wort ist, sage ich, Sie haben es ihnen zur Verfügung gestellt. Und da sitzen die gleichen Personen drinnen, wie hier im Gemeinderat oder auch im Magistrat, weil da können der Herr Loew mit dem Herrn Loew und der Herr Kopietz mit dem Herrn Kopietz verhandeln.

Ein ganz brisanter Mix an der ganzen Geschichte ist

ja auch, dass Sie auch noch das Donauinselfest dort haben. Zehn Tage stehen zur Verfügung, davon werden drei vom Donauinselfest in Anspruch genommen. Und auch beim Donauinselfest wissen wir ganz genau – obwohl es ein tolles Fest ist –, dass es mit Millionenbeiträgen von der Stadt Wien gefördert wird. Hier haben Sie bewusst Intransparenz geschaffen. Und ein Schelm, der dabei nichts Böses denkt.

Oder die Privatisierung des Wassers, wir haben es ja miterlebt. Die Wiener SPÖ hat bereits im Jahr 1998 7 300 m² zur gewerblichen Abfüllung und Errichtung der Wasserabfüllanlage auf unbestimmte Zeit verpachtet. Auf unsere Anfrage im Ausschuss mussten Sie bestätigen, dass diese Fläche nicht mehr von der Gemeinde Wien betreut wird. 1999 wurde dann die Wildalpen-Wasserverwertungs GmbH gegründet. Die Gemeinde Wildalpen, jene Gemeinde, in der Bgm Häupl heute Ehrenbürger ist, hat von ihrem verbrieften Weitergaberecht Gebrauch gemacht und das Wassernutzungsrecht – insgesamt 630 m³ Wasser täglich – in eine neue gegründete GmbH gegen eine 10-prozentige Beteiligung eingebracht. Der Rest ist an weitere 7 private Gesellschaften gegangen. 2001 wurden ein Werk und eine Abfüllanlage für das privatisierte Wasser errichtet. Und im Jahr 2002 hat dann bereits der Verkauf des Wassers an das Ausland, konkret nach Asien, begonnen. Mittlerweile werden schon 95 Prozent des Wassers ins Ausland exportiert, die restlichen 5 Prozent werden im Inland abgesetzt –, unter anderem etwa unter der Nobelmarke „Wildalp“, von der eine Halbe-Liter-PET-Flasche 1,30 EUR kostet und bei Meinl am Graben erhältlich ist. Im Jahr 2010 hat die Wildalpen-Wasserverwertungs GmbH einen neuen Hauptgesellschafter bekommen. Die sieben Investoren haben sich zurückgezogen und somit ist der Pokerspieler David Paul Steicke, der in Hongkong lebt, neuer 92-Prozent-Eigentümer.

Da darf ich Ihnen die Frage stellen, Frau Stadträtin: Dem Vernehmen nach sollen Sie 52 000 Schilling pro Jahr, also knapp 4 000 EUR für diese Wasserrechte bekommen. 1 m³ sind 1 000 l mal 360, das macht unterm Strich die Möglichkeit, 640 Millionen EUR im Jahr zu lukrieren. Die Stadt Wien kriegt dafür knapp 4 Millionen. Haben Sie auch – und das etwas, was ich nicht verstehe, weil bei den Wiener Bürgern haben Sie sich in den letzten 2 Jahren sicher nicht geniert, die Wassergebühren um knapp 40 Prozent zu erhöhen – auch bei jenem australischen Investor die Wassergebühren um 40 Prozent erhöht? Oder haben Sie nicht einmal die vertragliche Möglichkeit gehabt, diese Gebühren zu erhöhen? Ich glaube, Sie haben damals das Wasser verscherbelt, und Sie wissen das auch.

Der nächste Privatisierungsskandal, den ich schon angesprochen habe: Interessant ist, was auf dem Semmelweis-Areal passiert ist. Hier haben Sie einen Teil des Semmelweis-Areals an die Firma at home, einen SPÖ-nahen Bauträger verscherbelt. Der zweite Teil gehört mittlerweile einer Schule, an der Musikunterricht stattfinden sollte, der leider nicht stattfindet, und wo – was sich immer klarer herausstellt –, wahrscheinlich auch ein Immobilienspekulationsprojekt stattfinden soll. Wenn

man die Unterlagen, die uns zur Verfügung stehen, weiter durchleuchtet, könnte es auch sein, dass dies hier ein gerichtliches Nachspiel zur Folge haben wird.

Nun einige Worte zur Werbung: Wir haben ja schon am Freitag über die Gebühren gesprochen, und da haben die Genossen von der SPÖ immer gesagt, die Gebühren sind für die Grundversorgung notwendig und deshalb muss das alles teurer werden. Eine kleine Lehrstunde für die Genossen: Eigenwerbung für Stadträte ist keine Grundversorgung. Ich glaube, das sollten Sie alle wissen, das sollten Sie sich merken. Das gehört nicht dazu. Die Wiener Bürger sind nicht bereit, dafür zu zahlen, dass Millionen öffentlicher Mittel in Werbekampagnen unserer Stadträtin wandern. Es gibt wahrscheinlich in ganz Mitteleuropa kaum eine Kamera, die nicht verwendet wurde, um ein Foto von der Frau Stadträtin zu machen, um hier Eigenwerbung im Rahmen der Kampagnen des Umweltressorts zu betreiben. *(GR Erich Valentin: Die Frau Stadträtin kommt wenigstens in die Zeitung. Sie haben es halt schwer!)* – Herr Kollege Valentin, Sie haben vollkommen recht, aber der Wiener Bürger will das nicht zahlen. Ich sage es Ihnen ganz offen, *(Beifall bei der FPÖ.)* der Wiener Bürger hat Interesse daran, dass wir vernünftige Umweltpolitik machen und nicht, dass die Frau Stadträtin ihre Zeitung liest, das sage ich Ihnen auch ganz offen. *(GR Erich Valentin: Wir haben ein Transparenzgesetz. Die Frau Stadträtin hat etwas zu sagen!)*

Ja, reden wir darüber, was sie zu sagen hat, reden wir über die Kampagnen. Da haben wir die Gackerl-Kampagne gehabt – Kot in allen verschiedenen Aggregatzuständen, wo Touristen auf uns zugekommen sind und gesagt haben, das schreckt ja eher ab, wenn man in diese Stadt kommt.

Dann fällt mir noch etwas ein. Wir haben diese Kampagne zum Thema „Oida trenn“. Sie kennen diese Kampagne? Eine irrsinnig teure Kampagne, die im Jahr 2012 durchgeführt worden ist. Und dann habe ich vor kurzer Zeit in der Zeitung gelesen: Österreich, das Land der Mülltrenner. Und da fangen wir einmal an, die Bürger aus welchem Bundesland trennen am meisten Müll? – Da haben wir zum Beispiel Vorarlberg als Nummer 1 mit 550 kg pro Kopf. Dann haben wir das Burgenland – ich weiß nicht, wie viel das Burgenland in eine Mülltrennungskampagne investiert, aber sicherlich weniger als Wien –, mit 141 kg Müllmenge pro Kopf. Die Steiermark ist mit 137 das dritte Bundesland, dann kommt Tirol mit 135. Man möchte ja vermuten, wenn man die Kampagnen anschaut, die man seit Jahren erlebt, dass da irgendwann einmal Wien kommen müsste. Aber man täuscht sich, als Nächste kommen Oberösterreich mit 118 kg, Kärnten mit 115 kg, Niederösterreich mit 114 kg, als achttes Bundesland kommt dann Salzburg mit 111 kg, und – man glaube es nicht –, als letztes Bundesland kommt Wien mit 93 kg. Frau Stadträtin, wofür machen Sie Ihre Werbung?

Aber ich habe auch noch etwas anderes gefunden. Ich weiß, was Sie tun, wenn eine Kampagne nicht so greift: Dann machen Sie die Gegenkampagne. Denn hier *(in einer Broschüre blätternd)* schreiben Sie „Oida trenn“,

und dann kurz später, auf den Restmüllkübel, „Her mit Ihre Papiere“. Frau Stadträtin, entweder war das, was Sie gesagt haben, eine massive Geldverschwendung – zuerst machen wir eine Trennungskampagne und dann machen wir eine Gesamtmüllkampagne –, oder Sie waren visionär – das kann ja sein – und haben gewusst, dass Sie eine Bürgerbefragung machen werden, damit die Bürger auch wissen, wo sie den Stimmzettel reinschmeißen sollen. *(Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Das waren Sie mit dem Stimmzettel, das war der Strache!)* – „Her mit die Papiere“ steht da drauf, Frau Stadträtin, „Ihre Papier bitte“. Welche Papiere sind denn gemeint? – Ich nehme nicht an ... *(Zwischenruf von GR Erich Valentin.)* – Herr Valentin –, „Ihre Papiere bitte“, auf dem Restmüllkübel. Das sind Ihre Mülltrennungskampagnen. Es kann sich hier nur um einen schlechten Scherz handeln, oder?

Wo holt sich die Stadträtin, außer über Gebühren, denn sonst das Geld her für ihre uferlosen und maßlosen Werbekampagnen? Na ja, sie holt es sich bei den Mitarbeitern. Ich habe die MA 48 schon angesprochen. Es ist uns ein Schreiben zugekommen, und in einer mündlichen Anfrage haben wir die Frau Stadträtin ja schon einmal damit konfrontiert. Offensichtlich hat sie ein ziemlich schlechtes Gewissen, weil die einzige Antwort darauf lautete: Herr Guggenbichler, vielleicht haben Sie das geschrieben. *(Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Genau!)* – Glauben Sie das noch immer? *(Amtsf StRin Mag Ulli Sima: Ja!)* – Das ist ja unglaublich.

Lustigerweise habe ich auch viele andere Briefe gekriegt, die auch nicht ich geschrieben habe. Sie sollten einmal in Ihr Ressort hineinschauen, denn Sie wissen ganz genau, den Abfallberatern haben Sie, als diese Probleme gehabt haben, nicht einmal einen Termin gegeben. Und hier ist ganz die gleiche Geschichte. Was schreiben Sie denn da? – Ein Arbeitsunfall, eine Verletzung während der Arbeitszeit ist von der MA 48 als Krankenstand bewertet worden. – Wissen Sie, was das bedeutet? Wissen Sie, dass jeder, der einen Arbeitsunfall hat, einen ganz einen anderen Versicherungsschutz hat als jemand, der einen privaten Unfall hat? Denn das wird dann von der AUVA getragen, und nicht von der Gebietskrankenkasse! *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist soziales Denken!)* – Soziales Denken, offensichtlich. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sozialistisches soziales Denken!)*

Wir wissen ja, dass sozial mit sozialistisch à la SPÖ nichts zu tun hat. Das erleben wir ja in Wien die ganze Zeit, zum Beispiel, indem Mitarbeiter, die im Krankenstand sind, zu einem Krankenstandsrückkehrgespräch geholt und monatelang zum Straßenkehren versetzt werden. Da sagt man dann, man wollte ihnen einen weniger anstrengenden Job für den Wiedereinstieg geben. In Wahrheit ist es eine finanzielle Bestrafung, wenn sie 800 EUR weniger verdienen. Oder eine andere Situation, wo Mitarbeiter bei der MA 48, die zig Jahre auf der gleichen Mülldeponie waren, nach einem Krankenstand in eine andere Tour eingeteilt werden, um sie zu schikanieren.

Was schreiben Sie dann noch? – Man wird als nicht mehr tragbar eingestuft – Zitat Gewerkschaft - und ge-

kündigt, ungeachtet des Alters und der Dienste, die man für die MA 48 jahrelang erbracht hat. – Und dann schreiben die Herren von der MA 48 etwas ganz Tolles: Wenn Sparmaßnahmen notwendig sind, kann es nicht richtig sein, dass die schwer körperlich arbeitende Belegschaft unterbesetzt ist und die Mehrarbeit auferlegt bekommt, gleichzeitig aber für Werbung Unsummen ausgegeben werden.

Frau Stadträtin, offensichtlich haben die Mitarbeiter der MA 48 den gleichen Eindruck wie wir hier im Gemeinderat. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die GRÜNEN merken das nicht!) – Die GRÜNEN merken das nicht? (GR Mag Wolfgang Jung: Nein!)*

Ich werde die Zeit ein bisschen überziehen, es hilft ja nichts. Was ich noch kurz ansprechen wollte, ist erstens: Was haben Sie im Ausschuss gemacht? Wir haben gesagt, wir würden gerne Förderansuchen evaluieren. Ich kann mich noch erinnern, wie die Frau Kollegin Matzka-Dojder da gestanden ist und inbrünstig mit starker Stimme gesagt hat: Es ist die Aufgabe jedes Gemeinderates, diese Evaluierungsunterlagen zu lesen. – Und was tut der Herr Guggenbichler? Er geht in den Ausschuss und sagt: Wo sind die Evaluierungsunterlagen? – Da schauen Sie einmal alles an und sagen: Haben wir nicht, wissen wir nicht. *(GR Erich Valentin: Er hat Ihnen gleich eine Antwort gegeben!)* – Einen Ausschuss später, das ist korrekt. Aber was mich an der ganzen Geschichte stört: Wenn man nichts zu verbergen hat, kann man eines machen, man stellt der Opposition diese Unterlagen zur Verfügung. Aber dann wird Nein gesagt. Beim Folgeantrag wird in einem Halbsatz bestätigt, dass der vorherige Antrag exakt abgewickelt wurde. Das ist mir als Oppositionskraft ganz ehrlich zu wenig. *(GR Erich Valentin: Da bringen Sie wieder etwas durcheinander!)* – Nein, ich bringe da gar nichts durcheinander. Ich hätte gerne diese Evaluierungsberichte von Ihnen und ich fordere Sie jetzt noch einmal von Ihnen ein, weil uns das wichtig ist.

Und das Zweite, was wir auch noch wichtig finden – weil wir wissen ja, wie in Wien gefördert wird –, ist, dass wir auch die Unterlagen über Anträge kriegen, denen nicht zugestimmt wurde. Denn das ist ja ganz eigentümlich. Wir kriegen im Ausschuss Anträge, die von der Regierungspartei durchgewunken werden, und wissen gar nicht, wer sonst an die zuständigen Abteilungen einen Antrag gestellt hat. Uns würde das schon interessieren. Denn vielleicht gibt es auch andere Organisationen und Vereine, die diese Tätigkeiten besser machen würden oder zum Beispiel andere Organisationen, die andere Tätigkeiten machen würden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da ich jetzt schon meine Zeit überschritten habe, kann ich nur zum Schluss noch sagen: Frau Stadträtin, Sie werden nach meinen Ausführungen verstehen, dass wir diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Spitzer. Vorgegebene Redezeit sind 12 Minuten.

GR Mag Gerhard **Spitzer** *(Sozialdemokratische Frak-*

tion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Kolleginnen und Kollegen!

Sie werden sich vielleicht jetzt nicht wundern, dass ich nicht auf jeden einzelnen Punkt meines Vorredners eingehe, weil die Geschichten einfach schon so einen langen Bart haben, weil einfach nichts Neues gekommen ist, wenig überraschend, und wir die Geschichten so oft diskutiert und erklärt haben, dass es einfach müßig ist, diese angebliche Wasserprivatisierungsdiskussion und vieles andere mehr noch einmal zu erklären. Es hat keinen Sinn. Wir akzeptieren es. Sie wollen es nicht verstehen. Oder Sie verstehen es in Wirklichkeit ohnehin. Jedenfalls wird die Geschichte wahrscheinlich nächstes Jahr und übernächstes Jahr und die nächsten hunderte Jahre noch einmal kommen. Darum gehe ich einfach gar nicht mehr darauf ein.

Der Kollegin Holdhaus darf ich versichern, ich werde Sie heute nicht fragen, ob wir in derselben Stadt leben. Ich glaube, wir leben in derselben Stadt. *(GR Heinz Hufnagl: Du schon etwas länger!)* Ich frage aber zwei andere Dinge, die wir vielleicht bis zum Ende der Sitzung erörtern können. Ich habe heute sehr lange und sehr intensiv zugehört: Wenn alles so schlecht ist in dieser Stadt, wie ich es heute schon gehört habe, lautet die Frage A: Wo würden Sie lieber leben? Das ist ja eine ganz einfache Frage. Wo würden Sie auf dieser Welt lieber leben? Und wenn Sie die Frage A wirklich beantworten können, dann lautet meine Frage B: Warum sind Sie schon nicht längst dort und immer noch da? *(Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.)*

Denn offenbar sind Sie immer noch da und mit Ihnen 1,6, 1,7 Millionen Menschen, die irrsinnig gerne in dieser Stadt leben. Wo immer man sie fragt, sagen sie, es geht uns sehr gut und wir wollen überhaupt nirgendwo anders leben. Ich verstehe das auch. Dass so viele gerne hier leben, merkt man ja auch daran, dass meine drei Vorredner zwei Kärntner und ein Eisenstädter sind. Das ist ja nichts Schlechtes. Ich verstehe das ja, dass Sie uns zu wollen, dass Sie hier gerne leben. Tun Sie das, nur machen Sie unsere Stadt nicht dauernd schlecht. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich werde auch die Mercer-Studie nicht zitieren, auch das erspare ich Ihnen. Ich gebe einfach eine kurze Leistungsübersicht über unsere Magistratsabteilungen, auch über einige, die Sie heute schon erwähnt haben.

Ich denke zum Beispiel an die MA 31: Wir haben bereits über 3 000 km an Rohrnetz beim Wiener Wasser. 2012 sind fast 63 km dazugekommen. Wir haben viele große Baustellen realisiert, die auch Investitionen in die Bauwirtschaft sind: Gürteloffensive, Hungerberg, Grinzinger Allee, Industriestraße im 22. Bezirk, einige Kilometer Rohrleitungen im 22. Bezirk bei der Verlängerung der U1 oder der U2 Richtung Seestadt Aspern, die Einrichtung für den Bahnhof Wien und vieles Weitere mehr, die Behälter-Sanierung, Aquädukt-Sanierung, das Kraftwerk Nasswald, das weiter ausgebaut wurde. Ganz besonders erwähnen möchte ich – weil ich das Projekt so toll finde – den Wasserspielplatz Favoriten, der einfach unglaublich gut funktioniert hat, der von den Men-

schen irrsinnig gut angenommen wird, der wirklich ein ausgezeichnetes Projekt ist, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Denn dieses Projekt hat den ersten Platz beim Award der International Water Association errungen. Und das ist, glaube ich, auch nicht nichts. Wir haben insgesamt im Bereich der MA 31 ein Investitionsvolumen von mehr als 150 Millionen EUR für diesen so wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge.

Bei der MA 36 gehört uns ja nur ein ganz kleiner Bereich der Feuer- und Gewerbepolizei. Aber auch hier möchte ich kurz die Neuregelung der Straßenkunst erwähnen, die wirklich gelungen ist, die Erarbeitung eines neuen Leitfadens für Veranstaltungsstätten und einiges an Sachverständigtätigkeiten bei diversen Großprojekten wie dem Ölhafen Lobau, Hauptbahnhof, Gasröhrenspeicher Leopoldau und Krankenhaus Nord.

Wenn ich jetzt die eine oder andere Dienststelle nicht erwähne, dann nicht, weil sie nicht gut gearbeitet hätte, aber weil wie der Kollege Maresch vor mir auch der Kollege Hufnagl nach mir einiges zu anderen Dienststellen sagen wird.

Somit komme ich wieder zurück zum Wasser, und zwar zur MA 45, zu den Wiener Gewässern. Das sind zwei große Bereiche. Der eine ist die Altlastensanierung. Es wurde schon angesprochen, alle Kriegsaltslasten sind ja bereits gesichert.

Der zweite große Bereich ist der Schutzwasserbau. Da haben wir ja gerade ein aktuelles Ereignis mit dem letzten Hochwasser gehabt. Und auch hier hat Wien weit voraussehend bewiesen, dass wir dank unserer Investitionen die Wienerinnen und Wiener weitestgehend von sehr, sehr großen Schäden, wie sie in anderen Bundesländern leider passiert sind, bewahrt haben. Die Donauinsel als Kernstück unseres Hochwasserschutzes hat einmal mehr bewiesen, dass unsere Vorväter und Vormütter –, wenn ich das auch erwähnen darf – weit vorausgedacht haben und damals zu Unrecht auch gescholten wurden. Ich will die alte Geschichte nicht wiederkäuen. Aber die Wienerinnen und Wiener wissen, glaube ich, wem sie die Donauinsel mit all diesen Vorteilen zu verdanken haben.

Wir haben seit dem letzten Hochwasser 2002 noch weitere 76 Millionen in den verbesserten Hochwasserschutz investiert und haben derzeit einen Schutz von einer Durchflussmenge von bis zu 14 000 m³ pro Sekunde. Das entspricht statistisch einem mehr als 1 000-jährigen Ereignis. Das ist auch gut so, weil wir mittlerweile gelernt haben, dass die 100-jährigen Ereignisse mittlerweile alle 2 bis 3 Jahre eintreten. Deswegen ist es auch gut, ein bisschen in größeren Dimensionen zu denken. Wien tut das. Und da ist der MA 45 nicht genug zu danken.

Die MA 48 möchte ich auch noch kurz streifen, weil sie auch erwähnt wurde. Es gibt viele, viele tolle hervorragende Aktionen im Bereich „Saubere Stadt“. Wir haben derzeit in Wien 17 300 Papierkörbe. 1 200 davon wurden übrigens im letzten Jahr neu angeschafft und 11 300 von den 17 000 sind bereits auch mit Aschern ausgestattet. Wir kennen alle die Problematik, dass viele Tschickstummeln leider immer noch am Boden liegend

aufgefunden werden. Der Hundekot wurde heute bereits erwähnt. Ich erspare es mir. Die Waste Watcher ebenfalls. Übrigens wurden seit der Amtseinführung der Waste Watcher über 28 000 Amtshandlungen durchgeführt. Und das ist, glaube ich, auch gut so. Im Bereich des Winterdienstes ist zu erwähnen, dass 2 neue Solestreugeräte mit Flüssigstreuung getestet wurden. Im Bereich der Müllsammlung hat Wien über 430 000 Müllsammelbehälter. Und auch da wurden rund 29 000 im letzten Jahr neu angeschafft. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit muss sich die 48er auch nicht verstecken. (*GRin Ing Isabella Leeb: Ja, sicher nicht!*) Das Geschirrmobil war an fast allen Sommerwochenenden fast durchgehend im Einsatz. Die sehr gut angenommene Aktion „Wien räumt auf – mach mit“ hat im letzten Jahr mit über 15 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen Teilnehmerrekord verzeichnet. Das heißt, die Wienerinnen und Wiener helfen auch gerne mit, und das ist auch gut so. Die mobile Problemstoffsammlung wurde auf ganz Wien ausgedehnt. Und besonders erwähnen möchte ich, dass die 48er auch sehr modern geworden ist. Es gibt ja seit Kurzem auch die 48er-App, wo die Wienerinnen und Wiener einfach via Handy herunterladen können, wann die Sammeltermine und wo Altstoffsammelstellen, Hundesackerlspender oder öffentliche WCs und so weiter zu finden sind.

Den Bereich der Abfallvermeidung haben wir ja heute schon besprochen. Es wurde 2012 ja das Abfallvermeidungsprogramm beschlossen, mit insgesamt 13 Maßnahmenbündeln und mehr als 60 Einzelmaßnahmen. Ich darf da nur exemplarisch den Bereich Reuse herausgreifen, weil wir das ja besprochen haben, Weiterverwendung und Wiederverwendung, auch den verstärkten Einsatz von Mehrwegprodukten, Mehrwegverpackungen, abfallarmes Bauen – ein großer und wichtiger Bereich –, im Bereich der Gastronomie die Lebensmittelabfälle, auch ökologische Beschaffung und ein immer wichtiger werdendes Thema, die Green Events. Die 48er tut also wirklich viel, um diese Stadt sauber und lebenswert zu erhalten.

Ein besonderes Lob möchte ich als Tierschutzsprecher meiner Fraktion natürlich auch der MA 60 und dem Tierschutzombudsmann zuteil werden lassen. Sie haben wirklich ihre Aufgaben im Bereich Tierschutz, Tiertransport, Tierhaltegesetz, das ganze Fundwesen mit Tieren hervorragend im Griff. Auch den ganz schwierigen Bereich der Tierseuchenbekämpfung und Tierseuchenprävention, die Futtermittelkontrolle oder die Kontrolle von Tierversuchen. Die MA 60 ist hier wirklich vorbildlich unterwegs. Der komplette Bereich des Front Office und der Tierschutzämter wurde neu organisiert, die amtstierärztliche Bereitschaft ist rund um die Uhr gegeben. Erwähnen möchte ich nicht zuletzt auch den Leistungsvertrag der Stadt Wien mit dem Wiener Tierschutzverein, auch wenn wir natürlich bemüht sind, auch im Norden von Wien ein neues Haus zu errichten.

Sehr gut gefallen hat mir auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit der MA 60 das Festival der Tiere, das erstmals abgehalten wurde und von den Bürgerinnen und Bürgern wirklich mit Freude und großem Stolz be-

sucht wurde.

Zuletzt möchte ich zum Bereich Wien Kanal kommen: 99 Prozent aller Haushalte sind ja bereits an unser Kanalnetz angeschlossen, was aber nicht heißt, dass man nicht noch besser werden kann. So wurden im Jahr 2012 insgesamt weitere 12 km Kanalneubau fertiggestellt, besonderer Schwerpunkt war dabei wie immer der 22. Bezirk. Wenn wir 2013 mit allen Projekten fertig sind, wird die Donaustadt insgesamt 23 km öffentlichen Kanal mehr haben und rund 1 200 zusätzliche Haushalte werden ans Kanalnetz angeschlossen sein.

Ein Steckenpferd von mir, und manchmal auch ganz lustig für die Statistikerinnen und Statistiker unter Ihnen, sind Informationen aus dem Bereich der Dienstleistungen. Es gab im letzten Jahr 1 692 Kanalverstopfungen, 80 Dichtheitsproben, 480 Anfragen zu Hauskanalanschlüssen, 2 192 Abwasserproben mit insgesamt 3 789 Einzelanalysen, 736 t Material aus privaten Öl- und Fettabscheidern, es wurde 574 km öffentliche Kanäle inspiziert und 3 751 t Ablagerungen aus dem öffentlichen Kanalnetz fachgerecht entsorgt.

Um jetzt wieder zum wichtigen Bereich Öffentlichkeitsarbeit zurückzukommen, der auch immer angesprochen wurde: Im Bereich von Wien Kanal funktioniert die Aktion der Dritten-Mann-Tour so gut, dass es wirklich ratsam ist, die Tickets vorher zu reservieren. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, scheuen Sie nicht, die 7 EUR wirklich zu zahlen, damit es Ihnen nicht so geht wie dem Münchner Touristen, der vor Kurzem geglaubt hat, er kann sich das Geld ersparen und sich dann dort ernsthaft verletzt hat, weil er widerrechtlich eingedrungen ist, und mit dem Christophorus abgeholt werden musste. Die 7 EUR ist es allemal wert.

Das ist alles in allem eine wirklich eindrucksvolle Bilanz der Dienststellen in diesem Bereich, und dafür ist unserer Umweltstadträtin, vor allem aber auch allen Bediensteten dieser Stadt recht herzlich zu danken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Walter. 12 Minuten vorgegebene Redezeit, die Fraktion hat noch insgesamt 17 Minuten und 15 Sekunden.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wenn ich mir den Kollegen Spitzer so angehört habe, dann denke ich mir, eigentlich ist eh alles super und eh alles paletti.

Ich bedanke mich natürlich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der einzelnen Abteilungen im Umwelt- und natürlich auch im Landwirtschaftsressort, und ganz speziell natürlich auch bei all denjenigen, die in der Landwirtschaft konstruktiv, sinnvoll und versorgungstechnisch mitdenken und mitarbeiten.

Nur eines, Herr Kollege Spitzer, muss ich schon sagen: Ich bin auch kein Wiener, wie man unschwer hören kann, aber den Mund lasse ich mir auch nicht gerne verbieten, nur weil ich von woanders herkomme. Das ist nicht okay.

Und zum Kollegen Maresch, auch wenn er gerade mit der Kollegin schwätzt (*GR Mag Rüdiger Maresch: Entschuldige, Herr Professor!*), aber, Herr Professor, nachdem du selber einer bist, ich keiner ... (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ein Bienenprofessor!*) – Bitte? Ja, (*lachend*) ein Bienenfresser!

Ich sage dir jetzt in aller Freundschaft etwas: Wenn du dich permanent da herausstellst und sagst, dass die ganze Landwirtschaft nur Giftspritzer sind, dann finde ich das nicht okay. Und das ist auch nicht wahr, das weißt du selber ganz genau. Ich wollte auf dieses Thema mit den Bienen nicht eingehen. Aber wenn man sich hinstellt und die Neonicotinoide hauptverantwortlich oder allein verantwortlich macht, dann weißt du ganz genau, dass das nicht wahr ist, dass das maximal 4 Prozent ausmacht, dass das Bienensterben multifaktoriell ist, dass das Bienensterben auch mit der Varroamilbe, mit der Faulbrut und vielen anderen Dingen zusammenhängt. Wenn du dich hinstellst und sagst, die ganzen Landwirte seien Giftspritzer, dann wundert es mich ja, dass du es noch nicht zustande gebracht hast, dass die gesamte Landwirtschaft der Stadt Wien, nämlich die ungefähr 2 000 ha – denn der Rest ist ja verpachtet –, nicht auch schon Bio ist. Nicht einmal der Weinbau ist es bis heute. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)* Ich würde sagen, man patzt keine privaten Bauern an und bringt selbst nicht einmal vor seiner eigenen Türe etwas zustande. Lass die Kirche im Dorf, da fahren wir besser damit.

Im Übrigen kannst du den Ferdi Hengl anrufen, der hat nämlich gestern bei der Neustifter Weinkost ein Beispiel erzählt. Er hat gesagt, dass er seit ungefähr fünf Jahren diese Mittel nicht mehr verwendet und dass bei dem Imker, der bei ihm im Weingarten ist, heuer fast alle Bienenstöcke kaputt waren. Und das ist ungefähr der Bienenflug, wenn man den Radius kennt. Er sagt, das hat damit nichts zu tun gehabt.

Das Bashing der Landwirtschaft halte ich persönlich für ganz, wie soll ich sagen ... Vielleicht brauchen wir es doch noch einmal. Es steht nämlich sogar auf der Stadt Wien Seite „wien.gv.at“, dass auch die Wiener Landwirtschaft und damit auch der Wiener Landwirtschaftsbetrieb der MA 49 für die Nahversorgung gedacht ist, für die Spitäler, Kindergärten und Krankenhäuser. Ich würde mir wünschen, dass man dem auch mehr Rechnung trägt, dass man die Produkte, die die Wiener Landwirtschaft erzeugt – das sind in Summe zirka 70 Produkte –, auch vermehrt dort einsetzt, wo sie wachsen. Da muss man nicht das ganze Gemüse oder sonstige Eiweiße aus der ganzen Welt nach Wien karren. *(GR Heinz Hufnagl: Aber die Wiener Landwirtschaft hat auch keine Raps- und Maismonokulturen. So gesehen ist die Wiener Landwirtschaft anders strukturiert und für die Wiener Bedürfnisse besser geeignet!)* – Es gibt auch keinen Mais in Wien, die Maisbeize gibt es in Wien auch nicht. Wir haben in Wien de facto keinen Mais. Aber ich möchte das Thema jetzt abschließen, ich habe genug dazu gesagt.

Es gibt aber auch ganz interessante und lustige Ideen, denn der Kollege Scheed aus dem 22. Bezirk will ja in der Verlängerung des Grüngürtels oder des Lückenschlusses – wie auch immer man das bezeichnen

mag – einen Wald pflanzen. Der Lückenschluss ist ja eigentlich schon lange beschlossen worden, ich bin auch dafür, dass er irgendwann geschlossen werden soll, bin aber auch dafür, dass man sich vorher gründlich mit der Stauplanung zusammensetzt und überlegt, wo man noch Wohnbau braucht.

Da stehe ich nicht an zu sagen, dass auch die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten wird. Aber dann dort Wald zu pflanzen, das halte ich für nicht sehr gescheit, das sage ich auch ganz offen. Es sind hochwertige Ackerflächen, im Übrigen gibt es auch einen Teil, wo Zuckerrüben angebaut werden. Und wenn man weiß, dass die Zuckerrübe wesentlich mehr Sauerstoff produziert –, das wird der Forstdirektor vielleicht nicht so gerne hören – als 1 ha Wald, dann bin ich dafür, dass man dort die Zuckerrüben lässt. Denn 1 ha Wald produziert pro Jahr Sauerstoff für zirka 23 Menschen, die Zuckerrübe im Vergleich dazu für 80 bis 100 Menschen. – Das ist eine ganz beachtliche Geschichte.

Im Übrigen könnte ich noch dazusagen, dass es einen Haufen Zucker für zirka 2 400 Schokoladen gibt. Ich kenne einige Kolleginnen und Kollegen, die gerne Schokolade essen, auch ich bin dem nicht abgeneigt. Man könnte auch zum Beispiel Treibstoff für 2 Weltumrundungen, Strom für 5 Haushalte oder zirka 20 000 kW für Wärme in einem Reihenhaus herstellen. Daher meine ich, dass das die klügere Variante wäre.

Der Kollege Maresch hat auch die ganze Biodiskussion angesprochen. Ich bin durchaus dafür, dass man das auf Flächen, wo es möglich ist, auch machen kann. Ich glaube aber nicht, dass der Markt 100 Prozent Bio vertragen wird. Denn eines muss klar sein, Grün sein muss man sich leisten können. Das weiß ich aus eigener Erfahrung, grüne Investitionen kosten Geld, und zwar viel Geld. Und ich bin mir ziemlich sicher, dass sich die österreichische und die Wiener Bevölkerung nicht nur Bio leisten kann. Und jeder, der mir da widerspricht, sollte sich einmal ein bisschen in den Supermärkten herumtreiben, dann wird er sehen, dass nicht nur zugewanderte Menschen bei Lidl, Hofer & Co einkaufen, sondern auch viele Österreicherinnen und Österreicher. Und wenn ich bei der Diskussion vorhin richtig gehört habe, dann habt ihr davon gesprochen, dass wir in Wien zirka 200 000 armutsgefährdete Menschen haben. Das schau ich mir an, wie die sich Bio leisten können. *(GRin Birgit Hebein: Aber das Ziel, dass sich das alle leisten können sollen, ist doch in Ordnung!)* – Ich wünsche viel Erfolg, aber das wird nicht gehen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Die Armen sollen den Dreck fressen?)* – Herr Kollege Maresch, was ist denn beim normalen Lebensmittel ein Dreck? Na was, jetzt frag ich dich, was? *(GR Mag Rüdiger Maresch: Du weißt ganz genau, dass die Böden kontaminiert sind!)* – Nein, das stimmt ja nicht, das ist ja nicht wahr. In keinem einzigen Weizenkorn, das Bio erzeugt ist, kannst du nachweisen, ob es Bio ist oder konventionell. Nicht die Bohne. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* – Das stimmt ja nicht. Außerdem glaube ich, dass du von der globalen Transportgeschichte in der Landwirtschaft weniger Ahnung hast. Sonst würdest du wissen, dass das Allererste, was pas-

siert, ist, dass sie uns aus dem Ausland mit dem günstigeren Lebensmittel reinfahren. Und vor allem, was glaubst du, sagt der Handel dazu? – Der Handel sagt zu dir, du kannst mich gern haben, du kannst deinen Plunder irgendwo anders verkaufen, wenn du mit dem Preis nicht runtergehst. *(Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)* – Ich wünsche dir viel Glück. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Das ist nämlich genau der Unterschied. Weil du nicht seriös an die Dinge herangehst, weil du nämlich allen sagst, ihr seid alle schuld und Giftmischer. In Wahrheit ist es aber nicht so, und das weißt du selber ganz genau. Und wenn du die Toxizität der einzelnen Mittel anschaut, dann könnte ich dir die Novelle zeigen, nach LD50, das wollte ich eigentlich auch nicht, die letale Dosis bei 50 Ratten oder Mäusen. Und was ist dort? Da ist zum Beispiel das Damenmittel Botox ganz oben, und Dioxin ist das Höchste. Und soll ich dir etwas sagen? Die Biospritzmittel sind zum Teil wesentlich höher, Herr Kollege. Ich will dir das nur sagen. *(GR David Ellensohn: Damenmittel?)* – Botox, ich habe gehört, es gibt auch Herren, die sich das gelegentlich spritzen lassen sollen. *(Heiterkeit und Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Aber ich möchte das Thema abschließen. Ich mache gerne einmal mit dir ein Privatissimum, da könnten wir auch noch die Ziesel-Problematik besprechen. *(Zwischenruf bei den GRÜNEN.)* Ich mache gerne mit dir ein Privatissimum. Ich würde dich zuerst auf den Bisamberg bringen, und dann werde ich dir dort die Ziesel-Populationen zeigen, die du vielleicht noch gar nicht kennst. Denn das sind zum Großteil private Weingärten.

Ich finde, dass wir durchaus mit dem Thema Eigentum etwas sorglos umgehen. Ich sage euch auch ganz dezidiert, warum. Wir haben in Wien ein Feld- und Flurschutzgesetz, da steht zum Beispiel drinnen, was passiert, wenn fremde Personen auf dem Acker herumgehen oder in den Weingärten zum Beispiel Blätter entwenden oder Müll hineinwerfen. Und jetzt komme ich noch einmal zum Kollegen Spitzer, denn er ist ja eigentlich unser Hundesackerl-Mensch, mit den 47 000 Sackerln, an das kann ich mich vom letzten Jahr noch erinnern. Es ist zwar super, dass es die Sackerl gibt, und es ist in der Tat so, dass sich da etwas geändert hat. Nur wisst ihr, was das Problem jetzt ist? *(GR Mag Wolfgang Jung: Es gibt keine Sackerl!)* – Doch, die gibt's mittlerweile recht gut, höre ich, ich bin ja selber kein Hundehalter. – Das Problem ist, dass sich die Grundeigentümer aufregen, weil es zu wenig Mülleimer gibt und die Sackerl dann erst wieder im Weingarten oder am Acker landen. Und damit hat man natürlich dort den Plastikmüll. Ich glaube, der Kollege Thon kriegt jetzt eh wieder mehr Geld über die Gebühren, vielleicht kommt er, um dann und wann auf einem seiner Wege ein paar Müllkübel aufzustellen. Da wäre ich sehr froh darum. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Noch ein Thema möchte ich kurz anreißen, es betrifft die MA 49, die Wildproblematik. Ich glaube, auch hier sind wir noch nicht ganz so weit, wo wir hin wollen, vor allem auch in den privaten Gebieten. Es gibt nämlich nicht nur die Wildschweine, es gibt ja auch die Biberthe-

matik, die ja auch nicht ganz unbegründet ist.

Und ein Letztes noch, Frau Stadträtin, vielleicht können Sie dann noch etwas dazu sagen: Wenn wir Grillplätze offiziell anbieten, auf der Donauinsel oder sonst wo, dann finde ich das gut. Aber ich finde es nicht gut, wenn man dann umgekehrt den Winzern verbietet, virusbefallenes Rebholz einmal im Jahr zu verbrennen. Erstens ist das nicht so viel, und ich finde, das wäre auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Zum Schluss: Dem Kollegen Maresch möchte ich noch Abraham Lincoln zitieren, der einmal gesagt hat: Eigentum ist eine Frucht von Arbeit, Eigentum ist wünschenswert, denn positives Gut in der Welt. Dass einige reich sind, zeigt, dass andere reich werden können, und das ist wiederum eine Ermutigung für Fleiß und Unternehmergeist. – Danke, und wir können leider nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr GR Mag Maresch gemeldet.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Es wäre ja schon einiges zu berichtigen gewesen. Das Erste, was mich kurz verwundert hat, ist, dass du Botox als Damenmittel bezeichnest. Das ist eine ziemliche frauenfeindliche Äußerung. Du hast das dann ein bisschen relativiert. *(Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.)* – Ja, Kollegin Leeb, Sie können ihm das gerne sagen.

Die zweite Geschichte war „die Kirche im Dorf“. Ich habe in Wirklichkeit nicht gesagt, dass es nur an den Neonicotinoiden hängt. Im Gegensatz zu dir habe ich vier Bienenstöcke, und wir haben uns in Wirklichkeit darum gekümmert. Es war schon ein Problem, dass zum Beispiel Maisbauern – und das sind die, die angeblich in Wien nicht existieren, aber es sind offensichtlich doch ein paar, die das machen – in Wirklichkeit immer dasselbe Grundstück dafür verwenden. Und weil der Maiszünder ein Problem ist, und sie nicht Fruchtwechsel machen wollen, wie du weißt, müssen sie in Wirklichkeit einfach eines dieser Beizmittel verwenden. Das ist einmal das eine.

Und es gibt eine Studie von der ARGES, die Melissa-Studie, die solltest du dir durchlesen, die ist nicht uninteressant. Da gibt es mehrere Gründe für die Bienen: Die Neonicotinoide machen sicher einen Teil davon aus, aber auch der Klimawandel, die europäische Faulbrut und natürlich auch die Varroamilbe. – Und was hat man gefunden im Bienenhonig, den in Wirklichkeit das Bieneninstitut untersucht hat, man hat Pestizide drinnen gefunden, die die Bienen mittels Pollen eingetragen haben, die in Österreich seit 15 Jahren verboten sind, nämlich zum Beispiel DDT. – Danke schön.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Unger. Ich erteile es ihm. Die selbstgewählte Redezeit ist 10 Minuten.

GR Christian **Unger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseherinnen und Zuseher hier und im Internet!

Ein paar Worte zum Herrn Maresch, weil er da irgen-

detwas nicht ganz richtig gehört hat.

1 787 EUR Erhöhung waren es nicht pro Monat oder sonst etwas, sondern das war die Erhöhung für Familien im Zeitraum der Jahre 2006 bis 2013 - das hat auch der Kollege Gudenus so gesagt -, sprich, durchschnittlich 149 EUR pro Monat. *(Ruf bei der FPÖ: Die GRÜNEN können nicht rechnen!)*

Dann zum Zweiten, Herr Kollege Maresch: Sie haben gemeint, ein Aufhetzen der Verkehrsteilnehmer, das passiert nicht - nicht durch die Roten, nicht durch die Grünen, nicht durch die Stadtregierung. Dann frage ich mich: Wann reden Sie oder wann haben Sie zum letzten Mal mit den Menschen auf der Straße gesprochen, mit Pensionisten, die angepöbelt, fast niedergefahren worden sind, mit Müttern mit Kindern oder Kinderwagerln, die vor Radrowdys wirklich flüchten mussten? Also da frage ich mich schon, wann Sie zum letzten Mal a) auf der Straße waren beziehungsweise b) mit Leuten gesprochen haben.

Und ein Drittes - schon wieder zu Ihnen, Herr Maresch; heute sind Sie mir ganz besonders wichtig -: Sie haben gemeint, die DHK kennt sich nicht aus. – So, die DHK wird von Wien - das sage ich Ihnen (*GR Mag Rüdiger Maresch: Ich hab nicht gesagt, die DHK kennt sich nicht aus! Die Frau Kollegin hat gesagt, sie kennt sich nicht aus bei der DHK!*) -, von Niederösterreich und vom Bund gemeinsam bearbeitet, mehr oder weniger. Und jetzt frage ich mich: Welches Drittel kennt sich da nicht aus? Denn wenn sich die gesamte DHK nicht auskennt - wo ja Wien als Land, Niederösterreich und der Bund dazugehören -, dann kann sich ja Wien auch nicht auskennen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Sie bauen Ihre Rede auf etwas auf, was Sie nicht gehört haben!)*

So, aber jetzt komme ich zu meiner wahren Rede und nutze zuallererst die Gelegenheit, mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsgruppe Umwelt ebenfalls zu bedanken, und zwar sowohl für die Erstellung des Rechnungsabschlusses, aber vor allem bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - und ich bitte, das auch weiterzutragen -, die bei jeder Wetterlage in Parkanlagen, Wäldern und auf der Straße für ein sauberes, ordentliches und schönes Wien für die Wienerinnen und Wiener, aber natürlich auch für die Besucher dieser Stadt sorgen. Ich bitte, diesen Dank weiterzuleiten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Kritik am Rechnungsabschluss, und das möchte ich in dem Zusammenhang wirklich betonen, richtet sich nämlich nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern an den politisch Verantwortlichen. Und auch wenn Herr Kollege Spitzer vorher gemeint hat, das wird immer wieder wiederholt und er will es nicht mehr erklären und er kann es eigentlich auch nicht mehr hören, sage ich Ihnen trotzdem: Die Bürger wollen es auch nicht hören. Die Bürger wollen nämlich eines nicht hören, und das sind die nackten Zahlen des Rechnungsabschlusses. Und da muss man wirklich betonen: Schulden in der Höhe von 4,7 Milliarden EUR, eine Zunahme von 8 Prozent gegenüber dem Jahr 2011, das will kein Bürger hören - aber wir müssen es den Bürgern sagen, denn das ist Ihre politische Verantwortung, und dazu sollten

Sie als rot-grüne Stadtregierung bitte auch stehen.

Wie gesagt - die Zahlen haben wir schon gehört -: Müllsteuerüberschuss 49 Millionen EUR, Wassersteuerüberschuss 83 Millionen EUR, macht insgesamt 132 Millionen EUR. Und wie der Herr Kollege Maresch - heute haben wir uns wirklich lieb - ... (*Zwischenruf bei den GRÜNEN.*) – Doch! Gibt es! Denn wenn der Rechnungshof sagt, dass das eine Steuer ist, dann darf ich das auch von diesem Pult aus sagen. (*Ruf bei der FPÖ: Eine illegale Steuer!*) Es ist sogar eine illegale Steuer, ja. Aber Sie akzeptieren augenscheinlich nicht einmal mehr den Rechnungshof.

Nur: Was ist jetzt wirklich Ihr Schluss daraus? Wir haben heute schon vom Kollegen all diese Slogans gehört, die auch hier im Umweltbereich verwendet werden. Eigentlich könnten Sie ja wirklich einen Slogan sagen, den Sie verwendet haben, nämlich: „Entschuldigung!“, „Entschuldigung!“ zu den Wienerinnen und Wienern für diese Politik, die Sie machen. - Das machen Sie aber nicht. Ganz im Gegenteil, Sie sagen nicht einmal: „Passt schon!“ Aber ich denke mir, Sie sagen es deshalb nicht, weil Sie einen neuen Slogan erfunden haben, nämlich „Eh schon wurscht!“, denn sonst würden Sie nicht für die nächsten Jahre Wasser-, Müll- und Abwassergebühren wieder um 4,4 Prozent erhöhen. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Jetzt sind Sie extra witzig!*)

Und da muss ich sagen, nachdem im Jahr 2012, wie wir vorher gehört haben - das war nicht witzig für die Bürgerinnen und Bürger -, die Müllgebühren um 6 Prozent, die Wassergebühren et cetera um 33 Prozent erhöht wurden: Sie sind und bleiben schamlos, wenn Sie in die Taschen der Wienerinnen und Wiener greifen. Das müssen Sie sich vorhalten lassen. Denn sonst hätten Sie vorige Woche bei der von uns initiierten Sondersitzung des Landtages die Möglichkeit gehabt, uns zu unterstützen bei der Abschaffung des Valorisierungsgesetzes - was Sie ja selbst haben wollten, als Sie noch in Opposition waren; aber das haben Sie ja alles schon vergessen.

Was Sie wahrscheinlich auch vergessen haben, ist, dass wir Freiheitlichen seit vielen Jahren fordern: eine Senkung des Strompreises um 10 Prozent, eine Senkung der Wasser-, Kanal- und Müllgebühren um 12 Prozent, ebenso des Gaspreises - das passt da jetzt nicht dazu - um 20 Prozent. Nur: Sie haben eine unsoziale Politik (*GR Mag Rüdiger Maresch: ... bei der Hypo Alpe-Adria auch?*), Sie wollen bei den Armen und beim Mittelstand Kassa machen. Mittelstand - ich weiß nicht, Sie haben eine eigene Definition von Mittelstand.

Das Wirtschaftswachstum betrug im Jahr 2012 in Österreich 0,8 Prozent - Wien war vorletztes Bundesland mit 0,3 Prozent. Wien war bei der Arbeitslosenquote mit 9,5 Prozent das auf dem letzten Platz liegende Bundesland (*Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.*) - ja, die grauslichen Zahlen kann man sich nicht alle auf einmal merken, darum muss ich sie vorlesen -, Österreichdurchschnitt waren 7 Prozent. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Die Hypo Alpe-Adria ...*)

Die Hypo Alpe-Adria ist sicherlich ein Thema hier im Wiener Landtag. Da haben Sie vollkommen recht. Kärnten gehört zu Wien. Das wissen wir seit vielen von Ihren

Reden. (*Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe von den GRen Mag Rüdiger Maresch und Dipl-Ing Martin Margulies.*)

Ich lasse mich trotzdem nicht davon abbringen, zu sagen, dass 31 Prozent aller Unternehmensinsolvenzen in Österreich nicht durch die Hypo Alpe-Adria passiert sind, sondern auf die Wiener Wirtschaft entfallen. 39 Prozent aller Privatinsolvenzen finden in Wien statt. Wien fällt zurück in der Wettbewerbsfähigkeit, Wien fällt zurück als Wirtschaftsstandort.

Und dann kommt der große neue Säulenheilige der SPÖ, nämlich der Herr Mercer. Eigentlich sollten Sie dem William M Mercer nachträglich die Ehrenbürgerurkunde verleihen. Sie verschweigen aber etwas. Sie verschweigen – wissentlich! -, dass es eine eigene Studie gibt, nämlich das Infrastruktur-Rating der Mercer-Studie, in dem hauptsächlich die Strom- und Wasserversorgung, Post und Telekommunikation sowie der öffentliche Verkehr bewertet werden. Und da habe ich noch nie von roter oder grüner Seite gehört, dass man das auch nur einmal in den Mund nimmt. Warum nimmt man es nicht in den Mund? - Weil Wien nämlich in diesen Studien nicht im Mittelfeld liegt, auch nicht im Spitzenfeld, sondern nur auf Rang 16 hinter Singapur, München et cetera. - Quelle ist der „Standard“. – Und das, muss ich Ihnen ehrlich sagen, ist eigentlich tragisch.

Jetzt kommen wir noch zurück – ich habe nur noch zwei Minuten – zum Kontrollamtsbericht. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) - Das glaube ich, Sie würden mich gerne länger reden hören. - Es hat zum Beispiel die Kontrollamtsberichte betreffend die sicherheitstechnische Überprüfung der Spielplätze gegeben. Und jetzt schauen wir uns an: Was macht die Stadt Wien mit den Spielplätzen? - Verletzungsgefahren für Kinder durch freiliegende Schraubenspitzen, provisorische Maßnahmen an Einzäunungen, gebrochene, morsche Holzteile an Spielgeräten, mangelnder Fallschutz, schadhafte Stützelemente, mangelnde Wartung in Bezug auf Sicherstellung der Lebensdauer, unbenutzbare Spielgeräte, Mängel an Einfriedungen, Rissbildungen bei Halbpipes et cetera.

Also ich frage mich, wenn wir schon jedes Jahr mehr und mehr an Gebühren für die Stadt Wien zahlen - um nicht das bei Ihnen verpönte Wort Steuern zu verwenden -: Warum können Sie dann nicht einmal die Sicherheit ... (*GRin Mag Sonja Ramskogler: Wann waren Sie denn das letzte Mal auf einem Spielplatz?*) - Ich gehe sehr oft vorbei, glauben Sie mir das (*Lebhafte ironische Heiterkeit bei GRÜNEN und SPÖ.*), und ich lese einen Kontrollamtsbericht. - Ich bin selber zu groß dafür. Ich habe nicht gewusst, dass Sie auf den Spielplatz spielen gehen. – Also: Sie können nichts für die Sicherheit der Kinder auf den Spielplätzen leisten. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt reden wir von etwas anderem. Da gehe ich wahrscheinlich genauso oft hin wie Sie, nämlich ins Rohrlager Laxenburg. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Da gehen Sie auch vorbei?*) Nein, genauso wenig wie Sie. Dort hat es im Oktober 2012 einen Einbruch gegeben - Schaden: 61 000 EUR -, und das Kontrollamt hat festgestellt: Es gibt keine Alarmsicherung, keine Bewegungsmelder, kein gar nichts. - Liegt im Einflussbereich der

Stadt Wien.

Vorher ist darauf hingewiesen worden - der Kollege Valentin hat diese Zahl nicht geglaubt; Sie inserieren sehr oft in der Zeitung „Weekend“, und ich hoffe, dass diese Zeitung auch das Wahre schreibt -: Das Kontrollamt sagt, dass nicht einmal 25 Prozent der PET-Flaschen entsorgt werden, sondern diese großteils über den Restmüll weitergegeben werden. - So viel zum Thema Kampagnen.

Und am Schluss meiner Rede möchte ich noch eines kritisieren - das ist heute noch nicht ganz herübergekommen -: Wien Kanal wurde am 1.1.2009 zu einem Unternehmen im Sinne der Stadtverfassung gemacht – Selbstständigkeit, eigenes Statut. Wirtschaftsplan und Jahresabschluss müssen weiterhin vom Gemeinderat genehmigt werden, Umschichtungen innerhalb des Wirtschaftsplanes stehen allerdings dem Unternehmen frei. Das heißt, der Gemeinderat hat hier kein ehrliches Mitspracherecht.

Angesichts dessen und auf Grund vieler anderer Dinge ist für uns ganz klar, dass wir dem Rechnungsabschluss nicht die Zustimmung erteilen. - Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Hufnagl. Ich erteile es ihm. Seine selbstgewählte Redezeit beträgt 20 Minuten.

GR Heinz **Hufnagl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Weil es in Wien, der Welthauptstadt in Sachen Lebensqualität, nicht wirklich Elementares an der Kommunalpolitik zu kritisieren gibt und weil wir bekanntlich drei Monate vor Nationalratswahlen stehen, wird von der Opposition mit großer Beharrlichkeit seit Wochen das Gebührenkrokodil ausgepackt. Gerade der Rechnungsabschluss der Geschäftsgruppe Umwelt mit den großen Gebührenabteilungen ist besonders gut geeignet, diese wiederholten Angriffe von Schwarz und Blau ein bisschen auf Stichhaltigkeit und Plausibilität zu prüfen und abzuklopfen.

Von den neun Abteilungen der Geschäftsgruppe des Umweltressorts verfügen drei, nämlich 36 - die Feuer- und Gewerbepolizei, 45 - die Wiener Gewässer und 58 - das Wasserrecht über überhaupt keine Einnahmen, haben aber logischerweise angemessene Ausgaben zu tätigen, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können.

Vier weitere von den neun Abteilungen, nämlich die Abteilungen 22 - die Umweltschutzabteilung, 42 - die Wiener Gärten, 49 - Forstamt und Landwirtschaft und schlussendlich 60 - das Veterinäramt haben gewaltige Unterdeckungen, auch Abgänge genannt, ausgewiesen. Und selbst die wegen der Müllgebühren immer zu Unrecht gescholtene MA 48 hat unter Berücksichtigung der Tatsache, dass 110 Millionen EUR aus deren Budget für die Straßenreinigung aufgewendet werden - und für die Straßenreinigung haben wir in Wien weder eine Gebühr noch eine Steuer noch eine Abgabe -, also wenn man das der 48er fairerweise anrechnet, 338 Millionen EUR an Einnahmen und 406 Millionen EUR an Ausgaben.

Aber was bekümmert einen FPÖ- oder ÖVP- Abgeordneten, wenn die Wiener Gärten schlappe 5 Millionen einnehmen, aber 92 Millionen für die Schönheit der Stadt ausgeben? (*GR Mag Wolfgang Jung: Dafür tun wir die Luft versteuern! Die Luftsteuer ist ein Wiener Unikum!*)

Oder bekümmert es Sie, Kollege Jung, oder haben Sie es schon einmal hier am Rednerpult thematisiert, dass bei der MA 45 - Wiener Gewässer, 9 Millionen EUR eingenommen, aber 27 Millionen EUR an Ausgaben - vor allem in der segensreichen Komplementierung des absoluten Wiener Hochwasserschutzes - getätigt werden?

Wer anerkennt beispielsweise, dass das Veterinäramt 2012 ganze 219 000 EUR eingenommen hat, aber sehr wohl 5,9 Millionen EUR für den aktiven Tierchutz in Wien bereitzustellen hat?

Wer aus den Reihen von ÖVP und FPÖ hat hier jemals ein Stadtgartenamtdefizit thematisiert oder sich Gedanken über Rettungs-, Feuerwehr- oder Straßenbeleuchtungsdefizite gemacht? Ganz im Gegenteil, selbst innerhalb der Geschäftsgruppe Umwelt lehnen Sie jeden noch so kleinen Gebührenausschlag kategorisch ab, genauso wie bei Ihren Gebührenberechnungen vorausschauende Investitionen, Abschreibungen für Anlagen oder Vorsorgen irgendwelcher Art überhaupt nicht oder nur unzulänglich in Betracht gezogen werden.

Daher ist Ihre ständige Kritik an diesen Gebühren in Wien reines Wahlkampfgetöse, sachlich nicht begründet, maßlos übertrieben und daher energisch zurückzuweisen.

Und eines sei hier ganz klar festgehalten, meine Damen und Herren - und da geht es um Elementares der Wiener Kommunalpolitik -: Eine Stadtpolitik der sukzessiven Ausdünnung der Finanzen dieser Stadt, eine Stadtpolitik, die dann notwendige Kürzungen in lebensnahen Dienstleistungen der Kommune, eine Politik der Reduzierung der Lebensqualität im Bereich der Daseinsvorsorge und damit ein Zurücknehmen der gesamten Lebensmöglichkeiten der Wienerinnen und Wiener und des Wohlbefindens unserer Gäste beinhalten würde - die Ihnen vielleicht die theoretische Chance eröffnen würde, weil dann Identifikation mit dieser Stadt und Freude mit Wien zurückgehen könnten, und Sie hätten dadurch vielleicht einen kurzfristigen Wählererfolg -, eine solche Politik wird mit der SPÖ im Gleichklang mit der rot-grünen Stadtregierung nicht stattfinden. Das können Sie sich in Ihre schwarzen und in Ihre blauen Stammbücher schreiben.

Mein Fraktionskollege Mag Spitzer hat bereits die Leistungen der Ver- und Entsorgung im Ressort Umwelt anschaulich beleuchtet. Lassen Sie mich in gebotener Kürze jene beiden Abteilungen fokussieren, die mit ihrer Arbeit maßgeblich für die Grünelemente dieser Stadt verantwortlich sind, also eine Bilanz für die Abteilungen 42 und 49 ziehen.

Letztere betreut und bewirtschaftet die stadtnahen Erholungswälder und gewährleistet in kongenialer Zusammenarbeit mit den Wiener Wasserwerken die Absicherung und Pflege der Quellschutzwälder in Niederösterreich und in der Steiermark. Und, Kollege Jung, wir

machen das Wiener Wasser nicht, aber wir fassen es, wir pflegen es, wir entwickeln es weiter, wir schaffen neue Reservoirs (*GR Mag Wolfgang Jung: Wie entwickeln Sie es denn weiter?*), wir schaffen sichere Leitungen. Wir haben 8 Prozent Transportverluste. In London, so wurde uns von der dortigen konservativen Stadtverwaltung gesagt, hat man 30 Prozent Wasserverlust, und es gibt nicht einmal pro Wohnung oder pro Wohnhaus einen eigenen Wasserzähler. Das ist der Unterschied zwischen vorsorglicher sozialdemokratischer Wasserpolitik und dem, was Ihre Parteifreunde und Ihre Neoliberalen in London aufführen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Im Übrigen auch hier: 40,4 Millionen EUR wendet das Forstamt zur Pflege der Quellschutzwälder auf, und ganze 14,5 Millionen können auf der anderen Seite an Einnahmen lukriert werden. Und das seit 1985 laufende Programm der Anlage von neuen Wäldern - im Süden Wiens, im Nordosten, wo wir relativ waldarme Gegenden haben - wurde im vergangenen Jahr genauso fortgesetzt, wie der beliebte „Wald der jungen WienerInnen“ mit immerhin 19 009 Forstpflanzen auf 2,5 ha fortgesetzt wurde.

Und daneben spielen - um nur einige wenige Highlights der 49er anzusprechen, hier ein kleines Beispiel aus der Zoologie - die Wiederansiedelung des Habichtskauzes eine Rolle, die Neuauspflanzung von Weingärten - ein Wiener Juwel, auf das wir alle miteinander zu Recht stolz sind. Es wurde der biologische Landbau weiterhin in Richtung sukzessive Erreichung von möglichst 100 Prozent Ackerbau in Bio vorangetrieben. Und die MA 49 hat sich einmal mehr als der gute Zwillingspartner der 31er erwiesen und unser Wasser in einer weltweit einmaligen und unvergleichlichen Qualität sichergestellt.

Die Wiener Stadtgärten wiederum sind nicht nur für die Pflege von 860 Wiener Parks, 500 Kinderspielplätzen und über 200 Trendsportplätzen zuständig, vielmehr wurden 2012 etliche neue Parks konzipiert und auch teilweise schon in die Wirklichkeit umgesetzt. Die wichtigsten neuen Perlen aus dieser Reihe seien kurz angesprochen - sie wurden teilweise auch schon vom Kollegen Rüdiger Maresch apostrophiert -, so etwa der Leon-Zelman-Park am Eurogate. Im 7. Bezirk wurden der Vorplatz der Altlerchenfelder Kirche und der Mittelstreifen des Neubaugürtels unter jeweiliger Bürgerbeteiligung vollkommen neu gestaltet. Der Viktor-Frankl-Park im 9. Bezirk bildet eine besondere Form von Park in Form eines Ruheparks, weil er in einem geschlossenen Baublock errichtet wird. 2012 ist die Planung des Helmut-Zilk-Parks auf Schiene gebracht worden, der von den Freiheitlichen übrigens als überbeuert apostrophiert wurde - die Favoritner werden sich herzlich für diese Ihre Einschätzung bedanken -, weil dort nämlich auf 68 000 m² ein echter neuer Stadtpark in naturnaher Form in der Nähe des Hauptbahnhofes entsteht. Die drei Parks rund um die Kirche Maria vom Siege sind vereinheitlicht worden und werden als EU-Förderprojekt Zielgebiet Westgürtel verwirklicht. Im Donaupark gibt es ein neues Rosarium. Und schlussendlich - das wurde auch schon kurz erwähnt - ist der Liesinger Anger im Ausbau der äußeren Breitenfurter Straße in einen Naturpark ausge-

staltet worden.

Die „business as usual“-Elemente bei der 42er seien nur der Vollständigkeit halber aufgerufen: Dach-, Hof- und Vertikalbegrünungen und ebenso Beratungen beim neuesten Hit im öffentlichen Raum, den Nachbarschaftsgärten. Diese gehen mittlerweile in die Hunderte.

Apropos 42er und deren Zuständigkeiten: Lassen Sie mich bei dieser Abteilung auch zu der Opposition dieses Hauses kommen. In einem wahrhaft epochalen Antrag haben die Freiheitlichen Folgendes begehrt: Das Quartett der Umweltfreiheitlichen, verstärkt durch den Kollegen Kops, brachte nahe zum 1. April, nämlich am 4. 4., folgenden Antrag ein: „Die zuständige Stadträtin für Umwelt und Tierschutz Ulli Sima wird ersucht, alle Flutlichtanlagen auf Ballspielplätzen der Gemeinde Wien mit Zeitschaltern zur Inbetriebnahme der Beleuchtung nachzurüsten. Durch die Zeitschalter wird gewährleistet, dass die Flutlichtanlage nach Ablauf der voreingestellten Zeit automatisch wieder abgeschaltet wird. - In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuss beantragt.“

Na, da kann man nur atemlos und bewundernd sagen: Besten Dank für die doppelte Erläuterung dessen, was die erhellende Wirkung von Zeitschaltern ausmacht!

Wirklich dürr und fast schon undankbar war die Antwort auf diese tolle freiheitliche Initiative von Seiten der Frau Stadträtin, denn die konnte schlicht und einfach antworten: „Die Wiener Stadtgärten haben mir berichtet, dass alle beleuchteten Ballspielplätze seit ihrer Errichtung von Beginn an mit Zeitschaltuhren ausgestattet sind.“ - Und der Herr Stadtgardendirektor Ing Weisgram hat dann in der darauffolgenden Umweltausschusssitzung die Blamage der blauen Antragsteller noch mit dem Hinweis ergänzt, dass alle derartigen 30 Anlagen in Abstimmung mit den Bezirksvorstehungen, den Gebietsbetreuungen, den Mietervertretern und, soweit vorhanden, Agenda-21-Gruppierungen das Licht ihrer Scheinwerfer finden durften.

Und weil alle genannten freiheitlichen Mandatäre noch in ihrer ersten Legislaturperiode sind, so quasi die Primaner der Wiener Stadtökologie, will ich ihnen ein Geheimnis für den Erfolg mit auf den Weg geben: Vor dem Abfassen eines Antrages - und immerhin haben 20 Kolleginnen und Kollegen von den Freiheitlichen diesen geistvollen Antrag mitgetragen -, wenn Unsicherheit und Unwissenheit herrschen, einfach in der Fachabteilung oder bei der Stadträtin anrufen! Der Engländer Bell hat vor geraumer Zeit dazu das Telefon erfunden. Das erspart Arbeitszeit und auch ein bisschen Steuergeld - und Ihnen die Peinlichkeit vom Feinsten. - So einfach kann, meine Damen und Herren von der Schmissefraktion, manchmal die Politik sein. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Und für den von immer wieder heftigen Bezirksturbulenzen gebeutelten Brigadier in Ruhe und Politiker im ständigen Sturm habe ich eine erlösende Nachricht: Herr Kollege Jung, ich werde Sie heute vom Heiligen Mercer ein für alle Mal erlösen. Und zwar werde ich diesen Akt christlicher Nächstenliebe in der Form setzen, dass ich zwar zuerst sagen muss, es ist ja wirklich ärgerlich, dass

diese weltweit tätige Unternehmensberatungsagentur Wien zum vierten Mal in Folge bei Dutzenden Kriterien - die nicht nur die Manager betreffen, wie Sie uns immer einzureden versuchen, sondern alle Wienerinnen und Wiener dieser Stadt, und die auch die Gäste dieses herrlichen Wien genauso berühren -, dass also diese Unternehmensberatungsagentur Wien vier Mal bei der jährlichen Lebensqualitätsstudie auf Platz 1 gesetzt hat - aber Schwamm drüber, weg mit dem Mercer, denn ich habe zahlreiche Alternativangebote für Sie!

Erstens: Beim ersten globalen Technologie- und Nachhaltigkeits-Ranking ist Wien die Nummer 1 der Smart Cities geworden – weltweit.

Eurocities, das Netzwerk von 130 europäischen Großstädten, verleiht Wien den Eurocities Award.

Das Project Management Institute - PMI Chapters Austria verleiht dem ÖkoKauf Wien, der Hauptkläranlage und der sich immer wieder als segensreich erweisenden Gesamtkonfiguration der Donauinsel (*GR Mag Wolfgang Jung: ... bei den Shopping Cities?*) – nein, momentan sind wir noch bei etwas anderem - den PMI Austria Excellence Award.

Die MA 33 erhielt für die Beleuchtung Wiens den city.people.light-Award.

Der Blumengarten Hirschstetten wurde mit dem Energy Globe Award für Energieeinsparprojekte ausgezeichnet. (*GR Mag Wolfgang Jung: „Ist ja unglaublich!“*)

SYLVIE: SYLVIE ist kein Klub mit der Sozialdemokratie, sondern ist das Lärmsanierungsprojekt der MA 22 und wurde bei 900 eingereichten Projekten Finalist im Stockholm Challenge Award.

Und jetzt kommen wir zu wirklichen Hämmern - da können wir den Mercer in der Tat langsam ein bisschen aus unserem Bewusstsein rücken -: Der Innovation Cities Global Index weist Wien unter 445 weltweit gerankten Städten hinter Boston und New York auf dem 3. Platz aus. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) - Und wenn Sie da jetzt springen, Kollege Jung, und Ihren Kreislauf wieder einmal überstrapazieren: Wien ist damit die innovativste Stadt Europas!

Und dann hat uns noch die ICCA, die International Congress and Convention Association, bescheinigt, dass wir zum achten Mal hintereinander der Welt beste Kongressstadt sind.

So schaut die Objektivität, so schaut die Wertigkeit Wiens aus! (*Beifall bei der SPÖ und von GR Mag Rüdiger Maresch.*) Da können Sie unken, was Sie wollen! Und den Mercer lassen Sie endlich dort, wo er hingehört. (*Neuerlicher Beifall bei der SPÖ und von GR Mag Rüdiger Maresch. – Ruf bei der FPÖ: Aber den Award für den faulsten Abgeordneten haben Sie gewonnen! – Beifall bei der FPÖ.*)

Kollege, die Wahrheit ist zumutbar, hat die Frau Bachmann gesagt. Sie wird auch für die Freiheitlichen irgendwann verkraftbar sein müssen. (*Beifall bei der SPÖ und von den GRen Mag Rüdiger Maresch und Dipl.-Ing. Martin Margulies.*)

Nun zu unseren Stadt-Schwarzen, die sich ständig bemühen, ihr Konterfei nur mehr marginal vom Stil und von der Inhaltlichkeit der Freiheitlichen abheben zu las-

sen. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Umweltpolitik der ÖVP-Wien – egal, ob Sie mehrheitlich in Opposition waren oder unter Dr. Görg hier in der Stadtregierung viereinhalb Jahre Verantwortung mitgetragen haben - jedenfalls durch Sachorientiertheit und Kooperationsbereitschaft ausgezeichnet, während die aktuelle Umweltsprecherin, und sie hat uns erst am Freitag beim Sonderlandtag wieder ein Beispiel dafür geliefert, in erster Linie ihre Oppositionsrolle über Bissigkeit zu definieren versucht. In ihrer Aussendung vom 6. Juni titelte sie: „Statt Wasserfeste zu feiern, wäre Solidarität mit den Betroffenen angebracht.“, und schreibt wörtlich: „Während in anderen Bundesländern die Aufräumarbeiten beginnen, feiert die Umweltstadträtin morgen das Wiener Wasserfest.“ und unterstellt in weiterer Folge, keinen Dank an die in Wien tätigen Helfer ausgesprochen und keine Nachbarschaftshilfe für Niederösterreich geleistet zu haben. - Frau Mag. Holdhaus, dazu im Folgenden einige Fakten, die mit ein bisschen Sachlichkeit und einem Minimum an gutem Willen leicht beschaffbar waren. (*Zwischenruf von GRin Mag Karin Holdhaus.*) - Soll ich Ihnen Ihre Presseaussendung noch einmal wortwörtlich vorlesen?

Erstens: Das sogenannte Wasserfest der Stadträtin war am neuen Wasserspeicher beim Wasserturm Favoriten ein Kinderfest, ein Kinderwettbewerb, wo sich Wochen vorher hunderte Wiener Schulkinder bemüht haben und engagiert haben, ihre Meinung zur Wiener Wasserversorgung durch Texte, durch Zeichnungen zum Ausdruck zu bringen. Und bei diesem sogenannten Fest der Stadträtin haben sich dann die Lehrer, die Eltern und die Kinder gefreut, auch belohnt zu werden und ihre Prämierung entgegenzunehmen.

Zweitens - und das meine ich jetzt wirklich todernst als einer, der schon verdammt lange hier herinnen ist -: Frau Kollegin, ob die Stadträtin oder irgendein anderes Mitglied der Stadtregierung sich bei den Helfern bedankt hat oder nicht, konnten Sie nicht einschätzen, können Sie nicht beurteilen und brauchen Sie auch nicht zu kritisieren. Das ist letztklassig und disqualifiziert sich von selbst! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Und – last but not least - die nächste Unterstellung und Unwahrheit: Schon im August 2002 und auch heuer wieder haben zahlreiche Wiener Blaulichtorganisationen, die mittlerweile das Edelprädikat „Die Helfer Wiens“ tragen, sehr wohl außerhalb Wiens konkrete Unterstützung geleistet. Und die Bildungsorganisation der Wiener SPÖ hat sich in Marbach an der Donau ein Wochenende hingestellt und hat Schlammarbeit geleistet. Von der ÖVP-Wien ist nichts Vergleichbares bekannt geworden! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Und wissen Sie, Kollegin Holdhaus, wieso diese hunderten Wienerinnen und Wiener ohne gleichzeitige Sorge um ihren eigenen Wohnsitz entweder in Organisationen oder als engagierte Einzelhelfer auch helfen konnten? - Weil sich die Sozialdemokratie in Wien zu einer Zeit, als die ÖVP noch eine seriöse Stadtpartei war und kein konservatives Dutzend wie heute, entschlossen hat, den absoluten Donauhochwasserschutz zu errichten. Sie haben die Aufstockung des Hubertusdamms verlangt

und sind voll Trotz aus der Stadtregierung ausgetreten, weil Wien es gewagt hat. Sie können heute nichts dafür, aber beim Thema Hochwasser soll die Kollegin Holdhaus nach dem Motto leben: Si tacuisses, philosophus mansisses. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Abgewandelt würde ich mit Bruno Kreisky sagen: Frau Kollegin, lernen Sie Wiener Stadtgeschichte, bevor Sie solche gegenüber der Stadträtin gehässige Presseaussendungen formulieren!

Ich will, da ich jetzt der Wiener ÖVP gnädig bin, die schon angesprochenen Politskandale ihres Umweltministers nicht weiter strapazieren. Er scheint im Hauptberuf ein rasender Cheflobbyist der Agrarindustrie und der Agrochemie zu sein und hat beim Bienensterben durch Neonicotinoide und auch bei Unkrautvertilgungsmitteln, die nachgewiesenermaßen auch für Menschen schädlich sind, eine sehr seltsame Haltung eingenommen und sich nicht als Lebensminister, sondern als Gefährdungsminister erwiesen.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Ich wünsche mir von der nächsten Bundesregierung manches. Dazu gehört vor allem, dass die Landwirtschaft, die in vielen Fällen leider mehr Problemverursacher als Problemlöser ist, von den Umweltagenden getrennt wird, damit die Umweltpolitik in Österreich wieder, so wie in Wien, einen zentralen Stellenwert hat, der herzeigbar ist.

Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit und wollte zum Schluss noch einen Antrag einbringen – ein kleines Sekunderl -: Es gehört auch zu den vornehmsten Aufgaben und Verdiensten der Umweltstadträtin Mag Sima, dass sie sich im europäischen Kontext in der Ächtung von Atomenergie und in der Warnung vor entsprechenden Gefahren einen Namen gemacht hat und dass Wien bei der Vernetzung von atomfreien Städten und Regionen Vorreiter ist. Deswegen darf ich zusammen mit den Gemeinderatskollegen - ohne Nennung ihrer Titularen - Erich Valentin, Gerhard Spitzer, Waltraud Karner-Kremser, Ernst Nevriy, Rüdiger Maresch, Jennifer Kickert und Monika Vana einen Beschluss- und Resolutionsantrag einbringen, und zwar für eine europaweit einheitliche Haftpflichtversicherung für Atomreaktoren, weil die derzeitigen Versicherungssummen geradezu läppisch und im Anlassfall keinesfalls kostendeckend sind. Der Beschlussantrag lautet:

„Der Gemeinderat der Stadt Wien fordert den zuständigen Umweltminister auf, an die EU-Kommission heranzutreten und den Vorschlag zu unterbreiten, eine Haftpflichtversicherung für jeden Atomreaktor in der Europäischen Union vorzusehen, und zwar in der Höhe von mindestens 400 Milliarden EUR je Reaktor.

Man muss das Verursacherprinzip gelten lassen: Wer den Schaden verursacht, muss dafür auch haftbar gemacht werden.

In formeller Hinsicht verlangen wir die sofortige Abstimmung.“

Ich danke Ihnen herzlich für die Gunst Ihrer Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Lieber Heinz, der Antrag gilt aber erst als eingebracht, wenn du ihn mir auch gibst. Und deine Redeunterlage hast du auch noch

vergessen. - Ich habe also alles im Blick. *(GR Heinz Hufnagl begibt sich zum Präsidium und überreicht den Antrag.)* – Okay.

Kollege Hufnagl hat eine Minute weniger gesprochen, als er sich vorgenommen hat. Es hat sich nun noch Herr GR Guggenbichler zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Kollege.

GR Ing Udo **Guggenbichler** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich wollte das leidige Thema des Helmut-Zilk-Parks eigentlich nicht mehr ansprechen, aber, Herr Hufnagl, wenn Sie sich hier herausstellen und sagen, wir haben gesagt, dass der Helmut-Zilk-Park übersteuert ist, muss ich Sie kurz rein historisch korrigieren.

Faktum ist *(GR Heinz Hufnagl: Sie wollten eine billigere Variante!)* - lesen Sie den Antrag genau durch! -, dass Sie es nicht geschafft haben, im Ausschuss einen Antrag einzubringen, wo alle Beilagen dabei waren. Daraufhin haben wir den Antrag von der Tagesordnung genommen und bei der nächsten Gemeinderatssitzung wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Wir haben einen Antrag gestellt - und dazu stehen wir auch heute noch -, die Kosten zu evaluieren. Das ist richtig. Gerade in Zeiten der Krise, wo die Gebühren erhöht werden, müssen wir schauen, dass wir die Kosten evaluieren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das heißt aber noch lange nicht, dass wir gesagt haben, dass der Helmut-Zilk-Park übersteuert ist.

Aber das ist ja eigentlich eine sachliche Angelegenheit - und da sollten Sie sich wirklich auch selbst an der Nase nehmen -, dass man auch die Möglichkeit haben muss, Kosten zu evaluieren. Wir haben nie von Übersteuerung gesprochen.

Und die zweite Geschichte ist - ich muss ja noch eine tatsächliche Berichtigung bringen -: Natürlich haben die Abgeordneten ein Recht zu kritisieren - das sollten Sie als langgedienter Abgeordneter wissen -, und die SPÖ-Wien wird auch lernen, dass eine Kritik der Abgeordneten an einem Stadtrat keine Majestätsbeleidigung ist. - Das wollte ich Ihnen auch noch sagen. *(GR Heinz Hufnagl: Unterstellungen sind nicht in Ordnung!)*

Und dann darf ich mich abschließend noch bei Ihnen, Herr Hufnagl, für Ihre relativ flüssige Leseübung bedanken. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Der kann wenigstens reden! – Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau Amtsf StRin Mag Sima. Ich erteile ihr das Wort. – Bitte schön, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann dazu nur sagen: Neid muss man sich halt erst erarbeiten. Ich habe der wirklich fulminanten Rede des Herrn GR Hufnagl eigentlich nicht mehr viel hinzuzufügen. Er hat viel von dem vorweggenommen, was ich auch sagen wollte, und dies in einer sehr feurigen Art und Weise. Ich möchte mich sehr herzlich bei ihm dafür bedanken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte gleich anschließen mit dem alljährlichen

Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsgruppe Umwelt, in meinem Büro und in den Abteilungen draußen für die wirklich ganz hervorragende Arbeit und Leistung im Jahr 2012 – da wir hier ja den Rechnungsabschluss von diesem Jahr diskutieren.

Ich möchte trotzdem noch auf ein aktuelles Ereignis eingehen: Ich bin sehr froh, dass wir beim Hochwasserschutz die Lehren aus dem Jahr 2002 gezogen haben und sofort angefangen haben, die wenigen Schwachstellen, die wir in Wien noch hatten - den Hafenumschließungsdamm, aber auch den Marchfeldschutzdamm -, zügig zu erhöhen. Es ist uns gelungen, im Jahr 2012 diese Arbeiten abzuschließen - wie man jetzt sehen sollte: gerade rechtzeitig -, sodass wir dem erneuten und noch wesentlich stärkeren, eigentlich stärksten Hochwasser, das wir in der Geschichte der Stadt jemals hatten, sehr erfolgreich trotzen konnten.

Ich bin froh, dass wir 78 Millionen EUR in diesen Bereich sehr vorausschauend - noch einmal: zusätzlich zu den vielen Hochwasserschutzanlagen, die wir schon haben - investiert haben. Die MA 45 und die WGM haben da wirklich ganze Arbeit geleistet. Dafür herzlichen Dank! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wir haben in diesem Jahr auch sehr viele andere große Projekte auf den Weg gebracht: Wir haben die Gürtel-Offensive bei der Rohrnetzerneuerung gestartet, ein in der Umsetzung sehr schwieriges Projekt, das wir jetzt Zug um Zug in jedem Jahr fortsetzen. Wir haben die Generalsanierung des Aquädukts Baden auf den Weg gebracht, Lärmschutzmaßnahmen entlang der Schienen umgesetzt, den Winterdienst, der heuer von Oktober eigentlich bis fast in den Mai hinein gedauert hat, sehr konsequent und sehr gut umgesetzt. - Viele MitarbeiterInnen waren da rund um die Uhr im Einsatz und es hat hervorragend funktioniert, obwohl die Belastung wirklich oft durch Wochen hindurch Stunden, Tag und Nacht gedauert hat. Also auch da wirklich ein großes Lob!

Wir haben Naturwaldreservate eingerichtet. Wir haben begonnen, das „TierQuarTier“ zu planen, die Einreichplanung durchzuführen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen, damit wir dann heuer den Spatenstich vornehmen können. Wir haben viele Kanalneubauten gemacht, vor allem den Asperner Sammelentlastungskanal. Wir haben im Amphibienschutz viele Projekte umgesetzt, zahllose Parks, Grünflächen und Spielplätze - um nur einige der Projekte aufzuzählen, die wir in der Geschäftsgruppe Umwelt sehr, sehr erfolgreich umgesetzt haben.

Dafür möchte ich mich bei allen wirklich sehr herzlich bedanken. Und auf eine weitere gute Zusammenarbeit! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Umwelt und zum Jahresabschluss 2012 der Unternehmung Wien Kanal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung. Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung mit der Postnummer 4, das ist der Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien –

Wiener Wohnen für das Jahr 2012, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmungen über den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt und den Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen jedoch getrennt vorzunehmen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Daher bitte ich alle Damen und Herren des Gemeinderates, so vorzugehen. Ich darf den Herrn Stadtrat bitten, den Platz des Berichterstatters einzunehmen.

Zum Wort gemeldet ist Herr GR Walter. – Nein, Pardon, ich habe gerade gesehen, es gab einen Wechsel. Es ist Herr GR Flicker zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. Seine selbstgewählte Redezeit beträgt 12 Minuten.

GR Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn wir uns diesen Rechnungsabschluss ansehen, dürfen wir feststellen: Weniger Geld für den Wohnbau, mehr Geld für betriebliche Aufwendungen und Personal. Die Wohnbauförderung bei Neubau: satte minus 27 Prozent. Förderung Wohnhaussanierung: immerhin minus 8 Prozent. Wie schon mehrmals hier erwähnt, gibt es bei Althausanierung besonderes Potenzial, um den Wohnungsmarkt zu entlasten. Die Revitalisierung der Kernzonen bringt die über 30 000 bei Wiener Wohnen gemeldeten Wartenden schneller zum gewünschten Wohnraum. Aber hier wird gespart - auf Kosten der Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener.

Wiens Bedarf an neuen Wohnungen ist groß. Zu erwarten ist ein Bevölkerungswachstum von zirka 15 Prozent in den kommenden 20 Jahren. Daher ist es wichtig, das Angebot an neuen, kostengünstigen Wohnungen auf hohem Niveau zu halten. Das heißt, es ist dringend notwendig, den Neubau stärker anzukurbeln. Bis zu 10 000 Wohneinheiten pro Jahr sind notwendig, um den Anforderungen gerecht zu werden. Die Basis dazu liegt in der Flächenwidmung. Doch im Ressort der Frau Vizebürgermeisterin herrscht Stillstand. (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Unsinn!*)

Durch entsprechende Widmungen und den folgenden Neubau bringt man auch den Druck aus den Mietkosten. Leistbarkeit kann man durch richtige Maßnahmen lenken. - Rot-Grün findet diese Maßnahmen in neuen Gebühren, Mietsteigerungen um rund 10 Prozent, die von den Bürgerinnen und Bürgern zu berappen sind. Durch diese ungerechtfertigten Gebührenerhebungen steigen die Lebenshaltungskosten der Wienerinnen und Wiener. Rot-Grün macht Wien teuer. (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Falsch!*)

Die Leistbarkeit des Wohnens liegt nicht nur an der Miete, sondern viel mehr auch an den Betriebskosten, die jedoch schwindelerregend sind. (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Auch falsch!*) Dem Gebührenwucher der letzten Jahre durch die rot-grüne Stadtregierung folgt ein neuer Angriff auf die Geldbörse der Wienerinnen und Wiener. (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Noch einmal falsch!*) Wieder werden die Gebühren um 4,4 Prozent erhöht. Laut MA 6 sind das pro Haushalt zirka 22 EUR im Jahr, und die Summe sind 15 Millionen EUR Mehreinnahmen für die Stadtkasse. - Auch falsch, oder?! (*GR*

Dipl-Ing Martin Margulies: Nein, das ist richtig! – Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)

Demgegenüber sucht die SOKO Wohnbau die verschwundenen Gelder von den aufgebesserten Rechnungen bei der Wohnhaussanierung. – Wahrscheinlich auch falsch. - Hier stellt sich aber schon die Frage, ob die überbeuerten Sanierungsarbeiten, die von Wiener Wohnen in Auftrag gegeben wurden, nicht doch von den Mieterinnen und Mietern berappt werden müssen. (GR Siegi Lindenmayr: *Wer hat Ihnen diese Rede geschrieben? – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie lesen sie ja herunter!*) - Ich kann sie mir schon selber schreiben. Aber lesen kann ich sie auch. Das schaffe ich gerade noch. Lesen schaffe ich, okay? (GR Dr Kurt Stürzenbecher: *Das hat der Walter geschrieben!*) - Der sagt das eh nachher in seinen Worten. (GR Dr Kurt Stürzenbecher: *Der Walter hat Ihnen das geschrieben!*) Nein, hat er nicht.

Aber bei neuen Wohnbauprojekten gelingt ja auch nicht so wirklich der große Wurf. So zum Beispiel bei den Danube Flats: Da wird einmal herumgeplant, dann wird schnell präsentiert – aber auf die Anrainer, sprich, auf die Bürgerbeteiligung, wird vergessen. Aber das ist ja anscheinend Usus in der Stadtentwicklung - siehe Stadtstraße: Auch hier werden die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vergessen.

Und weil ich gerade von der Donaustadt rede und es den Neubau von Wohnungen betrifft, darf ich auch etwas Positives festhalten: In der Seestadt Aspern wurde endlich begonnen, die Wohnbebauung voranzutreiben. Die ersten 1 600 Wohnungen werden errichtet - 1 600 Wohnungen von 8 500 für zirka 20 000 Menschen, die in der Seestadt leben sollen. Hier ist in den kommenden Jahren ein Stadtteilmanagement geplant, das die Stärkung des sozialen Miteinanders und die aktive Beteiligung an der Weiterentwicklung durch die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils und die Förderung des Stadtteillebens zum Ziel hat. Es gilt mit allen Mitteln zu verhindern, dass hier nur eine Schlafstadt entsteht. Die Wohnungen, die in der Seestadt entstehen, sind für die Bevölkerung dringend notwendig. Und der steigenden Nachfrage nach Wohnraum ist es nur entsprechend, hier mit der Bebauung zu beginnen.

Die Seestadt Aspern muss aber mehr als nur eine Wohnlösung sein. Es ist ein neues Stadtkonzept, in dem Wohnen, Arbeit, Freizeit und Erholung und Infrastruktur ihren Platz finden werden. Die hier entstehende Lebens- und Wohnqualität unterstreicht die Stellung Wiens als Topwohnregion in Europa. - So lautet die Vorgabe der Initiatoren.

Wir fordern daher dringend, dass genügend Arbeitsplätze geschaffen werden und die Seestadt auch wirklich zu dieser Wohnqualität kommen kann und der Arbeitsplatz sich in unmittelbarer Nähe zur Wohnstätte befindet. Weiteres ist es unabdingbar, die nötige Infrastruktur ausreichend und rechtzeitig zu errichten, das heißt: Kindergärten und Schulen in entsprechender Anzahl, da daran in der Donaustadt akuter Mangel herrscht, die Sicherung der medizinischen Versorgung durch Fachärzte und auch durch die Rettung, zusätzlich eine neue

Feuerwache und eine weitere Polizeiinspektion - auch die ist in der Donaustadt dringend notwendig - und schließlich ein ausreichendes Angebot an Freizeiteinrichtungen - ein dichtes Hallenbad wäre wünschenswert, oder noch besser ein neues Schwimmsportzentrum und weitere Sportstätten, damit in Aspern auch in Zukunft wieder große Namen des Fußballs heranwachsen können.

Zusammengefasst: Wien braucht mehr Wohnungen. Und hier soll die Stadtregierung auch nicht auf das leistbare Eigentum vergessen.

Abschließend möchte ich mit meinen Kollegen Ulm, Dworak, Walter noch einen Antrag einbringen, der eine Hebung der Fördermaßnahmen im Wohnbereich mit sich bringen soll. - Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine Damen und Herren! Ich werde jetzt nicht über Feuerwachen und Schwimmsportzentren sprechen, sondern möchte nur auf zwei Dinge replizieren, die mein Vorredner gesagt hat.

Die Gebühren gehören auch nicht hierher, aber wir wiederholen das, was heute in der Früh schon gesagt wurde - vielleicht kann Kollege Walter dann darauf eingehen -, weil immer wieder die Gebühren von der ÖVP thematisiert werden: Wir sind auf der dringenden Suche nach Städten, die von ÖVP oder FPÖ regiert werden und wo die Wasser-, Müll- und Kanalgebühren zusammengelegt unter jenen von Wien liegen. Vielleicht kann Kollege Walter im Anschluss dann auf diese Frage eingehen - der Armin Thurnher schreibt „ceterum censeo“ -, Sie haben uns da jetzt irgendwie motiviert. Vielleicht tragen wir das durch: Gesucht werden schwarz und blau regierte Städte, wo diese Gebühren geringer sind.

Auch etwas zum Thema Widmung - das werden wir morgen ausführlich diskutieren. Vielleicht schaffe ich es bis morgen noch, alle jene Widmungsakte, wo die ÖVP dagegen gestimmt hat, zusammenzusammeln - das ist nämlich inzwischen schon ein ganz schöner Stadtteil -, wo es immer einen guten Grund gibt, warum es dort nicht geht. Die Frau Stadträtin beziehungsweise das gesamte Ressort ist im Plan, für heuer über Plan, was die Widmungen betrifft. Glücklicherweise sind die Stimmen der ÖVP da nicht entscheidend, denn ganz wesentliche Widmungen könnten sonst nicht beschlossen werden.

So, und um in meinen verbleibenden zehn Minuten sozusagen nicht wiederum - nach der Budgetdebatte vor einem halben Jahr und der Rechnungsabschlussdebatte vor einem Jahr - über die wachsende Stadt zu sprechen, möchte ich zwei Dinge herausnehmen, die uns unter den Nägeln brennen und die ich jetzt kurz bei der Debatte zur Geschäftsgruppe Wohnbau vertiefen will. Es handelt sich um zwei durchaus umstrittene Themen: Das eine heißt Dichte und das zweite heißt BürgerInnenbeteiligung, die beide bei einer wachsenden Stadt eine Herausforderung für jede Regierung sind.

Wir wissen eines - Sie haben die Danube Flats ange-

sprochen, die aber nicht unmittelbar im Ressort des Herrn StR Ludwig sind, weil es sich dort nicht um einen geförderten Wohnbau handelt, aber da geht es auch um einen Widmungsakt -, und was heute so anders ist als vor 20 Jahren, finde ich interessant - auf diese Frage habe ich keine abschließende Antwort -: Während man noch vor 20 Jahren durchaus als Politiker punkten konnte, wenn man in gewissen Bezirken große Stadtentwicklungsgebiete, Wohnbauten angekündigt hat, ist es inzwischen, aus verständlichen Gründen, so, dass es heute der Regelfall ist - und das ist kein Wiener Phänomen, auch kein österreichisches Phänomen, das ist ein Phänomen in sehr vielen wohlhabenden europäischen Ländern -, dass sozusagen die Grundhaltung vieler Anrainer eine skeptische, um nicht zu sagen, eine ablehnende ist. Das ist auf den ersten Blick auch durchaus verständlich: Es wird meistens dazugebaut, es wird in der Umgebung höher gebaut, in der Bauzeit kommt es zu Baulärm, und mehr Menschen heißt auch mehr Verkehr.

Das heißt, in nahezu allen Bezirken ist fast kein Projekt bekannt, das nicht auf Skepsis oder Ablehnung bei den Bürgern stößt – oh ja, interessanterweise eines, das ist der Nordbahnhof: Dort gibt es eine Bürgerinitiative, die das vorliegende städtebauliche Konzept sehr unterstützt. Das ist das einzige Projekt, das mir jetzt in der Kürze einfällt, wo mir bewusst ist, dass eine artikulationsstarke Bürgerinitiative für ein Stadtentwicklungsprojekt ist. In allen anderen Gebieten sagen die Menschen - noch einmal: aus nachvollziehbaren Gründen -: Nicht zu hoch! Nicht zu dicht! Muss Wien eigentlich wachsen? - Eine spannende Frage, auf die ich heute in der Kürze nicht eingehen kann.

In diesem Zusammenhang will ich jetzt aus unserer Sicht oder durchaus auch aus meiner Sicht - vielleicht wird das morgen auch die Kollegin Kickert noch vertiefen – darlegen, was BürgerInnenbeteiligung heißt und was es vor allem auch nicht heißt.

Ich sage einmal, was es zum Beispiel heißt: Es heißt, dass am Beispiel der Danube Flats zum jetzigen Zeitpunkt - das heißt, lange bevor noch die Widmung begonnen wurde - so viel Transparenz im Verfahren gegeben ist, dass zu Recht AnwohnerInnen auf sehr viele Informationen nicht nur zurückgreifen können, sondern dass es in etlichen Präsentationen, Diskussionen mit allen Anrainern, in einigen Diskussionen mit der Frau Stadträtin - letzte Woche hatte ich auch wieder die Ehre, in einem Streitgespräch in einer Tageszeitung einen Dialog zu führen – hier möglich ist, einen Dialog zu führen zu einem Zeitpunkt, wo das normalerweise noch überhaupt nicht der Fall ist, weil sich das Projekt ja erst sozusagen in der Vor-vor-Vorbereitungsphase befindet. Wir reden nicht über den Zeitpunkt in einem Jahr, wo eine öffentliche Auflage stattfindet - wo auch wir oft kritisiert haben, dass die öffentliche Auflage sehr spät erfolgt; da lässt sich dann wenig ändern -, sondern in einer Vorphase.

Und ich bleibe, weil Sie sie genannt haben, bei den Danube Flats, aber ich könnte das in identischer Weise für sehr viele wohnbauförderte Projekte oder Call-Projekte, die in der Verantwortung des Herrn StR Ludwig

sind, sagen: Es wird immer eine BürgerInnenbeteiligung mitgebracht, weil - und da liegt die Stärke - BürgerInnenbeteiligung verstanden wird als AnrainerInnenbeteiligung. Nur sind Anrainer und Anrainerinnen nur ein Teil der Bürgerinnen und Bürger, die Interesse haben an einem Projekt, daran, dass ein Projekt entsteht oder nicht entsteht.

Und das wissen wir zur Genüge: Die Leute, die für etwas sind, sind dafür, aber nicht sozusagen mit einer nachdrücklichen Vehemenz, wogegen jene Menschen, die gegen etwas sind - insbesondere dann, wenn es in ihrer Umgebung ist -, das mit einer sehr großen Vehemenz sind. Das meine ich überhaupt nicht vorwurfsvoll, da entgegne ich aber zum Beispiel auch der Frau Taibl und vielen anderen: Es gibt auch so etwas wie ein Allgemeininteresse und einen Interessenausgleich. - Und das ist Demokratie und das heißt BürgerInnenbeteiligung! Es ist eine Illusion zu sagen, BürgerInnenbeteiligung heißt, man ladet die Anrainer ein und übergibt ihnen, aus Entscheidungsschwäche der repräsentativen Gremien - zu denen wir gehören -, die Angelegenheit und sagt, ihr entscheidet das, ob das jetzt Bauklasse II oder Bauklasse III oder Bauklasse IV oder Hochhaus ist.

Was haben wir beim Bereich Danube Flats gemacht? Da gab es und gibt es einen beträchtlichen Widerstand. Was haben wir deswegen unter anderem gemacht? - Ist das überhaupt ein Hochhausstandort? Das ist eine wesentliche Frage. Diese Frage ist aber nicht sozusagen durch einen Bürgerentscheid der Bürger aus der Umgebung entschieden worden, sondern wir haben gesagt, wir gehen in diesem Fall einen neuen Weg und gehen in den Fachbeirat nicht am Schluss eines Verfahrens, sondern vor Beginn eines Verfahrens. - Ich brauche hier nicht zu explizieren, dass der Fachbeirat sozusagen keine nachgeschaltete Dienststelle ist, wo oben jemand von Rot-Grün draufdrückt, oder wer auch immer - in dem Fall ist das glücklicherweise die Regierung -, und die machen, sondern das sind unabhängige, von der Kammer und von den Universitäten benannte Experten, die sagen, wie es ist. Hätte in dem Fall der Fachbeirat gesagt, falsch, das ist kein Hochhausstandort!, so wie es die Erstargumentation von manchen aus der Bürgerinitiative war, dann wäre das ein starkes Statement gewesen. Ich füge hinzu: Dann hätte ich, ich als Person, mich dafür eingesetzt, dass wir das in der Tat nicht als Hochhausstandort entwickelt hätten.

Es kam das Feedback - und das ist ja auch kein Geheimnis, wir haben eine Woche später, auch als ein neuer Weg, die gesamte zweiseitige Stellungnahme des Fachbeirates als APA-OTS an die Öffentlichkeit gegeben -: Das ist ein Hochhausstandort, aber eine Reihe von Fragen sind nicht geklärt. - Diese Fragen werden jetzt geklärt. Ich gehe da gar nicht in Details ein.

BürgerInnenbeteiligung kann also schon sehr viel beibringen, ich sage jetzt aber auch, was sie nicht kann. – Zum Thema Dichte komme ich gar nicht, aber reden wir eben ausführlicher über die BürgerInnenbeteiligung. - Das sind Leute, die sehr viel Gespür für die Details ihrer Umgebung haben, mehr, als oft wir als Politiker dafür haben - die Bezirkspolitiker und Bezirkspolitikerinnen

haben mehr Ahnung -, für viele Details, was die Nahversorgung, was die Schulsituation, was Details der Verkehrsplanung, was die Windsituation betrifft. Da gibt es lokale Erfahrungen, und da ist es - ich sage es ganz bewusst - die verdammte Aufgabe der Behörden, der Verantwortlichen - von uns, wenn Sie so wollen -, auf diese Fragen transparent Antwort zu geben und, wenn es notwendig ist - und es ist sehr oft notwendig -, auch Projekte zu verändern, wenn man draufkommt, das ist jetzt gescheit, was da gesagt wird; ändern wir das!

Was ist es aber nicht? - Städtebau und auch Wohnbaupolitik haben auch etwas mit Experten- und Expertinnenwissen zu tun. Das ist nicht etwas, wo ausschließlich Laien zu entscheiden haben, sondern das ist auch - auch, nicht nur - eine Expertenentscheidung.

Und die Aufgabe ist jetzt, BürgerInnenvorhaben und BürgerInnen-Know-how und AnrainerInnen-Know-how zusammenzubringen mit Experten-Know-how, um ein Projekt zu verbessern. Es ist aber nicht - und dazu stehe ich - die Delegation aus Feigheit, dass man in einer Bürgerversammlung ausgebuht wird. Das wird man heute, das muss man aushalten und begründen, warum man Entscheidungen trifft. Und ich begründe jetzt noch einmal, dass das legitime Interesse von Anrainern und Anrainerinnen auf der einen Waagschale ist und sich ausbalancieren muss mit dem Interesse jener - und die kennen wir alle -, die Wohnungen suchen, aus demselben Grund, den mein Vorredner genannt hat: dass einfach die Nachfrage nach Wohnungen substanziiell ist.

Das heißt BürgerInnenbeteiligung, nämlich: Sich beteiligen an einem Dialog, offen sein für einen Dialog, aber, wenn es notwendig ist, auch eine Schlussentscheidung zu treffen, die möglicherweise in einigen Bereichen nicht zu 100 Prozent die Anwohner zufriedenstellt.

Meine Erfahrung ist, dass Menschen das befürworten, dass Menschen das auch begrüßen - wenn manche das auch nicht so sehen. Aber BürgerInnenbeteiligung heißt nicht, in Ja-/Nein-Abstimmungen Anwohnern und Anwohnerinnen die Stadtentwicklung über den Wohnbau zu überantworten. Dann passiert nämlich eines: Dass wir die Wohnbauleistung in Wien - ich erfinde jetzt eine Zahl - um 80 Prozent reduzieren müssen. Denn für die, die eine Wohnung haben und auch wohnversorgt sind - ich bin es auch, und ich freue mich, dass ich gut wohnversorgt bin mit meiner Wohnung im 6. Bezirk -, ist der Druck nur dann hoch, wenn ihre Tochter oder ihr Sohn oder ein ihnen Nahestehender eine Wohnung sucht.

Dem können wir aber nur gerecht werden - und da hat mein Vorredner noch einmal recht -, indem wir ausreichend Wohnraum schaffen. Das zu tun mit ausreichender Dichte - Klammer auf: das werde ich heute nicht mehr explizieren; Klammer zu - und mit ausreichender BürgerInnenbeteiligung ist Aufgabe dieser rot-grünen Regierung. Und in der Zusammenarbeit des Planungsressorts und des Wohnbauressorts hoffen wir, das auch in den nächsten Jahren erfolgreich umzusetzen. - Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kasal. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit: 7 Minuten.

GR Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir nur eine kurze Replik auf die Ausführungen meines Vorredners:

Ich habe die Zeit verfolgt, als Sie noch Klubobmann der GRÜNEN waren. Damals wurden die Volksgaragen - heute Wohnsammelgaragen - in zahlreichen Parks beziehungsweise darunter errichtet. Das war eine sehr interessante Erklärung, wie Sie das sehen. Damals haben Sie es weitaus differenzierter beurteilt. *(GR Mag Christoph Chorherr: Was haben Garagen mit Wohnbau zu tun?)* - Die Argumentation betreffend Bürgerbeteiligung und die Sichtweise, was legitime Interessen sind, und die Abwägung dieser. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der tatsächliche Inhalt meiner Rede ist aber natürlich der Wohnbau, und da beginne ich mit einer Aussage, mit einem wörtlichen Zitat von Frau Finanzstadträtin Brauner. Und zwar hat sie heute, gleich zu Beginn der heutigen Sitzung, gesagt: Zum Beispiel bauen wir jährlich 5 000 bis 6 000 geförderte Wohnungen neu. - Und das zum Rechnungsabschluss 2012.

Sehr geehrte Frau Stadträtin! An Ihre Adresse: Wien baut keine einzige Wohnung, und das bereits seit mehr als einem Jahrzehnt. Alles, was Wien macht, ist, Wohnbauförderung zu vergeben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wien fördert also lediglich den Bau neuer Wohnungen. Das war also eine Halbwahrheit, wie heute bereits mein Klubobmann beschrieben hat, in Form eines Fäymannismus. Das heißt: Millionen Euro für Inserate, Inserate, Inserate. Damit wird von der tatsächlichen Wahrheit abgelenkt. Denn: Die Hand, die füttert, wird selten von den Medien gebissen.

In Wahrheit sieht es aber sehr traurig aus. Die klassische Wohnbauförderung mit 1-prozentigen Darlehen betrug im Jahr 2010 644 Millionen EUR, im Jahr 2012 lediglich 502 Millionen EUR. Das bedeutet eine Kürzung von 142 Millionen EUR. *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: 2013: 613 Millionen!)* - Das kommt dann gleich als Nächstes. - Und trotz der Kürzung von 142 Millionen EUR und trotz der Kürzung von diesen 142 ... *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: Und die Wohnbauinitiative!)* - Lieber Genosse Vorsitzender, das kommt dann gleich danach, ja?

Also: Bei der Wohnbauförderung eine Kürzung von 2010 bis 2012 von 142 Millionen EUR. Damit gehen sich natürlich die 5 000 bis 6 000 Wohnungen, die angeblich Wien baut beziehungsweise fördert, niemals aus. Darum hat der Herr Stadtrat 2011 die Wohnbauinitiative 2011 ausgerufen. Denn, um die Zahlen noch einmal zu verdeutlichen, wir hatten die Situation: 2010 644 Millionen EUR, 2011 in der alleinigen Verantwortung dieses Budgets nur 546 Millionen, also 100 Millionen EUR weniger. Da war Not. Daher hat der Herr Wohnbaustadtrat die Wohnbauinitiative ausgerufen, und die war ja doch, jetzt im Nachhinein betrachtet, ein relativer Flop. *(GR Dr Kurt Stürzenbecher: Absolute Unwahrheit!)*

Warum war das ein relativer Flop? - Mit Ermächtigung des Gemeinderates vom 26. Jänner 2012 wurden 300 Millionen EUR für diese Wohnbauinitiative vorgese-

hen. 2012 wurden von den Partnerkonsortien aber nur 175 Millionen EUR genutzt - das heißt, ein bisschen mehr als die Hälfte. 52 Millionen EUR sollen angeblich noch heuer genutzt werden. Aber in einem der letzten Wohnbauausschüsse haben wir bereits in einem Akt lesen können, dass bis zu 80 Millionen EUR nicht für den Wohnbau verwendet werden.

Das bedeutet, 80 Millionen EUR von den vorgesehenen 300 Millionen werden definitiv, 100-prozentig, nicht für den Wohnbau verwendet. Und trotzdem hätten wir angeblich 5 000 bis 6 000 neue Wohnungen durch die Stadt Wien gefördert bekommen. Das ist sehr unwahrscheinlich und unglaubwürdig.

Was macht der Wohnbaustadtrat? - Der Wohnbaustadtrat deckt wieder weiter zu. Er genehmigt 2013 im Wohnbauausschuss 600 000 EUR für zusätzliche Wohlfühlinserate und für einen Fragebogen. Aber das werden wir noch bei Gelegenheit besprechen.

Was hätte man mit den 600 000 EUR stattdessen machen können? - Man hätte die Infrastruktur und die elektronischen Voraussetzungen schaffen können für eine Offenlegung einer Kurzfassung aller Betriebskosten- und Hauptmietzinsabrechnungen im Bereich von Wiener Wohnen. Da wäre eine Vergleichbarkeit von sämtlichen Wohnungen von Floridsdorf bis Liesing leicht möglich.

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich habe mir vorgenommen, weil es ja im Regierungsübereinkommen drinnensteht, Sie in jeder künftigen meiner Reden an das Kapitel Wiener Wohnen zu erinnern, und zwar an die Punkte 1.10 „Stärkung der unabhängigen Mieterbeiräte“ und 1.11 „Überarbeitung des MieterInnenmitbestimmungsstatutes“. Davon haben wir bis dato in zweieinhalb Jahren kein einziges Wort gehört. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was mir aber – jetzt muss ich schneller reden – im Jahr 2012 auch fehlt, ist ein Beschwerdemanagement. Wir haben schon oft darüber gesprochen. Dabei geht es um Betriebskostenabrechnungen bei der Überprüfung, ob manche Dinge, die gemacht werden, überhaupt notwendig sind. Beispielsweise gibt es seitens Wiener Wohnen einen Rückruf von einem Werkmeister. Er sagt, er wird sich damit auseinandersetzen, aber bis heute, eineinhalb Jahre später, habe ich keinen Rückruf bekommen.

Da geht es zum Beispiel auch darum, dass, wenn man den Token für die Waschküche verliert, es zwei bis drei Wochen dauert, bis ein Mieter einen neuen Token bekommt. Dabei kostet es im Tagesgeschäft ungefähr 12 bis 24 Stunden, bis so ein neuer Token bereitgestellt werden kann. Hier ist Handlungsbedarf. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Das Thema Wohnen ist natürlich ein Evergreen und ein Dauerbrenner. Er rückt jetzt nicht ganz ohne Zufall und ohne Grund vor der Nationalratswahl in den Fokus und fordert natürlich sämtliche Gebietskörperschaften in besonderer Weise. Ich halte das auch für sehr wichtig,

dass wir in Wien mit dem sozialen Wohnbau einen entsprechenden Hebel haben, um Wohnungsprobleme zu lösen.

Umso wichtiger ist es aber natürlich, dass im Bereich des Komplexes Wiener Wohnen Sauberkeit und Transparenz herrschen: Transparenz bei der Vergabe, Sauberkeit bei den Kostenabrechnungen, bei den Sanierungen. Es wäre nämlich fatal, wenn der soziale Wohnbau mehr oder weniger in den Geruch kommt, dass dort krumme Dinge laufen. Und das ist, glaube ich, ganz wesentlich. *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Dass hier auch entsprechend ... *(Zwischenruf von GR Dr Kurt Stürzenbecher.)* – Ja, natürlich. Ich sage, die Stadt Wien kann durchaus auch Opfer von krummen Machenschaften sein. Dann ist es wichtig, dass da Ordnung gemacht wird. Und auch dann, wenn vielleicht das eine oder andere schwarze Schaf in den eigenen Reihen sitzt und hier sozusagen zu Lasten der Allgemeinheit und der Mieterinnen und der Mieter hier tätig wird. Das ist, glaube ich, ganz wesentlich, denn ansonsten kommt der soziale Wohnbau in einen Geruch, der sicher nicht förderlich ist.

Genauso wichtig ist es aber auch – und da, glaube ich, sind wir durchaus einer Meinung –, dass die Durchmischung im sozialen Wohnbau gegeben ist und auch erhalten bleibt. Es darf nämlich der soziale Wohnbau nicht nur für die wirklichen Sozialfälle da sein, sondern es ist auch ganz wesentlich, dass der Mittelstand im sozialen Wohnbau verankert ist. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Dr Kurt Stürzenbecher: Genau das ist hier der Fall!)* – Ja, und das halte ich auch für sehr wichtig.

Deswegen muss es auch so sein, dass diejenigen, die die Steuern zahlen und dazu mitwirken, dass der soziale Wohnbau entsprechende Mittel bekommt, auch in diesen sozialen Wohnbau hineinkommen. Deswegen finde ich es auch gut, wenn man da nicht allzu kritisch ist und in eine Schnüffelei hineinkommt, dass man also sagt, jemand, der im sozialen Wohnbau verankert ist ... – Und ich wohne in einem Bezirk, wo sehr viele Gemeindebauten sind und ich habe persönlich nicht das Gefühl, dass allzu viele Besserverdienende in den Gemeindebauten sind, sondern es könnten ruhig die einen oder anderen auch dazukommen.

Deswegen sollte man auch dafür ... *(GRin Mag Muna Duzdar: Richten Sie das der ÖVP aus!)* – Bitte, ich richte das niemandem konkret aus. Ich stelle das einfach in den Raum und finde, es ist wichtig, dass im sozialen Wohnbau einigermaßen die Gesellschaft repräsentiert wird und dass der Mittelstand entsprechend auch in den Wiener Gemeindebauten bleiben kann und nicht hinaus muss.

Umso mehr ist es wichtig, dass die Gebühren, die die Stadt ja einhebt und die wir jetzt laufend valorisieren, eigentlich ausreichen müssten. Es darf das Wohnen durch eine Infrastrukturabgabe nicht noch teurer werden! *(Beifall bei der FPÖ sowie von GRin Mag Ines Angerkoch und GRin Ing Isabella Leeb.)*

Ich glaube wirklich, wenn die Gebühren in manchen Bereichen schon über die 100 Prozent der Kostentra-

gung hinausgehen, dann sollte man auf die Einhebung einer zusätzlichen Infrastrukturabgabe, auch wenn es vorderhand nur ein paar Cent sind, verzichten. Ich glaube, das Wohnen ist teuer genug. Auch im sozialen Wohnbau, wenn man keine Beihilfen bekommt und so der Vollzahler ist, ist eine Belastbarkeitsgrenze gegeben. Ich glaube, hier ist eine weitere Infrastrukturabgabe nicht notwendig.

Im Übrigen sollte man, glaube ich, dem Kollegen Chorgherr sagen: Es ist ganz interessant, wie sich die Standpunkte verändern, wenn man den Standort verändert. Was Sie heute zur Mitbestimmung gesagt haben, ist durchaus abstrakt, wobei man sagen muss, das ist in Ordnung. Aber ich kann mich noch an Zeiten erinnern, als die GRÜNEN noch nicht in der Regierung waren, als es darum gegangen ist, ein Projekt zu verhindern. Da war einem jede Bürgerinitiative recht. Da hat man überhaupt nicht lange nachgefragt, ob und wie die betroffenen sind.

Es haben, glaube ich, auch fast alle Experten damals das Donaukraftwerk in Hainburg als durchaus stimmig angesehen. Trotzdem ist es dann verhindert worden, weil sich eben ein paar Tausend engagierte Menschen dort hinbegeben haben und gesagt haben, wir wollen nicht, dass die Au geflutet wird, wir wollen, dass die Au erhalten bleibt. Also damals waren Standpunkt und Standort anders.

Ich glaube, es wäre einmal insgesamt ein lohnendes Unterfangen, sich auch politisch zu fragen, ob es nicht auch Grenzen des Wachstums gibt. Ich glaube, Wien hat durchaus sehr viel von seiner Lebensqualität dadurch, dass wir Grünflächen haben, dass wir landwirtschaftliche Flächen haben, dass wir Weinbaugebiete in der Stadt haben. Ich glaube, es wäre auch wichtig, dass man sieht: Wir können nicht einfach auf zwei oder zweieinhalb Millionen gehen, ohne diese Lebensqualität nicht einfach zur Seite zu legen.

Ich glaube, diese Grenzen des Wachstums einer Stadt, das betrifft dann auch das Umland, den Schutz des Wienerwaldes, das ist ja auch ein Dauerbrenner. Denken Sie nur an die Verhüttelung, die wir überall haben; denken Sie daran, dass die Schrebergartensiedlungen eigentlich zu Kleinhaussiedlungen geworden sind, womit man vom ursprünglichen Erholungszweck teilweise abgegangen ist.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Ich bitte um den Schlusssatz.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*fortsetzend*): Ich glaube, über diese Fragen der Grenzen des Wachstums der Lebensqualität sollte man sich auch einmal Gedanken machen, vielleicht in einem größeren Rahmen. (*Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Florianschütz. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit: 13 Minuten.

GR Peter **Florianschütz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Grenzen des Wachstums sind eine spannende

Frage, aber wahrscheinlich nicht in der Debatte zum Rechnungsabschluss der Geschäftsgruppe. Aber sonst ist es eine gute Idee, darüber zu reden. An und für sich will ich die knappe Redezeit nützen, um mich auf das Wesentliche zu beschränken, das die Geschäftsgruppe betrifft. Nur eine Replik sei mir gestattet. Ich habe heute gehört, beziehungsweise hat auch Herr GR Flicker wieder diese Gleichheit vorgeschlagen: Wir senken alle Einnahmen der Stadt und gleichzeitig erhöhen wir alle Ausgaben der Stadt. Das funktioniert nur bei der wundersamen Brotvermehrung in der Bibel. Ökonomisch funktioniert es nicht. Oder vielleicht erklärt mir irgendeiner von Ihnen, wie das gehen kann.

Sie sagen ununterbrochen, es sollen alle Steuereinnahmen et cetera der Stadt gesenkt werden, und gleichzeitig fordern Sie das ein, was auch ich einfordere, nämlich eine Verbesserung der Infrastruktur, der Schulen et cetera. Wie das finanzierbar ist, bleibt mir ein Rätsel. Sie werden es mir wahrscheinlich irgendwann erklären.

Meine Damen und Herren! Wenn wir über die Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung reden, reden wir über eine sehr große Geschäftsgruppe mit einem beträchtlichen Finanzvolumen und vielen ganz unterschiedlichen Einrichtungen: Da wäre die Bereichsleitung Immobilienstrategie; die MA 25 - Stadterneuerung; die MA 34 - Gebäudemanagement; die MA 37 - Baupolizei; die MA 39 - Prüf- und Überwachungsstelle; MA 50 - Wohnbauförderung und Schlichtungsstelle; MA 64; MA 69 - Liegenschaftsmanagement; und last but not least der große Komplex Wiener Wohnen. Lassen Sie mich meine Rede damit beginnen, dass ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Dienststellen, die für die Stadt Hervorragendes leisten und die für die Lebensqualität der Wienerinnen und Wiener sorgen, auf das Allerherzlichste danke! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wohnen in Wien, was ist das? Wohnen in Wien ist Qualität, Wohnen in Wien ist Quantität. Es ist heute schon angesprochen worden, dass wir mehr Wohnraum brauchen. Wohnen in Wien heißt soziale Wohnungen, die wir uns leisten können, die schön und mit Infrastruktur ausgestattet sind. Wir haben zwei Standbeine von Wohnen im geförderten Wohnbau, nämlich mit den Gemeindebauten und dem Genossenschaftsbau, und wir haben den privaten Wohnbau. Um beides kümmert sich das Ressort beziehungsweise die Geschäftsgruppe gleichermaßen. Einerseits in der Sanierung, andererseits im Neubau und drittens in der Entwicklung neuer Wohnformen. Da geht es um Planung, Errichtung, Finanzierung und Überwachung im Interesse der Wienerinnen und Wiener; und dafür, wie gesagt, gebührt den MitarbeiterInnen Dank.

Besonders möchte ich mich in diesem Zusammenhang bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Einrichtung Wiener Wohnen bedanken. Diese wird viel gescholten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden unter Wert gehandelt, leisten aber hervorragende Arbeit. Und das muss man Ihnen auch sagen und von dieser Stelle ausrichten, dass nämlich gerade die MitarbeiterInnen von Wiener Wohnen einen hervorragenden Beitrag

für ihre MieterInnen und für die Stadt Wien leisten. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wo Sie es genau her haben, Herr Gemeinderat, weiß ich nicht, aber wahr ist, dass Wien im Schnitt etwa 5 000 geförderte Wohnungen baut, und zwar in unterschiedlichen Methoden. Jetzt kann ich natürlich sagen, Wien baut nicht, es bauen die Bauarbeiter. Herzlichen Dank an die Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter! Aber Wien finanziert, und ohne die Finanzierung würde es nicht gehen.

In diesem Zusammenhang, Frau Gemeinderätin, wir werden als *Ceterum censeo* sagen, wir verkaufen die Gemeindewohnungen nicht, auch nicht, wenn Sie es noch so wollen! *(GRin Henriette Frank: Wir auch nicht!)* Zu diesen geförderten 5 000 Wohnungen kommen noch etwa 1 500 freifinanzierte Einheiten, die wir unterstützen, und das ist zu wenig. Das sage ich ganz deutlich, es ist zu wenig, aber es ist nicht nichts. Und wenn Sie mir jetzt sagen, es ist eine gute Leistung und wir sollten sie steigern, dann werden wir eins. Aber Sie sagen, es sei nichts, und das ist falsch!

Wir erfinden auch neue Formen des Wohnens, das haben wir 2012 getan. An dieser Stelle möchte ich mich beim Herrn Stadtrat für zwei Dinge besonders bedanken. Erstens für die Entwicklung der Wohnbauinitiative. Es ist das kreative Finden eines Auswegs aus einer finanziell schwierigen Situation – die nicht durch Wien verschuldet ist, die gesamten Verschuldungskriterien sind ja nicht auf Wiener Mist gewachsen.

Zweitens möchte ich mich beim Herrn Stadtrat bedanken für die Entwicklung des Konzepts der Smart-Wohnungen. Smart-Wohnungen sind ein guter Lösungsansatz, den wir im geförderten Wohnbau gehen, mit einer maximalen Miete von 7,50 EUR brutto pro Quadratmeter. Das ist genau der Schritt, den wir gehen müssen: Viele neue Wohnungen schaffen und fördern, die für die Menschen schnell und leistbar erreichbar sind. Dafür, Herr Stadtrat, gebührt Ihnen Lob. Man kann gar nicht oft genug sagen, dass das eine wirkliche Innovation war, die im Jahr 2012 das erste Mal angeschoben worden ist. Und zum Sonnwend-Viertel sage ich dann noch etwas.

In Wien werden pro Jahr in etwa 13 000 Wohnungen gefördert saniert. Das ist auch nicht nichts. Abgesehen davon, dass diese Sanierungen die Wohnqualität der Bevölkerung deutlich erhöhen, entlasten sie den Arbeitsmarkt, schaffen eine Menge Arbeitsplätze, und das ist gut so.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, das ich besonders bewundernswert finde, Wohnen als Kunst. In Wien gibt es eine kleine feine Siedlung, die Werkbundsiedlung – 48 Einheiten, von 32 Architekten errichtet –, die zugegebenermaßen, wie wir 2011 schon gehört haben, marod gewesen ist. Wir haben uns vorgenommen, die Werkbundsiedlung wieder herzurichten. Das war 2011, 2012 waren die ersten Spachtelstriche.

Meine Damen und Herren, das Sanieren der Werkbundsiedlung ist keine Mezzie. Bei Kosten von etwa 10 Millionen EUR, die das Gesamtprojekt kosten wird, tritt die Gemeinde Wien mit etwa 7 Millionen EUR bei und rettet damit ein Architekturjuwel besonderer Qualität. Dafür möchte ich mich auch sehr herzlich bedanken. Der

Ausschuss hat sich die Werkbundsiedlung anschauen können, und ich denke, alle Fraktionen werden mir zustimmen, dass das etwas Herzeigbares ist. Da kann man sagen, darauf können wir alle miteinander stolz sein. Am 20. September des Jahres 2012 hat der Herr Stadtrat das „virtuelle Museum Wiener Werkbundsiedlung“ eröffnet; und ich rate allen Mitgliedern des Gemeinderates, die nicht dort gewesen sind, es sich einmal anzuschauen.

Wohnen in Wien, das ist eine ungeheure Menge, und ich breche das jetzt herunter auf meinen Heimatbezirk Favoriten, an zwei Beispielen. Ein Beispiel ist der Karl-Wrba-Hof. Der Karl-Wrba-Hof in Favoriten ist eine sehr große Anlage, nicht mehr ganz neu, aber auch nicht ganz alt, die in der Vergangenheit extrem mit Problemen konfrontiert worden ist. Immer wieder wurde gesagt, es sei so furchtbar, was im Karl-Wrba-Hof ist. Daraufhin gab es eine Initiative. Die WohnpartnerInnen, die OrdnungsberaterInnen, der Verein Wiener Jugendzentren und eine ganze Menge anderer Institutionen sind dorthin gegangen und haben ein BewohnerInnenzentrum geschaffen. Heute heißt das Klub KW. Der ist auch im Jahr 2012 ins Leben gerufen worden. Damit hat sich die Wohnqualität dieser Anlage deutlich verbessert. Und das ist *pars pro toto* ein Beispiel.

Das gibt es ja nicht nur im Karl-Wrba-Hof, das gibt es in ganz Wien, das hergegangen wird, ganz konkret die Probleme des Miteinanders in den Gemeindebauten angegangen werden und geschaut wird, dass es dort zu einer Gemeinschaft kommt. Das beginnt bei – worauf ich auch sehr stolz bin, ein Projekt, das unseren Kindern dient – „Gemeinsam schlau im Gemeindebau“. Auch das ist 2012 das erste Mal gemacht worden, mit Nachhilfe, mit Lesepatenschaften, mit Unterstützung durch Ehrenamtliche, mit einem eigenen Ausbildungslehrgang mit drei Modulen, mit einem Diplom. Das wird hervorragend angenommen und dient dazu, dass im Gemeindebau wieder das entsteht, was ich persönlich so günstig und gut finde, nämlich ein Zusammenleben der Menschen. Und darauf können wir stolz sein. Mein Freund Christian Hursky ist gerade nicht da, aber Schach im Gemeindebau ist auch eine wichtige Frage.

Nicht zuletzt, und weil das heute angesprochen worden ist, möchte ich die Frage der MieterInnenbeiräte in den Gemeindebauten erwähnen. Eine einzigartige Erregenschaft, gibt es sonst nirgends. Ich würde mir wünschen, dass wir irgendwann einmal Mut genug haben, so etwas auch bei den geförderten Genossenschaften einzuführen.

Aber jetzt haben wir sie eben im Gemeindebau, die Mieterbeiräte. Dass das nicht funktioniert, ist ein Gerücht. Wieder aus meinem Heimatbezirk: „Forum-10“, die Vereinigung der Favoritner Mieterbeiräte ist eine starke Kraft, die ihren Willen deutlich artikulieren und durchsetzen kann, die selbstbewusst ist und auch eine fruchtbare Menge zusammenbringt. Das letzte Mal waren wir, glaube ich, vor zwei Wochen, Herr Stadtrat, in den Ankerbrot-Gründen, haben dort die neuen Mieterbeiräte getroffen. Die sind super drauf, und darauf kann man stolz sein. Danke, dass das auch unterstützt wird von der Stadt.

Das wird ja von der Geschäftsgruppe gefördert, unterstützt. Es gibt Schulungen, es wird finanziell dotiert, es wird geholfen, und das ist wichtig. Das ist ein Bekenntnis und Zeichen für Demokratie.

So gesehen spare ich mir die tatsächliche Berichterstattung. Wahr ist, dass die Mieterbeiräte funktionieren; unwahr ist, dass sie nicht funktionieren würden! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Zum Neubau: Im Sonnwend-Viertel in Favoriten entstehen ungefähr 5 000 Wohnungen. Dort werden 13 000 Menschen eine Heimat finden. Das ist nicht nichts. Die Infrastruktur, die dafür notwendig ist, wird geliefert, sie ist garantiert. Besonders stolz sind wir auf die Campusschule auf dem Areal. Und was man berichten kann, weil es ja ein Rechnungsabschluss ist: Es wird auch schon bezogen.

Damit zu den Smart-Wohnungen. Ein Beispiel einer Smart-Wohnung in den Sonnwend-Gründen, im Sonnwend-Viertel, ein Siegerprojekt eines Bauträgerwettbewerbs: 55 m² sind zwei Zimmer, mit Vorraumflur, Abstellraum, Sanitärraum, Wohnküche, Schlafzimmer und einem Balkon, 409 EUR monatliche Mietbelastung brutto. Das ist sehr herzeigbar! Und 3 300 EUR an Eigenmitteln. Meine Damen und Herren, das wird man nirgends besser finden! Darauf sind wir sehr stolz. Und wir freuen uns als Favoritner, dass wir die Ersten waren, die dort gewesen sind. Wir freuen uns für ganz Wien, dass es jetzt überall in ganz Wien kommt.

Herausforderungen, meine Damen und Herren. Aktuell wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2030 2 Millionen Menschen in Wien wohnen werden. Das entspricht einem jährlichen Wachstum von ungefähr 18 000 bis 20 000 Neuwienenerinnen und -wienern. Das ist für das Wohnbauressort eine beträchtliche Herausforderung. Das wird man nicht nur durch Verdichten oder durch Sanierung zusammenbringen. Man wird großflächig Stadtentwicklung betreiben müssen. Das ist eine Herausforderung, auf die ich mich persönlich auch freue und von der ich auch glaube, dass wir sie durchaus bewältigen können.

Dass das mit den notwendigen Infrastrukturmaßnahmen verbunden sein wird, ist keine Frage. Natürlich ist es notwendig, Schulen, Kindergärten, Geschäfte, Freizeiteinrichtungen et cetera dort einzurichten. Das ist das Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Stadtentwicklung. Uns das zu erzählen, ist wie „preaching to the converted“. Wir wissen schon, dass wir das brauchen, und wir werden das auch machen, sage ich Ihnen nur. Und wenn der nächste, übernächste und überübernächste Rechnungsabschluss ist, freuen wir uns, berichten zu können, was wir alles in Bezug auf dieses Projekt zusammengebracht haben, und zwar mit sparsamem Mitteleinsatz.

Meine Damen und Herren! Last, but not least: Wir haben – ich habe sie heute zwar schon kurz gestreift – eine Magistratsabteilung, die nie genannt wird. Sie kommt eigentlich nie vor, weil sie so unscheinbar ist, nämlich die Magistratsabteilung 34 - Bau- und Gebäudemanagement der Stadt. 904 Gebäude vom Großgemeindebau bis zur Kapelle werden von der MA 34 ver-

waltet und betreut, und das macht die MA 34 hervorragend. Dafür möchte ich ihnen, weil es ihnen so selten gemacht wird, besonders danken.

Insbesondere möchte ich mich deshalb bei ihnen bedanken, weil die MA 34 eine MitarbeiterInnenzusammensetzung hat von schwer arbeitenden, fleißigen jungen und alten Männern und Frauen mit einem hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten. Und, meine Damen und Herren, das sind diejenigen Kolleginnen und Kollegen, darf ich als Gewerkschafter sagen, die letztendlich den Dreck wegräumen, den auch wir produzieren. Ich möchte mich dafür bei ihnen bedanken und mich bei ihnen – besonders bei den migrantischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Dienststelle – dafür entschuldigen, dass in diesem Haus öfters schlecht über Migrantinnen und Migranten geredet wird. Das haben diese hart arbeitenden, fleißigen Leute nicht verdient!

Darüber hinaus bedanke ich mich auch für die gute Zusammenarbeit und ausgesprochen, auch fraktionsübergreifend für die Ausschussarbeit, die ich persönlich als angenehm empfinde. – Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Walter. Ich erteile es ihm. Selbstgewählte Redezeit: 12 Minuten.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Meine Vorredner haben ja schon vieles an Zahlen gesagt. Deswegen möchte ich es heute nicht wiederholen; wenngleich es mich natürlich sehr betrübt, dass wir in den letzten beiden Jahren um einiges weniger an Wohnungen gebaut haben, als wir ursprünglich geplant hatten, denn in Summe waren es letztes Jahr 4 800 Wohnungen. Und was mich am allermeisten betrübt, ist, dass wir im geförderten Wohnungsbereich gerade einmal 200 Wohnungen geschafft haben. Wenn man sich das anschaut, dann sind das nur 4 Prozent der insgesamt geförderten Wohnungen, die wir gebaut haben.

Da muss ich schon sagen: Das betrübt mich wirklich! Ich möchte deshalb auch einen Antrag heute einbringen, dass wir die Eigentumsförderung wieder ankurbeln und das natürlich auch in dem Maße indexiert anpassen, wie es in anderen Bereichen zum Teil passiert, nämlich, sage ich jetzt einmal, auf der Haben-Seite. Aber dazu komme ich gleich. Ich gebe es dann weiter.

Es ist interessant, Christoph Chorherr zuzuhören, denn eigentlich hat er jetzt die Seite gewechselt. Er ist leider nicht da. (*GR Mag Christoph Chorherr: Hey!*) – Entschuldige, ich habe dich hinten gesucht. Ich finde den Ansatz auch sehr gut und ich kann das auch durchaus unterstützen, muss ich sagen, wenngleich ich der Meinung bin, dass man aufpassen muss, dass das nicht ewig dauert. Irgendwann muss man eben einen Punkt machen und eine Entscheidung treffen, egal wie. Ich höre nämlich auch aus anderen Bereichen, dass sich mittlerweile Flächenwidmungsverfahren sehr lange in die Länge ziehen. Ich meine, du bist ja auch im Planungs-

ausschuss. Da würde ich schon dringend darauf achten, dass das wieder geschwinder geht.

Die von Wolfgang Aigner angesprochene Durchmischung ist sowieso nicht nur ein permanenter Wunsch, sondern es ist, meine ich, permanent wichtig, dass man darauf schaut. Was die Infrastrukturabgabe betrifft, kann ich dir nur beipflichten. Das halte ich erstens, auch wenn es ein geringer Betrag ist, für nicht notwendig; denn die Bauträger haben es ja auch bisher schon bezahlt, nämlich in anderer Form. Dann haben sie eben einen Kindergarten gebaut oder eine Schule. Ich meine, wir müssen uns schon auch ehrlich in die Augen schauen können; denn das ist ja auch Infrastruktur, eine soziale Infrastruktur eben.

Trotzdem, wenn wir bei der Infrastruktur sind, möchte ich als Floridsdorfer ganz bewusst sagen: Wir bauen viele Dinge, kommen aber mit dem öffentlichen Verkehr nicht nach. Wir schaffen zum Teil nicht einmal Buslinien, die ganztägig, sieben Tage die Woche fahren. Wir bauen zwar dort enorm viele Wohnungen hin, aber wir schließen das öffentliche Verkehrsnetz nicht an. Und das ist, muss ich ganz ehrlich sagen, nicht nur ein großer Fehler, sondern es ist bedauerlich, dass es so ist. Dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn sich die Anrainer dann aufregen und beschweren.

Wenn die rot-grüne Stadtregierung immer wieder den Bund angreift und sagt, man müsse – beziehungsweise vor allem die ÖVP müsse – im Bund das Mietrecht ändern; dann sage ich nur, dass die Stadt Wien vieles selber machen kann, und das kann man im eigenen Haus tun. Dazu gibt es ein schönes chinesisches Sprichwort: „Bevor du schlecht über das Haus eines anderen sprichst, geh drei Mal durch dein eigenes.“ Das würde ich dringend empfehlen, denn das Mietrechtsgesetz des Bundes heißt ja nur, dass man nicht rübergehen kann, aber die Gemeindewohnungen zum Beispiel, wenn sie abgeschrieben sind ... (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Nein, sie sind aber immer noch teurer als der burgenländische Richtwert minus 25 Prozent, das die Gemeinnützigkeit hat. Als Stadt Wien sind wir um zirka 1 EUR pro Quadratmeter darüber. Wenn man also etwas tun will, soll man nicht auf die anderen zeigen, sondern sich selbst an der Nase nehmen und es machen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Wohnoffensive mit der Befragung muss ich ganz ehrlich sagen, halte ich persönlich für überflüssig, für hinausgeschmissenes Geld. Vor allem auch Hausbesitzer zu fragen, was sie dazu denken, halte ich, mit Verlaub gesagt, für hinausgeschmissenes Geld. Es waren ja nicht nur Mieter darunter. Die werden sich ihren eigenen Teil denken, aber ich nehme einmal an, die werden das nicht tun.

Ich möchte auch kurz zum Thema Wiener Wohnen kommen. Dort, muss ich ganz ehrlich sagen, gehören dringend die Dinge auf den Punkt gebracht. Ich habe es ohnehin des Öfteren heute schon gesagt hier herinnen: Wenn es Betriebskostenabrechnungen gibt, die auf CD andere Daten enthalten, wie wenn man sie ausgedruckt in die Hand bekommt – das kann nicht sein, denn es kann nicht in ein und demselben Haus zwei verschiede-

nen Daten geben.

Die ganze Vergabe haben wir ohnehin schon ausführlich diskutiert, aber ich sage noch einmal: Die eigene Kontrolle allein wird wohl zu wenig sein. So ist auch die ganze Callcenter-Geschichte aus meiner Sicht immer noch unbefriedigend und bis heute nicht gelöst. Detto diese ganze Frage der ausgegliederten, angehängten Firmen, wo ich mir nicht sicher bin, ob sie so effizient sind, wie wenn sie gleich ein echter Privater machen würde.

Aber ich stehe auch nicht an, Lob auszusprechen, vor allem über die neue Sanierungsverordnung, die heute kundgemacht wurde und ab morgen gilt. Da ist einiges an Erhöhungen drinnen. Ein bisschen ein weinendes Auge habe ich dabei, einerseits weil die Erhöhung der Einmalzuschüsse nicht dabei ist, dass dadurch natürlich die Baukosten, die doch deutlich gestiegen sind, allein der Förderwerber decken oder zahlen muss. Hier wäre durchaus darüber nachzudenken, dass man eine Indexierung der Baukosten vornimmt.

Dann gibt es noch zwei, drei kleinere Punkte. Ich erwähne sie nur kurz. Das eine ist die Frage der Lifte. Die MA 37 genehmigt generell, wie ich aus der Branche höre, im Moment nur mehr oder sehr gerne nur mehr 8-Personen-Lifte. Da ist die Frage, warum das so sein muss. Dann wäre da das Punktesystem mit den 250 Punkten, damit man zu einem Vorprüfbericht überhaupt erst einmal gelangt. Nun weiß ich schon, da hat man ganz bewusst einen Schwerpunkt setzen wollen auf die erneuerungsdringlichen Zählgebiete, denn da sind allein schon 50 Punkte zu vergeben. Aber den Rest der Punkte zu sammeln über die rein energie-technische Sanierung – da bin ich mir nicht sicher, ob das funktioniert, denn letztendlich, wenn es in einem Miethaus ist, haben das dann auch die Mieter mitzutragen.

Ich möchte zum Abschluss noch einen Antrag einbringen. Und zwar geht es mir darum, dass wir in der ganzen Bauordnung – ich habe da auch schon einige Dinge erwähnt – endlich zu einer klugen, intelligenten Novelle kommen, dass man die Dinge auch ausmisten kann. Ich sag jetzt wieder, ich ziehe explizit wieder den Notkamin her, auch bei den Smart-Wohnungen. Die Smart-Wohnungen mit einem Notkamin auszustatten, halte ich, wie gesagt, nach wie vor für sinnlos. Ich habe schon einmal gesagt, wenn es so weit kommen sollte, werden wir die Öfen auch nicht auftreiben, damit man die Notkamine beheizen kann.

Aber wie dem auch sei, jedenfalls möchte ich dazu einen Antrag einbringen, nämlich mit meinen Kollegen Martin Flicker, Bernhard Dworak und Wolfgang Ulm, damit der Gemeinderat eine anständige Durchforstung der Bauordnung zustande bringt.

In diesem Sinne ist noch einiges zu tun. Deswegen können wir dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. Und ich möchte schließen mit Gustav Heinemann, der gesagt hat: „Wer nichts verändert will, wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.“ – Herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Die Restredezeit der ÖVP beträgt 14 Minuten, 15 Sekunden. Zu Wort

gemeldet ist Frau GRin Hebein. Ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Im Grunde könnten wir ja – und das erlauben Sie mir jetzt – die Diskussion, die in den letzten Jahren, oder zumindest seit ich da bin, immer wiederkehrt, auf einen Punkt bringen: Wir von der Regierung sagen, wir machen viel; und die Opposition sagt, ja, aber zu wenig.

Ich bin mir ganz sicher, das wage ich jetzt einfach zu behaupten, wenn man auf der Stelle herginge und dem StR Ludwig sagte, Überraschung, ab morgen wird das Budget des Ressorts verdoppelt, wird er nicht Nein sagen. Das Gleiche wäre auch bei der Stadträtin für Soziales oder beim Stadtrat für Bildung. Niemand würde Nein sagen, gäbe es mehr Geld für sein Ressort und jetzt konkret für den StR Ludwig, damit wir mehr bauen können. Das ist ja überhaupt keine Frage. Vor dieser Herausforderung stehen wir in unserer Stadt.

Und dennoch, es mag die Opposition ärgern oder mag sein, dass Sie es nicht mehr hören wollen, es ist schlichtweg ein Faktum, dass 60 Prozent der Wiener und Wienerinnen im geförderten Wohnbau in unserer Stadt leben. Das ist einmalig, das ist ein Faktum: 212 000 Gemeindewohnungen, 200 000 Wohnungen im geförderten Wohnbau.

Da komme ich gleich zum Herrn Abg Aigner. Herr Kollege Aigner, natürlich haben Sie recht, dass eine soziale Durchmischung sehr wichtig ist, aber ich weiß nicht genau, welche Bilder Sie im Kopf haben, wenn Sie von sozial schwachen Menschen sprechen. Das muss man einmal ausdiskutieren. Faktum ist, dass im Grunde der Mittelstand von den Genossenschaftswohnungen profitiert. Wer sonst von den sogenannten sozial Schwachen kann sich denn den Eigenerlag in der Form leisten? Das heißt, eine soziale Durchmischung findet tagtäglich statt. Und natürlich müssen wir darauf achten, dass das auch weiterhin passiert und keine Ghettos entstehen, das ist ja überhaupt keine Frage.

Das Nächste ist: Herr Kollege Walter! Sie haben einen Spruch genannt, von drei Mal die Wohnung durchlaufen im eigenen Haus, bevor man was auch immer woanders kehrt. Ja, selbstverständlich, aber erlauben Sie mir trotzdem die Bemerkung, gemeinsam wäre es eben einfacher. Und es ist schlichtweg ein Faktum – halten wir wieder die Fakten fest –, dass der Quadratmeterpreis im privaten Wohnungsmarkt momentan bei 14 EUR liegt. Das ist uferlos, weil das Mietrecht völlig intransparent ist und weil es keine Mietzinsobergrenzen gibt. Das heißt, um bei Ihrem Spruch zu bleiben: Es würde sich auszahlen, gemeinsam ein Haus zu bauen.

Ich würde auch sagen, das macht Sinn, denn Wohnen ist ein Grundrecht, und zwar leistbares Wohnen. Wir alle hier stehen vor der Herausforderung, genügend Wohnraum zu schaffen, aber auch der private Markt. Wir bauen natürlich in der Stadt unterschiedlichste Formen der Wohnmöglichkeiten. Ich teile das, was mein Vorredner bereits gesagt hat: Ich halte das Kompaktbauen für einen guten, extrem sinnvollen Schritt. Leistbar wohnen, kompakt leben – ich glaube, dass das schon eine zentra-

le Frage auch für die Zukunft sein wird, letzten Endes auch kleiner und leistbarer zu bauen, damit man sich die Wohnungen leisten kann.

Noch ein Punkt zur Bauordnung: Abgesehen davon, dass das verhandelt wird, gerade nur nebenbei, das habe ich vom Kollegen erfahren, diese Kamingeschichte – das müssen Sie eben auch mit einem Herrn von der ÖVP besprechen. Der hat das damals hineinreklamiert als Rauchfangkehrerinnungsmeister. Das nur so nebenbei.

Jetzt komme ich noch zu einem letzten Punkt, der kommt mir immer etwas zu kurz. Ich halte Wohnpolitik wie viele andere Bereiche für einen elementar wichtigen Punkt der Sozialpolitik. Die Grenzen verlaufen natürlich fließend; und wenn wir uns anschauen, dass wir in Wien über 20 000 Delogierungsverfahren haben, möchte ich auch dieses Thema ansprechen. Ich halte es für extrem wichtig, dass wir rechtzeitig schauen, dass Menschen die Wohnungen nicht verlieren.

Wir haben jetzt ein Wohnungssicherungsgesetz als einen Schritt. Da ist Kollegin Gabi Mörk sehr, sehr aktiv, wenn es darum geht, rechtzeitig Beratung, Begleitung professionell zu organisieren, zumindest im Gemeindebau, damit niemand die Wohnung verlieren muss; denn die Grenze zwischen dem leistbaren Wohnen und irgendwann einmal Abrutschen, sei es aus persönlichen oder beruflichen Gründen, diese Grenze ist sehr dünn. Da machen wir natürlich den nächsten Schritt und bauen das Delogierungskonzept aus, um allen Menschen, die davon betroffen sind, die Wohnung zu verlieren, rechtzeitig Hilfe und Unterstützung zu gewähren.

In diesem Sinne schließe ich mich meinem Vorredner an. Wien baut, Wien investiert, Wien schafft den leistbaren Wohnbau. Und dass wir in den nächsten Jahren vor der großen Herausforderung stehen, ist uns bewusst. – Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Hofbauer, MAS. Die selbstgewählte Redezeit beträgt 5 Minuten, die Restredezeit Ihrer Fraktion 24 Minuten.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn wir uns derzeit die aktuellen Tageszeitungen anschauen oder durch die Stadt wandern, ist, glaube ich, eindeutig zu erkennen, dass wir uns in einem Wahlkampf befinden. Des Weiteren ist unschwer zu erkennen, dass anscheinend die SPÖ Monate vor dem Wahlkampf erkannt hat, dass teures Wohnen und teure Mieten in Wien für die Wiener Bevölkerung ein massives Problem sind. So findet man unter anderem zahlreiche Wahlplakate in unserer Stadt, für die ein gescheiterter Ex-Verteidigungsminister verantwortlich zeichnet. Auf diesen Plakaten steht zu lesen: „Mieten, die man sich leisten kann. SPÖ. Die Partei der Arbeit.“ Meine Damen und Herren von der SPÖ, diesen Spruch und diese Aussage, die nimmt Ihnen doch bei Gott keiner mehr ab! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr. Wolfgang Aigner.*)

Im Gegenteil, die Menschen dieser Stadt, die diesen

Spruch lesen, fühlen sich verhöhnt durch diese Aussage. Gerade Sie von der SPÖ treiben die Menschen mit Ihrer völlig unsozialen Abkassierpolitik im Bereich der Daseinsvorsorge systematisch in die Armut. Und dann, meine Damen und Herren von der SPÖ, machen Sie sich noch mit einer Kampagne für das leistbare Wohnen über Ihre mittlerweile fast 300 000 Opfer, die ihr Leben an oder unter der Armutsgrenze fristen müssen, lustig. Die SPÖ, meine Damen und Herren, hat Jahrzehnte Zeit und auch die Möglichkeit gehabt, für ein leistbares Wohnen Sorge zu tragen und dieses umzusetzen.

Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass Wohnen ein Grundbedürfnis der Menschen ist. Es muss aber sichergestellt werden und die Sorge dafür getragen werden, dass dieses Bedürfnis auch für sozial Schwache leistbar ist. Die FPÖ beschäftigt sich schon intensiv und jahrelang mit der Entwicklung auf den Wohnungsmärkten. Ich selbst habe meine erste Rede in diesem Haus im Jahr 2010 dem Thema leistbares Wohnen in Wien gewidmet, und alle meine damaligen Argumente und auch der Argumente meiner Fraktionskollegen zu diesem Thema wurden von der Stadtregierung mit einem Lächeln vom Tisch gewischt.

Das Problem steigender und überhöhter Mieten trifft eine breite Bevölkerungsschicht und verschärft die soziale Situation unzähliger Österreicher und Wiener. Es ist untragbar, dass in unserer schönen Stadt Wien 144 000 Menschen die Mindesthilfe, also den Ausgleich auf einen Minimalbezug von 795 EUR erhalten. Leider ist das eine Tatsache, und da gibt es nichts darüber hinwegzureden, dass die Mieten in den vergangenen Jahren stärker gestiegen sind als die Löhne.

Während sich die Wohnkosten im Allgemeinen um 34 Prozent verteuert haben, haben sich die Löhne der Mieter im Schnitt nur um 22 Prozent vermehrt. Wohnkosten entstehen aber, wie wir alle wissen, nicht nur durch die Mieten. Auf Verlangen der FPÖ hat jüngst das städtische Kontrollamt festgestellt, dass der Hauptpreistreiber in den Gemeindebauten der rot-grüne Wucher bei den Betriebskosten ist. Die Prüfer sprachen klar von mangelnder Sorgfalt und unübersichtlichen Betriebskostenabrechnungen.

Hier sei nur ein kurzer Auszug erwähnt, nämlich von Zahlen, die wir heute schon oft gehört haben. Kategoriemietzinserhöhung in den Gemeindebauten: plus 5,5 Prozent; Müllgebühr, Kanalgebühr: plus 6 Prozent; Wassergebühr: 33 Prozent; Gaspreis: 16 Prozent, und so weiter und so fort. Eine durchschnittliche Familie wird durch das rot-grüne Belastungspaket mit 548 EUR pro Jahr mehr belastet.

Das Schlimme ist, auch wenn Sie es nicht hören wollen, dass die SPÖ die Kanal-, Wasser- und Müllgebühr in der Zwischenzeit zu einer Steuer gemacht hat. Das bestätigt auch der unabhängige Rechnungshof, der festgestellt hat, dass eben bei diesen soeben aufgeführten Steuerabgaben der Deckungsgrad deutlich über 100 Prozent liegt und eben dieser Überschuss zur Abdeckung des allgemeinen Budgets verwendet wird – Geld, das den Bürgern zurückerstattet gehört!

Daher fordert auch der Rechnungshof eine sofortige

Aussetzung dieser unsozialen Valorisierungsmaßnahmen, bis die Mängel bei der Gebührenkalkulation behoben worden sind. Und wie reagiert die Stadtregierung? Sie droht ohne schlechtes Gewissen mit 2014 eine erneute Erhöhung um 4,4 Prozent auf Grund der Valorisierung an. So, meine Damen und Herren, treibt man die Menschen noch mehr in die Armut.

Alleine in Wien gibt es 30 000 Vormerkscheine. Der Neubau im sozialen Wohnbau muss aus diesem Grund massiv gefordert und forciert werden. Nach Jahren ständig anwachsender Wohnkosten braucht es nun endlich eine wirkliche Rückbesinnung auf die Bereitstellung von günstigem Wohnraum, weil sich die Menschen selbst im geförderten sozialen Wohnbau das Wohnen nicht mehr leisten können; und das ist unsozial, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana** *(unterbrechend)*: Ich darf Sie ersuchen, zum Schluss zu kommen, Herr Gemeinderat. Ihre selbstgewählte Redezeit ist bereits überschritten.

GR Manfred **Hofbauer**, MAS *(fortsetzend)*: Danke für den Hinweis. Der Schlusssatz: Wir werden diesem Rechnungsabschluss unsere Zustimmung nicht erteilen. *(Neuerlicher Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der FPÖ beträgt 19 Minuten. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Hatzl. Ihre selbstgewählte Redezeit beträgt 15 Minuten, die Redezeit der Fraktion 20 Minuten.

GRin Eva-Maria **Hatzl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

In Wien wohnen rund 500 000 Menschen, fast ein Drittel der Wiener Bevölkerung – das entspricht etwa der Bevölkerung von Graz, Salzburg und Klagenfurt zusammen – in rund 220 000 Gemeindebauwohnungen, die von der Stadt Wien beziehungsweise von Wiener Wohnen verwaltet werden. Damit ist Wiener Wohnen der größte Hausverwalter von ganz Österreich. Damit dies so bleibt, wird von der Stadt Wien immer wieder investiert.

So wie die geförderte Wohnhaussanierung eine der zentralen Säulen der Wohnbaupolitik darstellt, so gibt es eine konstant hohe Sanierungsleistung durch die Bereitstellung von Fördermitteln. So erklärt Herr StR Ludwig Folgendes: „Geförderte Wohnhaussanierungen stellen eine der zentralen Säulen der Wiener Wohnbaupolitik dar. Sie leisten – neben dem Wohnungsneubau – einen entscheidenden Beitrag zur hohen Wohn- und Lebensqualität bei gleichzeitig stabilen und erschwinglichen Mieten.“ Dadurch werden ganze Grätzl aufgewertet und lebenswerter gestaltet. Durch die Steigerung der Energieeffizienz gibt es eine deutliche Entlastung der Bewohnerinnen und Bewohner, unter anderem durch die Reduktion des Heizwärmebedarfs.

Auch gibt es konstant hohe Sanierungsleistungen durch die Bereitstellung von Fördermitteln. So befinden sich aktuell 318 Projekte mit 22 190 Wohneinheiten in Bau. Das Gesamtbauvolumen dafür beläuft sich auf 737,46 Millionen EUR, das Fördervolumen beträgt rund

457 Millionen EUR. Für 233 Objekte mit insgesamt 17 471 Wohneinheiten laufen derzeit die Bauvorbereitungen. Die Gesamtinvestitionen von 441,39 Millionen EUR werden von der Stadt Wien mit Förderungen von 239 Millionen EUR unterstützt.

So wurden in den vergangenen Jahren, also seit 2009, für insgesamt 975 Projekte mit 1,284 Milliarden EUR Gesamtbaukosten und 52 475 Wohneinheiten Förderzusagen erteilt. Bei 852 Projekten mit 1,153 Milliarden EUR Gesamtbaukosten und 50 618 Wohneinheiten konnte im selben Zeitraum die Sanierung abgeschlossen werden. Für den Zeitraum 2009 bis 2013 wurden 1,054 Milliarden EUR an Fördermitteln bereitgestellt.

Die Sozialdemokraten verwehren sich auf jeden Fall gegen den Verkauf von Gemeindebauwohnungen. Dazu haben sie immer eine klare Absage erteilt und dazu werden sie auch immer eine klare Absage erteilen. Der Ausverkauf der rund 220 000 Gemeindebauwohnungen, die einen maßgeblichen Anteil an Wiens Wohnungsbestand haben, würde den gesamten Wohnungsmarkt der Bundeshauptstadt destabilisieren und zu einer deutlichen Verschlechterung der Wohnversorgung der Wienerinnen und Wiener mit leistbarem Wohnen führen. Wir verwehren uns daher entschieden dagegen, dass Gemeindebauten verkauft werden und damit der Wohnungsspekulation Vorschub geleistet wird, wie das in deutschen Städten geschehen ist.

Nun zum Thema Hausbetreuerinnen und Hausbetreuer. Insgesamt 142 Wiener Hausbetreuerinnen und Hausbetreuer neu sind in den Wiener Gemeindebauten beschäftigt. Damit bieten wir den Bewohnerinnen und Bewohnern überall dort, wo es die Mehrheit der Mieterinnen und Mieter wünscht, wieder direkte Ansprechpartner vor Ort, die gleichzeitig auch für die Betreuung der Wohnhausanlagen verantwortlich zeichnen.

Das von der Stadt Wien speziell für die Wiener Gemeindebauten geschaffene Alternativangebot zum nach wie vor verhinderten Hausbesorger neu wird sehr gut angenommen. 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind daher allein im 1. Halbjahr 2012 neu aufgenommen worden. Die Zahl der Neueinstellungen liegt somit sehr deutlich über der Anzahl der 22 durch Pensionsantritt ausgeschiedenen Hausbesorger. So gibt es noch viele weitere Angebote der Stadt Wien seitens Wiener Wohnen: „Fair Play“ im Gemeindebau durch Ordnungsberaterinnen und „Wohnpartner unterwegs“, auch während des Sommers.

Als Hausverwalter der 220 000 Gemeindebauwohnungen nimmt die Stadt Wien ihre Verantwortung besonders ernst und bietet ihren Mieterinnen und Mietern zusätzliche Serviceangebote, eben wie die Ordnungsberater, Wohnpartner und „Wohnpartner unterwegs“.

Seit Herbst 2009 sind Ordnungsberater in den städtischen Wohnhausanlagen unterwegs. Sie sind auch befugt, Abmahnungen auszusprechen und Strafmandate sowie Anzeigen auszustellen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem direkten Gespräch und auf mündlichen Abmahnungen. Die Reaktionen der Bewohnerinnen und Bewohner sind durch die Bank positiv, so können wir

durch verstärkte Präsenz vor Ort eine hohe Präventivwirkung erzielen.

Die Vorteile für MieterInnen sind verstärkte Einhaltung der gemeinsamen Spielregeln, gezielte Kontrollen der Hausordnung, ganz speziell in jenen Gemeindebauten, in denen Übertretungen der Hausordnung gemeldet wurden.

Deutliche Präventivwirkung, weniger Übertretungen der Hausordnung – die Bilanz davon: rund 59 000 Besuche wurden in Gemeindebauten in ganz Wien gemacht. Die Hauptinterventionsgründe waren herrenlose Einkaufswagen, Sperrmüll und Hundekot.

Als Nächstes ist die Aktion „Wohnpartner unterwegs“ aus dem erfolgreichen Pilotprojekt Nightwatch hervorgegangen. Dabei sind in der warmen Jahreszeit Wohnpartner-MitarbeiterInnen in den Abendstunden in Zweier-teams in den Wohnhausanlagen unterwegs.

Neu bei Wohnpartner ist: Im Rahmen von „Willkommen Nachbar!“ werden von meist langjährigen Bewohnerinnen und MieterInnen in den Wohnhausanlagen die Neuen begrüßt. Sie überreichen ihnen Unterlagen, die das Ankommen im neuen Zuhause und die Orientierung in der näheren Umgebung erleichtern.

Dazu gibt es die Wiener Charta. Dies ist ein zukunftsweisendes Beteiligungsprojekt für alle BürgerInnen der Stadt Wien. Es gibt drei Säulen der Wohnpartnertätigkeit. Die erste ist, Gemeinwesenarbeit ist ein prozesshaftes und vernetztes Arbeiten im Gemeindebau. Die zweite Säule ist Konfliktarbeit: 37 interne und 21 externe MediatorInnen mit viel Erfahrung stehen zur Verfügung zur Vernetzung mit den Wohnpartnern. Die dritte Säule ist überregionale Vernetzung: Delegationen aus dem In- und Ausland machen eine intensive Vernetzung mit verschiedensten Einrichtungen und Institutionen auf europäischer Ebene.

Der Auftritt von Wohnpartnern nach außen erfolgt durch Medienkampagnen: Sommer im Gemeindebau, Urlaub im Gemeindebau und nachbarschaftliche Schachpartien.

Erfreulich ist aber auch, dass ein hoher Frauenanteil in der Führungsebene tätig ist. Auch die Belegschaft weist einen hohen Frauenanteil auf. So waren im Dezember 2012 66 Prozent aller Beschäftigten Frauen.

Der Ausblick auf 2013 ist: Beobachtungen des Aufenthaltes von Erwachsenen und Jugendlichen in den Höfen, Beobachtungen der Frequenz der Veranstaltungen, Nachfragen nach Unterstützung bei anderen sozialen Fragen oder bei der Jobsuche, mangelnde familiäre Netzwerke und vermehrte Einsamkeit. Alle diese Themen spielen bei der Konfliktarbeit und Gemeinwesenarbeit eine sehr, sehr große Rolle.

Im Frühjahr 2011 wurde ein Reformprozess eingeleitet. So umfassen die ersten Reformschritte ein noch sozialer gestaltetes Wohnungsangebot, das die Bedürfnisse von WohnungsinteressentInnen, die über ein geringes Einkommen verfügen, punktgenau berücksichtigt. Nachdem alle Gemeindebauwohnungen, egal, ob Kategorie A, B oder C, einen guten Wohnstandard bieten, besteht speziell bei jungen Menschen, aber auch bei Personen, die beispielsweise von einer Scheidung be-

troffen sind, häufig der Wunsch nach möglichst kostengünstigem Wohnraum. Wiener Wohnen wird daher diesem Wunsch folgen und in Zukunft ein breiteres Angebot an Wohnungen der Kategorien B und C zur Verfügung stellen und verstärkt Wohnungen mit besonders günstigen Mieten anbieten.

Erfreulich ist, dass sich ein neues, zentrales KundInnenservicezentrum im Bau befindet. Im Herbst 2014 wird sich die Hausverwaltung Wiener Wohnen in einem neuen zentralen KundInnenservicezentrum in der Guglgasse bei den Gasometern einmieten. Aus insgesamt 10 verschiedenen Vorschlägen wurde dieser Standort als der geeignetste ermittelt. Der Standort besticht durch die ausgezeichnete Anbindung an den öffentlichen sowie an den Individualverkehr.

Mit Maßnahmen wie noch kundenfreundlicheren Öffnungszeiten und einem optimierten Serviceangebot wird das neue KundInnenservicecenter noch stärker den Wünschen der MieterInnen nach bestmöglicher Betreuung nachkommen. So erfolgte am 22. Mai dieses Jahres der Beschluss durch den Gemeinderat, dass die Stadt Wien weitere 80 Millionen EUR für den Bereich des Wohnens bereitstellt.

Es ist dies eine beträchtliche Summe, die die Stadt Wien in Form von günstigen Darlehen in geförderte Neu- und Sanierungsprojekte mit insgesamt 3 300 Wohneinheiten investiert. Dadurch können rund 2 000 Arbeitsplätze gesichert werden.

Unser Wohnbaustadtrat Dr Michael Ludwig informierte in New York über das Wiener Erfolgsmodell. Die Wiener Wohnbaupolitik nimmt seit Jahrzehnten eine internationale Vorrangstellung ein und wird gerade auf Grund der aktuellen weltweiten Entwicklungen in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrisen zunehmend zum Vorbild für zahlreiche Städte und Metropolen.

„Rund 60 Prozent der Wienerinnen und Wiener wohnen heute im geförderten Wohnbau.“, betonte Ludwig. Dies trage nicht nur maßgeblich zur ausgesprochen hohen Wohn- und Lebensqualität in der österreichischen Bundeshauptstadt bei, sondern es sei auch ein wesentlicher Grund dafür, dass in Wien trotz der international stark preissteigernden Entwicklungen ein vergleichsweise günstiges Mietzinsniveau am gesamten Wohnungsmarkt herrsche. „Gleichzeitig investieren wir kontinuierlich und gezielt in den geförderten Wohnbau und schaffen so erschwingliche Angebote für alle Wienerinnen und Wiener.“, so der Wiener Wohnbaustadtrat.

Nur noch eine positive Meldung aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Österreichs Hauptstadt ist im Vergleich zu Frankfurt geradezu günstig: Nur 8,78 EUR kostet im Schnitt 1 m² Wohnraum – auf dem freien Markt. Dass eine Wohnung ganz ohne öffentliche Förderung vermietet wird, ist in Wien aber nur selten der Fall. 60 Prozent der Bevölkerung leben im sozialen Wohnbau. Zum Beispiel in den 220 000 Gemeindewohnungen. Dort kostet 1 m² sogar nur 4,34 EUR. Die Stadt ist der größte Hauseigentümer Österreichs. So kommt es, dass ein Großteil der Wiener in geförderten Wohnungen wohnt, bis hin zu hohen Einkommensgrenzen.

Das sind nicht nur Bauten für die ganz Armen, son-

dern geht bis weit in die Mittelschicht hinein und dient der Durchmischung. Der Schlüssel dazu ist die sogenannte Wiener Wohnbauförderung: 613 Millionen EUR stehen der Stadt mit ihren 1,7 Millionen Einwohnern jedes Jahr für den Wohnungsbau zur Verfügung. In Wien fließt das meiste Geld in die Objektförderung, also in die Neuerichtung von Sanierungen von Wohnungen, für die eine Mietpreisbindung gilt.“

Ich glaube, dass wir berechtigt auf unsere Stadt Wien stolz sein können. Nicht umsonst möchten so viele Menschen zu uns kommen und bei uns leben. Zum Schluss möchte ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Wiener Wohnen, von allen Magistratsabteilungen, allen Beamten und Beamtinnen für ihre stete Arbeit, für ihre Zuverlässigkeit herzlich danken. Jeder Einzelne ist mit seiner Unterstützung und seinem Einsatz immer für uns da. – Danke! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Die Restredezeit der SPÖ würde 5 Minuten betragen. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Frank. Ihre selbstgewählte Redezeit beträgt 19 Minuten, und exakt das ist auch die Restredezeit.

GRin Henriette **Frank** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich darf mich heute bedanken, und zwar für die sehr gute Zusammenarbeit im Ausschuss. Ich habe auch gleich eine Bitte, weil der Herr Mag Chorherr die Verdichtung angesprochen hat. Ich glaube, die Verdichtung ist ein Thema, das wir sicher einmal eingehender behandeln sollen.

Meine Meinung habe ich hier schon kundgetan. Wir haben es in Lyon gesehen. Verdichtung hat nicht nur Vorteile, sie bringt auch soziale Nachteile, sie kann sehr schnell zu Aggression führen. Daher wäre es vielleicht ganz gut, würden wir das einmal ausdiskutieren.

Auf die Frau Hebein möchte ich vielleicht auch noch eingehen. Sie hat gemeint, ja ja, man kann alles machen, hätten wir mehr Geld vom Bund. Nun, ich meine, es sitzen im Bund genügend Menschen oder genügend Verantwortliche, die über den sozialen Wohnbau in Wien sehr genau Bescheid wissen. Und auch Sie, Herr Stadtrat, und der Herr Bgm Häupl sind nicht irgendwelche Personen, wenn Sie beim Bund vorstellig werden würden, sodass man doch die Wohnbauförderung anheben könnte. Denn eines muss man schon sagen: Im Gegensatz zum Kulturbudget, das alle Jahre erhöht wird, wird die Wohnbauförderung sukzessive gekürzt, obwohl wir mehr und mehr Zuzug haben und mehr und mehr Wohnungen brauchen würden. Ich gehe dann im Detail noch darauf ein.

Ich habe mir ein paar Reden der GRÜNEN herausgesucht, und zwar ging es dabei um den Rechnungsabschluss, zufällig auch am 24.6., allerdings 2010. Da sprach der Herr GR Margulies davon, dass wir kein teures Hausbesorgergesetz brauchen, sondern er wollte die Abschaffung des Valorisierungsgesetzes. Und wenn der Herr Chorherr meint, die Gebühren hier hätten nichts mit dem Wohnbau zu tun, so ist das falsch, denn sie bilden keinen unbeträchtlichen Teil der Wohnkosten. Also man

hat hier einmal die Abschaffung verlangt. Und der Herr Ellensohn hat gemeint, er ist nicht zufrieden mit dem Callcenter und nicht zufrieden mit den Waschküchen. Er kritisierte die Schimmelwohnungen und die Betriebskostenabrechnungen. Aber einen Satz aus der Rede vom Herrn Ellensohn möchte ich jetzt wortwörtlich wiedergeben: „Die Genossenschaftswohnungen sind nicht mehr in der Lage, Leuten mit normalem Einkommen auch tatsächlich den leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.“ Das ist genau das, was wir die ganzen Jahre sagen. Seit die Stadt Wien - und das, Herr Florianschütz, haben Sie völlig falsch verstanden, er ist gerade nicht da. Mein Kollege hat gesagt, die Stadt Wien baut keine Wohnungen mehr, nicht dass nichts geschieht. Aber die Stadt Wien gibt ja die Fördermittel nur mehr an die Genossenschaften. Und wenn jetzt Sie, Herr Stadtrat, oder der Herr Florianschütz sagen – auch die Frau StRin Brauner, alle haben das gesagt -, 5 000 Wohnungen pro Jahr werden gebaut, dann muss ich Ihnen dagegen halten, wir hatten schon viel bessere Zeiten.

Wenn Sie in New York eingeladen werden, den sozialen Wohnbau von Wien vorzustellen, dann ist ja der Wohnbau der 20er und 30er Jahre auch kein unbeträchtlicher Teil. In den 20er Jahren musste man ad hoc das Budget aufstocken, weil innerhalb weniger Jahre 60 000 Sozialwohnungen errichtet wurden. Wir bauen jetzt gerade einmal 5 000 und da sagt die Frau StRin Brauner, 25 000 neue Bürger kommen pro Jahr! Ich habe dann noch ein bisschen im Internet nachgeschaut und da steht drinnen, zwischen 2020 bis 2035 werden 337 000 Menschen mehr in dieser Stadt sein. Das ist ein Plus von 21 Prozent. Wie wir dem jetzt mit 5 000 Sozialwohnungen entgegenkommen wollen, also das verstehe ich nicht, denn es ist ja schon hinlänglich bekannt, dass ja nicht die Millionäre kommen und schon gar nicht, wenn wir von denen jetzt auch noch eine entsprechende Steuer wollen. Dazu, und das sagt jetzt eine Studie der Stadt Wien, gibt es derzeit schon 44 Prozent Einzelhaushalte und bis 2031 sind das 51 Prozent. Da ist nicht mitberücksichtigt, wie Sie das dann mit der gemeinsamen Obsorge handhaben wollen, denn wenn jetzt Vater und Mutter die Kinder zu gleichen Teilen haben, dann haben meiner Meinung nach auch beide ein Anrecht auf eine Sozialwohnung, was bisher nicht der Fall war, sondern nur dort, wo das Kind den überwiegenden Teil ist.

Also ich glaube, es kommen hier sehr, sehr viele Aufgaben auf uns zu, die wir sicher mit 5 000 Wohnungen nicht lösen werden. Wenn dann die Wohnbauförderung gegenüber 2010 um 142 Millionen EUR gekürzt wurde, dann frage ich mich, wie überhaupt noch der soziale Wohnbau in der Form aufrechterhalten werden kann. Denn auch wenn Sie jetzt 13 000 Wohnungen sanieren, ein neuer Wohnraum wird dadurch nicht geschaffen, wenngleich ich schon betonen möchte, dass das nicht heißt, dass wir das nicht sanieren sollen. Aber der Herr Chorherr hat sich ja bei seiner Antrittsrede als Regierungspartei damals hergestellt und hat gesagt: Wir werden mit viel weniger Geld noch viel mehr Wohnungen in einer viel besseren Qualität bauen. Das wird nicht möglich sein, vor allem auch, da die Preise steigen.

Es wurde hier übers Gebäudemanagement gesprochen und das ist mir ja ein großes Anliegen. Allerdings habe ich mehrmals nachgelesen, und die MA 34 verwaltet wohl Schulen, Kapellen, Kirchen - soweit das in ihrem Einflussbereich liegt -, Kindergärten, Amtshäuser und Gebäude in Parkanlagen, aber ich habe nicht gesehen, dass sie auch den sozialen Wohnbau so verwaltet, dass wir nicht 50 Jahre warten, bis wir sanieren und dann das x-Fache an Geldern lukrieren müssen, sondern dass hier einfach eine gewisse Sukzessivität gegeben ist, sodass man das dann in überschaubaren Grenzen halten kann. Gründe, warum wir zu wenig bauen, sind auch, weil einfach zu teuer gebaut wird. Das ist ja jetzt nicht mehr so etwas Unbekanntes. Es wird leider auch viel zu teuer saniert. Und dann kommt noch dazu, dass die Betriebskosten, aber auch die Sanierung, Herr Stadtrat, und ich muss das hier schon ganz deutlich sagen, all das ist höchst intransparent. Wir wissen, es gibt zum Teil keine Abrechnungen. Dann beschweren sich Mieterbeiräte ganz massiv, dann jene, die sich dem Prozess angeschlossen haben und kriegen einen Teil zurück, obwohl es noch gar keine Schlussrechnung gibt. Also das macht man halt ein bisschen so. Dafür kriegen all jene, die im selben Bau wohnen, aber sich dem Prozess nicht angeschlossen haben, nichts zurück, obwohl sie genauso mitbetroffen sind. Wenn die Verrechnung inkorrekt war, dann haben doch alle ein Recht, die Differenz zurückzukriegen! Aber davon sind wir noch einen ziemlich weiten Schritt entfernt.

Und hier gleich noch ein paar Worte zu den Mieterbeiräten. Manchmal habe ich schon den Eindruck, so engagiert auch Mieterbeiräte sind, Gehör bei der Stadt Wien haben sie relativ wenig. Ich habe mit vielen Mieterbeiräten Kontakt und sie kriegen oft nicht einmal eine Antwort. Es wird immer gewartet, bis es zum Prozess kommt. Also hier ein freiwilliges Miteinander wage ich zu bezweifeln. Und die Mieterbeiräte werden nicht einmal mit Infrastruktur ausgestattet. Die sitzen in irgendwelchen Kammerln, müssen sich den eigenen Computer hinstellen, den eigenen Block mitnehmen, und so weiter. Wenn man so große Stücke auf die Mieterbeiräte hält, dann sollte man Ihnen vielleicht ein bisschen entgegenkommen.

Wien ist Schlusslicht am Arbeitsmarkt, aber im Spitzenfeld bei der Arbeitslosenquote. Ich meine, wir haben da die Spitäler, die massenhaft Leute entlassen. Es gibt diese arbeitsmarktintensiven Tätigkeiten, die Sie uns immer nahelegen, aber die Statistiken zeigen ja, dass das nicht so ist und Wien eben am Arbeitsmarkt nicht mithalten kann. Aber trotzdem erhöhen Sie laufend die Gebühren und die Mieten! Und, Herr Stadtrat, ich muss mich schon fragen, wie die Menschen das auf Dauer noch bewerkstelligen können. Denn wenn die Frau Stadträtin heute sagt, tausende Wienerinnen und Wiener profitieren mehr, als sie belastet werden, warum wissen das die Wienerinnen und Wiener nicht? Weil sie es nicht sehen, weil sie es nicht spüren, weil es einfach nicht so ist! Das ist Faktum. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Ich meine, das Zauberwort Beihilfe wird auf Dauer

auch nicht mehr funktionieren, weil es ja immer mehr Leute sind. Am Städtetag wurde uns bekannt gegeben, dass derzeit österreichweit 43 Prozent der Bevölkerung im Pensions- und Sozialsystem sind. Nimmt man das Pensionssystem heraus, weil sich diese Leute das ja auch erarbeitet haben, dann sind es immer noch 12 Prozent, die von Sozialunterstützung leben. Und das war der Bundesschnitt. Wie wir wissen, und das sagen Sie ja selbst immer, eine Bundeshauptstadt, so wie es Wien ist, ist eben intensiver belastet. Das heißt, hier muss man doch einmal auch der Sache auf den Grund gehen. Ich kann nicht immer nur sagen, sie kriegen ja eine Beihilfe, sie kriegen ja eine Beihilfe - nein, wir müssen dort ansetzen, wo es um Baukosten geht. Die Smart-Wohnungen, das sage ich ganz offen, sind eine gute Sache. Aber leider, auch das muss man sagen, hat man sich dazwischen gerade was das Bauen betrifft auch massiv vergaloppiert.

Mit lauter Luxus, mit lauter „Wir sind so gut!“ und mit lauter Herzeigemodellen haben wir auf die Bürger vergessen. (*GRin Nurten Yilmaz schüttelt den Kopf.*) Nicht den Kopf schütteln, Frau Yilmaz. Es war und es ist zum Teil noch so. Die Smart-Wohnungen reduzieren jetzt auf ein vernünftiges Maß so wie es in den 20er und 30er Jahren der Fall war, nämlich auf den sozialen Wohnbau.

Zwei Dinge sind es, die ich noch erwähnen will, und zwar habe ich jetzt davon gesprochen, wie am Arbeitsmarkt einerseits immer mehr Stellen frei sind, andererseits hat Wiener Wohnen jetzt ein Mehr von 44 Personen. Man möchte meinen, 44 Personen, ist ja nicht so schlimm. Aber natürlich, wenn Sie diese Personen von der Magistratsdienststelle bezahlen und einen Teil davon dann an das ausgegliederte bilanzierende Wohnservice vergeben, die Stadt Wien aber zahlt, dann muss ich sagen, bei den Prüfungen unterscheiden Sie sehr genau, ob privat oder Stadt Wien. Wenn es jetzt aber plötzlich ums Personal geht, dann wird das hin- und hergeschoben.

Und noch etwas zum Personal, und das hängt auch mit der gesamten Politik dieser Stadt im Wohnbau zusammen: Gelder werden schon auch sehr unkontrolliert irgendwie weggegeben. (*Beifall bei der FPÖ.*) Jetzt hat man das Willkommen-Service eingerichtet. Mag sein, es gibt genügend Stellen, die beraten, wie man zu einer Wohnung kommt. Wir haben auch noch das Willkommen-Service. Die Beschreibung zum Willkommen-Service lautet unter anderem, dass arbeitsintensive Tätigkeiten der Kundendienstzentren an das Willkommen-Service ausgelagert wurden. Nach wie vor haben die Kundendienstzentren und die Direktion von Wiener Wohnen im Quartal 30 000 Überstunden. Wenn jetzt von den Kundendienstzentren die arbeitsintensiven Tätigkeiten ausgelagert wurden, wieso gibt es dann unverändert gleich hoch 30 000 Überstunden? Hier ist ja irgendetwas am System nicht in Ordnung! Und wenn wir die Kundendienstzentren die letzten Jahre in alle Bezirke und um Millionen ausgebaut haben und jetzt bauen wir am Gasometer das Kundenservicezentrum und zentralisieren wieder alles – ja, das sind ja Millionen! Die könnte ich ja auch in den sozialen Wohnbau stecken! Dort fehlt uns

das Geld! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Jetzt noch ein Thema zu Ihrer Informationskampagne, die wir im Ausschuss abgelehnt haben, denn auch das ist für mich so eine Geldverschleuderung. Wieder geht es ums Wohnservice. Wieder zahlt die Stadt Wien einem privaten Unternehmen 600 000 EUR für eine Informationskampagne. Jetzt überlegt sich und denkt sich jeder, der Bürger wird informiert. Aber das ist genau der falsche Ansatz, denn informiert wird nur und ausschließlich die Stadt Wien, ob er ein befristetes Mietverhältnis hat und wie viel Prozent von seinem Einkommen er für die Miete ausgibt. Und jetzt ist das besonders clever, da hat man unten Nummern. Und sind der Herr X und die Frau Y im gemeinsamen Haushalt, dann haben sie dieselben Nummern. Also weiß ich ganz genau, wie viel in diesem Haushalt verdient wird und wie viel davon für Wohnen ausgegeben wird. Und dann kommen Sie und reden irgendetwas von Datenschutz, wenn es um eine Videoanlage geht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ja, es gäbe jetzt noch eine Menge zu sagen. Vielleicht noch eines, weil Sie sich ja immer rühmen und ich habe heute auch bei der Frau StRin Brauner mitgezählt, es waren alles so tolle Superlativen, was sie da über Gerechtigkeit und so weiter gebracht hat. Der Herr Margulies hat sich da ja schon am Freitag und jetzt wieder sehr über die Gebühren verbreitert: Wien ist mit den Gebühren und den Mieten so absolut günstig und besser als alle anderen Länder. Ja, mag vielleicht sein. Aber dass Wien hinter Sydney, Nikosia, Chicago, Amsterdam und so weiter von 31 Ländern in der Kaufkraft nur an 18. Stelle liegt, das höre ich von hier nicht und von hier nicht! Und das ist kein unwesentliches Kriterium, das müssten Sie, Herr Margulies, am besten wissen! (*Beifall bei der FPÖ – Aufregung bei GR Dipl.-Ing Martin Margulies.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr Amtsf StR Dr Ludwig. Die Redezeit beträgt 15 Minuten.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Hoher Gemeinderat!

Im vollen Bewusstsein, dass ich der letzte Redner des heutigen Tages bin, werde ich der Verlockung widerstehen, jetzt auf alle sehr spannenden und interessanten Wortmeldungen einzugehen, möchte aber doch einige Anmerkungen vor allem zu Themenbereichen machen, die flächendeckend viele Wortmeldungen umfasst haben.

Das Erste betrifft einmal den Neubau und da gebe ich allen Rednerinnen und Rednern recht, es wird zweifellos eine der ganz großen Herausforderungen für die Zukunft darstellen, der wachsenden Bevölkerung gerecht zu werden und hier ein entsprechend auch leistbares und qualitätsvolles Wohnungsprogramm anzubieten. Wir liegen mit 5 000 bis 6 000 neuen Wohnungen, geförderten Wohnungen im internationalen Spitzenfeld. Ich kenne in Europa keine andere Großstadt, die mehr geförderte Wohnungen auf den Markt bringt als Wien.

Wenn Sie, Frau GRin Frank, angesprochen haben, dass die Stadt Wien nach New York, aber auch in andere Städte eingeladen worden ist, um die Neubauleistun-

gen darzustellen - begonnen hat das ja bei der Architekturbieniale in Venedig. Wir waren in München, in Berlin, in Frankfurt hat der Ausschussvorsitzende Stürzenbecher die Leistungen der Stadt Wien präsentiert, aber auch in Belgrad, in Ankara und in chinesischen Städten. Der Vorteil dabei ist, dass wir nämlich nicht nur die Leistungen der Stadt zeigen können, sondern auch die Leistungen der Wiener Wirtschaft, vieler Baufirmen, vieler Bauträger, die auch einiges herzuzeigen haben, zum Beispiel im ökologischen Wohnbau. Was viele Städte sehr interessiert, ist, wie man CO₂-Emission reduzieren kann, wo wir mit Niedrigenergiehausstandard, mit Passivhausstandard in Wien auch weitreichende innovative Schritte eingeleitet haben. Im Schlepptau, wenn man so will, der Ausstellungen, die wir zeigen, präsentieren sich auch sehr viele Wiener Firmen. Es ist auch gelungen, Architektenteams, Bauträger und Baufirmen, wie ich meine, gut zu platzieren. Die New Yorker, aber auch andere Städte, interessieren sich zum Teil aus kulturellen Gründen auch für den Gemeindebau der Ersten Republik, das ist richtig. Sie interessieren sich aber vor allem für die Gegenwart. Und da können wir eigentlich stolz darauf sein, dass wir im geförderten Wohnbau auf der einen Seite eine Qualität haben, auf der anderen aber eine Leistbarkeit, um die wir sehr beneidet werden und wo andere Städte versuchen, das auch nachzuahmen.

Das gilt im Übrigen auch für eine andere Aktion, die wir in Wien begonnen haben und der sich jetzt andere Städte auch annehmen, und das ist die Wohnbauinitiative, die von einigen Rednerinnen und Rednern auch angesprochen worden ist. GR Flicker hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir jetzt in der Seestadt Aspern mit der Wohnbauinitiative 1 600 Wohnungen initiieren, um gleichzeitig - und da muss ich ein bisschen dem Kollegen Norbert Walter widersprechen, der gemeint hat, wir bringen den öffentlichen Verkehr oft verspätet hin. In der Seestadt Aspern ist es gleichzeitig. Da wird die U-Bahn quasi gleichzeitig mit den geförderten Wohnbauten eröffnet. Auch das ist einmalig im Vergleich mit anderen Städten und ist, wie ich meine, gut und richtig so.

Und ich möchte da noch etwas korrigieren, was der Herr GR Kasal vielleicht missverstanden hat. Die 80 Millionen EUR, die von der Wohnbauinitiative nicht abgerufen worden sind, sind nicht dem Wohnbau entnommen worden, sondern ganz im Gegenteil. Der Grund, warum die Mitglieder und Mitwirkenden dieser Wohnbauinitiative, die sich im Rahmen von Konsortien zusammengeschlossen haben, diese 80 Millionen nicht abgerufen haben, war der Umstand, dass in der Zeit zwischen Call und Realisierung der Projekte die Zinsen gefallen sind und sich diese Konsortien selbst sehr kostengünstig die notwendigen finanziellen Leistungen erwirtschaften konnten. Das ist gut so. Da habe ich prinzipiell auch nichts dagegen, weil ich diese 80 Millionen genommen habe und sie für den Neubau und für die Sanierung zur Verfügung gestellt habe, um insbesondere Bauträgern, aber auch Eigentümergemeinschaften eine Finanzierungssituation zu erleichtern, die sich durch die verschärften Kapitalbestimmungen ergeben hat. Also wenn

man so will, sind diese 80 Millionen EUR eine Ergänzungsfinanzierung, um Projekte im Neubau und in der Sanierung flott zu machen und wird, wie ich meine, auch sehr, sehr gut angenommen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vielleicht aber noch einmal zur Seestadt Aspern und zur Anregung vom Herrn GR Flicker, und da gebe ich ihm auch völlig recht, es ist wichtig, eine funktionale Durchmischung zu gewährleisten und Arbeitsplätze auch gleichzeitig mit Wohnungen herzustellen.

Aber da haben wir mit einem Technologiezentrum und beispielsweise auch mit der Ansiedlung der Hoerbiger-Werke, einem der bedeutendsten Unternehmen Europas, das Ventile herstellt, die in der ganzen Welt verwendet werden, doch auch gezeigt, dass es möglich ist, in einem sehr innovativen Stadterweiterungsgebiet wie der Seestadt Aspern Wohnen, Arbeitsplätze und Freizeiteinrichtungen gemeinsam zu präsentieren, und das halte ich auch für ganz, ganz wichtig.

Und da bin ich jetzt bei einem Thema, das der Herr GR Aigner angesprochen hat, nämlich bei der Frage „Lebensqualität erhalten“. Ich glaube, so wie wir hier sitzen, teilen wir alle diese Einschätzung, dass wir es wichtig finden, dass die Bevölkerung zunimmt, dass wir aber der hier lebenden Bevölkerung auch die hohe Lebensqualität erhalten wollen. Wir sind sehr stolz auf den Grünkeil, auf den Wald- und Wiesengürtel und auf die Weinberge wie in meinem Heimatbezirk Floridsdorf, aber auch in anderen Bezirken, die nicht nur für die Weinerzeugung wichtig sind. Wir haben ja auch hervorragende Winzer unter uns. Aber diese Weinberge müssen auch erhalten bleiben, auch als Naherholungsgebiet. Das ist völlig richtig, da sind wir, glaube ich, einer Meinung. Das heißt aber umgekehrt, überall dort, wo wir Bauland haben, müssen wir dann auch die Gelegenheit nutzen, in einer Dichte diese Projekte umzusetzen, wo auch urbaner Raum entsteht. Und da bin ich beim Herrn GR Chorherr, der zu Recht darauf hingewiesen hat, wie wichtig es sein wird, Bürgerbeteiligungen in einem möglichst frühen Stadium zum Einsatz zu bringen. Wir haben jetzt im Beirat des Wohnfonds Wien gemeinsam besprochen und auch beschlossen, dass wir bei den Bauträgerwettbewerben ein neues zweistufiges Verfahren - das ist eine Innovation - machen wollen, wo wir schon frühzeitig die Meinung der Anrainerinnen und Anrainer mit einbeziehen wollen, damit die Bauträger dann Gelegenheit haben, darauf auch zu reagieren, immer natürlich auch in einem Verhältnis, wie der Herr GR Chorherr das richtigerweise ausgeführt hat, von repräsentativer und direkter Demokratie. Aber ich orte doch ein sehr starkes Interesse von der Bevölkerung, hier auch mitzuwirken. Also von da her richtig, Erhalten von grünem Freiraum, gleichzeitig aber auch urbane Nutzung von zur Verfügung gestelltem Bauland.

Und da bin ich noch bei einem Thema, das zwar nicht angesprochen worden ist, das ich aber ganz gerne selbst initiieren würde, nämlich eine intensivere Diskussion über Raumplanung, und zwar nicht nur beschränkt auf das Gebiet der Stadt Wien, sondern auch in Kooperation mit den uns umgebenden Bundesländern, natür-

lich vor allem Niederösterreich, aber auch Burgenland, wo es auch darum gehen muss, darüber nachzudenken, wie wir, wenn man so will, auch den gesamten Bereich rund um Wien als Gesamtzone so entwickeln, dass es hier zu keiner einseitigen Zuteilung von Lasten, zum Beispiel Verkehr, kommt.

Fast schon zum Schluss kommend, möchte ich noch darauf verweisen, was der Herr GR Florianschütz zu Recht bei den Smart-Wohnungen angesprochen hat und möchte vielleicht noch eine Ergänzung anbringen, nämlich dass Smart-Wohnungen nicht automatisch kleine Wohnungen sind, sondern Wohnungen in verschiedenen Größen, allerdings sehr stark an alltagstauglichen Grundrissen und an der Möglichkeit orientiert, diese Grundrisse komprimierter zur Verfügung zu stellen und damit auch Kosten einzusparen. Das halte ich deshalb auch für wichtig, weil mehrfach zum Beispiel auch von der GRin Hatzl angesprochen worden ist, die sehr eingehend den gesamten Neubau angesprochen hat, dass wir beispielsweise mehr Singlewohnungen benötigen und mehr auf geänderte Lebensumstände einzugehen haben.

Vielleicht noch die Themenbereiche vom Herrn GR Norbert Walter, und er bringt das in regelmäßiger, wenn man so will, Vehemenz ein, nämlich das Thema Eigentum. Er ist da wirklich sehr beständig. Da gibt es nur eine Änderung, die wir ja alle gemeinsam beobachtet haben, nämlich dass es im geförderten Wohnbau nach zehn Jahren, nicht in allen, aber in vielen Fällen möglich ist, die Wohnung auch ins Eigentum zu übernehmen. Das ist natürlich eine Variante, die der Eigentumsbildung sehr stark entgegengekommen ist, und von da her sagen viele Bauträger, wir wollen gar keine eigenen geförderten Eigentumswohnungen anbieten, weil wir einfach sehen, dass es am Markt für die Menschen interessant ist, einmal mit einer geförderten Mietwohnung zu beginnen. Wenn sie sich dann wohlfühlen, und das kann man nach zehn Jahren abschätzen, sind sie dann sehr oft bereit, diese Wohnungen ins Eigentum zu übernehmen oder auch nicht. Das ist in vielen Fällen möglich, in anderen nicht. Also von daher hat sich die Notwendigkeit, Eigentumswohnungen gefördert oder ungefördert herzustellen, deutlich reduziert.

Ganz zum Schluss noch eine Anmerkung zum The-

ma Verdichtung, ja, ein wichtiges Thema auch in der Sanierung. Aber ich denke, dass wir jetzt in der letzten Sanierungsverordnung einen wichtigen Schritt gesetzt haben. Die Frau GRin Frank hat das eingefordert und ich glaube, dass wir hier mit dieser Maßnahme Thewosan plus für Wohnungseigentümer, Hauseigentümer eine doppelte Unterstützung haben, weil wir nämlich bei der Thewosan-Sanierung, einer ökologischen Sanierung, gleichzeitig eine erhöhte Sanierung anbieten, wenn sie bereit sind, das Gebäude beispielsweise aufzustocken und zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, also eine Verbindung von zwei guten Dingen, wie ich meine: Ökologisierung des Wohnbaus auf der einen Seite und Schaffung von neuem Wohnraum, vielleicht auch in einem dicht verbauten Gebiet. Also von da her denke ich, dass wir mit der gemeinsam beschlossenen Sanierungsverordnung auch bei diesem Thema einen wichtigen Schritt vorangegangen sind.

Ganz zum Schluss möchte ich die Gelegenheit benützen, mich ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts zu bedanken. Es war ein sehr anstrengendes Jahr und ich denke, dass die Kolleginnen und Kollegen das hervorragend gemeistert haben. Aber ich möchte mich vor allem auch bei den Mitgliedern des Wohnbauausschusses dafür bedanken, dass wir zwar zum Teil sehr hitzige und kontroverielle Diskussionen geführt haben, dass wir aber in vielen Punkten vorangekommen sind und vieles auch gemeinsam beschließen konnten. Dafür möchte ich mich bedanken und hoffe, dass sich dieses sehr konstruktive Klima auch im kommenden Budgetjahr aufrechterhalten wird. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zur Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung und zum Jahresabschluss der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir unterbrechen nun die öffentliche Sitzung des Gemeinderates und setzen sie morgen um 9 Uhr mit der Spezialdebatte der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal fort.

Schönen Abend!

(*Unterbrechung der Sitzung um 20.27 Uhr.*)